

Der Einfluss des Strukturwandels im Dienstleistungssektor auf die Grundversorgung kleinerer und mittlerer Gemeinden der Schweiz

Master Thesis**Author(s):**

Meier, Nicola

Publication date:

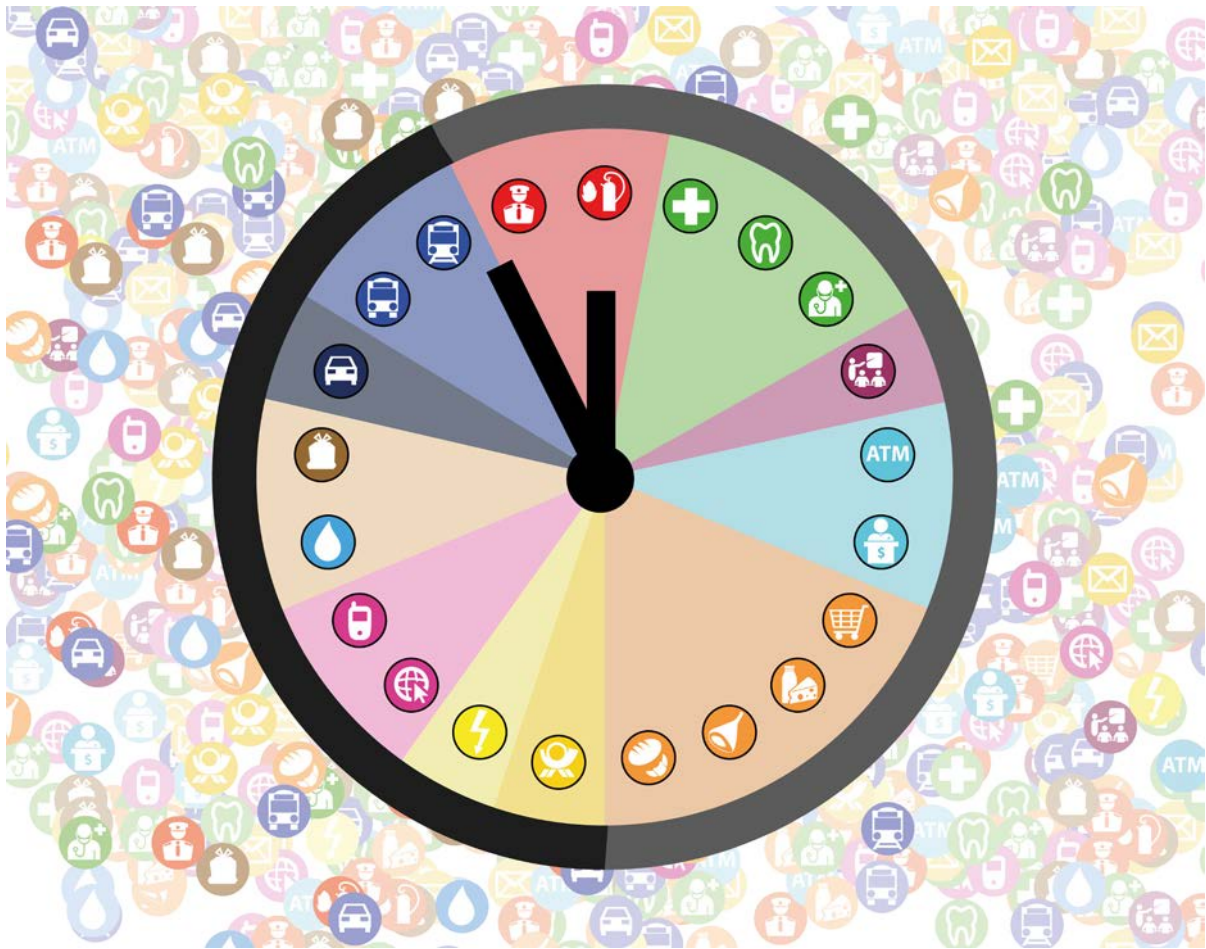
2017-01

Permanent link:

<https://doi.org/10.3929/ethz-b-000207254>

Rights / license:

[In Copyright - Non-Commercial Use Permitted](#)



Der Einfluss des Strukturwandels im Dienstleistungssektor auf die Grundversorgung kleinerer und mittlerer Gemeinden der Schweiz

Nicola Luca Meier

Leitung: Prof. Dr. Bernd Scholl

Betreuung: Esther Frey, Theodora Papamichail

Masterarbeit

Studiengang Raumentwicklung und Infrastruktursysteme

Januar 2017

IRL – Institut für Raum- und
Landschaftsentwicklung
Professur für Raumentwicklung

ETH

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

DANK

Während dem Verfassen der Masterarbeit konnte ich auf die Unterstützung von zahlreichen Personen zählen. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bedanken bei:

- Prof. Dr. Bernd Scholl für die gegebene Möglichkeit, an der Professur für Raumentwicklung diese Arbeit zu schreiben, sowie für die wertvollen Anregungen während dem Werkstattgespräch und den Zwischenpräsentationen.
- Esther Frey und Theodora Papamichail für die kompetente Betreuung, die vielen hilfreichen Inputs und die stets konstruktive Kritik.
- Stephen Sonntag, Sachbearbeiter beim Bundesamt für Statistik für die Zusammenstellung der Daten aus der Betriebszählung und der Statistik der Unternehmensentwicklung.
- Michael Meissner, Leiter der Abteilung Strategie und Prozesse von Raiffeisen Schweiz sowie Alex Josty, Leiter Unternehmenskommunikation der BEKB für die wertvollen Treffen und das Beantworten meiner Fragen betreffend dem Strukturwandel im Finanzdienstleistungssektor.
- Den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern der Gemeinden in der Regionalkonferenz Emmental für die Beantwortung des Fragebogens zum Thema Grundversorgung und Strukturwandel.
- Giovanni di Carlo von der Professur für Raumentwicklung für die administrative Leitung der Masterarbeiten, die Organisation der Präsentationstermine und das Bereitstellen des Arbeitsraumes.
- Meinen Studienkolleginnen und -kollegen für die anregenden Diskussionen und hilfreichen Inputs während dem Verfassen dieser Arbeit.
- Laura Sommer und Rafael Meier für das Korrekturlesen der Arbeit und die moralische Unterstützung.
- Meinen Eltern für das Korrekturlesen der Arbeit und für die grosse Unterstützung, auf die ich während meines Studiums an der ETH Zürich zählen durfte.

«Eine Krise besteht darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann.»

Antonio Gramsci

Masterarbeit im Studiengang Msc. Raumentwicklung und Infrastruktursysteme, 19. September - 23. Januar 2017

Der Einfluss des Strukturwandels im Dienstleistungssektor auf die Grundversorgung kleinerer und mittlerer Gemeinden der Schweiz

Zusammenfassung

Das Thema Grundversorgung taucht in der heutigen Zeit vermehrt wieder in den politischen Agenden auf und löst kontroverse Diskussionen aus. Grund dafür ist der unter anderem durch die fortschreitende Digitalisierung beschleunigte Strukturwandel. Dadurch entstehen immer spürbarer werdende Disparitäten zwischen den verschiedenen geografischen Räumen. Desweiteren hat sich auch das allgemeine öffentliche Verständnis über den Begriff Grundversorgung entwickelt. Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, wie sich der Strukturwandel in unterschiedlichen Gemeindegrössenklassen und verschiedenen Raumtypen auf bestimmte Versorgungseinrichtungen der Grundversorgung auswirkt, und was für Handlungsoptionen betroffene kleinere und mittlere Gemeinden haben. Dies geschieht auf einer hohen Flugebene mit nachfolgender Vertiefung in der Regionalkonferenz Emmental und der Gemeinde Ersigen sowie unter Einbezug von Best-Practice Beispielen aus der ganzen Schweiz. Schliesslich werden mit Expertengesprächen im Bankensektor und einem an die Gemeinden der Regionalkonferenz Emmental verschickten Fragebogen die aktuellsten Entwicklungen ergründet.

Die **wichtigsten Erkenntnisse** sind: **i)** Der Strukturwandel führt zu einem stärkeren Leistungsabbau in kleineren und mittleren Gemeinden. Mit den nach Raumtyp und Gemeindegrössenklassen aufgeteilten Auswertungen der BZ- und STATENT-Daten kann aufgezeigt werden, dass in fast allen Bereichen der Grundversorgung die Gemeinden mit weniger als 5'000 EW und insbesondere diejenigen mit weniger als 2'000 EW stärker vom Leistungsabbau betroffen sind als die grösseren Gemeinden mit mehr als 5'000 EW. Besonders stark ist die Abnahme der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW in den kleineren und mittleren Gemeinden bei den Versorgungseinrichtungen der Post, der Banken, den Lebensmittelläden und den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien.

ii) Die Expertengespräche, welche mit Vertretern des Bankensektors geführt worden sind, haben bestätigt, dass sich die Banken wegen der Digitalisierung und des veränderten Kundenverhaltens auf einen weiteren Abbau beim Filialnetz einstellen. Die Banken sind der Meinung, dass die Digitalisierung erst am Anfang ist und weitere massive Veränderungen mit sich bringen wird. Schliessungsentscheide von Filialen geschehen aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen und die Gemeinde hat keinen Einfluss darauf. Die Zusammenarbeit mit anderen Dienstleistungsbetrieben oder eine Public-Private-Partnership (PPP) mit einer Gemeinde wird in Zukunft bei Banken kaum von Bedeutung sein.

iii) Das Best-Practice-Beispiel der Gemeinde Safiental hat gezeigt, dass vieles erreicht werden kann, wenn sich eine Gemeinde im Bereich der Raumplanung engagiert und Eigeninitiative zeigt. Die aktive Gemeindebehörde hat mit dem erstellten Richtplan, dem Standortförderungsgesetz und den zahlreich umgesetzten Massnahmen erwirkt, dass sich die Versorgungsqualität in der Gemeinde trotz des Strukturwandels nicht verschlechtert hat.

iv) Die Umfrage in der RK Emmental hat gezeigt, dass keine Gemeinde über eine detaillierte, längerfristige Strategie mit integriertem Entwicklungsleitbild verfügt. Der Strukturwandel und die Grundversorgung sind jedoch Themen, welche die Gemeinden bewegt. Die Betrachtung der Gemeinde Ersigen hat ergeben, dass nicht nur ländlich periphere Gemeinden sondern auch solche in der Nähe zu starken Zentren Schwierigkeiten haben, eine qualitativ hochwertige Grundversorgung aufrecht zu erhalten. In diese Richtung geht auch die durch die Datenanalyse gefundene Erkenntnis, dass der Anteil der Gemeinden mit mindestens einem Dienstleistungsbetrieb (z.B. Anteil der Gemeinden mit mind. einer Bank) im Agglomerationsraum tiefer ist als im ländlichen Raum.

v) Die Emmentaler Gemeinden mit weniger als 1'000 EW sind heute in den wenigsten Fällen noch Standort von Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfss. Diese sind vermehrt erst in Gemeinden mit mehr als 1'000 EW zu finden. Ab 2'000 EW weisen die meisten Gemeinden ein umfassenderes Versorgungsangebot auf.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-------------|
| DANK | I |
| Abbildungsverzeichnis | VIII |
| Tabellenverzeichnis | XI |
| Abkürzungsverzeichnis | XIII |
| 1 Einleitung | S.1 |
| 1.1 Ausgangslage | S.1 |
| 1.2 Motivation und Relevanz der Arbeit | S.4 |
| 1.3 Hypothesen und Zielsetzung | S.5 |
| 1.4 Aufbau der Arbeit | S.6 |
| 2 Methodisches Vorgehen | S.7 |
| 2.1 Vorgehen | S.7 |
| 2.2 Wahl der Raumgliederung und Datenbeschrieb | S.9 |
| 3 Hintergründe zur Grundversorgung und zum Strukturwandel | S.11 |
| 3.1 Zu den Begriffen Grundversorgung und Service Public | S.11 |
| 3.2 Veränderung der Gemeindestruktur | S.13 |
| 3.3 Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen | S.14 |
| 3.4 Strukturwandel im Dienstleistungssektor | S.17 |
| 3.5 Innenentwicklung in kleinen und mittleren Gemeinden | S.21 |
| 3.6 Zwischenfazit | S.22 |
| 4 Thematische Übersicht | S.23 |
| 4.1 Post | S.23 |
| 4.2 Banken | S.27 |
| 4.3 Detailhandel: Waren des täglichen und wöchentlichen Bedarfs | S.28 |
| 4.4 Medizinische Grundversorgung | S.31 |
| 4.5 Erziehung und Bildung | S.33 |
| 4.6 Zwischenfazit | S.34 |
| 5 Räumliche Übersicht | S.35 |
| 5.1 Räumliche Aufteilung | S.35 |
| 5.2 Post- und Finanzdienstleistungen | S.38 |
| 5.3 Detailhandel: Lebensmittel und Güter des täglichen und wöchentlichen Bedarfs | S.41 |
| 5.4 Medizinische Grundversorgung | S.44 |
| 5.5 Bildung und Erziehung | S.49 |
| 6 Lagebeurteilung | S.53 |
| 6.1 Post und Banken | S.53 |
| 6.2 Detailhandel | S.54 |
| 6.3 Medizin und Bildung | S.55 |
| 6.4 Konzentrationsentscheid | S.56 |

| | |
|---|--------------|
| 7 Thematische Vertiefung & Best-Practice Beispiele | S.57 |
| 7.1 Dorfläden: Auslaufmodell oder Teil der Lösung? | S.57 |
| 7.2 Experteninterviews im Bankensektor | S.60 |
| 7.3 Best-Practice Beispiele | S.63 |
| 7.4 Zwischenfazit | S.66 |
| 8 Räumliche Vertiefung: Regionalkonferenz Emmental | S.67 |
| 8.1 Übersicht | S.67 |
| 8.2 Umfrage zur Grundversorgung | S.73 |
| 8.3 Gemeinde Ersigen | S.79 |
| 9 Herausforderungen und Empfehlungen | S.85 |
| 9.1 Regionale und überregionale Ebene | S.85 |
| 9.2 Kommunale Ebene: Gemeinde Ersigen | S.90 |
| 10 Synthese | S.95 |
| 10.1 Zentrale Erkenntnisse | S.95 |
| 10.2 Kritische Reflektion und Ausblick | S.99 |
| 11 Quellenverzeichnis | S.101 |
| 11.1 Literatur | S.101 |
| 11.2 Gesetzestexte und Verordnungen | S.108 |
| 11.3 Geo- und Statistikdaten | S.108 |
| Anhang | A-1 |

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Schematische Darstellung der Raumaufteilung gemäss der Methodik «Raum mit städtischem Charakter 2012» des BFS. Quelle: BFS (2014a). **Seite 9**
- Abbildung 2: Der Begriff «Service Public» umfasst nur die netz- und infrastrukture gebundenen Leistungen, während der Begriff «Grundversorgung» gemäss der in der vorliegenden Arbeit gemachten Definition zusätzlich auch die gegenüber privaten Haushalten erbrachten Leistungen umfasst. Eigene Darstellung. **Seite 12**
- Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung zwischen 2000 und 2014. Raumgliederung nach den MS-Regionen des BFS. Quelle: BFS (2014b). **Seite 14**
- Abbildung 4: Veränderung der Altersstruktur zwischen 1980 und 2014 in der Schweiz und den benachbarten Ländern. Eigene Darstellung. Daten: STATPOP BFS (2016). **Seite 15**
- Abbildung 5: Gefährdung der Verkaufsflächen in der Schweiz. Gefährdung bedeutet, die Mieten sind unter Druck oder es existiert die Gefahr von Mietausfällen. Quelle: SonntagsZeitung (2016). **Seite 18**
- Abbildung 6: Entwicklung des Onlinehandels in den letzten vier Jahren und bis 2022. Quelle: Credit Suisse (2017). **Seite 19**
- Abbildung 7: Entwicklung des stationären Schweizer Detailhandels zwischen 1990 und 2015 in Mrd. CHF. Quelle: VSV (2016). **Seite 20**
- Abbildung 8: Entwicklung der E-Commerce Konsumausgaben der privaten Haushalte zwischen 2004 und 2013 in Mrd. CHF. Quelle: BFS (2016e). **Seite 20**
- Abbildung 9: Wertmässige Anteile des Online-Versandhandels am Schweizer Detailhandel in den Bereichen Food / Near Food und Non Food. Quelle: VSV (2016). **Seite 20**
- Abbildung 10: Anteil der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren, die in den drei der Erhebung vorangegangenen Monaten eine der genannten Onlineaktivität ausgeführt hat. Quelle: BFS (2016f). **Seite 20**
- Abbildung 11: Treiber und Hemmer des Strukturwandels im Grundversorgungsbereich. Eigene Darstellung. **Seite 22**
- Abbildung 12: Darstellung der rechtlichen Vorgaben, welche die Post im Bereich der Grundversorgung erfüllen muss. Quelle: Post (2016). **Seite 24**
- Abbildung 13: Entwicklung der Anzahl Kundenzugangspunkte: Poststellen, Postagenturen und Hauservice. Eigene Darstellung. Quelle: Post (2016a). **Seite 25**
- Abbildung 14: Entwicklung des Postnetzes bis 2020. Für die Werte 2020 werden die Mittelwerte der Planung dargestellt. Quelle: Post (2016e). **Seite 26**
- Abbildung 15: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten nach Bankkategorien zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quelle: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 27**
- Abbildung 16: Gesamtschweizerische Entwicklung der Zahl der Detailhandelsgeschäfte (links) und Veränderung der Beschäftigten im Detailhandel (rechts) zwischen 1998 und 2008. Raumaufteilung nach den MS-Regionen des BFS. Quelle: Credit Suisse (2011). **Seite 29**
- Abbildung 17: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im klassischen Detailhandel zwischen 2001 und 2008. Aufteilung nach Ladenfläche. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016). **Seite 29**
- Abbildung 18: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im klassischen Detailhandel zwischen 2011 und 2013. Aufteilung nach Ladenfläche. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016). **Seite 30**
- Abbildung 19: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten von Bäckereien, Metzgereien und Molke- reien zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 30**
- Abbildung 20: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im Bereich der medizinischen Grundver- sorgung zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 32**
- Abbildung 21: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im Bereich der Bildung und Erziehung zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 33**
- Abbildung 22: Einteilung der Schweizer Gemeinden in die drei Raumtypen nach der Methode «Raum mit städtischem Charakter 2012» des BFS. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), BFS (2016g). **Seite 36**
- Abbildung 23: Prozentualer Anteil der jeweiligen Raumtypen an der gesamten Bevölkerung der Schweiz. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016). **Seite 37**
- Abbildung 24: Relative Bevölkerungsentwicklung der drei Raumtypen von 1985 bis 2015. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016). **Seite 37**
- Abbildung 25: Bevölkerungsentwicklung nach Raumtyp und Gemeindegrössenklassen von 1985 bis 2015. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016). **Seite 37**
- Abbildung 26: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Postdienstleistungen zwischen 2001 und 2008 (links) sowie zwischen 2011 und 2013 (rechts) unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 38**

- Abbildung 27: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Postdienstleistungen unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 39**.
- Abbildung 28: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Banken zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016). **Seite 39**.
- Abbildung 29: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Banken zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016). **Seite 40**.
- Abbildung 30: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Banken unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 40**.
- Abbildung 31: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW im klassischen Detailhandel zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 41**.
- Abbildung 32: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) im klassischen Detailhandel unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 42**.
- Abbildung 33: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016). **Seite 42**.
- Abbildung 34: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016). **Seite 43**.
- Abbildung 35: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Bäckereien, Metzgereien und Molkereien unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 43**.
- Abbildung 36: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Apotheken zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 44**.
- Abbildung 37: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Apotheken unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 45**.
- Abbildung 38: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Arztpraxen zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016). **Seite 45**.
- Abbildung 39: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Arztpraxen zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016). **Seite 46**.
- Abbildung 40: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Arztpraxen unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 46**.
- Abbildung 41: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Zahnarztpraxen zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 47**.
- Abbildung 42: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Zahnarztpraxen unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 47**.
- Abbildung 43: Entwicklung der Arbeitsstätten pro 1'000 EW bei der Hauspflege zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 48**.
- Abbildung 44: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Hauspflege unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016). **Seite 48**.
- Abbildung 45: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Kindertagesstätten zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 49**.
- Abbildung 46: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Kindertagesstätten unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 50**.
- Abbildung 47: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Kindergärten und Vorschulen zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 50**.
- Abbildung 48: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Kindergärten unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 51**.
- Abbildung 49: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW der Primarschulen zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 52**.
- Abbildung 50: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Primarschulen unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 52**.
- Abbildung 51: Anteil Gemeinden mit mindestens einem Dienstleister im Dienstleistungsbereich und Anteil der in diesen Gemeinden wohnhaften Personen am Total des Raumtyps. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 54**.
- Abbildung 52: Anteil Gemeinden mit mindestens einem Dienstleister in den Bereichen medizinische Grundversorgung und Bildung sowie Anteil der in diesen Gemeinden wohnhaften Personen am Total des Raumtyps. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP & STATENT BFS (2016). **Seite 55**.

- Abbildung 53: Entwicklung der Arbeitsstätten von grossen (100–400 m²) Geschäften (oben) und kleinen (<100 m²) Geschäften (unten) zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016). **Seite 58**
- Abbildung 54: Gemeinde Safiental. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016). **Seite 63**
- Abbildung 55: Übersicht über alle Gemeinden der Regionalkonferenz Emmental mit ihrem Hauptort Burgdorf. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016). **Seite 68**
- Abbildung 56: Landschaftsräume im Emmental. Eigene Darstellung. Quelle: RK Emmental (2015). **Seite 69**
- Abbildung 57: Blick von Eggwil in Richtung Voralpen. Quelle: Berghaus Eggwil (2016). **Seite 69**
- Abbildung 58: Räume nach Richtplan 2030. Eigene Darstellung. Quelle: Kanton Bern (2015). **Seite 69**
- Abbildung 59: Blick von West-Südwesten her auf die Hauptachse des Emmentals. Eigene Darstellung. Quelle: Google Earth (2016). **Seite 70**
- Abbildung 60: Altersverteilung 2010, 2015 und prognostiziert für 2030 in der Schweiz, im Kanton Bern und in der RK Emmental. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016). **Seite 70**
- Abbildung 61: Bevölkerungsentwicklung in der RK Emmental und den anliegenden Gemeinden zwischen 2005 und 2015. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP BFS (2016), swisstopo (2016). **Seite 71**
- Abbildung 62: Absolute Entwicklung der Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien und Molkereien in den Gemeinden der RK Emmental. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), BZ BFS (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 72**
- Abbildung 63: Qualität der Grundversorgung gemeindeintern und inklusive der umliegenden Gemeinden (links). Abhängigkeit der gemeindeeigenen Grundversorgung von den umliegenden Gemeinden (rechts). Eigene Darstellung. **Seite 73**
- Abbildung 64: Qualität der gemeindeinternen Grundversorgung. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 74**
- Abbildung 65: Abhängigkeit der Grundversorgung von den umliegenden Gemeinden. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 74**
- Abbildung 68: Zahl der Gemeinden mit einem Entwicklungsleitbild (links). Gemeinden, die eine überkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Grundversorgung eingegangen sind (rechts). Eigene Darstellung. **Seite 75**
- Abbildung 66: Einschätzung der Gemeindevertreter zur Gefährdung der Grundversorgung in den nächsten 5 bis 10 Jahren. Eigene Darstellung. **Seite 75**
- Abbildung 67: Einschätzung der Gemeindevertreter zur Gefährdung der Grundversorgung in den nächsten 5 bis 10 Jahren. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 75**
- Abbildung 70: Frage zum Interesse an einer überkommunaler Zusammenarbeit. Eigene Darstellung. **Seite 76**
- Abbildung 69: Gemeinden mit und ohne Entwicklungsleitbild. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 76**
- Abbildung 71: Darstellung zeigt, ob Gemeinden Interesse an einer zukünftigen überkommunalen Zusammenarbeit im Grundversorgungsbe- reich haben. Eigene Darstellung. **Seite 76**
- Abbildung 74: Antworten auf die Frage, ob Kanton und Region die Gemeinden bezüglich Grundversorgung mehr unterstützen sollten (links) und ob die Gemeinden die Grundversorger unterstützen (rechts). Eigene Darstellung. **Seite 77**
- Abbildung 72: Darstellung zeigt, ob die Gemeinden mehr Unterstützung von kantonaler und regionaler Seite wünschen. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 77**
- Abbildung 73: Antworten auf die Frage, ob die Gemeinden regelmässig in Kontakt mit den Grundversorgern stehen. Eigene Darstellung. **Seite 77**
- Abbildung 75: Darstellung zeigt, ob die Gemeinden die Grundversorgungsanbieter unterstützen oder nicht. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 78**
- Abbildung 76: Anteil der Altersklassen in den Ortsteilen und der gesamten Gemeinde im Jahr 2015. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016). **Seite 79**
- Abbildung 77: Übersicht über die Grundversorgungselemente der Gemeinde Ersigen. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016). **Seite 80**
- Abbildung 78: Luftbild mit Blick von Nordenosten nach Südwesten auf den Gemeindeteil Ersigen (1) mit dem Dorfzentrum (1a), dem Einfamilienhausquartier (1b) und der Gewerbezone (1c). Im Hintergrund ist die Ortschaft Kirchberg-Alchenflüh (2) und das Shoppingcenter Lyssach (3) sichtbar. Eigene Darstellung. Quelle: Gemeinde Ersigen (2016). **Seite 81**
- Abbildung 79: Harmonisierte Bauzonen der Gemeinde Ersigen aus dem Übersichtszoneplan des Kantons Bern und bestehende unüberbaute Bauzonen. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016). **Seite 82**
- Abbildung 80: Einwohner- (oben) und Raumnutzerdichten (unten) der verschiedenen Quartierteile von Ersigen. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016), BFS (2016). **Seite 83**
- Abbildung 81: Darstellung des vom IRAP entwickelten Werkzeuges zur Versorgungsqualität. Quelle: HSR (2016). **Seite 88**
- Abbildung 82: Darstellung der Handlungsempfehlungen in der Gemeinde Ersigen. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016). **Seite 94**

Tabellenverzeichnis

| | |
|-------------|--|
| Tabelle 1: | Zukünftige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz gemäss dem Referenzszenario in 5 Jahres-Schritten. Seite 13 |
| Tabelle 2: | Bevölkerungsentwicklung der Schweiz in 10 Jahres-Schritten. Im Total. Absolutes Wachstum. Prozentuales Wachstum zur Vorperiode. Seite 14 |
| Tabelle 3: | Zukünftige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz gemäss dem Referenzszenario in 5 Jahres-Schritten. Seite 15 |
| Tabelle 4: | Entwicklung der Arbeitsstätten, Beschäftigten und Vollzeitäquivalente (VZÄ) zwischen 2001 und 2008, sowie zwischen 2011 und 2013. Seite 25 |
| Tabelle 5: | Auflistung der verschiedenen Gemeindegrössenklassen mit der jeweiligen Anzahl an Gemeinden und Einwohnern (gemäss EW-Zahlen aus dem Jahr 2015) pro Klasse und Raumtyp sowie im Total. Seite 35 |
| Tabelle 6: | Kennzahlen (Umsatz, Verkaufsstellen, Ladenfläche) der Dorfläden und Volg-Läden von 2011 bis 2015. Seite 59 |
| Tabelle 7: | Zahl der Arbeitsstätten der Grundversorgungselemente im Dienstleistungsbereich in den Gemeinden der RK Emmental in den Jahren 2001, 2008, 2011 und 2013. Aufteilung nach Gemeindegrössenklassen. Seite 71 |
| Tabelle 8: | Zahl der Arbeitsstätten in der medizinischen Grundversorgung sowie im Bildungsbereich in den Gemeinden der RK Emmental in den Jahren 2001, 2008, 2011 und 2013. Aufteilung nach Gemeindegrössenklassen. Seite 72 |
| Tabelle 9: | Einwohnerentwicklung zwischen 2000 und 2015, Anzahl Haushalte und mittlere Haushaltsgrösse 2014, Beschäftigtenzahl und Arbeitsstätten 2013, sowie Leerwohnungsziffer 2015. Eigene Zusammenstellung. Seite 79 |
| Tabelle 10: | Abschätzung des Einwohnerpotentials in den unüberbauten Bauzonen. Eigene Zusammenstellung. Quelle: Kanton Bern (2016). Seite 83 |
| Tabelle 11: | Anzahl Gemeinden, die gemäss Umfrage in den letzten fünf Jahren von Schliessungen betroffenen gewesen sind. Eigene Zusammenstellung. Seite 87 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------|---|
| AGR | Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern |
| AHOP | Arbeitshilfe Ortsplanung |
| ARE | Bundesamt für Raumentwicklung |
| ARE GR | Bundesamt für Raumentwicklung des Kantons Graubünden |
| AS | Arbeitsstätte |
| AZ | Ausnützungsziffer |
| BEKB | Berner Kantonalbank |
| BFS | Bundesamt für Statistik |
| BLB | Bernerland Bank |
| BV | Bundesverfassung |
| BZ | Betriebszählung des Bundesamtes für Statistik |
| CHF | Schweizer Franken |
| EDI | Eidgenössisches Departement des Inneren |
| EK | Ersparniskasse |
| ETH | Eidgenössische Technische Hochschule |
| EUR | Euro |
| EW | Einwohner |
| FINMA | Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht |
| HNF | Hauptnutzfläche |
| HSR | Hochschule Rapperswil |
| IRAP | Institut für Raumentwicklung der Hochschule Rapperswil |
| IRL | Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung der ETH Zürich |
| MIV | Motorisierter Individualverkehr |
| MZMV | Mikrozensus Mobilität und Verkehr |
| NOGA | Nomenclature Générale des Activités économique |
| ÖKK | Krankenkasse |
| ÖV | Öffentlicher Verkehr |
| PPP | Public-Private-Partnership |
| RK | Regionalkonferenz |
| RPG | Raumplanungsgesetz |
| RPV | Raumplanungsverordnung |
| SEin | Siedlungsentwicklung nach innen |
| STATENT | Statistik der Unternehmensstruktur |
| STATPOP | Statistik der Bevölkerung und der Haushalte |
| VLP | Vereinigung für Landesplanung |
| WBF | Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung |

1 Einleitung

Das Thema Grundversorgung taucht in der heutigen Zeit vermehrt wieder in den politischen Agenden auf und löst dabei kontroverse Diskussionen aus. Grund dafür ist der unter anderem durch die fortschreitende Digitalisierung beschleunigte Strukturwandel. Dadurch entstehen immer spürbarer werdende Disparitäten zwischen den verschiedenen geografischen Räumen. Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, wie sich der Strukturwandel in unterschiedlichen Gemeindegrössenklassen und verschiedenen Raumtypen auswirkt und was für Handlungsoptionen insbesondere betroffene kleinere und mittlere Gemeinden haben. Dies geschieht zuerst auf einer hohen Flugebene mit nachfolgender Vertiefung in der Regionalkonferenz Emmental und unter Einbezug von Best-Practice Beispielen aus der ganzen Schweiz.

1.1 Ausgangslage

1.1.1 Strukturwandel im Dienstleistungssektor

Der Strukturwandel im Dienstleistungssektor ist eine Folge von technologischen, demografischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen und Entwicklungen. Der Fakt, dass der Strukturwandel im Dienstleistungssektor auch einen Einfluss auf die Raumordnung hat, ist nichts Neues. Aufgrund der kontinuierlichen Veränderung der Rahmenbedingungen ist der physische Raum permanent dem Strukturwandel ausgesetzt. Das Gesicht der Siedlungen ist daher nicht statisch, sondern dynamisch und widerspiegelt die gerade geltenden Werte und Vorstellungen der Gesellschaft.

Ein gutes Beispiel für den Strukturwandel ist der Detailhandel in den Ortskernen. Im 18. Jahrhundert waren die Erdgeschosse der Gebäude in Ortskernen geprägt von Handwerkern. Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert stieg die Einwohnerzahl in den Ortschaften rasch an, so dass neue Versorgungsinfrastrukturen notwendig wurden. Der durch Handwerker geprägte Ortskern entwickelte sich nach und nach zum Standort der Detailhandelsgeschäfte. Aufgrund der steigenden Mobilität der Bevölkerung in den 60er Jahren, und dem darauffolgenden Aufschwung von Einkaufszentren an verkehrstechnisch gut erschlossenen Lagen ausserhalb oder am Rande von bestehenden Siedlungsgebieten, begann das „Lädelersterben“ in den Ortszentren (VLP, 2016a)

Im Lebensmitteldetailhandel hat der Strukturwandel dazu geführt, dass zwischen 1998 und 2008 mehr als jedes vierte Geschäft unter 400 m² Ladenfläche seinen Betrieb eingestellt hat (Credit Suisse, 2011). Am wenigsten stark betroffen von dieser Entwicklung waren die kleinflächigen Detailhandelsläden in der Agglomeration Zürich und Davos. Dies sind Räume, welche in der Beobachtungsperiode entweder einen starken Tourismus oder ein starkes Bevölkerungswachstum aufgewiesen haben.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung und dem in gewissen Branchen rapide wachsenden Onlinehandel kommt heute ein neuer Faktor hinzu. Der Onlinehandel als nicht-stationäres Vertriebssystem, welches nicht zwingend einen physischen Kundenzugangspunkt im Raum notwendig hat, wird nach der Ansicht vieler Experten in Zukunft einen grundlegenden Wandel im Einkaufsverhalten und den Angebotsstrukturen im Dienstleistungssektor mit sich bringen (RaumPlanung, 2014). Im Kapitel 3.4.2 wird genauer auf die Entwicklung des Onlinehandels eingegangen. Bereits heute erfordern die Veränderungen aufgrund der zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft eine kontinuierliche Anpassung des Dienstleistungsangebotes. Davon sind natürlich auch die Grundversorgungsanbieter betroffen. So betrieb zum Beispiel die Post 2015 nur noch 1'464 Poststellen, also 98 weniger als im Vorjahr. Im Gegenzug wuchs die Anzahl an Postagenturen, also Poststellen welche in reduzierter Form in andere Dienstleistungsbetriebe integriert wurden, von 75 auf 735 an (Post, 2016a). Bei den Banken ist in der jüngsten Vergangenheit eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Auch hier werden vermehrt Filialen geschlossen.

Die Grundversorgung wird in der vorliegenden Arbeit nach eigener Definition verstanden als *«Summe der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, also des «service publics» im eigentlichen Sinne, und der marktwirtschaftlichen Güter und Dienstleistungen des täglichen und wöchentlichen sowie des unregelmässigen elementaren Bedarfs, die gegenüber der Allgemeinheit oder gegenüber privaten Haushalten zu angemessenen Preisen und in guter Qualität erbracht werden.»* Diese Arbeit beschränkt sich dabei auf die Betrachtung der Grundversorgungselemente in den Bereichen Post, Banken, Detailhandel mit Waren des täglichen und wöchentlichen Bedarfs, Medizin sowie Bildung und Erziehung.

Die Anpassungen der Dienstleistungsangebote aufgrund veränderter Rahmenbedingungen haben einen ganz konkreten räumlichen Einfluss auf Ortskerne, Beschäftigungsmöglichkeiten, den Verkehr und das Dienstleistungsangebot von betroffenen Gemeinden. Es stellt sich die Frage, wie die Gemeinden in Abhängigkeit ihrer Raumtypologie und Grösse von den Entwicklungen betroffen sind und welchen Einfluss diese auf die verschiedenen Teile der Grundversorgung haben. Weiter stellt sich die Frage, welche Handlungsoptionen betroffene kleinere und mittlere¹ Gemeinden haben und was gute Lösungsansätze im Bereich der Grundversorgung sind, um auf die Entwicklungen reagieren zu können. Diesen Fragen wird in der vorliegenden Arbeit nachgegangen.

Im nächsten Abschnitt wird genauer erläutert, wie der Strukturwandel und dessen Einfluss auf die Grundversorgung mit der Raumplanung zusammenspielt und welche Relevanz dies für die zukünftige Raumentwicklung hat.

1.1.2 Raumentwicklung, Grundversorgung und Strukturwandel im Zusammenspiel

Der Strukturwandel mit den im vorangehenden Abschnitt erwähnten Folgen ist mitunter dafür verantwortlich, weshalb sich viele Gemeinden bezüglich des Entwicklungspotentials ihrer Ortskerne Gedanken machen (VLP, 2008). Die Reduktion der Anzahl an Standorten mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen, wöchentlichen und elementaren Bedarfs führt zu einer geringeren Attraktivität der betroffenen Gemeinde für Einkaufende, Zuzüger und Touristen. Durch die Abnahme der Standortattraktivität nimmt das Kundenaufkommen ab, wodurch weitere Dienstleistungsbetriebe aufgrund von fehlenden Kunden schliessen müssen, was wiederum das Angebot reduziert und die Attraktivität für Einkaufende noch weiter senkt. Die Einwohner müssen dadurch weitere Wege auf sich nehmen, um sich mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen, wöchentlichen und elementaren

¹ Kleine Gemeinden gelten in der vorliegenden Arbeit als solche, wenn sie weniger als 2'000 EW haben. Mittlere Gemeinden gelten als solche, wenn sie zwischen 2'000 EW und 5'000 EW aufweisen.

Bedarfs einzudecken. Dies kann einer der Gründe sein, weshalb der für den Zweck Einkauf zurückgelegte Weg seit Jahren steigt. Durch den Verlust von Dienstleistungsangeboten werden die Wege zum Teil zu lang, um zu Fuss oder mit dem Velo zurückgelegt zu werden. Dadurch steigt der motorisierte Individualverkehr (MIV), was den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung, welche den Fuss- und Veloverkehr fördern möchte, widerstrebt. Bleibt das Publikumsaufkommen im Zentrum weg, hat das zudem Einfluss auf weitere Betriebe wie Bars, Cafés und Restaurants.

Für Gemeinden, die von Schliessungen der Dienstleistungsangeboten betroffen sind, beginnt sich die Abwärts-spirale langsam zu drehen. Mögliche Folgen davon sind, dass betroffene Gemeinden zunehmend Veröden und als «Schlafgemeinden» wahrgenommen werden und hohe Leerstände hinsichtlich der Gebäudebelegung aufweisen (VLP, 2016a). Ultimativ kann dies auch dazu führen, dass die Bevölkerung aufgrund des fehlenden Angebotes aus solchen Orten abwandert, was wiederum dazu führt, dass längerfristig weitere Grundversorgungsbereiche betroffen sind (ARE, 2014). Eine abnehmende Einwohnerzahl kann zum Beispiel dazu führen, dass Schulen geschlossen werden müssen, oder dass der Hausarzt aufgrund des Mangels an Patienten seine Praxis schliessen muss. Aus diesen Gründen ist eine umfassende Grundversorgung für die Standortattraktivität und die nachhaltige Entwicklung einer Gemeinde von herausragender Bedeutung. Um diese langfristig zu gewährleisten und um den momentan stattfindenden und in Zukunft erwarteten Leistungsabbau von Versorgungseinrichtungen aufzufangen, müssen die Gemeinden aktiv werden und die Grundversorgung in die zukünftige kommunale Raumplanung einbeziehen. Dafür sind neue Modelle und unternehmerische Formen der Bereitstellung gefragt. Diese dürfen nicht an politischen Grenzen aufhören, sondern sollten sich an funktionalen Räumen orientieren und eine Regionalisierung anstreben (ARE, 2014). Eine der Erkenntnisse der Oltener Tagung „Raumplanung ins Dorf bringen“ vom 2. September 2016, die sich unter anderem mit der Thematik der Grundversorgung in kleineren Gemeinden beschäftigt hat, ist, dass es auch in kleinen Gemeinden „ohne eine strategische Planung nicht (mehr) geht“. Weitere Erkenntnisse sind, dass bei der Innen- und Ortskernentwicklung primär der Gemeinderat den Lead übernehmen muss. Kommunale Planungen sollten aber nicht durch Gemeindevertreter alleine, sondern in Workshops mit der einheimischen Bevölkerung, Grundeigentümern und anderen relevanten Akteuren entstehen. Ziel sollte sein, Ideen für eine gemeinsame wirtschaftliche und räumliche Zukunft zu sammeln. Doch nicht nur auf der strategischen Ebene müssen die Gemeinden aktiv werden. Aktiv werden bedeutet für eine Gemeinde auch, dass sie Hauseigentümer planerisch berät, dass Detailhändler kontaktiert werden und dass je nach Möglichkeit Fördergelder für Projekte generiert werden. (VLP, 2016a). Dabei gilt es immer zu beachten, dass die Herausforderungen für die Gemeinden je nach Raumtyp unterschiedlich sind.

Chancen bieten kann beim Thema Grundversorgung auch die Innenentwicklung, welche nach der Annahme des Raumplanungsgesetzes (RPG) im März 2013 im RPG und der Raumplanungsverordnung (RPV) gesetzlich verankert worden ist. Mit der gesetzlichen Änderung wird die Ressource Boden² als knappes, nicht erneuerbares Gut anerkannt. Dieses soll in Zukunft strenger geschützt werden, indem eine weitere Ausdehnung der Siedlungsgebiete³ strikte begrenzt wird. Auf der Basis des revidierten RPG wird die Siedlungsentwicklung nach Innen⁴ auch in den überarbeiteten Richtplänen der Kantone forciert. Ein dichteres und kompakteres Siedlungsgebiet ist einfacher zu versorgen als ein disperses, da für die flächendeckende Versorgung weniger Zugangspunkte benötigt werden und da für die Dienstleistungsbetrieben aufgrund der höheren Raumnutzerdichte ein höheres Kundenpotential vorhanden ist. Die Strategie «Innenentwicklung vor Aussenentwicklung», welche an der ETH Zürich durch die von Prof. Dr. Bernd Scholl geleitete Professur für Raumentwicklung seit längerem vorangetrieben wird, hat daher in Zukunft eine herausragende Bedeutung in der Raumplanung (Scholl, 2007).

Aufbauend auf der Ausgangslage und weiteren Erkenntnissen sind vier Hypothesen aufgestellt worden, die im Kapitel 1.3 beschrieben werden und den Rahmen dieser Arbeit bilden.

2 Art. 1 Abs. 2 des Raumplanungsgesetzes (RPG) vom 22. Juni 1979 (Stand 01.01.2016), SR 700.

3 Art. 3 Abs. 3 des Raumplanungsgesetzes (RPG) vom 22. Juni 1979 (Stand 01.01.2016), SR 700.

4 Innenentwicklung und Siedlungsentwicklung nach innen werden in dieser Arbeit als Synonyme verstanden.

1.2 Motivation und Relevanz der Arbeit

1.2.1 Grundversorgung und bundespolitische Ziele der Schweiz

Die Liberalisierungswelle Ende der 1990er Jahre löste intensive Diskussionen um die Grundversorgung aus. Zu Beginn der 2000er Jahre hat sich die Debatte wieder beruhigt. Das Thema Grundversorgung taucht in der heutigen Zeit jedoch vermehrt wieder in den politischen Agenden auf und ist Ursprung von kontroversen Diskussionen (ARE, 2014). Zuletzt ist dies im Zusammenhang mit der eidgenössischen Abstimmung über die medizinische Grundversorgung vom 18. Mai 2014 oder in derjenigen über den Service Public vom 06. Juni 2016 der Fall gewesen. Kernpunkt der Diskussionen ist vielfach, welche Leistungen zu welcher Qualität an welchen Orten bereitgestellt werden müssen, respektive sollen und wer dafür bezahlt. Der Grund für das Aufkommen der Diskussionen liegt weniger in den Einkommens- und Vermögensungleichgewichten der Bevölkerung, sondern mehr im durch die fortschreitende Digitalisierung beschleunigten Strukturwandel und der darum immer spürbarer werdenden, räumlichen Disparität zwischen urbanen und ländlichen Räumen (ARE, 2014). Die bundespolitischen Zielsetzungen der Schweiz hinsichtlich der Raumplanung sind im RPG und im Raumkonzept zu finden. Gemäss RPG⁵ haben Bund, Kantone und Gemeinden Massnahmen zu unterstützen, die das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in den einzelnen Landesteilen fördern und die auf eine angemessene Dezentralisation der Besiedelung und der Wirtschaft hinzuwirken. Im Raumkonzept Schweiz wird diese gesetzliche Vorgabe im Ziel 1 «Siedlungsqualität und regionale Vielfalt fördern» sowie in der Strategie 1 «Handlungsräume bilden und das polyzentrische Netz von Städten und Gemeinden stärken» detaillierter ausformuliert (Schweizerischer Bundesrat et al., 2012). Die Grundversorgung leistet dabei flächendeckend einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand und der Lebensqualität dieses Netzes. Soll das polyzentrische Netz in Zukunft in der gleichen Qualität wie heute Bestand haben, muss die Grundversorgung weiterhin auch in den kleineren und mittleren Gemeinden, welche den grösseren Teil der Gemeinden⁶ der Schweiz ausmachen, gewährleistet werden können. Bei einer Abnahme des Grundversorgungsangebotes nimmt die Attraktivität der betroffenen Räume ab und es reduzieren sich die lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten. Dadurch kann es zu einer Entleerung solcher Räume kommen, womit die räumlichen Entwicklungsziele der Schweiz gefährdet sind (ARE, 2014).

«Stärken stärken, nicht überall alles.»

(Raumkonzept Schweiz S. 35, 2015)

1.2.2 Grundversorgung und eine nachhaltige räumliche Entwicklung

Nach Ansicht des Autors wird die Grundversorgung in Zukunft aufgrund verschiedener Aspekte an Bedeutung gewinnen. Einer der Gründe dafür ist der demografische Wandel. Eine wachsende Bevölkerung zum Beispiel macht den Ausbau der Versorgungsinfrastruktur an neuralgischen Punkten notwendig, während eine alternde Bevölkerung unter anderem einen höheren Bedarf an medizinischer Grundversorgung zur Folge hat. Aufgrund der eingeschränkten Mobilität älterer Personen bestehen zudem höhere Ansprüche an die Nahversorgung und an den öffentlichen Verkehr. Eine in allen Landesteilen qualitativ hochwertige Grundversorgung fördert zudem die nachhaltige Mobilität, da die Wege für die Bevölkerung kürzer werden und diese zu Fuss oder mit dem Velo absolviert werden können. Weiter können durch die dezentrale Bereitstellung von Grundversorgungselementen Arbeitsplätze in peripher gelegenen Räumen der Schweiz erhalten werden, womit den immer stärker werdenden Disparitäten zwischen Stadt und Land entgegengewirkt werden kann. Schliesslich verfügen die Themen Innenentwicklung und Grundversorgung über viele Synergien. Die Innenentwicklung hat einen positiven Einfluss auf die Grundversorgung, weil kompaktere Siedlungen die Versorgung der Bevölkerung vereinfachen. Die Entwicklung im Bestand bietet aber auch Möglichkeiten, bestehende Situationen für Grundversorgungsanbieter zu verbessern. So können diese zum Beispiel von einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität in den Ortskernen profitieren, weil durch diese das Publikumsaufkommen erhöht werden kann.

5 Art. 1 Abs. 2 lit. c des Raumplanungsgesetzes (RPG) vom 22. Juni 1979 (Stand 01.01.2016), SR 700.
6 Rund 60% der Gemeinden, also 1'403 von Total 2'324, haben 2015 weniger als 2'000 Einwohner (STATPOP BFS, 2016).

1.3 Hypothesen und Zielsetzung

Im Zusammenhang mit den in der Einleitung erwähnten Themenbereichen sind vier Hypothesen aufgestellt worden, die in dieser Arbeit behandelt werden.

Die erste Hypothese nimmt Bezug auf die räumlichen Auswirkungen des Strukturwandels:

Hypothese 1: Kleine bis mittlere Gemeinden sowie ländliche Räume sind stärker vom durch den Strukturwandel induzierten Leistungsabbau im Grundversorgungsbereich betroffen als grosse Gemeinden und urbane Räume.

Die zweite Hypothese befasst sich mit den Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung, welche den Strukturwandel in gewissen Branchen beschleunigt, und insbesondere starke Auswirkungen auf die postalische Grundversorgung, den Finanzdienstleistungsbereich und den Detailhandel hat.

Hypothese 2: Der Strukturwandel mit seinen neuen Ausprägungen führt zu einer zunehmenden Reduktion der Zahl an physischen Versorgungseinrichtungen im Detailhandel des täglichen und wöchentlichen Bedarfes, bei den Banken und bei der Post. Dieser Trend wird sich in Zukunft aufgrund des rapide wachsenden Online-marktes und der Digitalisierung fortsetzen und verstärken und kann in kleineren und mittleren Gemeinden zu Versorgungslücken führen.

Um den momentan stattfindenden und in Zukunft erwarteten Leistungsabbau von Versorgungseinrichtungen aufzufangen, müssen die Gemeinden aktiv werden und die Grundversorgung in die zukünftige kommunale Planung einbeziehen. Dies führt zu der folgenden dritten Hypothese:

Hypothese 3: Mit guter kommunaler Planung lässt sich der Leistungsabbau im Grundversorgungsbereich auffangen. Zurzeit fehlen in vielen Gemeinden jedoch Leitlinien und Strategien, wie dem fortschreitenden Strukturwandel begegnet werden kann und wie dessen negative Auswirkungen auf die Grundversorgung gedämpft werden können.

In der Einleitung ist argumentiert worden, dass die Bereitstellung der Grundversorgung nicht an institutionellen Grenzen endet, und dass die einzelnen Gemeinden aus diesem Grund vermehrt die Zusammenarbeit suchen sollten. Ob das Denken in funktionellen Räumen im Bereich der Grundversorgung bei den Gemeinden eine Rolle spielt, wird anhand der vierten Hypothese überprüft:

Hypothese 4: Regionale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden bietet Möglichkeiten, den raumplanerischen Herausforderungen hinsichtlich der Bereitstellung der Grundversorgung zu begegnen.

1.4 Aufbau der Arbeit

In einem ersten Schritt wird im Kapitel „2 Methodisches Vorgehen“ das Vorgehen erläutert und die Methodik dargelegt.

In einem zweiten Schritt werden in Kapitel 3 die Hintergründe zur Grundversorgung und zum Strukturwandel geklärt. Dabei wird eine gesamtheitliche Einordnung der Grundversorgung und des Strukturwandels vorgenommen, verschiedene Begrifflichkeiten und Definitionen geklärt, sowie der Bearbeitungssperimeter abgesteckt. Zudem werden die aktuellen Trends und Treiber des Strukturwandels gesucht. Insbesondere werden die für die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit relevanten Themenbereiche und Entwicklungen betrachtet. Dazu gehören die Entwicklungen der schweizerischen Gemeindestruktur, das veränderte Mobilitäts- und Einkaufsverhalten, demografische und gesellschaftliche Entwicklungen, die Digitalisierung und der E-Commerce sowie die Innenentwicklung in kleineren und mittleren Gemeinden der Schweiz.

Die darauffolgende Übersicht ist gegliedert in die zwei Kapitel „4 Thematische Übersicht“ und „5 Räumliche Übersicht“. In der thematischen Übersicht wird auf die branchenspezifischen gesetzlichen und politischen Vorgaben, Entwicklungen und Randbedingungen eingegangen. Die räumliche Übersicht besteht aus einer gemeindegrössen- und raumtypenspezifischen Datenanalyse, welche den geografischen Raum der Schweiz in sieben Gemeindegrössenklassen und drei Raumtypologien (ländlicher Raum, Agglomerationsraum, städtischer Kernraum) unterteilt. Dabei wird die Entwicklung der in dieser Arbeit betrachteten Versorgungseinrichtungen zwischen 2001 und 2008, sowie zwischen 2011 und 2013 beleuchtet. Ziel dieses Vorgehens ist herauszufinden, auf welche Weise und wie stark die Grundversorger in den verschiedenen Raumtypen und Gemeindegrössenklassen vom Strukturwandel betroffen sind.

In der nachfolgenden Lagebeurteilung im Kapitel „6 Lagebeurteilung“ werden die aus der Hintergrundrecherche und der Übersicht gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst. Die Lagebeurteilung resultiert in einer Konzentrationsentscheidung, in welchem der Bearbeitungssperimeter für die Vertiefungsphase sowohl thematisch wie auch räumlich weiter eingeschränkt wird.

Im ersten Vertiefungskapitel „7 Thematische Vertiefung & Best Practice Beispiele“ werden die Entwicklungen im Detailhandel und bei den Banken vertieft betrachtet. Dabei werden Informationen aus Experteninterviews, aus der vertieften Literaturrecherche und aus der Tagung „Künftige Versorgungsinfrastrukturen in ländlichen Räumen“ verarbeitet. Zudem werden mit der Betrachtung von «Best-Practice-Beispielen» mögliche Lösungswege für die durch den Strukturwandel induzierten Probleme gesucht. Anhand von solchen Planungsbeispielen soll dargestellt werden, wie Gemeinden die den Druck des Strukturwandels auf die Grundversorgung spüren, die künftige Entwicklung besser einschätzen können und wie sie auf allfällige negative Entwicklungen besser reagieren können.

In der räumlichen Vertiefung im Kapitel 8 wird die Regionalkonferenz Emmental betrachtet. Dies geschieht zum einen anhand der Auswertung des an die Gemeinden versendeten Fragebogens. Damit wird untersucht, ob und wie die Gemeinden die Grundversorgung in ihrer kommunalen Planung berücksichtigen und wie sich diese in der Vergangenheit entwickelt hat. Weiter wird von den Gemeinden eine Einschätzung gemacht, ob die Grundversorgung gemeindeintern in Zukunft gefährdet ist. Zum anderen wird abschliessend die Gemeinde Ersigen, welche kaum Grundversorgungseinrichtungen auf gemeindeeigenem Boden hat, betrachtet. Schliesslich wird nach den Gründen gesucht, weshalb diese Gemeinde keine funktionierende Grundversorgung aufweist.

In Kapitel 9 werden aus den gewonnenen Erkenntnissen Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze für die Region Emmental, die Gemeinde Ersigen und für weitere vom Strukturwandel betroffene Gemeinden abgeleitet.

Der Abschluss der Arbeit bildet die Synthese, in welcher die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst, die Hypothesen diskutiert, sowie die gesamte Arbeit und deren Methodik kritisch reflektiert werden.

2 Methodisches Vorgehen

Im diesem Kapitel werden die verschiedenen Vorgehen zur Behandlung der im vorangehenden Kapitel aufgeführten Hypothesen beschrieben. Für die Bearbeitung sind verschiedene statistische und räumliche Daten betrachtet sowie mehrere Methoden (Experteninterviews, Fragebogen, Literaturrecherche, Tagungsteilnahme) angewendet worden. Die vorliegende Arbeit kann somit in vier aufeinander basierenden Analysen auf drei räumlichen Ebenen unterteilt werden.

2.1 Vorgehen

2.1.1 Hintergründe zur Grundversorgung und zum Strukturwandel

Der Begriff Grundversorgung wird je nach konsultierter Fachliteratur unterschiedlich definiert. Aus diesem Grund findet zu Beginn der Arbeit eine kritische Auseinandersetzung mit diesem statt. Weiter bettet dieses Kapitel die Arbeit in den Gesamtkontext der gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen ein. Mit der Einbettung in übergeordnete Prozesse wird dargelegt, aus welchen Gründen die Thematik für die Raumplanung von Relevanz ist, wie die Prozesse zusammenhängen und was deren Treiber und Hemmer sind. Die in diesem Kapitel verwendeten Informationen kommen aus der Literaturrecherche.

2.1.2 Übersicht, Lagebeurteilung und Konzentrationsentscheid

Thematische Übersicht

In diesem Kapitel wird eine Auslegeordnung gemacht. Es werden für die behandelten Grundversorgungselemente die geltenden rechtlichen Vorgaben und Randbedingungen geklärt. Weiter wird eine erste Datenanalyse über die Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten auf gesamtschweizerischer Ebene getätigt. Die Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen kommen aus der Betriebszählung und der Statistik der Unternehmensstruktur des Bundesamtes für Statistik (BFS). Dank der Resultate aus der thematischen Übersicht besteht für den Leser eine grobe Übersicht über die Thematik. Diese wird in der darauffolgenden räumlichen Übersicht verfeinert.

Räumliche Übersicht

Bei der räumlichen Übersicht handelt es sich um eine detaillierte Datenanalyse der BZ und STATENT Daten des BFS. Der geografische Raum der Schweiz wird unterteilt in drei Raumtypen und sieben Gemeindegrössenklassen. In der Datenanalyse sind die relativen und absoluten Entwicklungen der Arbeitsstätten, Beschäftigten und Vollzeitäquivalenten der Jahre 2001 und 2008 (BZ) sowie 2011 und 2013 betrachtet worden. Weiter sind die Dichten der Versorgungen pro 1'000 EW der Versorgungseinrichtungen errechnet worden.

Lagebeurteilung und Konzentrationsentscheid

In diesem Kapitel werden die aus der Hintergrundrecherche und der Übersicht gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst. Die Lagebeurteilung resultiert in einer Konzentrationsentscheidung, in welchem der Bearbeitungssperimeter für die Vertiefungsphase sowohl thematisch wie auch räumlich weiter eingeschränkt wird.

2.1.3 Vertiefungsphase

Thematische Vertiefung und Best-Practice Beispiele

Im ersten Vertiefungskapitel werden die Entwicklungen im Detailhandel und bei den Banken vertieft betrachtet. Dabei werden Informationen aus Experteninterviews, aus der vertieften Literaturrecherche und aus der Tagung „Künftige Versorgungsinfrastrukturen in ländlichen Räumen“ verarbeitet. Zudem werden mit der Betrachtung von «Best-Practice-Beispielen» mögliche Lösungswege für die durch den Strukturwandel induzierten Probleme gesucht. Anhand von solchen Planungsbeispielen soll dargestellt werden, wie Gemeinden die den Druck des Strukturwandels auf die Grundversorgung spüren, die künftige Entwicklung besser einschätzen und auf allfällige negative Entwicklungen besser reagieren können.

Räumliche Vertiefung

In der räumlichen Vertiefung wird die Regionalkonferenz Emmental detaillierter behandelt. Dies geschieht zum einen anhand der Auswertung des an die Gemeinden versendeten Fragebogens. Der gesamte Fragebogen mit dem Vorwort und den 11 Fragen befindet sich im Anhang A1. Dieser ist jeweils an den Gemeindepräsidenten sowie an denjenigen Ressortleiter, welcher thematisch am nächsten bei der Raumplanung ist, verschickt worden. Mit dem Fragebogen soll in Erfahrung gebracht werden, wie die Gemeindevertreter die jetzige und zukünftige Versorgungsqualität ihrer Gemeinde sieht, wie sie die Grundversorgung in ihrer kommunalen Planung berücksichtigen und wie sich diese in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat. Weiter wird von den Gemeindevertretern eine Einschätzung gemacht, ob die Grundversorgung gemeindeintern in Zukunft gefährdet ist. Abschliessend wird die Gemeinde Ersigen, welche kaum Grundversorgungseinrichtungen auf gemeindeeigenem Boden hat, genauer behandelt. Dabei werden Gründe gesucht, weshalb die Gemeinde eine schlechte gemeindeinterne Grundversorgungsqualität aufweist.

2.1.4 Herausforderungen und Empfehlungen

In Kapitel 9 werden aus den gewonnenen Erkenntnissen Handlungsempfehlungen und Lösungsansätze für die Flugebenen Kanton Bern, Regionalkonferenz Emmental und für die Gemeinde Ersigen erläutert. Dabei werden pro Flugebene jeweils drei bis vier Hauptempfehlungen abgegeben.

2.1.5 Synthese

In der abschliessenden Synthese werden die über die gesamte Arbeit gemachten Erkenntnisse in konzentrierter Form aufgearbeitet und die zu Beginn der Arbeit aufgestellten Hypothesen diskutiert. Der Abschluss der vorliegenden Arbeit bildet die kritische Reflektion und der Ausblick.

2.2 Wahl der Raumgliederung und Datenbeschrieb

2.2.1 Raumgliederung

Die Analysen der vorliegenden Arbeit basieren wie vorangehend beschrieben auf verschiedenen Raumebenen. Zum einen umfasst dies die gesamtschweizerische Betrachtung der Entwicklung, zum anderen wird der geografische Raum der Schweiz unterteilt in drei Raumtypen und sieben Gemeindegrössenklassen.

Für die Raumaufteilung ist die Raumtypologie «Raum mit städtischem Charakter 2012» des Bundesamtes für Statistik verwendet worden. Die Methode teilt die Schweiz in drei Oberkategorien «städtischer Kernraum», «Einflussgebiet städtischer Kernraum» und «Gebiete ausserhalb des Einflusses städtischer Kerne» ein. Zur Vereinfachung werden die drei Kategorien in der vorliegenden Arbeit als «ländlicher Raum», «Agglomerationsraum» und «städtischer Kernraum» bezeichnet. In **Abbildung 22** auf Seite 36 ist die gesamtschweizerische Einteilung der Gemeinden zu sehen.

Die Methode «Raum mit städtischem Charakter 2012» beruht auf einem Algorithmus, in welchem sowohl morphologische wie auch funktionelle Kriterien einfließen. Mit diesem kann jede Gemeinde auf der Basis von einheitlichen Kriterien und Schwellenwerten einer Kategorie zugewiesen werden. Die Methode beruht auf einem mehrstufigen Verfahren. In einem ersten Schritt werden die Dichten von Einwohnern, Beschäftigten und Logiernächten auf der Ebene von Rasterzellen untersucht, damit potentielle Agglomerationskerne identifiziert werden können. Bei der Analyse auf der Ebene von Rasterzellen wird von einem sogenannten morphologischen Ansatz gesprochen, der den Einfluss von historisch gewachsenen institutionellen Grenzen minimieren soll. In einem zweiten Schritt werden mögliche Agglomerationsgürtel abgegrenzt, wobei die auf Kerne ausgerichteten Pendlerintensitäten und eine gewisse Grösse der Gemeinden ausschlaggebend sind. In einem dritten Schritt werden weitere städtische Kategorien, wie mehrfach orientierte Gemeinden oder Kerne ausserhalb von Agglomerationen, bestimmt. Am Schluss werden die verschiedenen Kategorien zu Raumtypen aggregiert. Die Methode soll es erleichtern, bei spezifischen Fragestellungen für Gemeinden mit ähnlichen Gegebenheiten eine Analyse durchzuführen und Antworten zu finden (BFS, 2014a).

Die in der **Abbildung 1** ersichtlichen Kategorien «Kerngemeinde», «Nebenkerngemeinde» sowie «Kerngemeinde ausserhalb Agglomeration» gehören gemäss dem BFS zum **«städtischen Kernraum»**. Die Kategorien «Gürtelgemeinden» und «mehrfach orientierte Gemeinde» gehören zum **«Agglomerationsraum»**. Die restlichen Gemeinden repräsentieren den Raumtyp **«Ländlicher Raum»**.

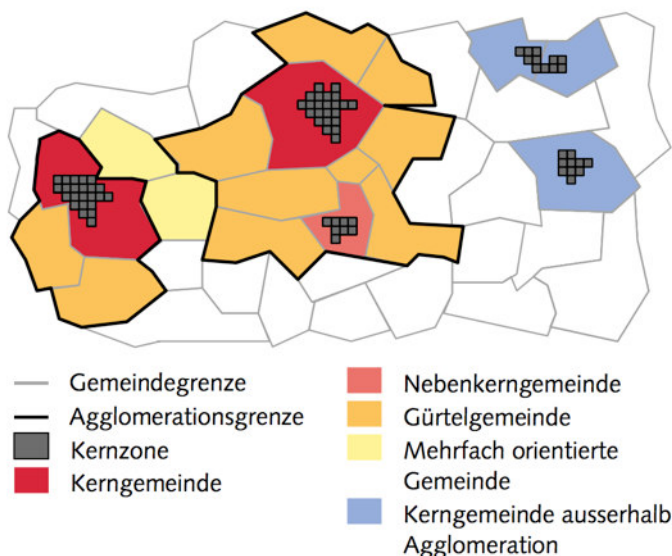


Abbildung 1: Schematische Darstellung der Raumaufteilung gemäss der Methodik «Raum mit städtischem Charakter 2012» des BFS. Quelle: BFS (2014a).

2.2.2 Datenbeschrieb und -bearbeitung

Datenbeschrieb

Die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Betriebszählungsdaten (BZ) und die Daten aus der Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) des Bundesamtes für Statistik (BFS) umfassen die Datenstände 2001, 2008, 2011 sowie 2013. Die BZ-Daten sind in keiner Weise mit den STATENT-Daten zu vergleichen, da dazwischen ein Methodenbruch liegt. Aufgrund des Methodenbruchs unterscheiden sich die Zahlen zu gleichen statistischen Einheiten sehr deutlich. Die BZ Daten sind nur bis 2008 erhoben worden und haben eine Periodizität von drei Jahren. Das bedeutet, dass sie für die Jahre 2005, 2001 und weiter zurück verfügbar sind. Die STATENT-Daten sind erst ab 2011 verfügbar, werden aber jährlich nachgeführt. Zu Beginn der vorliegenden Arbeit sind die Datenstände 2011, 2012 sowie 2013 verfügbar gewesen.

NOGA-Klassen

Die in dieser Arbeit verwendeten BZ- und STATENT-Daten werden in NOGA-Klassen unterteilt. Die NOGA-Systematik ermöglicht es, die erhobenen statistischen Einheiten „Unternehmen“ (Institutionelle Einheiten) und „örtliche Einheiten“ (Arbeitsstätten) aufgrund ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu klassieren. Hervorgegangen ist die NOGA-Klassur aus der europäischen NACE (nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés Européennes). Die NOGA-Klassur der Schweiz ist harmonisiert mit der internationalen Wirtschaftszweig-Systematik und infolgedessen bis hinunter zur 4. Stufe absolut identisch mit dieser. (BFS, 2008)

Auf der Website www.kubb2008.bfs.admin.ch lassen sich alle NOGA-Klassierungen finden. Untenstehend ist zum besseren Verständnis des Lesers ein Beispiel dargestellt.

G) Handel: Instandhaltung und Reparatur von Motorfahrzeugen

- 45 Handel mit Motorfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Motorfahrzeugen
- 46 Grosshandel (ohne Handel mit Motorfahrzeugen)
- **47 Detailhandel (ohne Handel mit Motorfahrzeugen)**
 - 471 Detailhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)
 - 4711 Hauptrichtung Nahrungs- und Genussmittel, Getränke und Tabakwaren:
 - 471101 Verbrauchermärkte (> 2500 m²)
 - 71102 Grosse Supermärkte (1000 – 2499 m²)
 - 471103 Kleine Supermärkte (400 – 999 m²)
 - 471104 Grosse Geschäfte (100 – 399 m²)
 - 471105 Kleine Geschäfte (< 100 m²)

Datenbearbeitung

Für Tabellenkalkulationen ist Microsoft Excel verwendet worden. Zur Bearbeitung der Geodaten ist das Programm QGIS verwendet worden. Für die grafischen Darstellungen ist Adobe Illustrator zur Anwendung gekommen.

3 Hintergründe zur Grundversorgung und zum Strukturwandel

Im nachfolgenden Kapitel wird eine Klärung der je nach konsultierter Fachliteratur sehr verschieden definierten Begriffe «Grundversorgung» und «Strukturwandel» vorgenommen. Im Weiteren wird eine gesamtheitliche Einordnung der Grundversorgung und des Strukturwandels vorgenommen. Dabei werden die Hintergründe für die aktuellen Trends und Treiber des Strukturwandels gesucht. Insbesondere werden die Entwicklungen der schweizerischen Gemeindestruktur, das veränderte Mobilitäts- und Einkaufsverhalten, demografische und gesellschaftliche Entwicklungen sowie die Digitalisierung und der E-Commerce betrachtet.

3.1 Zu den Begriffen Grundversorgung und Service Public

Die Definitionen der Begriffe „Grundversorgung“ und „Service public“, in Deutschland auch „Daseinsvorsorge“, sind je nach konsultierter Literatur sehr verschieden, werden jedoch auch als Synonyme verwendet. Je nach Verwendungszweck und Betrachtungsebene werden den Begriffen unterschiedliche Infrastrukturen, Güter sowie Dienstleistungen zugeschrieben. Da die beiden Begriffe zentral für die vorliegende Arbeit sind, ist es erforderlich eine begriffliche Klärung vorzunehmen.

Gemäss dem bundesrätlichen Bericht zur Grundversorgung aus dem Jahr 2004 wird der Service public mit der Grundversorgung gleichgesetzt:

«Service public umfasst eine politisch definierte Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen.» (Schweizerischer Bundesrat, 2004)

Diese Definition des Bundesrates konzentriert sich primär auf den Infrastrukturbereich und umfasst die netz- und infrastrukture gebundenen Wirtschaftssektoren des Verkehrswesens (Öffentlicher Verkehr und Bundesstrassen), der Postdienste, der Telekommunikation (inkl. Radio und Fernsehen), der Ver- und Entsorgung sowie des Energiesektors. Welche spezifischen Aspekte der oben genannten Sektoren zur Grundversorgung gehören, und welche Qualitätsanforderungen für diese bestehen, muss gemäss Bundesrat durch die Gesetzgebung sowie durch Verordnungen festgelegt und von den Behörden überwacht und durchgesetzt werden. Gemäss dem Bundesrat gilt es bei der Festlegung immer auch den Wandel der Bedürfnisse der Bevölkerung und

Unternehmen zu berücksichtigen (Schweizerischer Bundesrat, 2004). So kann es sein, dass gewisse Aspekte (z.B. Breitbandinternet) aufgrund von Entwicklungen neu zur Grundversorgung gezählt werden. Somit sind die Definitionen der Begriffe „Grundversorgung“ und „Service public“ nicht statisch, sondern dynamisch. Die unter diese Begriffe fallenden Infrastrukturen, Güter sowie Dienstleistungen wandeln sich also über die Zeit.

Weitere Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Kultur, soziale Sicherheit, Militär, Polizei usw. werden gemäss Bundesrat nicht als „Service public“ im eigentlichen, sondern im weiteren Sinn verstanden. Dies ist so, weil die erbrachten Leistungen gegenüber privaten Haushalten erbracht werden und damit über die netz- und infrastrukture gebundenen Leistungen hinausgehen (Schweizerischer Bundesrat, 2004).

Für den ländlichen Raum stellen Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs ein wichtiger Standortfaktor für Arbeiten, Wohnen und Erholen dar. Da sich der Service public im Wesentlichen auf die gemeinwirtschaftlichen Infrastrukturleistungen beschränkt, ist dieser alleine nicht ausreichend, um einen Überblick über die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Lebensqualität der Bevölkerung der verschiedenen Landesteile der Schweiz zu erhalten (ARE, 2006). Mit dem wachsenden Wohlstand und der Entwicklung von neuen Technologien sind die Ansprüche der Bevölkerung gestiegen. Deshalb wird heute in der öffentlichen Wahrnehmung immer mehr auch die Sicherstellung der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, also Lebensmittel, Bildung, Gesundheit, Kultur oder Sicherheit zur Grundversorgung dazugezählt (ARE, 2014). Somit ist die Grundversorgung in der heutigen Wahrnehmung und in dieser Arbeit wie folgt zu verstehen:

«Summe der gemeinwirtschaftlichen Leistungen, also des «Service publics» im eigentlichen Sinne, und der marktwirtschaftlichen Güter und Dienstleistungen des täglichen und wöchentlichen sowie des unregelmässigen elementaren Bedarfs, die gegenüber der Allgemeinheit oder gegenüber privaten Haushalten zu angemessenen Preisen und in guter Qualität erbracht werden.» (Eigene Definition)

Folglich werden in dieser Arbeit den Begriffen „Service public“ und „Grundversorgung“ unterschiedliche Definitionen zugeordnet. Der „Service public“ wird als der netz- und infrastrukture gebundene Teil der Leistungen der Grundversorgung angesehen. In der nachfolgenden **Abbildung 2** wird dieser Unterschied dargestellt.

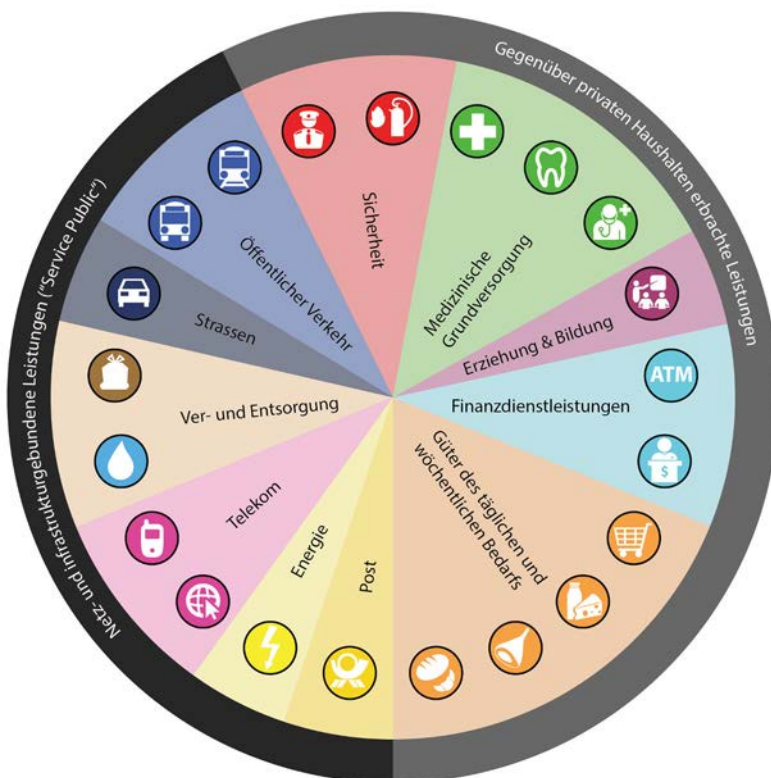


Abbildung 2: Der Begriff «Service Public» umfasst nur die netz- und infrastrukture gebundenen Leistungen, während der Begriff «Grundversorgung» gemäss der in der vorliegenden Arbeit gemachten Definition zusätzlich auch die gegenüber privaten Haushalten erbrachten Leistungen umfasst. Eigene Darstellung.

3.2 Veränderung der Gemeindestruktur

3.2.1 Gründe für die Veränderung

Die Schweizer Gemeindeflandschaft ist in Bewegung. Die Gemeindefusionen auf der ersten der drei staatstragenden Ebenen der Schweizer Demokratie erfolgen dabei nicht grundlos. Sie werden vielfach dadurch notwendig, weil die kleinen Gemeinden mit der Erfüllung aller obligatorischen und immer komplexer werdenden Aufgaben überfordert sind und daher nicht mehr autonom agieren können. Der meistgenannte Grund für eine Fusion ist gemäss einer Studie der Universität Bern die Möglichkeit zur Professionalisierung der Gemeindeführung. Als zweiter Grund wird von den Gemeinden angegeben, dass sich diese bei Verhandlungen mit dem Kanton nach der Fusion mehr Gewicht erhoffen. Weiter haben die Gemeinden auch Schwierigkeiten, Kandidaten für politische Ämter zu finden. So liegt die Zahl der Personen, welche ein politisches Amt auf kommunaler Ebene einnehmen, im Jahr 2005 bei 40 Personen pro 1'000 Einwohner. Auch die Bedeutung der Gemeindegrenze hat in der Gesellschaft abgenommen. Es herrscht ein zunehmend überregionaler Standortwettbewerb (Steiner, 2009). Gründe für die starke Zunahme der Gemeindefusionen ist neben den gestiegenen Anforderungen aber auch die Neuorientierung in der Regionalpolitik in den 90er-Jahren und die gestarteten Beratungsangebote und finanziellen Förderungsmassnahmen der Kantone (avenir suisse, 2015). Durch all diese Gründe ist die Zahl der Gemeinden in den letzten 20 Jahren um rund 23 % zurückgegangen (siehe [Tabelle 1](#)).

Tabelle 1: Zukünftige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz gemäss dem Referenzszenario in 5 Jahres-Schritten.

| | Jahr | | | | | | | | | |
|--|-------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|---------|--------|
| | 1960 | 1970 | 1980 | 1990 | 1995 | 2000 | 2005 | 2010 | 2015 | 2016 |
| Anzahl Gemeinden [Anz.] | 3'095 | 3'074 | 3'029 | 3'021 | 2'975 | 2'899 | 2'763 | 2'596 | 2'324 | 2'294 |
| Absolute Veränderung zur Vorperiode [Anz.] | | -21 | -45 | -8 | -46 | -76 | -136 | -167 | -272 | -30 |
| Relative Veränderung zur Vorperiode [%] | | -0.7 % | -1.5 % | -0.3 % | -1.5 % | -2.6 % | -4.7 % | -6.0 % | -10.5 % | -1.3 % |

Quelle: STATPOP BFS (2016)

3.2.2 Folgen für die Grundversorgung und die Raumplanung

Fusionen sind, wie zum Beispiel in der Gemeinde Safiental, vielfach der Ursprung von neuen Planungen. Nach der Fusion der vier Gemeinden Safien, Tenna, Versam und Valendas ist eine räumliche Strategie mit Leitbildfunktion entwickelt worden, gemäss welcher sich die Tätigkeiten der Gemeinden richten und dank welcher die Mittel zielorientiert eingesetzt werden können. Am Ende des kooperativen Prozesses, in welchen sowohl die Bevölkerung wie auch externe Fachexperten einbezogen worden sind, ist ein kommunaler Richtplan, bestehend aus Text und Karte, entstanden (Safiental, 2015a). Fusionen bedeuten auch ein Zusammenlegen von Ressourcen, wodurch unter anderem der finanzielle Spielraum sowie das Fachwissen grösser werden. Dies verbessert die kommunale Autonomie. Durch den grösseren Spielraum können zudem Massnahmen zur Erhöhung der Standortattraktivität besser durchgeführt werden (Steiner, 2009). Auf der anderen Seite besteht aber auch die Gefahr, dass Einrichtungen (z.B. Schulen, Gemeindeverwaltung etc.) in den grössten Siedlungsgebieten der Gemeinde zentralisiert werden, wodurch sich die Versorgung in den anderen Gebieten der Gemeinde verschlechtert. Durch Fusionen werden zudem institutionelle Grenzen aufgehoben, was auf die Raumplanung, in welcher aufgrund der starken Vernetzung von verschiedensten Themengebieten vermehrt in funktionellen Räumen geplant wird, einen positiven Einfluss hat. Fusionen ermöglichen es die Planung von Bauzonen, Wohn- und Gewerbestandorten, Versorgungseinrichtungen und weiteren raumplanerisch relevanten Themen zu verbessern, da über ein grösseres Gebiet geplant werden kann. Auf der anderen Seite dieser Entwicklung steht der Verlust an Autonomie einzelner Siedlungsteile, da diese in einem grösseren Gebiet eine geringere Gewichtung erhalten. Zudem sind die für die Strategie der Gemeinde verantwortlichen Personen weiter weg vom Geschehen und die Komplexität nimmt mit der Grösse des Gebietes zu.

3.3 Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen

Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen haben einen Einfluss auf die zukünftigen Anforderungen an die Grundversorgung und die Raumplanung. Die wachsende Bevölkerung zum Beispiel macht den Ausbau der Versorgungsinfrastruktur an neuralgischen Punkten notwendig, während eine alternde Bevölkerung unter anderem einen höheren Bedarf an medizinischer Grundversorgung zur Folge hat. Aufgrund der eingeschränkten Mobilität älterer Personen bestehen zudem höhere Ansprüche an die Nahversorgung und an den öffentlichen Verkehr. Das Geburtendefizit in gewissen geografischen Räumen bedeutet auch, dass in Zukunft mit weniger Schulkindern gerechnet werden muss. Damit kann die flächendeckende Bereitstellung von Bildungseinrichtungen zur Herausforderung werden, da Schulen mangels Kinder geschlossen werden müssen. Auch gesellschaftliche Entwicklungen wie neue Lebens- und Familienformen können einen Einfluss auf die Anforderungen an die Grundversorgung haben. So ist in den letzten Jahren das Bedürfnis nach ganztägiger Betreuung von Vorschulkindern infolge veränderter Familien- und Lebensformen markant gestiegen.

3.3.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Schweiz, wie alle anderen Industrieländer auch, verzeichnete in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgrund eines raschen Anstieges der Geburtenhäufigkeit ein starkes Bevölkerungswachstum. Auf diesen Anstieg der Geburtenhäufigkeit erfolgten ein starker Einbruch und eine Stabilisierung auf tiefem Niveau. Parallel zu dieser Entwicklung sank die Sterblichkeit kontinuierlich und die Lebenserwartung wurde immer höher. Heute wächst die Schweizer Bevölkerung zwar noch, allerdings nur aufgrund des positiven Einwanderungssaldos. Zudem existieren grosse regionale Unterschiede. Gewisse Regionen weisen sogar eine Bevölkerungsabnahme auf (siehe **Abbildung 3**). Über die letzten 30 Jahre betrachtet (1985 bis 2015), ist die Schweizer Bevölkerung um rund 1.8 Mio. (28.4 %) Personen gewachsen (siehe **Tabelle 2**). Im Vergleich zu den benachbarten Ländern ist dies ein starkes Wachstum. So nahm die Bevölkerung in der gleichen Periode in Deutschland um 5.8 %, in Italien um 7.4 %, sowie in Österreich und in Frankreich um 16.8 % zu. Deutschland hat jedoch seit 2003 als einziges der erwähnten Länder sogar eine kontinuierliche Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen (BFS, 2016a).

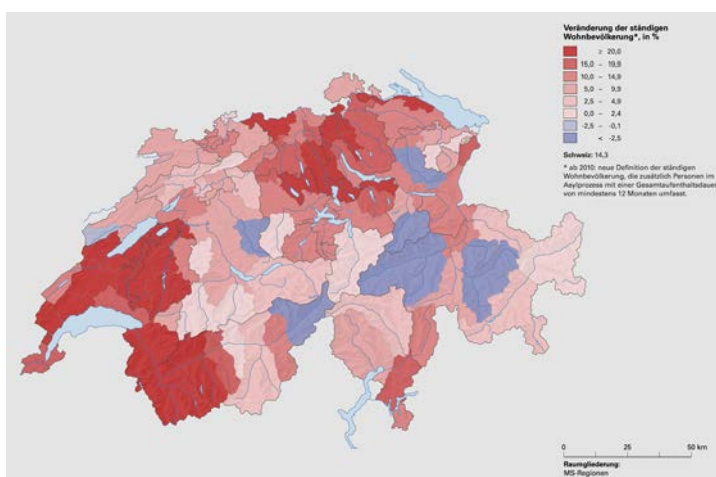


Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung zwischen 2000 und 2014. Raumgliederung nach den MS-Regionen des BFS. Quelle: BFS (2014b)

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung der Schweiz in 10 Jahres-Schritten. Im Total. Absolutes Wachstum. Prozentuales Wachstum zur Vorperiode.

| | Jahr | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1985 | 1995 | 2005 | 2015 |
| Total Personen in der Schweiz [Pers.] | 6'484'834 | 7'062'354 | 7'459'128 | 8'327'126 |
| Absolutes Wachstum zur Vorperiode [Pers.] | 0 | 577'520 | 396'774 | 867'998 |
| Relatives Wachstum zur Vorperiode [%] | 0 | 8.9 | 5.6 | 11.6 |

Daten: STATPOP BFS (2016)

Tabelle 3: Zukünftige Bevölkerungsentwicklung der Schweiz gemäss dem Referenzszenario in 5 Jahres-Schritten.

| | Jahr | | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|------------|------------|
| | 2020 | 2025 | 2030 | 2035 | 2040 | 2045 |
| Total Personen in der Schweiz [Pers.] | 8'757'600 | 9'159'900 | 9'541'500 | 9'857'000 | 10'044'300 | 10'176'100 |
| Absolutes Wachstum zur Vorperiode [Pers.] | 0 | 402'300 | 381'600 | 315'500 | 187'300 | 131'800 |
| Relatives Wachstum zur Vorperiode [%] | 0 | 4.59% | 4.17% | 3.31% | 1.90% | 1.31% |

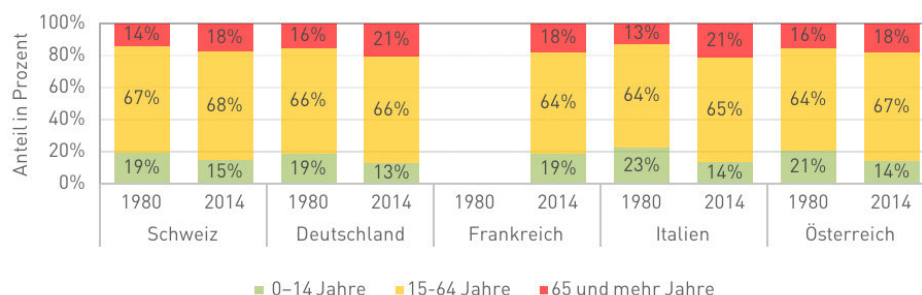
Daten: STATPOP BFS (2016)

Gemäss dem Referenzszenario zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone der Schweiz 2015 – 2045 werden fast alle Kantone in den nächsten 30 Jahren eine Bevölkerungszunahme verzeichnen. Wie in **Tabelle 3** ersichtlich ist, wird die Schweizer Bevölkerung dabei von 8.34 Mio. auf 10.2 Mio. Personen (+ 22.9 %) anwachsen (BFS, 2016b). Bei der Betrachtung von zukünftigen Bevölkerungsprognosen bedarf es jedoch einer gewissen Vorsicht. Während bei der Voraussage der Geburten- und Sterberaten eine gewisse Sicherheit besteht, sind die Prognosen hinsichtlich Wanderungsraten immer mit einer grossen Unsicherheit behaftet. Diese sind immer auch abhängig vom gesamten weltpolitischen Geschehen. So können zum Beispiel humanitäre Krisen Flüchtlingsströme erzeugen, welche die Bevölkerungsentwicklung der Schweiz massgeblich beeinflussen.

3.3.2 Veränderung der Altersstruktur

Die Veränderung der Altersstruktur hin zu einer älteren Gesellschaft ist allgemein bekannt und kein neuer Trend (siehe **Abbildung 4**). Gemäss dem Referenzszenario der Bevölkerungsentwicklung wird sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzen. So soll der Anteil der Personen ab 65 Jahren von 18 % im Jahr 2015 bis ins Jahr 2045 auf 26.4 % ansteigen. Demgegenüber soll der Anteil der 20 bis 64-Jährigen von 61.9 % auf 54.9 % und derjenige der 0 bis 20-Jährigen von 20 % auf 18.6 % sinken (BFS, 2016).

Die Veränderung der Altersstruktur hat mitunter Einfluss auf die Bereitstellung der Grundversorgung. Ältere Menschen sind weniger mobil als jüngere. 65 bis 79-Jährige sind im Jahr 2010 mit einer mittleren Tagesdistanz von 25.8 km deutlich weniger unterwegs als 24 bis 28-Jährige, die mit 49.2 km im Vergleich zu allen anderen Altersschichten pro Tag am weitesten unterwegs sind. Bei über 80-Jährigen liegt die mittlere Tagesdistanz mit 13.5 km pro Tag noch einmal deutlich tiefer als bei den 65 bis 79-Jährigen. Auch die Anzahl der zurückgelegten Wege nimmt mit zunehmendem Alter ab. Während 65 bis 69-Jährige täglich 3.0 Wege zurücklegen, sind es bei den über 85-Jährigen nur noch 1.7 Wege. Ältere Menschen haben zudem höhere Ansprüche an die Sicherheit und den Komfort und wollen oder dürfen aus gesundheitlichen Gründen zum Teil nicht mehr Auto fahren. Der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Fussverkehrs am Gesamttotal der Etappen nimmt deshalb mit zunehmendem Alter stetig zu. Der Anteil der Etappen zu Fuss beträgt bei der Altersgruppe der 65- bis 69-Jährigen 47% und steigt bei den über 85-Jährigen auf 58 % an. Derjenige mit Tram, Bus oder Postauto steigt von 6.4 % auf 9.8 %. Demgegenüber nimmt der Anteil des MIV an den Etappen mit steigendem Alter kontinuierlich ab. Beträgt bei der Altersgruppe der 65- bis 69-Jährigen der Anteil der mit dem Auto zurückgelegten Etappen noch 38 %, sinkt dieser Anteil bei den über 85-Jährigen auf 28 % (BFS, 2012).

Abbildung 4: Veränderung der Altersstruktur zwischen 1980 und 2014 in der Schweiz und den benachbarten Ländern. Eigene Darstellung, Daten: STATPOP BFS (2016)

Diese Zahlen aus dem Mikrozensus Mobilität und Verkehr zeigen auf, dass ältere Menschen auf einen guten Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz angewiesen. Da diese Bevölkerungsgruppe zudem einen grossen Teil der Etappen zu Fuss zurücklegt, sind sie auf fussgängerfreundliche Siedlungen angewiesen. Darunter fallen neben qualitativ hochwertigen Fussgängeranlagen auch Versorgungseinrichtungen in Gehdistanz. In der Diskussion um eine funktionierende Grundversorgung ist der demographische Wandel deshalb von grosser Bedeutung, da er mitunter ein Argument bildet, weshalb eine möglichst dezentrale Versorgung aufrecht erhalten werden sollte.

3.3.3 Gesellschaftliche Entwicklungen

Auch gewisse gesellschaftliche Entwicklungen haben einen Einfluss auf die Ansprüche an die Grundversorgung. Nachfolgend wird auf zwei Entwicklungen eingegangen, deren Bedeutung insbesondere auch im Hinblick auf die Zukunft an Gewicht gewinnen werden.

Eine dieser erwähnten Entwicklungen ist die Emanzipation der Frau, welche neue Formen der Familien- und Lebensplanung hervorgerufen hat. Die infolgedessen neu entstandene Teilung von Erwerbs-, Haushalts- und Betreuungsarbeiten zwischen beiden Elternteilen beeinflusst insbesondere die direkte Nachfrage nach Angeboten im Vorschulbereich. Da der Anteil der Teilzeit arbeitenden Eltern stetig zunimmt, steigt auch die Nachfrage nach Tagesbetreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter. So ist der Anteil der 15 bis 64-Jährigen Frauen, welche einer Erwerbstätigkeit nachgehen, von 68.2 % im Jahr 1991 auf 79.8 % im Jahr 2015 gestiegen. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Vollzeit arbeitenden Männer von 92.2 % im Jahr 1991 auf 83.6 % im Jahr 2015 gesunken (BFS, 2016b und BFS, 2016c). Gemäss dem Referenzszenario des BFS bleibt dieser Trend auch in Zukunft bestehen. Während die totale Erwerbsquote der 15 bis 64-Jährigen zwischen 2014 und 2045 so gut wie unverändert bleibt (von 84 % auf 83.9 %), steigt die der Frauen um 0.5 % auf 80.6 % und sinkt die der Männer um -0.9 % auf 86.9 % (BFS, 2015).

Eine weitere gesellschaftliche Entwicklung, die einen Einfluss auf die zukünftige Bereitstellung von Teilen der Grundversorgung hat, ist der Trend hin zu einem „Zuhause alt werden“. In den vergangenen Jahren hat sich der Grundsatz durchgesetzt, dass die Inanspruchnahme von stationären Leistungen, zum Beispiel von Altersheimen, so lange wie möglich durch Prävention und Gesundheitsförderung und den damit resultierenden Erhalt der Eigenständigkeit verzögert wird (Höpflinger & Wezemaël, 2014). Im Age Report III von Höpflinger & Wezemaël (2014) wird das „Zuhause alt werden“ (engl. „Ageing in place“) auch synonym verwendet für das Konzept „ambulant vor stationär“. Dies bedeutet für die medizinische Grundversorgung, dass in Zukunft Dienstleistungen wie die Hauspflege, die altersgerechte Nahversorgung oder die altersgerechte Mobilität an Bedeutung gewinnen werden. Somit steigt das Bedürfnis an die Dienstleistungen in Zukunft nicht nur aufgrund der steigenden Zahl älterer Personen, sondern auch wegen dem Trend „Ageing in place“.

3.4 Strukturwandel im Dienstleistungssektor

Als Strukturwandel im Allgemeinen wird nach Duden ein Wandel, eine Änderung, eine Umgestaltung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder ähnlichen Strukturen verstanden (Duden, 2016).

Unter dem Strukturwandel im Dienstleistungssektor werden die Nutzungsänderung von Gebäuden, Veränderungen in der Distributionskette und das Anpassen der zur Verfügung gestellten Dienstleistungen durch veränderte Einkaufsgewohnheiten, verändertem Mobilitätsverhalten und geänderten Lebensweisen der Bevölkerung verstanden. Die Folgen davon sind vielfältig. Für Altstädte und Ortszentren bedeuten die veränderten Bedingungen meistens ein zunehmender Auszug von Dienstleistungsanbietern und leerstehende Flächen. Teilweise entstehen auch Folgen durch unpassende Nachnutzungen oder den Wertzerfall der Liegenschaften (VLP, 2015).

Um verstehen zu können, wieso es den Strukturwandel im Dienstleistungssektor gibt, was für räumliche Auswirkungen dieser mit sich bringt und weshalb er für die Grundversorgung und die Raumplanung von Bedeutung ist, werden in den nachfolgenden Abschnitten zum besseren Verständnis des Lesers kurz verschiedene generelle Entwicklungen abgehandelt.

3.4.1 Verändertes Konsum- und Mobilitätsverhalten

Das Einkaufs- und Mobilitätsverhalten der Bevölkerung hat einen konkreten Einfluss auf die Raumordnung. Betroffen vom Konsum- und Mobilitätsverhalten sind im Dienstleistungsbereich der Grundversorgung primär der klassische Detailhandel, Lebensmittelfachgeschäfte wie Bäckereien oder Metzgereien, Banken, Postfilialen und Apotheken. Nachfolgend wird, mit dem Ziel Gründe für den Strukturwandel aufzuzeigen, auf diverse Trends im Konsum- und Mobilitätsverhalten eingegangen.

Mobilität

Die Mobilität der Schweizer Bevölkerung nimmt stetig zu. Die durchschnittlich zurückgelegte Tagesdistanz hat im Jahr 2010 mit 36.7 km pro Tag im Vergleich zu 2005 um 4.1 % zugenommen. Der Anstieg in diesem Zeitraum ist dabei fast ausschliesslich auf die Zunahme im öffentlichen Verkehr zurückzuführen (BFS, 2012). In Kombination mit der Zunahme der Wohnbevölkerung hat somit der Gesamtverkehr deutlich zugenommen. So ist die Verkehrsleistung des privaten motorisierten Individualverkehrs auf der Strasse seit 2000 von 79.1 Mrd. auf 96.5 Mrd. Personenkilometer gestiegen (BFS, 2016d).

Das veränderte Mobilitätsverhalten ist dabei im Wechselspiel mit dem Einkaufsverhalten. Die gesteigerte Mobilität infolge der Motorisierung der Bevölkerung und des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs hat es in der Vergangenheit ermöglicht, Einkaufsmöglichkeiten nicht mehr nur in den Ortszentren anzubieten, sondern auch an den Siedlungsrändern oder ausserhalb der Siedlungen. Heute führt diese in der Vergangenheit injizierte räumliche Entwicklung unter anderem dazu, dass die mittlere Tagesdistanz pro Person beim Zweck Einkauf seit 2000 von 3.8 km pro Tag auf 4.7 km pro Tag im Jahr 2010 (+ 29.7 %) gestiegen ist (BFS, 2012).

Einkaufsverhalten

Das Phänomen, dass sich das Einkaufsverhalten der Bevölkerung ändert, ist nicht neu. Treiber, die in der Vergangenheit einen Einfluss gehabt haben, sind unter anderem die gestiegene Mobilität, der grössere Wohlstand, welcher einhergeht mit einem höheren Konsum, sowie gesellschaftliche und demografische Veränderungen. Neu dazugekommen ist in den vergangenen Jahren zudem die Digitalisierung und der dadurch induzierte Onlinehandel, der das Einkaufsverhalten heute und in Zukunft nach Ansicht von vielen Experten grundlegend ändern wird (RaumPlanung, 2014). Um die Auswirkungen auf die Grundversorgungsanbieter abschätzen zu können, wird nachfolgend auf die durch die Veränderungen entstandenen Trends eingegangen.

Der erste Trend ist, dass die Leute den Einkauf nicht mehr als reine Befriedigung der alltäglichen Bedürfnisse sehen sondern als Erlebnis und Zeitvertreib. Das Befriedigen der alltäglichen Bedürfnisse ist zwar nach wie vor notwendig, doch sind die Erlebnis- und Verweilstrukturen heute prägend für die Entwicklung im Detailhandel. Trotz vereinzelten Strömungen in urbanen Räumen hin zu kleinen Spezialitätenläden geht der allgemeine Trend in Richtung grossflächigen Gesamtanbietern und hin zu Fachmärkten. Die Folge dieses Trends ist der Bau von Einkaufszentren, welche aufgrund der teuren Bodenpreise und knappen Platzverhältnissen in den Ortszentren in vielen Fällen am Rande oder ausserhalb der Siedlungsgebiete entstehen (VLP, 2015). Möglich wird die periphere Platzierung der Einkaufsmöglichkeiten aufgrund der Tatsache, dass die Bevölkerung in den letzten Jahren mobiler geworden ist, und der Besuch von Einkaufszentren am Rande oder ausserhalb der Siedlungsgebiete mit einem vergleichsweise kleinen Zeit- und Ressourcenaufwand verbunden ist.

Ein zweiter Trend ist, dass die Schweizer Bevölkerung mit zunehmendem Wohlstand empfindlicher geworden ist was Störungen und Verkehrslärm betrifft. Diese Entwicklung betrifft vor allem Dienstleistungen in Ortskernen, die aufgrund der dichteren Baustruktur und des höheren Verkehrsaufkommens mehr Reibungsfläche bieten (VLP, 2015). Demgegenüber stehen saubere und ruhige Einkaufszentren, in denen ohne äussere Störeinflüsse verschiedene Läden besucht werden können. Bei Bedarf können zudem die in die Einkaufszentren integrierten Cafés und Restaurants für die nahegelegene Verpflegung der Einkaufenden sorgen.

Ein dritter Trend ist, dass die Schweizer Bevölkerung aufgrund von gesellschaftlichen Entwicklungen immer längere Öffnungszeiten und ein grösseres Angebot an Produkten verlangt. Dies stellt inhabergeführte Geschäfte des Einzelhandels vor Probleme, da längere Öffnungszeiten höhere Lohnkosten verursachen. Eine Folge dieses Trends ist, dass die Filialisierung⁷ weiter vorangetrieben wird. Für kleine Geschäfte ist es aus diesem Grund immer schwieriger, in der heutigen Zeit bestehen zu können (siehe Kapitel 4.3).

Ein vierter Trend ist die Zunahme des Einkaufstourismus, wobei der Ursprung dieses Trends in den neusten Entwicklungen im Finanzmarkt zu finden ist. Davon sind primär die Schweizer Grenzgebiete betroffen (siehe **Abbildung 5**). Aufgrund der Aufhebung der EUR/CHF-Untergrenze zu Beginn des Jahres 2015 hat eine Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro um rund 15 % stattgefunden. Der Wechselkurs pendelte sich daraufhin im Jahresverlauf 2015 zwischen CHF 1.05 und CHF 1.10 pro Euro ein (Credit Suisse, 2016). Mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA und der darauffolgenden Verunsicherung im Finanzmarkt hat der Franken erneut eine Aufwertung erfahren, wobei der Kurs kurzfristig von knapp CHF 1.10 auf CHF 1.07 pro 1 € gefallen ist. Solche Entwicklungen sind Treiber für den Einkaufstourismus, weshalb der Wert der Schweizer Auslandeinkäufe (stationär und online) 2015 erneut gestiegen ist und beinahe 11 Mrd. CHF betragen hat, was knapp 10 % des gesamten Detailhandelsumsatzes in der Schweiz entspricht. Auch 2016 blieb dieser auf dem Niveau vom Vorjahr (Credit Suisse, 2017). Die zwei oben genannten Beispiele zeigen, dass das Verhalten der Schweizer Bevölkerung immer stärker auch von der internationalen Verflechtung in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beeinflusst wird. Betroffen ist die Raumplanung vom Einkaufstourismus insofern, dass zum einen Mehrverkehr induziert wird, da die Leute weitere Wege auf sich nehmen weil sie nicht lokal einkaufen. Zum anderen sind die Verkaufsflächen im Schweizer Grenzgebiet von Umsatzeinbussen betroffen, was bei unrentablen Filialen längerfristig zur Schliessung führen kann. Dies wiederum führt zu einer Verschlechterung des Versorgungsangebotes in den betroffenen Gemeinden.

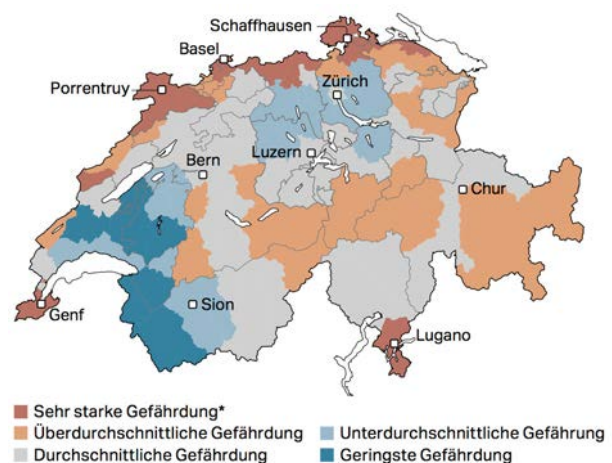


Abbildung 5: Gefährdung der Verkaufsflächen in der Schweiz. Gefährdung bedeutet, die Mieten sind unter Druck oder es existiert die Gefahr von Mietausfällen. Quelle: SonntagsZeitung (2016).

⁷ Als Filialisierung wird die Verdrängung inhabergeführter Geschäfte des Einzelhandels durch Filialen grösserer Handelsunternehmen bezeichnet (Wikipedia, 2016).

3.4.2 Digitalisierung und E-Commerce

Digitalisierung

Die Digitalisierung gilt heute in vielen Branchen des Dienstleistungssektors als einer der Haupttreiber für den momentan stattfindenden Strukturwandel. Betroffen sind auch verschiedenste Grundversorgungsanbieter.

Insbesondere bei den Banken und der Post hat die Digitalisierung der Gesellschaft einen massiven Einfluss auf die physischen Vertriebskanäle. Die Zahl der Schaltergeschäfte und die Kundenfrequenz in den Filialen nimmt sowohl bei der Post wie auch bei den Banken stark ab (siehe Kapitel 4.1 und 4.2). Wie Gespräche mit Experten ergeben haben (siehe Kapitel 7.2), wird Kundennähe in diesen Branchen neu nicht mehr nur rein durch Zugangspunkte im physischen Raum sondern auch durch den virtuellen Kundenkontakt definiert. Finanztechnologien (Fintech) spielen eine immer wichtigere Rolle. Neu wird vermehrt auch vom System «Blockchain» gesprochen (NZZ, 2016a). Dieses System ermöglicht es in Zukunft, Eigentumsverhältnisse digital zu definieren, was unter anderem Banken als Institutionen zwischen dem Sender und dem Empfänger bei Kartentransaktionen obsolet machen würde. Durch die Digitalisierung nimmt zudem die Briefmenge sukzessive ab, während die Zahl der Pakete aufgrund des zunehmenden Online-Handels steigt.

Im Detailhandel hat die Digitalisierung ebenso eine gewichtige Rolle eingenommen. Zum Einen sind neue Bezahl- und Kassensysteme eingeführt worden (Self-scanning, self-checkout), die innert kürzester Zeit das Einkaufen revolutioniert haben. So benutzen heute rund 30 % der Kunden den «self-checkout» (NZZ, 2016b). Zum Anderen führt die Digitalisierung zu einem rapiden Anstieg der Online-Einkäufe, was den stationären Handel zunehmend unter Druck setzt (siehe **Abbildung 6**).



Abbildung 6: Entwicklung des Onlinehandels in den letzten vier Jahren und bis 2022. Quelle: Credit Suisse (2017).

Auch bei der Bildung und Erziehung spielt die Digitalisierung vermehrt eine Rolle. Klassenzimmer werden immer häufiger mit technischen Hilfsmitteln ausgerüstet. Die Kinder kommen heute schon früh in Kontakt mit technischen Geräten wie Smartphones, Tablets oder Computer. Die Ausbildung der Kinder in diesem Bereich gewinnt mit der steigenden Digitalisierung der Gesellschaft an Bedeutung. Es wird zunehmend wichtiger, den Kindern den korrekten Umgang mit dem Internet und den technischen Hilfsmitteln zu lehren.

In der Medizin ist in Zukunft vermehrt mit dem Einsatz von Telemedizin zu rechnen. Dies ermöglicht es einem Hausarzt zum Einen, kompliziertere Fälle über das Internet mit einem Facharzt zu besprechen, ohne dass der Patient dafür zum Spezialisten gehen muss. Zum Anderen wird es dem Patienten zukünftig möglich sein, über die Telemedizin bei leichten Krankheiten Kontakt mit einem Hausarzt aufzunehmen, ohne dass der Hausarzt einen Hausbesuch machen oder der Patient beim Hausarzt vorbeigehen muss. Weiter werden in Zukunft sogenannte «Wearables», also tragbare Messgeräte, teilweise die Überwachung von Patienten aus der Ferne übernehmen können, was die Zahl der Arztbesuche reduzieren wird. (pwc, 2015)

E-Commerce

Der Onlinehandel, auch elektronischer Handel, Internethandel oder E-Commerce genannt, hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Treiber dieser Entwicklung ist die Digitalisierung der Gesellschaft in allen möglichen Lebensbereichen. Während der Umsatz des stationären Detailhandels in den letzten 5 Jahren um 2.3 % gesunken ist (siehe **Abbildung 7**), sind die Ausgaben der Haushalte für elektronische Dienstleistungen innerhalb eines Jahrzehnts, wie in **Abbildung 8** ersichtlich, von rund 1 Mia CHF im Jahr 2004 auf über 7 Mia. CHF im Jahr 2013 angestiegen (VSV, 2016 und BFS, 2016e). 2015 ist der Online- und Versandhandel in der Schweiz um 7.5 % gewachsen (VSV, 2016). Die im Rahmen des E-Commerce-Reportes der FHNW befragten Marktteilnehmer rechnen zum grössten Teil damit, dass der Markt auch 2016 ähnlich stark wächst (FHNW, 2016).

Der Anteil des Detailhandelsumsatzes, der im Internet erwirtschaftet worden ist, erhöhte sich zwischen 2013 und 2014 von 4.7 % auf 5.1 %. Im Food-Bereich nimmt der Onlinehandel mit einem Anteil am Gesamtumsatz von 1.8 % bisher eine untergeordnete Rolle ein (siehe **Abbildung 9**). Der grösste Anteil am Onlineumsatz wird weiterhin mit Heimelektronik (24 %) und mit Bekleidung (13.6 %) gemacht (Credit Suisse, 2016). Beim Non-Food erreicht der Onlinehandel 2015 bereits einen Anteil von 14 % am Gesamtumsatz.

Bei der Post wirkt sich der E-Commerce neben den negativen Auswirkungen auf die Schaltergeschäfte und die sinkende Zahl der versendeten Briefe, auch positiv auf das Paketvolumen aus. Die Online-Einkäufe werden nämlich unter anderem über den Paketdienst an den Besteller geliefert. 2015 hat die Post deshalb so viele Pakete sortiert wie noch nie zuvor. Gegenüber 2014 ist die Zahl der Pakete um drei Prozent auf über 115 Millionen gestiegen. Dies hat die Post veranlasst, rund 60 Mio. in den Ausbau der Infrastruktur zu investieren (SRF, 2016).

Das starke Wachstum des Onlinehandels wird auch in der Online-Aktivität der Bevölkerung wiedergegeben. 2014 hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung (56%) ab 15 Jahren in den drei der Erhebung vorangegangenen Monaten Online-Einkäufe oder -Bestellungen getätigt (siehe **Abbildung 10**). Dies entspricht einer deutlichen Zunahme im Vergleich zu den Jahren 2010 (43%) und 2004 (18%). Ähnlich sieht die Entwicklung in anderen Bereichen wie dem E-Banking aus (BFS, 2016f).

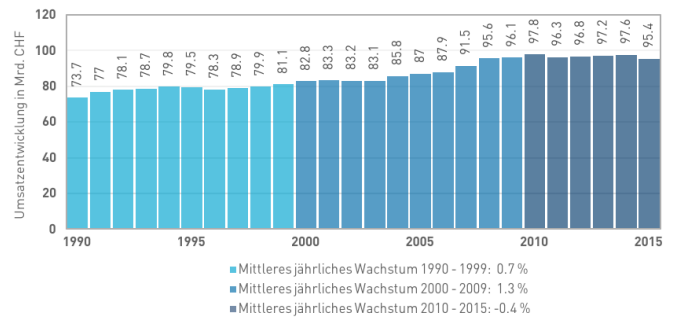


Abbildung 7: Entwicklung des stationären Schweizer Detailhandels zwischen 1990 und 2015 in Mrd. CHF. Quelle: VSV (2016).

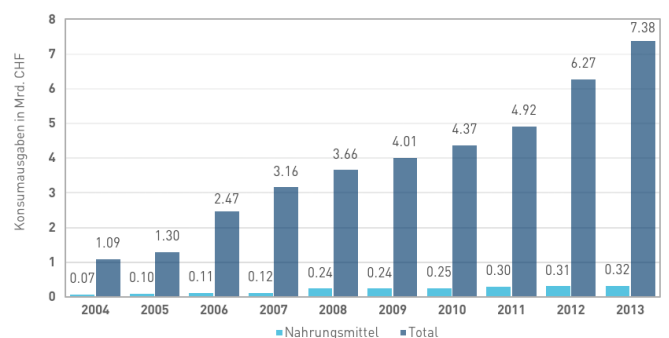


Abbildung 8: Entwicklung der E-Commerce Konsumausgaben der privaten Haushalte zwischen 2004 und 2013 in Mrd. CHF. Quelle: BFS (2016e).

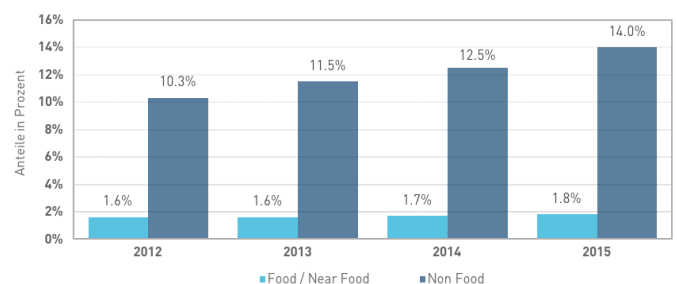


Abbildung 9: Wertmässige Anteile des Online-Versandhandels am Schweizer Detailhandel in den Bereichen Food / Near Food und Non Food. Quelle: VSV (2016).

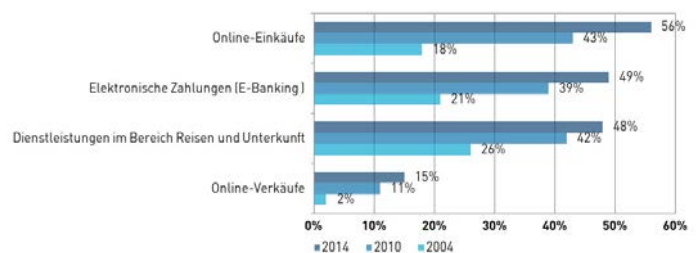


Abbildung 10: Anteil der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren, die in den drei der Erhebung vorangegangenen Monaten eine der genannten Onlineaktivität ausgeführt hat. Quelle: BFS (2016f).

3.5 Innenentwicklung in kleinen und mittleren Gemeinden

3.5.1 «Innenentwicklung vor Aussenentwicklung» als Mindeststrategie

«Innenentwicklung vor Aussenentwicklung» gilt heute als die Mindeststrategie, damit den in der Bundesverfassung verankerten Vorgaben des haushälterischen Umgangs mit dem Boden gerecht werden kann. Mit der Revision des RPGs im März 2013 wurde diese Stossrichtung bestätigt und erhielt mehr Gewicht. Die strikte Begrenzung der Siedlungsausdehnung und die konsequente Lenkung der zukünftigen Siedlungsentwicklung in das bereits bestehende, weitgehend überbaute Gebiet ist das Erklärte Ziel der Raumplanung. Das Erreichen dieses Ziels ist nur möglich, wenn neben dem Bau auf der grünen Wiese alternative Möglichkeiten zur Siedlungsentwicklung aufgezeigt werden. (ETHZ, 2016a)

3.5.2 Hindernisse und Erfolgsfaktoren der Innenentwicklung

Hindernisse der Innenentwicklung

Untersuchungen der ETH Zürich zeigen, dass in den Schweizer Gemeinden mit unter 10'000 EW über zwei Drittel der rechtlich gesicherten Bauzonenreserven vorhanden sind (ETHZ, 2016b). Trotzdem ist die Innenentwicklung in kleinen und mittleren Gemeinden der Schweiz bisher noch zu wenig ein Thema. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen besitzen kleine und mittlere Gemeinden, insbesondere diejenigen im ländlichen Raum, über grosse bis sehr grosse Bauzonenreserven, was die Baulandpreise entsprechend tief hält. Aus diesem Grund ist das Bauen im Bestand unattraktiv, weil es sich finanziell nicht lohnt. Weiter legten die Gemeinden bis vor kurzem bei Nutzungsplanänderungen den Fokus auf die Erweiterung des Baugebietes, denn Neueinzonungen waren bis vor der Revision des RPGs ohne grosse Hindernisse möglich (VLP, 2013). Um den mit der Revision des RPGs eingeführten, restriktiveren Auflagen für die nächsten 15 Jahre zu entgehen, haben zudem viele Gemeinden vor dem Bauzonenmoratorium noch einmal Land eingezont. Dies haben Erfahrungen⁸ der Orts- und Regionalplanung des Kantons Bern gezeigt. Viele Gemeinden hatten zudem bisher kaum Kenntnis über ihre Nutzungsreserven, weshalb das Ausschöpfen vorhandener Nutzungsreserven kein Thema war und vor allem neues Land eingezont wurde. Weiter ist die Baulandhortung in vielen Gemeinden ein Problem. Diese führt dazu, dass diese den Bauinteressierten, obwohl genügend Bauland eingezont wäre, kein Land anbieten können, weil die Besitzer von Bauland kein Interesse haben, dies zu verkaufen (VLP, 2013).

Erfolgsfaktoren der Innenentwicklung

Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren bei Innenentwicklungen ist das Engagement von Behördenmitgliedern, Investoren, Gewerbetreibenden und Bürgern. Wenn einer dieser Akteure die Initiative ergreift, können ganze Ortskernentwicklungen ins Rollen kommen. Wertvoll ist dabei auch, wenn die Akteure Netzwerke und Kontakte zu Personen oder Institutionen haben, die in fachlicher, ideeller oder finanzieller Hinsicht unterstützend zur Seite stehen können. Dabei können gute Beispiele aus anderen, vergleichbaren Gemeinden inspirierend wirken und helfen, die Entwicklung in Gang zu setzen. Die Schwierigkeit ist jedoch, gute Beispiele aus kleinen und mittleren Gemeinden zu finden, da es erst relativ wenige gibt. Innenentwicklungen sind aufwendige Prozesse. Deshalb sind sie, um gute Ergebnisse zu erzielen, auf Expertenwissen und Verfahren wie Testplanungen oder Studienaufträge angewiesen. Diese sind kostspielig und können von kleineren und mittleren Gemeinden finanziell selten getragen werden, weshalb sie oft auf weitere Finanzquellen angewiesen sind. Wichtig ist bei komplexen Planungen auch immer, Meilensteine zu setzen, die Entwicklung zu etapieren und alle beteiligten Akteure frühzeitig zu informieren und in die Planung einzubeziehen. Nur wenn eine Planung partizipativ abläuft und von allen Beteiligten getragen wird, ist ihre Umsetzung von Erfolg gekrönt. Eine weitere Möglichkeit ist es, aktive Bodenpolitik zu betreiben. Wenn die Gemeinde über eigenes Land oder Liegenschaften verfügt, erhöht sie ihren Handlungsspielraum und erweitert die Einflussmöglichkeiten (VLP, 2013)

3.6 Zwischenfazit

Die Schweizer Gemeindelandschaft ist in Bewegung. Die Zahl der Gemeinden hat in den letzten 20 Jahren um rund 23 % abgenommen. Gründe sind neben den durch die Kantone gewährten finanziellen Anreizen die immer komplexer und zahlreicher werdenden Aufgaben, welche die Gemeinden zu absolvieren haben. Wie das Beispiel Safiental zeigt, können Fusionen der Startschuss für detaillierte kommunale Planungen sein. Auch die demografischen und gesellschaftlichen Strukturen sind kontinuierlichen Veränderungen ausgesetzt. Im Vergleich zu 1985 ist die Zahl der in der Schweiz lebenden Personen um 1.8 Mio. (+28%) gestiegen. Es ist damit zu rechnen, dass bis 2045 die 10 Mio. Marke überschritten wird. Parallel dazu verändert sich die Altersstruktur. Bis ins Jahr 2045 soll der Anteil der über 65-Jährigen von 18 % auf über 26 % steigen. Diese demografischen Veränderungen haben mitunter einen Einfluss auf die Bereitstellung der Grundversorgung. Ältere Menschen sind weniger mobil als jüngere, haben höhere Ansprüche an die Sicherheit sowie die Nahversorgung und bedürfen einer ausgeprägteren medizinischen Grundversorgung. In der Diskussion um die Grundversorgung ist der demographische Wandel deshalb von grosser Bedeutung. Er ist mitunter ein Argument, weshalb eine möglichst dezentrale Versorgung aufrechterhalten werden sollte. Schliesslich haben auch gesellschaftliche Entwicklungen einen Einfluss auf die Ansprüche der Grundversorgung. Die Emanzipation der Frau hat dazu geführt, dass neue Formen der Familien- und Lebensplanung entstanden sind, was die Nachfrage nach Angeboten im Vorschulbereich erhöht. Weiter spielt auch das «Zuhause alt werden» eine immer wichtigere Rolle. In den vergangenen Jahren hat sich der Grundsatz durchgesetzt, dass die Inanspruchnahme von stationären Leistungen, zum Beispiel von Altersheimen, so lange wie möglich durch Prävention und Gesundheitsförderung herausgezögert wird. In **Abbildung 11** ist eine nicht abschliessende Auflistung der Treiber und Hemmer des Strukturwandels im Grundversorgungsbereich dargestellt.

Auf Basis der in diesem Kapitel gewonnenen Erkenntnisse und aus Zeit- und Ressourcengründen beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf die Betrachtung der folgenden Elemente der Grundversorgung:

- Lebensmittelgeschäft
- Bäckerei, Metzgerei, Molkerei
- Post
- Bank & Bankomat
- Kindertagesstätte
- Kindergarten
- Primarschule
- Arzt
- Zahnarzt
- Spitex (Hauspflege)
- Apotheke

Angesichts der Tatsache, dass weitere Elemente zur Grundversorgung gezählt werden, ergibt diese Betrachtung nicht das komplette Bild aller Versorgungseinrichtungen einer Gemeinde. Mit den genannten Elementen werden aber die wichtigsten Teile der Grundversorgung im Dienstleistungsbereich abgedeckt. Damit können aussagekräftige Resultate zum Einfluss des Strukturwandels auf den Grundversorgungsbereich gemacht werden.

Abbildung 11: Treiber und Hemmer des Strukturwandels im Grundversorgungsbe-
reich. Eigene Darstellung.



4 Thematische Übersicht

In der thematischen Übersicht werden die in der vorliegenden Arbeit behandelten Elemente der Grundversorgung hinsichtlich ihren Randbedingungen und den geltenden gesetzlichen Grundlagen betrachtet. Zudem wird die gesamtschweizerische Entwicklung über die letzten Jahre dargestellt.

4.1 Post

Die postalische Grundversorgung ist aufgrund technologischer, demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen kontinuierlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen ausgesetzt. Der Strukturwandel führt dabei unter anderem zu einer Abnahme des Briefvolumens, zu einer Abnahme der Kundenfrequenz in Poststellen, zu einer Zunahme des Zahlungsverkehrs im Internet und zu einem gesteigerten Paketvolumen. Diese Entwicklungen haben zur Folge, dass die Post sich ständig neu ausrichten muss (ARE, 2014).

4.1.1 Gesetzliche Grundlage

Die Post ist eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft und als solche in vollständigem Besitz des Bundes. Sie hat einen postalischen Grundversorgungsauftrag, welcher im Postgesetz⁹, sowie in der Postverordnung¹⁰ geregelt ist. Dieser Auftrag umfasst die schweizweite Zustellung von adressierten Briefen und Paketen an mindestens fünf Wochentagen, die schweizweite Zustellung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften an sechs Wochentagen, das Erbringen von Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs sowie den Betrieb eines flächendeckenden Poststellen- und Postagenturennetzes (Post, 2016b). Zu den Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs gehören das Eröffnen und Führen eines Kontos, Überweisungen sowie Ein- und Auszahlungen innerhalb der Landesgrenze (Post, 2016c).

Die durch die Post zu erfüllenden Aufträge im Bereich der Grundversorgung sind durch das Postgesetz streng geregelt. Dies gibt vor, dass 97% der adressierten Inlandsbriefe sowie 95% der Inlandspakete pünktlich durch die Post geliefert werden müssen. Zudem enthält die Postverordnung Vorgaben zur Erreichbarkeit der Zugangspunkte. So müssen 90% der Schweizer Bevölkerung die Postdienststellen innerhalb von 20 Minuten, sowie diejenigen zum Zahlungsverkehr innerhalb von 30 Minuten zu Fuss oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Dies ist unabhängig davon, mit welcher Technologie die Leistungen angeboten werden. Ausnahmen bilden diejenigen Gebiete, in welchen die Post einen Hausservice anbietet. Hier gilt generell eine Erreichbarkeit von 30 Minuten (siehe **Abbildung 12**). Darüber hinaus bestehen Vorschriften hinsichtlich der Mindestanzahl an Postdienststellen und Briefeinwurfkästen. In jeder Raumplanungsregion muss mindestens eine Poststelle und in jeder Ortschaft mindestens ein Briefeinwurf vorhanden sein. Zudem hat die Post für Menschen mit

9
10

Art. 1 Abs. 1 & 2, Kapitel 2 (Abschnitt 2 & 3) und 3. Postgesetz (PG) vom 17. Dezember 2010 (Stand am 1. Januar 2012Y); SR 783.0.
Kapitel 3 bis 6 der Postverordnung (VPG) vom 29. August 2012 (Stand am 28. Juli 2015); SR 783.01.

Behinderung den barrierefreien Zugang zu den Postdiensten und zum elektronischen Zahlungsverkehr zu gewährleisten (Post, 2016b). Die Vorgaben werden durch das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM), welches als zuständige Aufsichtsbehörde fungiert, kontrolliert. Aus diesem Grund hat die Post jährlich einen Bericht über die Erfüllung des Grundversorgungsauftrags einzureichen. (BAKOM, 2016)

Die Kosten für die Grundversorgung betrugen im Jahr 2014 392 Mio. CHF. Die Post finanziert dies durch die Quersubventionierung von unrentablen Leistungen durch rentable Leistungen. Ein Beispiel dafür ist der Briefversand in Berggebieten, welcher teilweise durch den Briefversand in den Städten finanziert wird (Post, 2016a).



Abbildung 12: Darstellung der rechtlichen Vorgaben, welche die Post im Bereich der Grundversorgung erfüllen muss. Quelle: Post (2016).

4.1.2 Arten von Zugangspunkten

In der Vergangenheit sind die traditionellen Poststellen neben den Briefeinwürfen die einzigen Zugangspunkte für den Kunden gewesen. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen durch das veränderte Verhalten und die zunehmende Mobilität der Bevölkerung hat die Post dieses Angebot in den letzten Jahren überarbeitet und umgebaut. Bei den Poststellen ist für die Kundinnen und Kunden heute immer noch das gesamte postalische Angebot verfügbar. Zusätzlich dazu gibt es jedoch eine breite Palette von Kundenzugangspunkten mit reduziertem Angebot (siehe blauer Kasten rechts, Quelle: Post, 2016d).

Arten von Kundenzugangspunkten

Postagenturen sind zum Beispiel in Lebensmittelgeschäften integrierte Zugangspunkte. Der Partner betreibt im Auftrag der Post mit einem reduzierten Sortiment das Postgeschäft (Aufgabe von Briefen und Paketen, Abholen von Sendungen, Kaufen von Briefmarken, bargeldlose Einzahlungen, Bargeldbezüge bis 500 CHF).

Über den **Hauservice** können die gängigsten Postgeschäfte (Einzahlungen, Aufgabe von Briefen oder Paketen, Kaufen von Briefmarken) von Montag bis Freitag beim Postboten erledigt werden. Um diesen in Kenntnis zu setzen, wird ein Steckschild am Hausbriefkasten befestigt.

Für **Geschäftskunden** bestehen in Industriegebieten in Räumen Dritter unbediente Pavillons, in welchen die Kunden ihre Post deponieren können. Diese wird dann zu vordefinierten Zeiten von Postangestellten abgeholt.

My Post 24 ermöglicht es, rund um die Uhr Pakete und eingeschriebene Briefe an unbedienten Automaten abzuholen oder aufzugeben. Zu vorgegebenen Zeiten werden die Fächer durch Postangestellte geleert. Um My Post 24 nutzen zu können, müssen sich Kunden online registrieren.

PickPost ermöglicht es, an vordefinierten Stellen Pakete und eingeschriebene Briefe aufzugeben oder abzuholen. Zu PickPost-Stellen gehören Orte wie Bahnhöfe, Tankstellen oder Reisezentren mit flexiblen Öffnungszeiten.

Pick@home ist eine Dienstleistung, die es den Kunden ermöglicht, Pakete an beliebigen Adressen abholen zu lassen. Die Abholaufträge werden dabei über die Post-App aufgegeben.

In **PostFinance-Filialen** ist das Abwickeln von finanziellen Tätigkeiten möglich. An den Postomaten können Franken und Euro bezogen werden.

4.1.3 Entwicklung der Arbeitsstätten, Zugangspunkten & Beschäftigten

Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten seit 2001

Während in der Periode zwischen 2001 und 2008 die Anzahl der Arbeitsstätten (Kundenzugangspunkte und betriebstechnische Einheiten) bei den Postdiensten noch zunehmen, haben sie zwischen 2011 und 2013 deutlich abgenommen (siehe [Tabelle 4](#)). Diese Entwicklung hat ihren Ursprung in der Tatsache, dass sich der Trend zur Digitalisierung sehr stark auf die Entwicklung der Geschäfte am Postschalter auswirkt. Gemäss Post sind die Umsätze am Schalter seit 2000 bei den Briefen um 63 %, bei den Paketen um 42 % und beim Zahlungsverkehr um 37 % zurückgegangen, wobei die Post mit einer Fortsetzung dieses Trends rechnet (Post, 2016e). Dies hat dazu geführt, dass aus dem Betrieb der Poststellen in den letzten Jahren kein Gewinn mehr resultiert, sondern ein Verlust. 2015 hat dieser 110 Mio. CHF betragen (tagesanzeiger, 2016). Die Post reagiert auf diese Entwicklung mit einer grundlegenden Umstrukturierung des vorhandenen Postnetzes, welche mit einem Abbau der Arbeitsplätze im Bereich der Postdienstleistungen einhergeht.

Tabelle 4: Entwicklung der Arbeitsstätten, Beschäftigten und Vollzeitäquivalente (VZÄ) zwischen 2001 und 2008, sowie zwischen 2011 und 2013.

| | Arbeitsstätten | | | | Beschäftigte | | | | VZÄ |
|----------------------------|----------------|-------|---------|-------|--------------|--------|---------|--------|--------|
| | 2001 | 2008 | Absolut | In % | 2001 | 2008 | Absolut | In % | In % |
| Postdienste | 4'171 | 5'786 | 1'615 | 38.72 | 42'151 | 31'690 | -10'461 | -24.82 | -23.52 |
| Quelle: BZ BFS (2016) | | | | | | | | | |
| | 2011 | 2013 | Absolut | In % | 2011 | 2013 | Absolut | In % | In % |
| | 2011 | 2013 | Absolut | In % | 2011 | 2013 | Absolut | In % | In % |
| Postdienste | 3'694 | 3'381 | -313 | -8.47 | 34'644 | 33'104 | -1'540 | -4.45 | -4.16 |
| Quelle: STATENT BFS (2016) | | | | | | | | | |

Entwicklung der Kundenzugangspunkte in den letzten zehn Jahren

Die Zahl der Arbeitsstätten in der [Tabelle 4](#) beinhaltet neben den Kundenzugangspunkten auch die betriebstechnischen Einheiten für die Bereitstellung der Postdienste. Die reine Entwicklung der Kundenzugangspunkte ist in [Abbildung 13](#) dargestellt. Die Zahlen der Post zeigen, dass die Umstrukturierung des Postnetzes seit 2007 stark voranschreitet. Zwischen 2005 und 2015 sind 39.9 % der Poststellen verschwunden. Aufgefangen wird dieser Leistungsabbau bei den Poststellen mit anderen Angeboten, wie zum Beispiel den Postagenturen und dem Hausservice. Im gleichen Zeitraum haben daher die Postagenturen (+444.4 %) und die Orte, die mit dem Hausservice (+30.7 %) bedient werden, stark zugenommen. Der Personalbestand im Bereich Poststellen und Verkauf ist in den letzten 6 Jahren um 1'932 Angestellte gesunken (Post, 2016a).

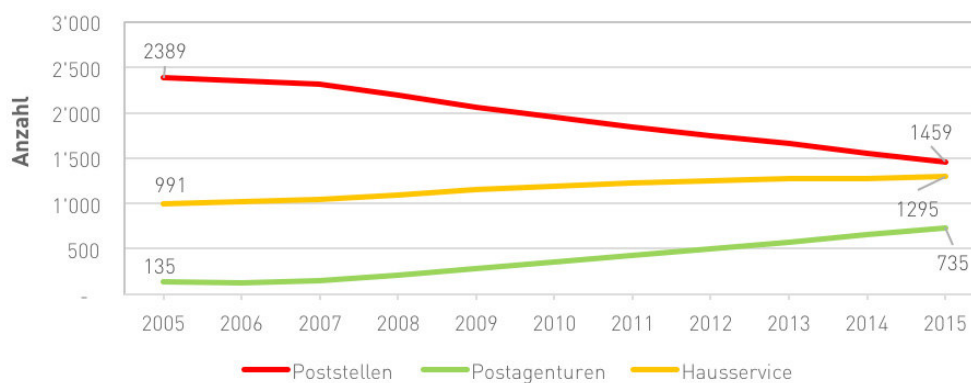


Abbildung 13: Entwicklung der Anzahl Kundenzugangspunkte: Poststellen, Postagenturen und Hausservice. Eigene Darstellung. Quelle: Post (2016a).

Entscheid über die Schliessung eines Kundenzugangspunkt

Ausschlaggebend für die Schliessung einer Poststelle sind gemäss des Mediensprechers der Post in erster Linie die Nutzung, die Situation am Standort sowie die Lage im Poststellennetz. In einzelnen Fällen wird ein Schliessungsentscheid auch durch eine Pensionierung oder Kündigung ausgelöst (Limmattaler Zeitung, 2012). Bei einer Schliessung der Postfiliale haben Gemeinden grundsätzlich die Möglichkeit, bei der PostCom Beschwerde einzureichen. Dies ist jedoch in den letzten Jahren nur in rund fünf Prozent der Fälle geschehen. Zudem resultierte 2014 aus drei von vier Fällen am Ende trotzdem die Schliessung der Poststelle. Nur in einem Fall ist die Schliessung zu einer erneuten Überprüfung zurückgewiesen worden. Gemeinden haben demzufolge lediglich sehr wenig Einfluss auf einen Schliessungsentscheid (tagblatt, 2015).

Zukünftige Entwicklung

Ende Oktober 2016 hat die Post die Entwicklung des Netzes der Zukunft präsentiert. Daraus geht hervor, dass die Post die Zahl der Zugangsmöglichkeiten von 3'700 auf mindestens 4'000 ausbauen möchte. Den Postagenturen wird dabei eine Schlüsselrolle zugesprochen. Die Reduktion des traditionellen Poststellennetzes und der parallele Ausbau des Agenturformats sollen in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

Bis ins Jahr 2020 stellt sich die Post ein Netz von rund 800 bis 900 traditionellen Poststellen und 1'200 – 1'300 Postagenturen vor (siehe **Abbildung 14**). Zusätzlich sollen die «my Post 24»-Automaten und ähnliche Angebote ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Erweiterung der Funktionen von hauseigenen Briefkästen. Diese sollen unter anderem in Zukunft ermöglichen, dass Kunden durch einem Smart-Button mit den Postangestellten kommunizieren können, wenn Briefe oder Pakete abholbereit im Briefkasten liegen. Mit der Umstrukturierung des Postnetzes werden im Bereich Poststellen und Verkauf weitere Arbeitsplätze verloren gehen. Bis 2020 sind laut der Post rund 1'200 Arbeitsplätze betroffen (Post, 2016e).

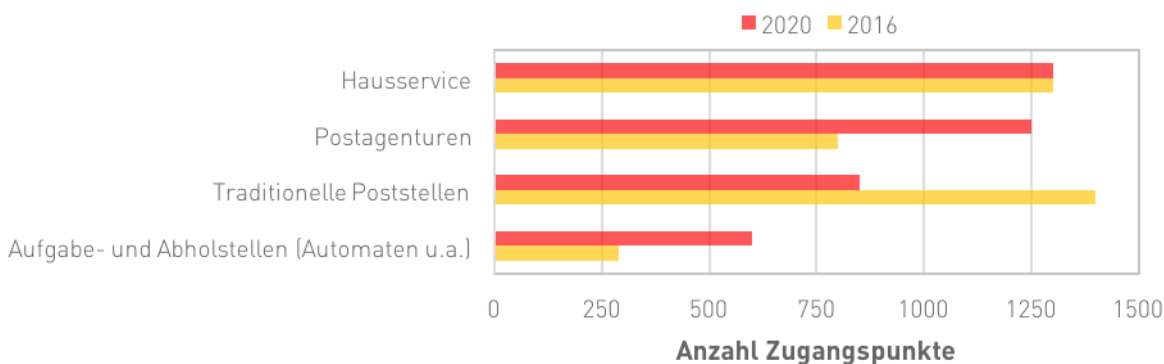


Abbildung 14: Entwicklung des Postnetzes bis 2020. Für die Werte 2020 werden die Mittelwerte der Planung dargestellt. Quelle: Post (2016e).

Die Post verpflichtet sich seit Neuem bei der zukünftigen Netzentwicklung zu gewissen Grundsätzen um Klarheit und Planungssicherheit zu schaffen. Dazu gehört, dass die Post in jedem Fall alternative Lösungen zur Verfügung stellt, wenn eine Poststelle geschlossen wird. Zudem wird neben den bestehenden Verhandlungen mit den Gemeinden ab 2017 auch direkt mit den Kantonen über die Ausgestaltung des Netzes diskutiert. Neben den gesetzlichen Vorgaben zur Grundversorgung sollen zusätzlich regionale Kriterien und Bedürfnisse berücksichtigt werden, was insbesondere für den ländlichen Raum von Bedeutung sein wird. Ein weiterer Schritt für mehr Planungssicherheit wird die Bestimmung von traditionellen Poststellen sein, welche in den nächsten Jahren für eine Umwandlung in eine Postagentur nicht in Frage kommen (Post, 2016e).

4.2 Banken

In dieser Arbeit werden die vier wichtigsten Kategorien des Schweiz Bankensektors betrachtet. Dies sind die Kantonalbanken, Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen sowie Raiffeisenbanken. Im Gegensatz zur Post haben diese Banken keinen Grundversorgungsauftrag und sind daher an keine gesetzlichen Vorgaben gebunden, was die Anzahl der Zugangspunkte, die Erreichbarkeit oder den angebotenen Mindestservice betrifft.

4.2.1 «Banking is necessary, banks are not»

«Banking is necessary, banks are not». Vor 20 Jahren hat Bill Gates diese Aussage gemacht und meinte damit, dass Bankdienstleistungen zwar benötigt werden, eine klassische Bank als Institution jedoch nicht unbedingt vorhanden sein muss (Ernst & Young, 2012). Angesichts der Auswirkungen des Strukturwandels auf die Banken scheint diese Aussage in Zukunft an Bedeutung zu gewinnen. Vor allem das veränderte Kundenverhalten aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung, sinkende Zinsmargen und die als Folgen der Finanzkrise angepassten Geschäftsmodelle führen dazu, dass die Banken ihre Strategien bezüglich des physischen Vertriebskanals grundlegend überarbeiten (Schweizerische Bankenvereinigung, 2016). Nach der Einschätzung von Branchenexperten, die im Rahmen einer Studie von Horvath & Partners (2015) befragt worden sind, werden sich aufgrund dieser Entwicklung die Vertriebskanäle von Finanzdienstleistungen und die Kommunikation mit Bankenkunden innerhalb der nächsten fünf Jahre massiv verändern. Gemäss der Studie gehen die Experten davon aus, dass bis 2020 jede fünfte Bankfiliale aufgegeben wird. Knapp drei Viertel der Studienteilnehmer sind zudem der Meinung, dass die verbleibenden physischen Filialen deutlich an Bedeutung verlieren werden. Auf der anderen Seite wird mit einem starken Anstieg von Onlinefilialen und neuen Arten der Interaktion zwischen Kunden und Anbietern gerechnet. In Zukunft werden vor allem zielgerichtete, integrierte Multikanalstrategien und Finanztechnologien (sogenannte FinTech) gefragt sein (Horvath & Partners, 2015).

4.2.2 Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten

Zwischen 2001 und 2008 hatten gesamtschweizerisch gesehen alle betrachteten Bankentypen eine Abnahme der Arbeitsstätten (-145 AS¹¹) und, mit Ausnahme der Raiffeisenbanken, der Beschäftigten zu verzeichnen (siehe **Abbildung 15** links). Prozentual gesehen am stärksten war der Abbau an Arbeitsstätten bei den Kantonalbanken (-46 AS). Bei den Beschäftigten war, neben den deutlichen Abnahmen bei den Regional- (-676 Besch.¹²) und Kantonalbanken (-1'488 Besch.), eine starke Zunahme bei den Raiffeisenbanken (+2'573) zu verzeichnen. Zwischen 2011 und 2013 hat die gesamte Anzahl der Arbeitsstätten (-193 AS) weiter abgenommen (siehe **Abbildung 15** rechts). Am deutlichsten war die Abnahme bei den Grossbanken. Ein ähnliches Bild wie bei den Arbeitsstätten zeigt sich bei den Beschäftigten, wobei die prozentuale Abnahme leicht geringer gewesen ist. Von den 3'077 Arbeitsplätzen, die zwischen 2011 und 2013 verloren gegangen sind, wurden 2'872 bei Grossbanken abgebaut.

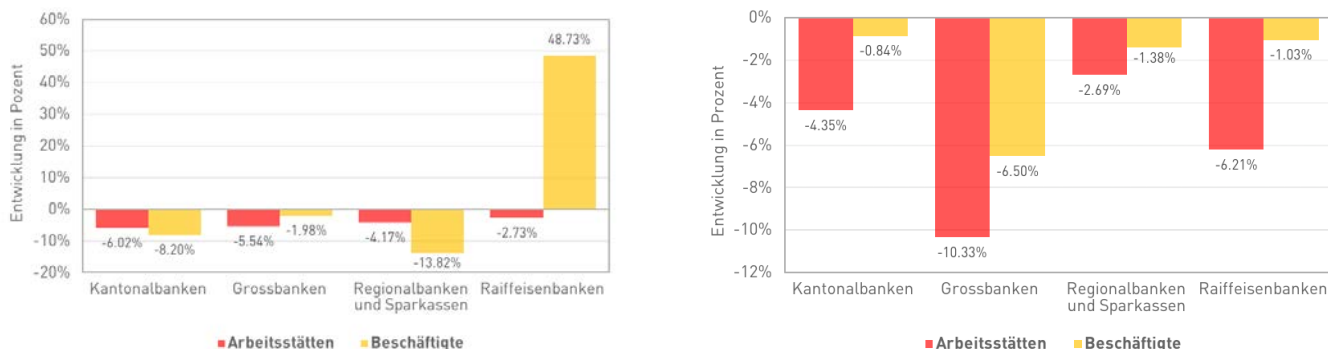


Abbildung 15: Prozentuale, gessamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten nach Bankkategorien zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quelle: BZ & STATENT BFS (2016).

¹¹ AS: Arbeitsstätten, absolute Entwicklung.

¹² Besch.: Beschäftigte, absolute Entwicklung.

4.3 Detailhandel: Waren des täglichen und wöchentlichen Bedarfs

Der Detailhandel versorgt die rund 8.3 Millionen Menschen in der Schweiz mit Waren des täglichen Bedarfs. In der vorliegenden Arbeit werden die Grundversorgungselemente Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien und Molkereien betrachtet, welche vom Strukturwandel auf verschiedene Arten betroffen sind. Nachfolgend wird kurz auf die vergangenen und aktuellen Auswirkungen des Strukturwandels auf die erwähnten Grundversorgungselemente eingegangen. Zudem werden die aktuellen gesamtschweizerischen Entwicklungen erläutert.

4.3.1 Strukturwandel im Detailhandel über die Zeit

Im 18. Jahrhundert werden die Erdgeschosse in den Ortskernen von Handwerkern in Form von Werkstätten oder Lagerräumen genutzt. Aufgrund der Industrialisierung im 19. Jahrhundert steigt jedoch die Einwohnerzahl in den Städten rasch an, worauf neue Versorgungsstrukturen für die vom Land hinzugezogenen Leute geschaffen werden müssen. Deshalb ziehen vermehrt Dienstleistungsbetriebe in die Erdgeschosse ein. Aus der klassischen Handwerkerstadt entwickelt sich im 19. Jahrhundert somit nach und nach eine Detailhandelsstadt, welche durch die kleinteilige Struktur der Ladengeschäfte charakterisiert wird. Im 20. Jahrhundert entsteht daraus in mehreren, nachfolgend beschriebenen Entwicklungsschritten die heute bekannte Einkaufsstadt. Vom Beginn bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts ist die Altstadt das Detailhandelszentrum. Ein paar wenige Läden sind um den Bahnhof angesiedelt. Der Bahnhof ist zu dieser Zeit ein Ort der bewusst aufgesucht wird. Er ist deshalb kaum attraktiv als Standort für Dienstleistungsanbieter. Die Geschäftsstruktur ist geprägt von kleinen Läden, Grossverteiler existieren noch nicht. Im Ortskern gibt es noch keine Verkehrsbeschränkung, weshalb das Einkaufen attraktiv ist. Wohnen im Ortskern verliert aufgrund der steigenden Emissionen als Folge des zunehmenden Verkehrs und wegen den engen Verhältnissen in den alten Wohnungen zunehmend an Attraktivität. Die Erdgeschosse der Gebäude werden vermehrt mit Schaufenstern nachgerüstet, damit sich die Läden zur Strasse hin besser präsentieren können (VLP, 2016a).

Mit dem Aufkommen der Grossverteiler in den 1950er bis 70er Jahren und dem Beginn des Baus von Einkaufszentren entstehen vermehrt Neubauten in Bahnhofsnähe, da die Grossverteiler in den kleinteiligen und teuren Baustrukturen der alten Ortskerne selten geeignete Gebäude für grossflächige Läden finden. Unterstützt wird der Trend zu Neubauten in Bahnhofsnähe durch die Tatsache, dass die Leute immer mobiler werden und vermehrt mit dem Zug unterwegs sind. Mit der Zunahme des Wohlstandes und der Kaufkraft sowie aufgrund des Bevölkerungswachstums nimmt zu dieser Zeit das Detailhandelsvolumen gesamthaft beträchtlich zu, weshalb der Wandel in den alten Ortskernen noch kaum spürbar ist. In den Aussenquartieren setzt jedoch das «Lädelersterben» ein. Durch die Rationalisierung des Handels sinken die Preise für Lebensmittel. Die Globalisierung ermöglicht eine massive Erweiterung des Warenangebotes. Der rapide wachsende motorisierte Individualverkehr führt zu ersten verkehrsberuhigenden und –einschränkenden Massnahmen in den Ortskernen. Die Läden im Ortskern sind nicht mehr so leicht zu erreichen wie diejenigen in Bahnhofsnähe und am Rande der Siedlungsfläche. Entscheidungsträger aus der Politik und dem Detailhandel reagieren in vielen Fällen mit Protektionismus. Mit Bauvorschriften, Verkaufsflächenbeschränkung oder sogar mit Verboten wird versucht, die Spezialgeschäfte in den alten Ortskernen vor den Grossverteilern zu schützen (VLP, 2016a).

In den 1990er Jahren begann sich das «Lädelersterben» grossflächig auszubreiten (siehe **Abbildung 16**). Familienunternehmen und Fachgeschäfte verschwinden zunehmend zugunsten der Grossverteiler. Gut veranschaulicht lässt sich dieser Trend mit Zahlen aus Lichtenstein. Im Jahr 1946 existierten dort 148 Lebensmittelhandlungen, was pro 1'000 EW 14.1 Läden entspricht. Im Jahr 2016, also 70 Jahre später, sind es noch 0.8 (Liewo, 2016). Um die Grossverteiler herum siedeln sich diverse Dienstleistungsbetriebe an, die von deren Kundenaufkommen profitieren wollen. Hier können auch kleinere Geschäfte gewisse Nischen belegen. An den Autobahnen werden aufgrund der guten verkehrlichen Anbindung und der weiterhin steigenden Mobilität neue

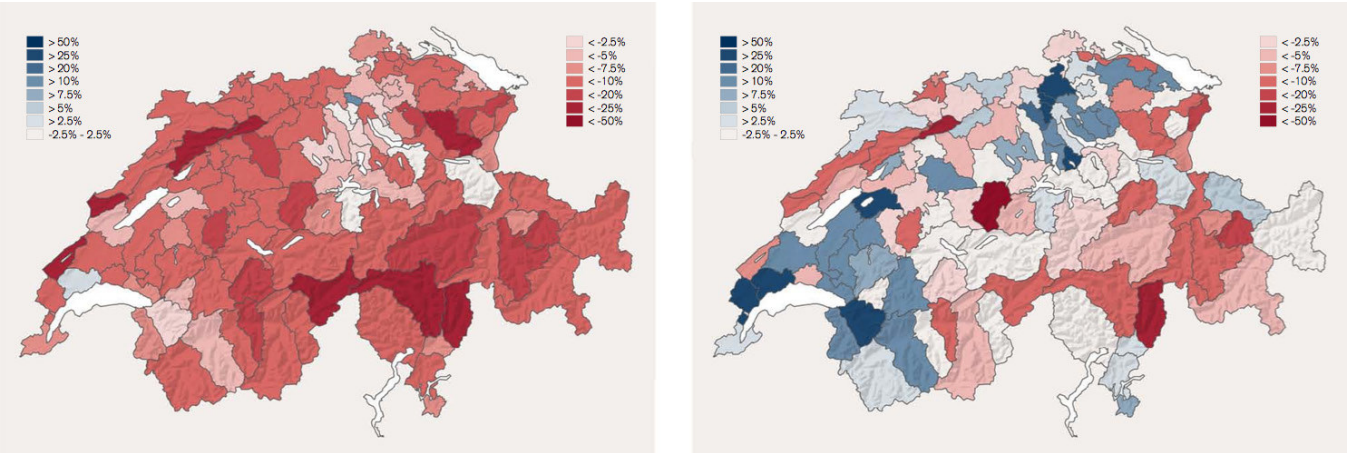


Abbildung 16: Gesamtschweizerische Entwicklung der Zahl der Detailhandelsgeschäfte (links) und Veränderung der Beschäftigten im Detailhandel (rechts) zwischen 1998 und 2008. Raumaufteilung nach den MS-Regionen des BFS. Quelle: Credit Suisse (2011)

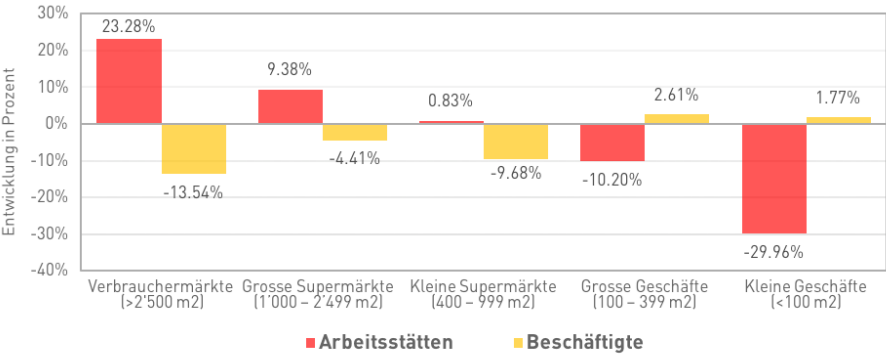
Shoppingcenter eröffnet. Die zunehmende Motorisierung der Bevölkerung und die immer stärkere Trennung von Wohn- und Arbeitsort hebt den Distanzschutz von Läden auf. Die Läden sind nicht mehr nur lokaler, sondern regionale Konkurrenz ausgesetzt. Seit der Jahrtausendwende konzentriert sich der Handel um die Grossverteiler. Der Einfluss von Shoppingcenter ist so stark geworden, dass selbst gewisse Grossverteiler mit Umsatzrückgängen in den Ortskernen zu kämpfen haben. Kleinere und mittlere Ortschaften haben Probleme den Handel im Ortskern zu behalten (VLP, 2016a).

In der jüngsten Zeit kommen weitere Aspekte dazu, die den Strukturwandel im Detailhandel vorantreiben. Seit dem Beginn der Frankenaufwertung im Jahr 2010 hat der Einkaufstourismus deutlich an Bedeutung gewonnen (siehe 3.4.1). Auch der Onlinehandel wächst stark (siehe 3.4.2). Die Filialisierung¹³, Internationalisierung und der E-Commerce im Detailhandel wird gemäss dem «Retail Outlook 2016» der Credit Suisse auch in Zukunft weiter zunehmen (Credit Suisse, 2016).

4.3.2 Entwicklung im klassischen Detailhandel

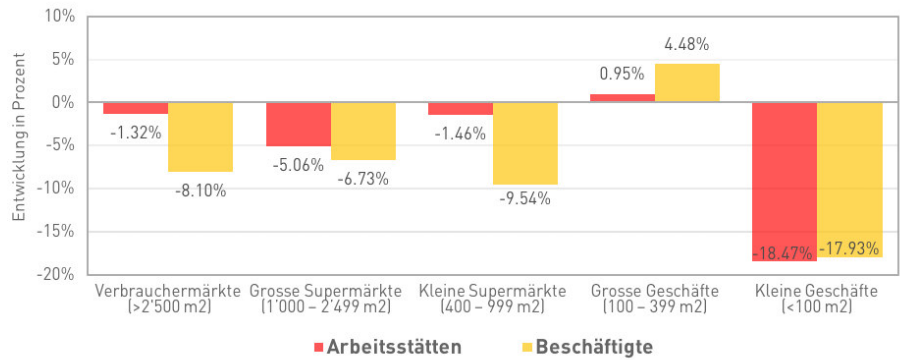
Als klassischer Detailhandel werden in dieser Arbeit die Lebensmittelläden mit Waren verschiedener Art (Haupt- richtung Nahrung- und Genussmittel) verstanden. Diese können nach der Grösse der Ladenfläche aufgeteilt werden. Der Fläche nach werden die Kategorien als Verbrauchermärkte (> 2'500 m²), grosse Supermärkte (1'000 - 2'500 m²), kleine Supermärkte (400 - 999 m²), grosse Geschäfte (100 - 399 m²) und kleine Geschäfte (< 100 m²) bezeichnet.

Abbildung 17: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im klassischen Detailhandel zwischen 2001 und 2008. Aufteilung nach Ladenfläche. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016)



13 Als Filialisierung wird die Verdrängung inhabergeführter Geschäfte des Einzelhandels durch Filialen grösserer Handelsunternehmen bezeichnet.

Abbildung 18: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im klassischen Detailhandel zwischen 2011 und 2013. Aufteilung nach Ladenfläche. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016)



Die gesamtschweizerische Entwicklung zwischen 2001 und 2008 hat deutlich gezeigt, dass im klassischen Detailhandel gesamtschweizerisch ein Trend hin zu weniger aber grösseren Verkaufsflächen besteht (siehe **Abbildung 17**). Während 240 grosse sowie 530 kleine Geschäfte verschwanden, nahmen die Verbrauchermärkte (+27 AS) und die grossen (+33 AS) sowie kleinen (+7 AS) Supermärkte leicht zu. Aus der Entwicklung resultierten gesamtschweizerisch 703 Detailhandelsgeschäfte weniger und die Zahl der Beschäftigten (-3'345 Bsch.) nahm deutlich ab.

Auch zwischen 2011 und 2013 nahmen die Arbeitsstätten bei den Lebensmittelläden in der Schweiz ab (siehe **Abbildung 18**). Am deutlichsten war die Abnahme bei den kleinen Geschäften, wo in nur zwei Jahren weitere 195 Läden verschwanden. Eine Ausnahme bildete die Kategorie „grosse Geschäfte“, welche eine leichte Zunahme von knapp 1 % (22 AS) zu verzeichnen hatte. Ähnlich wie die Arbeitsstätten hatte sich die Zahl der Beschäftigten entwickelt. In nur zwei Jahren verschwanden weitere 4'234 Arbeitsplätze. Absolut gesehen gingen in grossen (-1'382 Bsch.) und kleinen (-2'403 Bsch.) Supermärkten am meisten Arbeitsplätze verloren.

4.3.3 Entwicklung bei den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien

Zwischen 2001 und 2008 nahmen die Arbeitsstätten bei den Bäckereien (-342 AS), Metzgereien (-350 AS) und Molkereien (-278 AS) in der Schweiz deutlich ab (siehe **Abbildung 19** links). Prozentual gesehen waren die Molkereien mit einer Reduktion der Arbeitsstätten um 42.7 % am stärksten vom Abbau betroffen. Bei den Beschäftigten zeigt sich ein ähnliches Bild, wobei der Abbau prozentual gesehen leicht schwächer gewesen ist als bei den Arbeitsstätten. Im Total sind in den sieben Jahren 719 Arbeitsplätze verschwunden.

Zwischen 2011 und 2013 nahm die gesamtschweizerische Anzahl der Arbeitsstätten weiter ab. Am stärksten abgenommen hat die Zahl der Metzgereien (-115 AS), gefolgt von den Molkereien (-30 AS) und den Bäckereien (-5 AS) (siehe **Abbildung 19** rechts). Während in den Molkereien auch die Zahl der Beschäftigten (-113 Bsch.) abgenommen hat, hat diese in den Bäckereien (+2'389 Bsch.) und Metzgereien (+225 Bsch.) zugenommen.

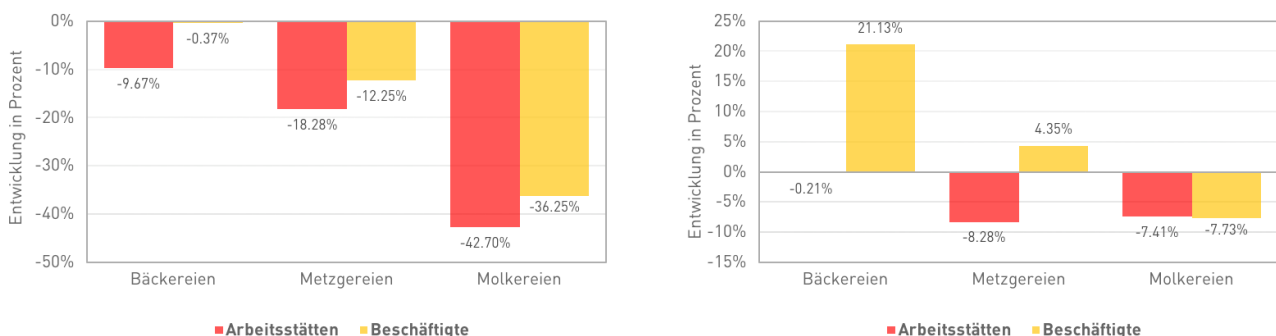


Abbildung 19: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten von Bäckereien, Metzgereien und Molkereien zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016)

4.4 Medizinische Grundversorgung

Die medizinische Grundversorgung in kleinen und mittleren Gemeinden wird primär durch Arzt- und Zahnarztpraxen, Hauspflegediensten (Spitex) sowie Apotheken sichergestellt. Auf weitere Elemente der medizinischen Versorgung wie Krankenhäuser, Physiotherapie oder Psychotherapie wird daher nicht vertieft eingegangen.

4.4.1 Gesetzliche Grundlagen und politische Entwicklung

Gemäss der Bundesverfassung¹⁴ (BV) liegt es in der Zuständigkeit des Bundes, Vorschriften über die Kranken- und Unfallversicherung zu erlassen. Der Bund kann die Kranken- und Unfallversicherung allgemein oder für einzelne Bevölkerungsgruppen obligatorisch¹⁵ erklären. Somit ist die Durchführung der sozialen Krankenversicherung Aufgabe des Bundes. Diese untersteht dem Bundesgesetz für die Krankenversicherung (KVG)¹⁶ (BAG, 2012). Auf Basis der verfassungsrechtlichen Verankerung hat der Bund festgesetzt, dass alle in der Schweiz lebenden Personen dem Versicherungsobligatorium unterstehen und der Krankenversicherer von jeder Person frei gewählt werden kann. Die Krankenversicherungen müssen alle Personen akzeptieren und versichern, unabhängig von deren Alter und Gesundheitszustand. Bei einem Unfall oder einer Krankheit stellt die Versicherung die Behandlung der betroffenen Personen sicher, falls diese nicht schon durch die Unfallversicherung abgedeckt wird (BAG, 2016a).

Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über eine gute, flächendeckende Grundversorgung. In der Schweiz verunfallte oder erkrankte Personen finden rasch Zugang zu medizinischen Leistungen. Die Dichte an Hausarztpraxen und Spitälern ist im internationalen Vergleich nach wie vor hoch. 2014 arbeiteten 4.2 Ärzte pro 1'000 Einwohner, während es in Frankreich 3.2, in Italien 3.8 und in Deutschland 3.9 waren (FMH, 2015). Die Dichte an Versorgungseinrichtungen nimmt jedoch aus verschiedenen Gründen ab (siehe Kapitel 4.4.2), weshalb das aufgebaute System gefährdet ist (BAG, 2016b). Gründe für die Abnahme sind zum einen, dass in den nächsten Jahren bei den Hausärzten viele Pensionierungen anstehen, wobei viele Mühe bekunden eine Nachfolge zu finden. Dies liegt daran, dass junge Ärzte vermehrt den Wunsch nach flexiblen Arbeitszeiten haben und deshalb lieber in Gesundheitszentren und Gemeinschaftspraxen arbeiten. Doch nicht nur bei den Ärzten zeichnet sich ein Mangel ab, sondern auch bei anderen Gesundheitsfachpersonen (BAG, 2016b). Zum anderen zeigt die demografische Entwicklung (siehe Kapitel 3.3), dass die Bevölkerung in der Schweiz, wie auch in anderen Industrieländern, immer älter wird und in Zukunft einen grösseren Anteil an der Gesellschaft ausmachen wird und die Nachfrage nach medizinischer Grundversorgung zunehmen wird.

Aufgrund dieser Entwicklungen wurde 2013 die Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“ eingereicht, welche jedoch vom Initiativkomitee zu Gunsten des direkten Gegenentwurfs und des Masterplans „Hausarztmedizin und medizinische Grundversorgung“ des Bundesrates zurückgezogen worden ist (BAG, 2016d). Der direkte Gegenentwurf kam am 16. Mai 2014 vor das Volk und die Stände und ist mit einem Ja-Anteil von 88 % angenommen worden. Als Folge davon ist die medizinische Grundversorgung neu mit Art. 117a in der BV verankert:

Art. 117a: Medizinische Grundversorgung

¹ Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine ausreichende, allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität. Sie anerkennen und fördern die Hausarztmedizin als einen wesentlichen Bestandteil dieser Grundversorgung.

² Der Bund erlässt Vorschriften über:

- a. die Aus- und Weiterbildung für Berufe der medizinischen Grundversorgung und über die Anforderungen zur Ausübung dieser Berufe;*
- b. die angemessene Abgeltung der Leistungen der Hausarztmedizin.*

¹⁴ Art. 117 Abs. 1 der Bundesverfassung (BV) vom 18. Dezember 1998 (Stand am 1. Januar 2016); SR 101.

¹⁵ Art. 117 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV) vom 18. Dezember 1998 (Stand am 1. Januar 2016); SR 101.

¹⁶ Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1995 (Stand am 1. Januar 2017); SR 832.10.

In Erfüllung der Motion 08.3608 von Jacqueline Fehr hat der Bundesrat zudem im September 2011 den Bericht „Strategie gegen den Ärztemangel und zur Förderung der Hausarztmedizin“ veröffentlicht. In diesem Bericht ist eine Schätzung vorgenommen worden, wie viele Ärztinnen und Ärzte zukünftig in der Schweiz pro Jahr ausgebildet werden müssen, damit das aktuell verfügbare ärztliche Arbeitsvolumen in Zukunft stabilisiert werden kann. Dabei ist der zukünftige Bedarf auf rund 1'200 – 1'300 Abschlüsse pro Jahr geschätzt worden, was eine Steigerung der Ausbildungsabschlüsse um 700 – 800 pro Jahr (+40 %) gegenüber der heutigen Zahl bedeutet. Alleine mit der Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse ist jedoch nicht sichergestellt, dass auch ein bedarfsgerechtes Angebot an Ärzten vorhanden sein wird. Daher enthält der Bericht weitere Empfehlungen zu Massnahmen, mit welchen die Gesundheitsversorgung auch in Zukunft gesichert werden kann (BAG, 2016e).

Als Reaktion auf den Bericht ist ein anreizorientiertes Sonderprogramm in der Höhe von 100 Millionen CHF ins Leben gerufen worden. Dies soll die Kantone unterstützen, die Ausbildungskapazitäten in Humanmedizin zwischen 2017 – 2020 weiter zu erhöhen, um bis 2025 insgesamt 1'300 Ausbildungsabschlüsse zu erreichen und die Auslandabhängigkeit hinsichtlich medizinischem Fachpersonal zu reduzieren. Weiter sind mit dem gemeinsamen Bericht «Gesamtsicht Aus- und Weiterbildung Medizin im System der Gesundheitsversorgung» des Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und des Eidgenössischen Departement des Inneren (EDI) zusätzlich zur Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse flankierende Massnahmen erarbeitet worden (BAG, 2016e).

4.4.2 Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten

Ausser den Apotheken (+50 AS) und der Hauspflege (+102 AS) wiesen zwischen 2001 und 2008 alle Versorgungseinrichtungen der medizinischen Grundversorgung eine Abnahme an Arbeitsstätten auf (siehe **Abbildung 20** links). Die Abnahme der Arbeitsstätten war besonders stark bei den Arztpraxen (-926). Während die Arbeitsstätten abnahmen, hat jedoch bei allen Versorgungseinrichtungen, mit Ausnahme der Arztpraxen, die Zahl der Beschäftigten zugenommen. Dabei entstanden rund 23'600 neue Stellen, wobei der grösste Teil davon in Krankenhäusern (+17'764 Besch.) geschaffen wurde. Prozentual gesehen haben die Beschäftigten in der Hauspflege jedoch am deutlichsten zugenommen.

Zwischen 2011 und 2013 hatten mit Ausnahme der Arztpraxen (-549 AS) alle Versorgungseinrichtungen einen Zuwachs an Arbeitsstätten zu verzeichnen (siehe **Abbildung 20** rechts). Absolut gesehen hat die Zahl der Arbeitsstätten in der Hauspflege (+95 AS) und bei den Zahnarztpraxen (+81 AS) am stärksten zugenommen. Bei den Beschäftigten zeigt sich das gleiche Bild wie in der vorherigen Beobachtungsperiode. Die Krankenhäuser hatten mit 9'600 neuen Stellen das stärkste Beschäftigungswachstum. Weiter abgenommen hat die Anzahl der in Arztpraxen beschäftigten Personen (-2'424 Besch.).

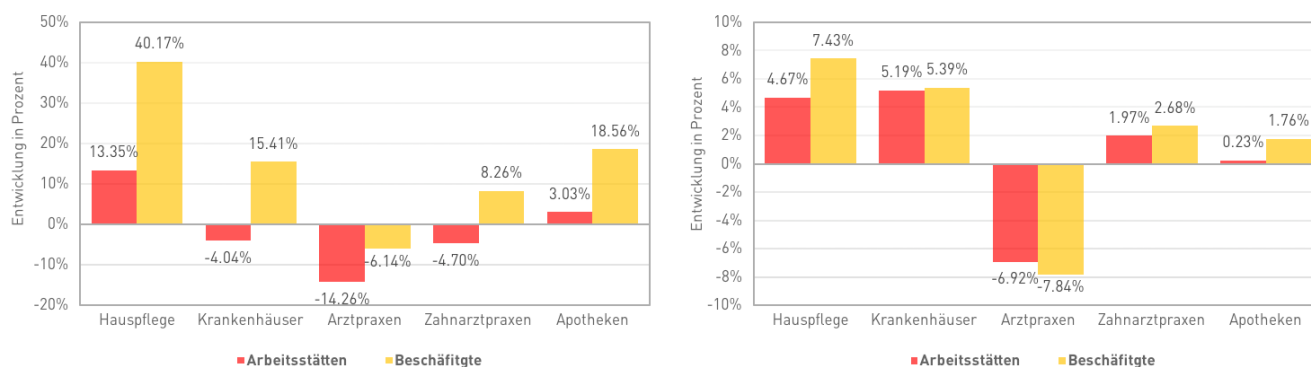


Abbildung 20: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im Bereich der medizinischen Grundversorgung zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016)

4.5 Erziehung und Bildung

4.5.1 Rechtliche Grundlage und Aufbau des Bildungssystems

Die Bildung ist im Art. 61a der BV verankert. Gemäss BV sorgen Bund und Kantone gemeinsam im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz. Die Kantone sind für das Schulwesen zuständig¹⁷. Sie müssen für einen ausreichenden Grundschulunterricht unter staatlicher Leitung sorgen, welcher allen Kindern unentgeltlich zugänglich ist¹⁸. Weitere Bestimmungen werden in den Kantonsverfassungen und den Schulgesetzen der Kantone ausgeführt. In den Schulgesetzen werden zum Beispiel wie im Kanton Aargau¹⁹ die Ressourcenzuteilung, maximale und minimale Schülerzahlen von Schulklassen oder die Trägerschaft der öffentlichen Schule durch die Gemeinden geregelt. Nach den Schulgesetzen der Kantone sind die Gemeinden verpflichtet, die Volksschule einschliesslich der Sonderschulen selber zu führen oder sich an einer entsprechenden Schule zu beteiligen, beziehungsweise das Schulgeld für Kinder aus ihrem Gebiet zu übernehmen. Die Kosten für das Betreiben der Schulen werden zwischen den Kantonen und den Gemeinden aufgeteilt.

Die Erziehung und Bildung in der Schweiz besteht aus mehreren zum Teil obligatorischen Stufen. Dazu gehören die Kindertagesbetreuung, der Kindergarten, die Primarschule, die Sekundarschule (Oberstufen und Gymnasien), sowie die Tertiärschule (Hochschulen und Universitäten). Von diesen Stufen werden in dieser Arbeit die Kindertagesbetreuung, der Kindergarten, die Primar- sowie die Sekundarstufe zur Grundversorgung gezählt.

4.5.2 Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten

Ausser den Tagesbetreuungsstätten für Kinder (+725 AS) hatten zwischen 2001 und 2008 alle Versorgungseinrichtungen der Erziehung und Bildung einen Verlust an Arbeitsstätten auszuweisen (siehe **Abbildung 21** links). Am stärksten abgenommen hatte die Zahl der Kindergärten (-506 AS), gefolgt von den Primarschulen (-286 AS). Die Anzahl der Beschäftigten blieb jedoch konstant oder nahm zu. Im Falle der Tagesbetreuung war die Zunahme mit 7'136 Beschäftigten markant. Doch auch bei den Primarschulen (+3'984 Besch.) und Sekundarschulen (+2'888 Besch.) war die Zunahme der Beschäftigten deutlich.

Zwischen 2011 und 2013 nahm die Zahl an Tagesbetreuungsstätten für Kinder (+585 AS) und Primarschulen (+53 AS) zu (siehe **Abbildung 21** rechts). Im Gegensatz dazu nahmen die Kindergärten (-327 AS) und Sekundarschulen (-29 AS) ab. Die Anzahl der Beschäftigten nahm bei den Tagesbetreuungsstätten (+5'213 Besch.) und Primarschulen (+4'026 Besch.) wie in der vorherigen Beobachtungsperiode deutlich zu. Abgenommen hatten die Beschäftigten in Kindergärten (-106 Besch.) und Sekundarschulen (-381 Besch.).

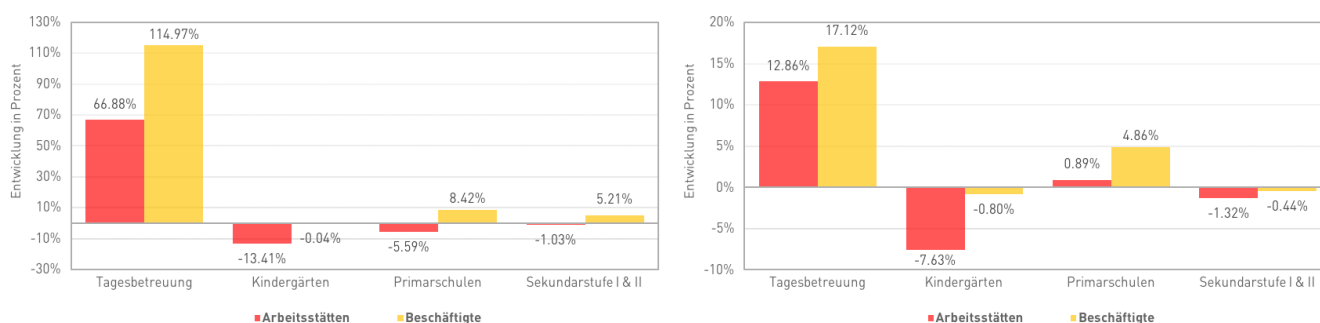


Abbildung 21: Prozentuale, gesamtschweizerische Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten im Bereich der Bildung und Erziehung zwischen 2001 – 2008 (links) und 2011 – 2013 (rechts). Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016)

17 Art 61a Abs. 1 der Bundesverfassung (BV) vom 18. Dezember 1998 (Stand am 1. Januar 2016); SR 101.

18 Art. 62 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV) vom 18. Dezember 1998 (Stand am 1. Januar 2016); SR 101.

19 Schulgesetz des Kantons Aargau vom 17.03.1981 (Stand 01.01.2017); SR 401.100.

4.6 Zwischenfazit

Die durch die Post zu erfüllenden Aufträge im Bereich der Grundversorgung sind durch das Postgesetz streng geregelt. Durch den Strukturwandel sind die Umsätze an den Postdienststellenschaltern in letzter Zeit signifikant gesunken, wodurch die Post in diesem Bereich 2015 einen Verlust von 110 Mio. CHF erlitten hat. Die Post rechnet damit, dass die Schalterumsätze auch in Zukunft weiter sinken, was ein Umbau der traditionellen Poststellen notwendig macht. Zwischen 2005 und 2015 sind deshalb schon 39.9 % der Poststellen verschwunden. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der Postagenturen (+444.4 %) und die Orte, die mit dem Hausservice (+30.7 %) bedient werden, stark zugenommen. Gemäss Post wird sich das physische Vertriebsnetz bis 2020 noch einmal deutlich verändern.

Bei den Banken hat der durch die Digitalisierung beschleunigte Strukturwandel ähnliche Auswirkungen wie bei der Post. Auch hier hat die Anzahl der Filialen in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Das veränderte Kundenverhalten, sinkende Zinsmargen und die als Folge der Finanzkrise angepassten Geschäftsmodelle führen dazu, dass die Banken ihre Filialnetze in den nächsten Jahren grundlegend überarbeiten. Die im Rahmen einer Studie von Horvath & Partners befragten Experten gehen davon aus, dass bis 2020 jede fünfte Bankfiliale geschlossen wird.

Im Detailhandel hat der Strukturwandel dazu geführt, dass zwischen 2001 und 2008 rund 30 % der Geschäfte unter 100 m² verschwunden sind. Neben der gestiegenen Mobilität, dem veränderten Einkaufsverhalten und dem Einkaufstourismus bereitet dem Detailhandel zunehmend auch der wachsende Online-Handel Schwierigkeiten. Vom Strukturwandel besonders stark betroffen scheinen neben den kleinen Geschäften auch die Bäckereien, Metzgereien und Molkereien zu sein.

Während die Zahl der Arbeitsstätten und Beschäftigten im Gesundheitssektor in fast allen Bereichen steigt, ist die Zahl der Hausärzte seit längerem am abnehmen. Der in der Schweiz herrschende Hausarztmangel ist erkannt worden. Politische Vorstösse haben dazu geführt, dass die Hausarztmedizin als Teil der medizinischen Grundversorgung in der Bundesverfassung verankert worden ist. Weiter sind Massnahmen eingeleitet worden, die verhindern sollen, dass sich der Ärztemangel in der Schweiz weiter verschärft.

Im Bereich der Erziehung und Bildung zeigen sich die Auswirkungen der Emanzipation der Frau, welche neue Formen der Familien- und Lebensplanung hervorgerufen hat. Die infolgedessen neu entstandene Teilung von Erwerbs-, Haushalts- und Betreuungsarbeiten zwischen beiden Elternteilen beeinflusst insbesondere die direkte Nachfrage nach Angeboten im Vorschulbereich.

Auf Basis der in der thematischen Übersicht gewonnenen Erkenntnisse werden in der räumlichen Übersicht die folgenden Grundversorgungselemente behandelt: Poststellen, Bankfilialen, Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien und Molkereien, Apotheken, Haus- und Zahnarztpraxen, Hauspflege, Kindertagesstätten, Kindergärten sowie Primarschulen.

5 Räumliche Übersicht

In der räumlichen Übersicht wird die Entwicklung der Grundversorgungseinrichtungen über die letzten Jahre in unterschiedlichen Gemeindegrössenklassen und Raumtypen analysiert. Die räumliche Übersicht dient als Instrument, um die Einflüsse des Strukturwandels räumlich zu lokalisieren. Insbesondere wird auf die Entwicklung in kleinen und mittleren Gemeinden eingegangen. In einem weiteren Schritt wird auf Basis der gewonnenen Erkenntnissen ein Vertiefungsgebiet ausgewählt.

5.1 Räumliche Aufteilung

5.1.1 Gemeindegrössenklassen

Um zu untersuchen, ob sich die Einflüsse des Strukturwandels je nach Gemeindegrösse unterscheiden, sind die Gemeinden der Schweiz in sieben Grössenklassen eingeteilt worden (siehe [Tabelle 5](#)). Die Einordnung in die Grössenklassen ist auf der Grundlage der Einwohnerzahlen aus dem Jahr 2015 erfolgt. Damit ist sichergestellt worden, dass über beide Beobachtungsperioden die Anzahl Gemeinden pro Klasse gleichgeblieben ist. Es wurde somit ein statischer und kein dynamischer Beobachtungsraum gewählt.

Tabelle 5: Auflistung der verschiedenen Gemeindegrössenklassen mit der jeweiligen Anzahl an Gemeinden und Einwohnern (gemäss EW-Zahlen aus dem Jahr 2015) pro Klasse und Raumtyp sowie im Total.





| | Gemeindegrössenklassen | | | | | | | |
|-----------------------------|------------------------|------------|-------------|-----------|-----------|-----------|----------|-----------|
| | Raumtyp | >50'000 EW | > 10'000 EW | >5'000 EW | >2'000 EW | >1'000 EW | > 500 EW | <= 500 EW |
| Anzahl Gemeinden pro Klasse | Ländlicher Raum | 0 | 1 | 39 | 181 | 189 | 166 | 244 |
| | Agglomerationsraum | 0 | 10 | 92 | 290 | 336 | 316 | 290 |
| | Städtischer Raum | 10 | 131 | 124 | 143 | 48 | 26 | 5 |
| | Total | 10 | 142 | 255 | 614 | 573 | 508 | 539 |
| Anzahl EW pro Klasse (2015) | Ländlicher Raum | 0 | 10'905 | 259'652 | 568'411 | 265'920 | 123'106 | 62'389 |
| | Agglomerationsraum | 0 | 85'161 | 406'095 | 698'716 | 376'932 | 177'914 | 67'765 |
| | Städtischer Raum | 1'414'973 | 2'325'778 | 894'351 | 493'087 | 74'212 | 19'807 | 1'952 |
| | Total | 1'414'973 | 2'421'844 | 1'560'098 | 1'760'214 | 717'064 | 320'827 | 13'2106 |

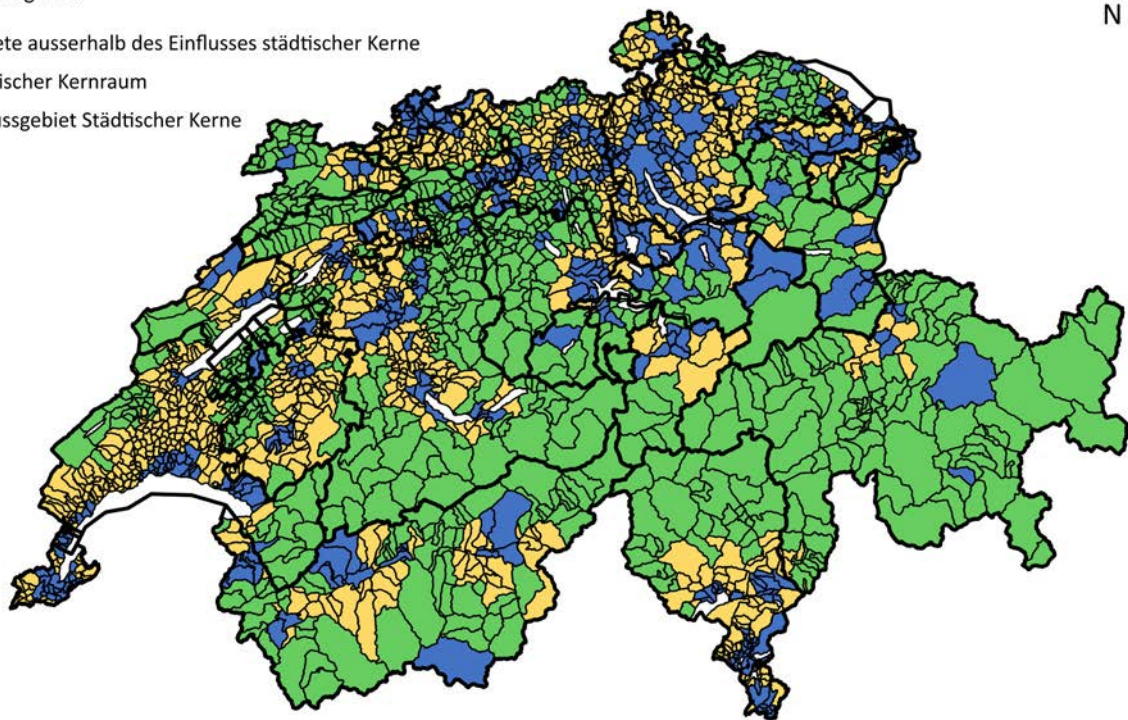
Quelle: STATPOP BFS, 2016

5.1.2 Raumtypen

Für die Raumaufteilung ist die Raumtypologie «Raum mit städtischem Charakter 2012» verwendet worden. Die Methode des ARE teilt die Schweiz in drei Oberkategorien «städtischer Kernraum», «Einflussgebiet städtischer Kernraum» und «Gebiete ausserhalb des Einflusses städtischer Kerne» ein. Zur Vereinfachung werden die drei Kategorien in der nachfolgenden räumlichen Übersicht bezeichnet als «ländlicher Raum», «Agglomerationsraum» und «städtischer Kernraum». In der untenstehenden **Abbildung 22** ist die gesamtschweizerische Einteilung der Gemeinden zu sehen. Die vertiefte Erläuterung zur Methodik dieser Raumtypologie ist in Kapitel Methodik zu finden.

Legende

-  Kantonsgrenze
-  Gebiete ausserhalb des Einflusses städtischer Kerne
-  Städtischer Kernraum
-  Einflussgebiet Städtischer Kerne



Quelle: swisstopo & ARE, 2016
 Autor: Nicola Meier
 Institution: ETH Zürich

0 30 60 90 120 150 km



Abbildung 22: Einteilung der Schweizer Gemeinden in die drei Raumtypen nach der Methode «Raum mit städtischem Charakter 2012» des BFS.
 Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), BFS (2016g)

Gewisse Raumtypen und Gemeindegrössenklassen weisen nur sehr wenige Gemeinden auf. Beispiele hierfür ist die Gemeindegrössenklasse mit weniger als 500 Einwohner (EW) im städtischen Kernraum, wo nur fünf Gemeinden existieren. Dem muss bei der nachfolgenden Betrachtung der Daten Rechnung getragen werden. In solchen Klassen können kleine absolute Änderungen der Zahl an Versorgungseinrichtungen sehr starke Schwankungen bei der relativen Entwicklung hervorrufen.

5.1.3 Demografie

Nachfolgend werden die demografischen Entwicklungen in den verschiedenen Gemeindegrössenklassen und den drei Teilräumen zwischen 1985 und 2015 dargestellt.

Absolute Entwicklung der Einwohnerzahlen

Absolut gesehen befindet sich mit Abstand der grösste Teil der Bevölkerung im städtischen Kernraum. Im Jahr 2015 sind 5.2 Mio. Personen in diesem Raumtyp wohnhaft. Im Agglomerationsraum befinden sich 1.8 Mio. und im ländlichen Raum 1.3 Mio. Personen. Das absolute Wachstum beträgt über die letzten 30 Jahre für den städtischen Kernraum rund 990'000, für den Agglomerationsraum rund 590'000 und für den ländlichen Raum rund 270'000 Personen. Absolut gesehen ist das Wachstum somit im städtischen Kernraum mit Abstand am grössten.

Aufgrund des erwähnten Wachstums hat sich der Anteil der Bevölkerung auf Kosten der ländlichen Regionen zunehmend zu Gunsten der urbanen Gebiete verschoben. Während 1985 noch 16 % der Schweizer Bevölkerung in ländlichen Gemeinden gelebt haben, sind es 2015 noch 15 % (siehe **Abbildung 23**). Zugenommen hat der Anteil der Bevölkerung, welcher im Agglomerationsraum lebt. Dieser ist von 19 % im Jahr 1985 auf 22% im Jahr 2015 angestiegen.

Relative Entwicklung der Einwohnerzahlen

Relativ gesehen hat über die letzten 30 Jahren die Bevölkerung im Agglomerationsraum mit einem Wachstum von 48 % am stärksten zugenommen (siehe **Abbildung 24**). Die städtischen Kernräume sind mit einem Wachstum von 23 % über die letzten 30 Jahre nicht viel stärker gewachsen als der ländliche Raum, welcher ein Wachstum von 26 % aufweist. Auffallend ist zudem, dass von 2005 bis 2015 die urbanen Gebiete ein deutlich stärkeres Wachstum aufweisen als der ländliche Raum.

Entwicklung je nach Grösse der Gemeinde

Die Bevölkerungszunahme im ländlichen Raum fand über die letzten 30 Jahre vor allem in den Gemeinden mit zwischen 2'000 und 5'000 Einwohnern statt (siehe **Abbildung 25**). Dasselbe gilt für die Bevölkerungszunahme der Gemeinden im Agglomerationsraum. Im städtischen Kernraum wuchs die Bevölkerung am stärksten in Gemeinden der Grösse von 10'000 bis 50'000 Einwohner.

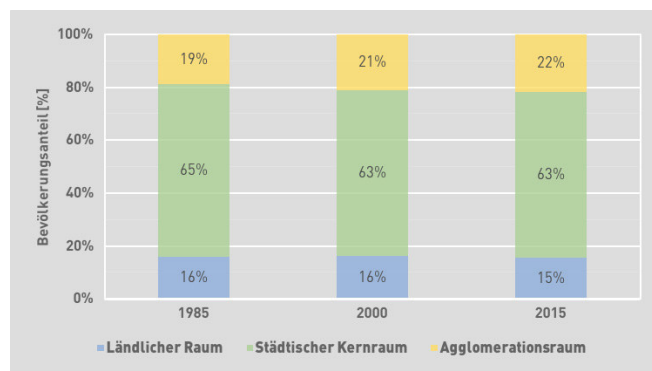


Abbildung 23: Prozentualer Anteil der jeweiligen Raumtypen an der gesamten Bevölkerung der Schweiz. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016).

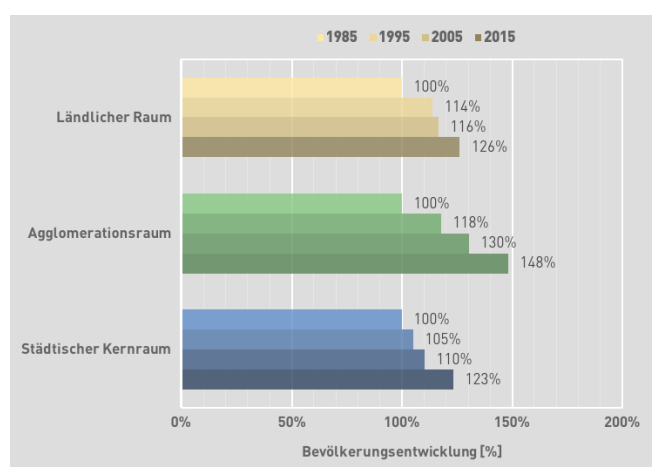


Abbildung 24: Relative Bevölkerungsentwicklung der drei Raumtypen von 1985 bis 2015. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016).

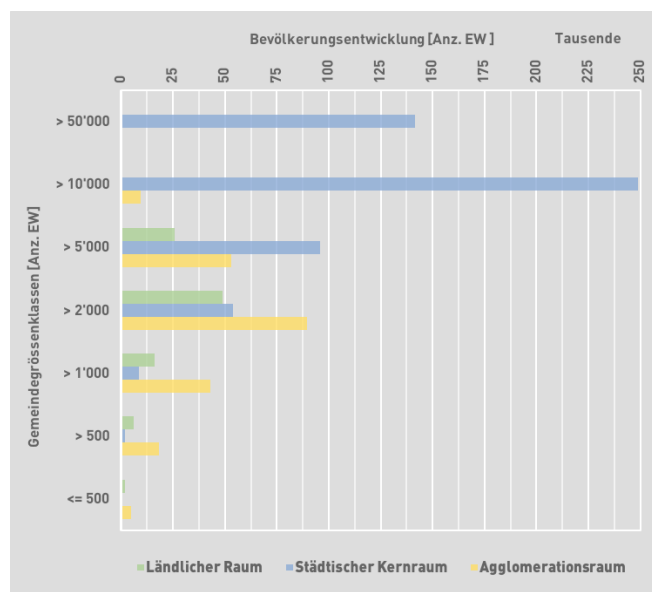


Abbildung 25: Bevölkerungsentwicklung nach Raumtyp und Gemeindegrössenklassen von 1985 bis 2015. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016).

5.2 Post- und Finanzdienstleistungen

5.2.1 Post

Entwicklung von 2001 bis 2013

Zwischen 2001 und 2008 nahmen die Arbeitsstätten pro 1'000 EW in allen Raumtypen zu. Am stärksten war die Zunahme in den Gemeinden mit 1'000 bis 10'000 EW. Nur in den Gemeinden mit weniger als 1'000 EW hat die Zahl der Arbeitsstätten in gewissen Raumtypen abgenommen (siehe **Abbildung 26** oben links). Am stärksten war die Zunahme der Arbeitsstätten pro 1'000 EW mit +32.3 % im städtischen Kernraum, gefolgt vom Agglomerationsraum (+31.2 %) und dem ländlichen Raum (+28.4 %). Im Gegenzug dazu nahm die Zahl der Beschäftigten in allen drei Raumtypen und praktisch allen Gemeindegrössenklassen ab (siehe **Abbildung 26** unten links). Am stärksten war die Abnahme der Beschäftigten mit -33.7 % pro 1'000 EW im städtischen Kernraum, gefolgt vom ländlichen Raum mit -17.5 %. Gemeinden mit weniger als 1'000 EW und solche mit mehr als 50'000 EW waren am stärksten vom Abbau betroffen.

Mit dem Einsetzen der Umstrukturierung der Kundenzugangspunkte durch die Post aufgrund des wachsenden E-Commerce, der veränderten Mobilität und des veränderten Kundenverhaltens begann zwischen 2011 und 2013 auch die Anzahl Arbeitsstätten abzunehmen (siehe **Abbildung 26** oben rechts). Von der Abnahme der Arbeitsstätten waren alle Raumtypen und Gemeindegrössen betroffen. Am stärksten äusserte sich die Abnahme der Arbeitsstätten jedoch in den Gemeinden unter 2'000 EW. Betrachtet man die Abnahme je Raumtyp, so war der ländliche Raum (-13.84 %) und der Agglomerationsraum (-13.48 %) deutlich stärker betroffen als der städtische Kernraum (-3.42 %). Bei den Beschäftigten war die Entwicklung unabhängig vom Raumtyp und der Gemeindegrössenklasse mit wenigen Ausnahmen ähnlich wie bei den Arbeitsstätten (siehe **Abbildung 26** unten rechts).



Abbildung 26: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Postdienstleistungen zwischen 2001 und 2008 (links) sowie zwischen 2011 und 2013 (rechts) unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte an postalischen Arbeitsstätten pro 1'000 EW war 2013, trotz des im Vergleich zu den anderen Raumtypen stärksten Abbaus, im ländlichen Raum immer noch höher als in den übrigen Raumtypen. Gemeinden mit 1'000 bis 5'000 EW wiesen im Vergleich zu den anderen Gemeindegrössenklassen die höchste Dichte an postalischen Arbeitsstätten auf (siehe **Abbildung 27** links). Die Dichte an Beschäftigten pro 1'000 EW sank 2013 mit abnehmender Gemeindegrösse. Am tiefsten war die Beschäftigtendichte in Gemeinden mit weniger als 1'000 EW (siehe **Abbildung 27** rechts).

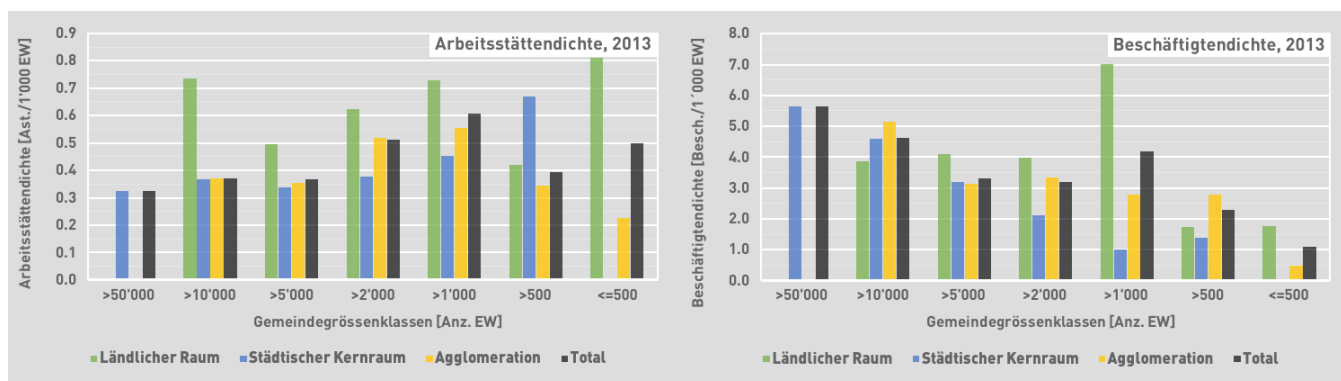


Abbildung 27: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Postdienstleistungen unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

5.2.2 Banken

Entwicklung von 2001 bis 2013

Zwischen 2001 und 2008 nahmen die Arbeitsstätten bei den Grossbanken, Kantonalbanken, Sparkassen und Regionalbanken sowie Raiffeisenbanken gesamthaft betrachtet in allen Raumtypen ab. Am stärksten war die Abnahme der Arbeitsstätten im Agglomerationsraum mit -8.66 %, gefolgt vom ländlichen Raum (-4.45 %) und dem städtischen Kernraum (-3.38 %). Nur in den Gemeinden mit 10'000 EW bis 50'000 EW nahmen die Arbeitsstätten zu (siehe **Abbildung 28** links). In allen anderen Gemeindegrössenklassen fand eine Abnahme dieser statt. Dabei waren die Gemeinden mit sinkender Gemeindegrössenklasse immer stärker von der Abnahme der Arbeitsstätten betroffen. Bei den Beschäftigten war nur im städtischen Kernraum (-1.53 %) eine Abnahme zu verzeichnen. Im Agglomerationsraum (+13.58 %) sowie im ländlichen Raum (+4.44 %) nahmen die Beschäftigten klar zu. Betrachtet man die Gemeindegrössenklassen über alle Raumtypen hinweg, so waren alle Klassen vom Rückgang der Beschäftigten betroffen (siehe **Abbildung 28** rechts).

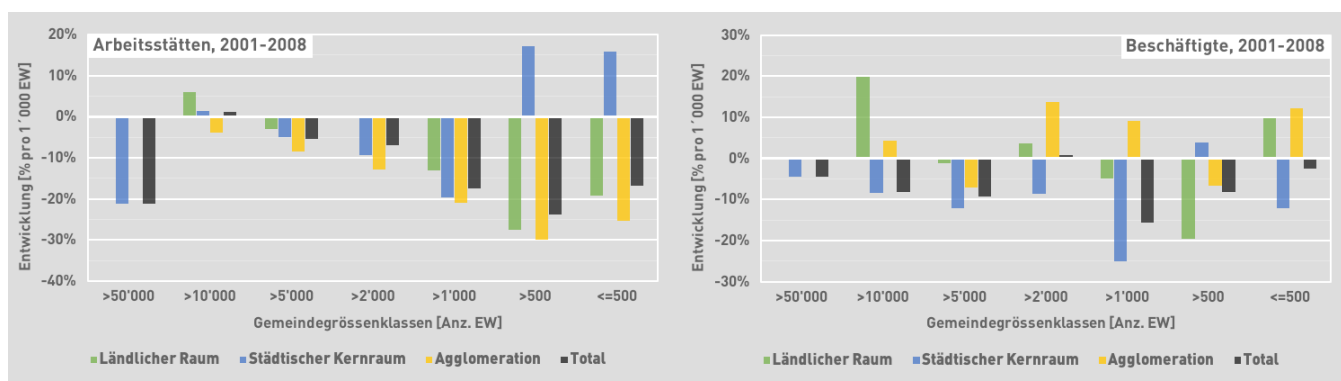


Abbildung 28: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Banken zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016).

Auch zwischen 2011 und 2013 sank die Zahl der Arbeitsstätten deutlich. Am stärksten betroffen war der ländliche Raum, wo in nur zwei Jahren -7.18 % der Arbeitsstätten verschwunden sind. Doch auch im städtischen Kernraum (-6.36 %) und im Agglomerationsraum (-5.62 %) war eine klare Abnahme zu verzeichnen. Insbesondere Gemeinden mit weniger als 2'000 EW wiesen eine massive Abnahme der Arbeitsstätten auf (siehe **Abbildung 29** links). So verschwanden hier über alle Raumtypen hinweg betrachtet in nur zwei Jahren bis zu 19 %, also so gut wie jede fünfte Arbeitsstätte. Bei den Beschäftigten war die Entwicklung ähnlich wie bei den Arbeitsstätten. Die Abnahme der Beschäftigten war jedoch weniger stark ausgeprägt als bei den Arbeitsstätten.

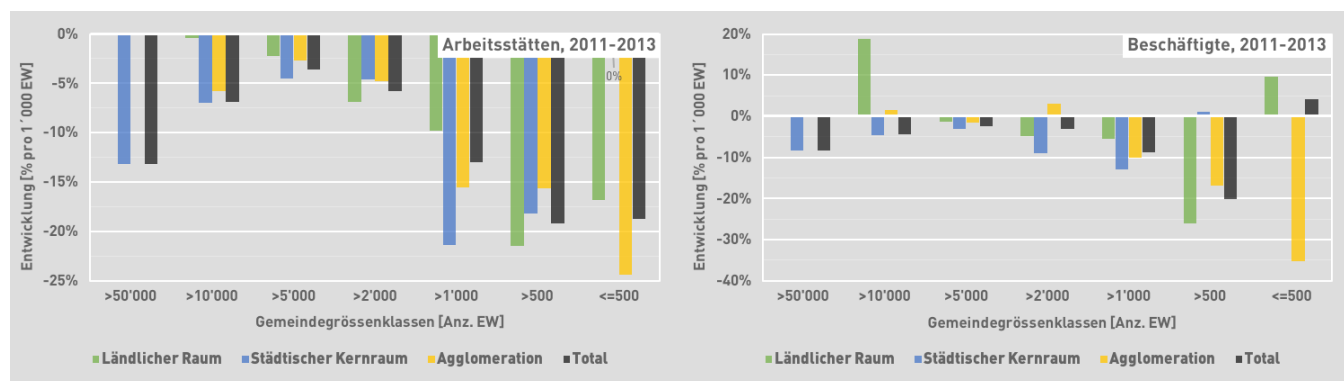


Abbildung 29: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Banken zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016).

Im städtischen Kernraum war die Abnahme mit -4.70 % am stärksten, gefolgt vom ländlichen Raum (-2.19 %). Der Agglomerationsraum wies sogar eine Zunahme von +1.35 % auf, wobei dies nur auf Gemeinden mit mehr als 1'000 EW zutraf (siehe **Abbildung 29** rechts).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte an Arbeitsstätten pro 1'000 EW war 2013 im ländlichen Raum über alle Gemeindegrössenklassen am höchsten (siehe **Abbildung 30** links). Während die Arbeitsstättdichte über alle Gemeindegrössenklassen relativ konstant war, so war dies bei der Beschäftigtendichte nicht der Fall. Diese nahm mit zunehmender Grösse der Gemeinden zu (siehe **Abbildung 30** rechts). In Gemeinden mit über 50'000 EW war die Beschäftigtendichte massiv höher als in allen anderen Gemeindegrössenklassen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Hauptsitze vieler Banken in den grossen Städten der Schweiz angesiedelt sind.

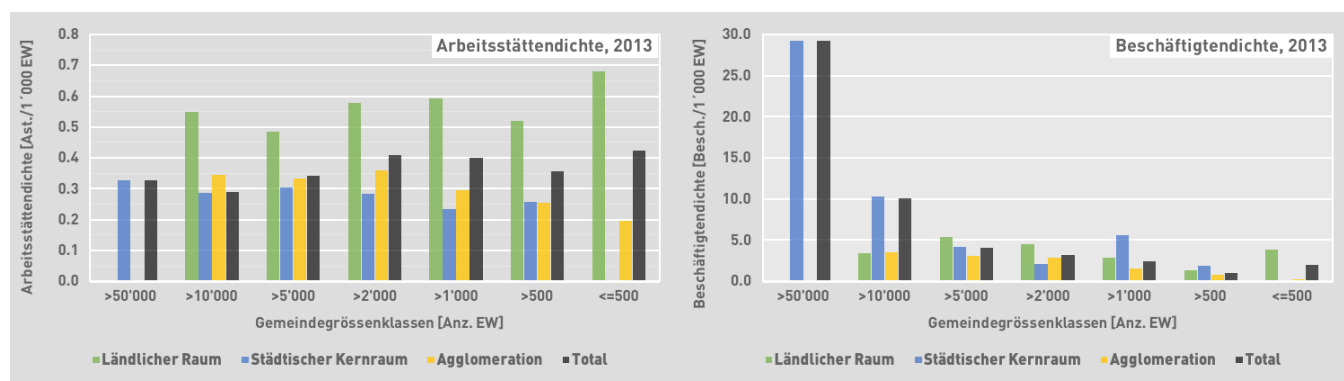


Abbildung 30: Arbeitsstättdichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Banken unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

5.3 Detailhandel: Lebensmittel und Güter des täglichen und wöchentlichen Bedarfs

5.3.1 Klassischer Detailhandel: Lebensmittelläden

Entwicklung von 2001 bis 2013

Zwischen 2001 und 2008 hat im klassischen Detailhandel über alle Gemeindegrössenklassen und Raumtypen ein Abbau der Arbeitsstätten pro 1'000 EW stattgefunden (siehe **Abbildung 31** oben links). Am stärksten betroffen vom Rückgang war der ländliche Raum, in welchem über alle Gemeindegrössen betrachtet knapp 20 % der klassischen Detailhandelsgeschäfte verschwunden sind. Doch auch der städtische Kernraum (-9.20 %) und das Agglomerationsgebiet (-15.22 %) waren vom Abbau der Arbeitsstätten betroffen. Je kleiner eine Gemeinde ist, desto stärker haben die Arbeitsstätten zwischen 2001 und 2008 abgenommen. Bei den Beschäftigten war die Abnahme weniger stark als bei den Arbeitsstätten, wobei auch hier die kleineren Gemeinden am stärksten vom Abbau betroffen waren (siehe **Abbildung 31** unten links). Während im Agglomerationsgebiet ein Zuwachs der Beschäftigten um 7.53 % stattgefunden hat, nahmen diese im städtischen Kernraum um -7.79 % und im ländlichen Raum sogar um -9.44% ab.

Zwischen 2011 und 2013 hat sich der Trend zum Abbau von Arbeitsstätten fortgesetzt (siehe **Abbildung 31** oben rechts). Am stärksten betroffen vom Rückgang der Arbeitsstätten pro 1'000 EW war jedoch nicht mehr der ländliche Raum (-1.99 %), sondern der städtische Kernraum (-5.31 %), gefolgt vom Agglomerationsgebiet (-2.62 %). Der Trend, dass kleinere Gemeinden stärker vom Abbau betroffen sind, ist zwischen 2011 und 2013 nicht mehr so klar ersichtlich. Bei den Beschäftigten war die Abnahme in dieser Beobachtungsperiode leicht stärker als bei den Arbeitsstätten (siehe **Abbildung 31** unten rechts). Im städtischen Kernraum nahmen diese um -7.11 %, im Agglomerationsgebiet um -3.13 % und im ländlichen Raum um -2.75 % ab.

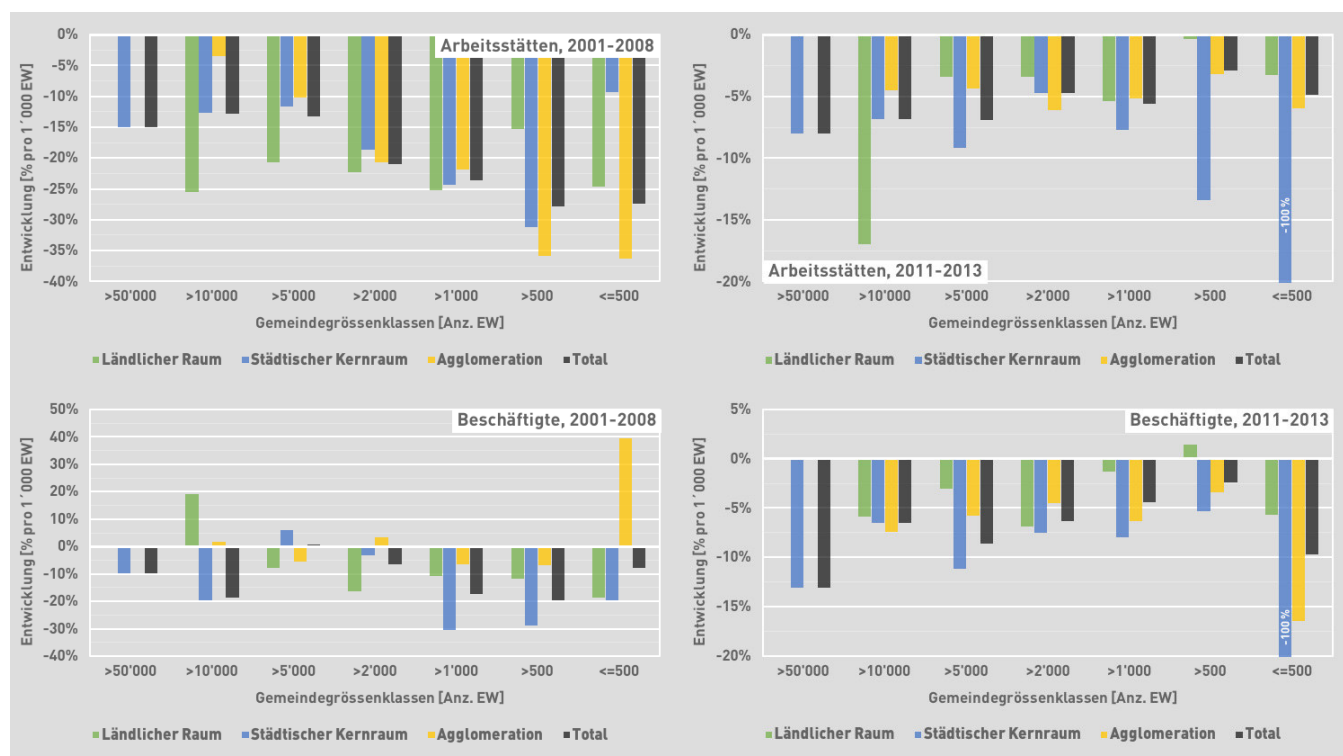


Abbildung 31: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW im klassischen Detailhandel zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte an Arbeitsstätten pro 1'000 EW war im ländlichen Raum 2013 in jeglichen Gemeindegrössen höher als in den beiden anderen Raumtypen (siehe **Abbildung 32** links). Gemeinden mit 2'000 EW abwärts wiesen 2013 die höchste Arbeitsstättdichte auf. Die Beschäftigtendichte nahm 2013 mit abnehmender Gemeindegrösse deutlich ab (siehe **Abbildung 32** rechts). Am höchsten war die Beschäftigtendichte in Gemeinden mit 10'000 bis 50'000 EW. In Gemeinden mit weniger als 2'000 EW ist die Beschäftigtendichte deutlich tiefer als in den anderen Gemeindegrössenklassen.

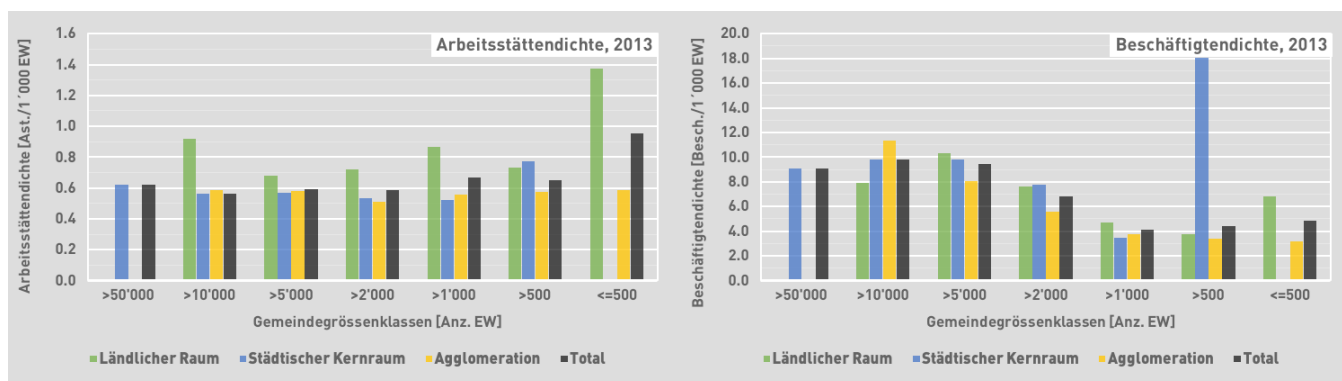


Abbildung 32: Arbeitsstättdichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) im klassischen Detailhandel unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

5.3.2 Bäckereien, Metzgereien, Molkereien

Entwicklung von 2001 bis 2013

Zwischen 2001 und 2008 war bei den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien ein starker Rückgang der Arbeitsstätten pro 1'000 EW festzustellen (siehe **Abbildung 33** links). Am stärksten betroffen vom Rückgang war der ländliche Raum, in welchem über alle Gemeindegrössen betrachtet knapp 20 % der Geschäfte verschwunden sind. Doch auch der städtische Kernraum (-13.44 %) und das Agglomerationsgebiet (-17.24 %) waren vom Abbau der Arbeitsstätten betroffen. Betrachtet man die Gemeindegrössenklassen, so waren Gemeinden, die zwischen 1'000 und 2'000 EW hatten, am stärksten betroffen. Je grösser die Gemeinde war, desto weniger stark nahmen die Arbeitsstätten ab. Auch bei den Beschäftigten war, mit zwei Ausnahmen in allen Grössenklassen eine Abnahme zu verzeichnen (siehe **Abbildung 33** rechts). Diese war jedoch weniger ausgeprägt als bei den Arbeitsstätten. Im ländlichen Raum nahmen die Beschäftigten um -7.55 %, im Agglomerationsgebiet um -6.26 % und im städtischen Kernraum um -4.13 % ab.

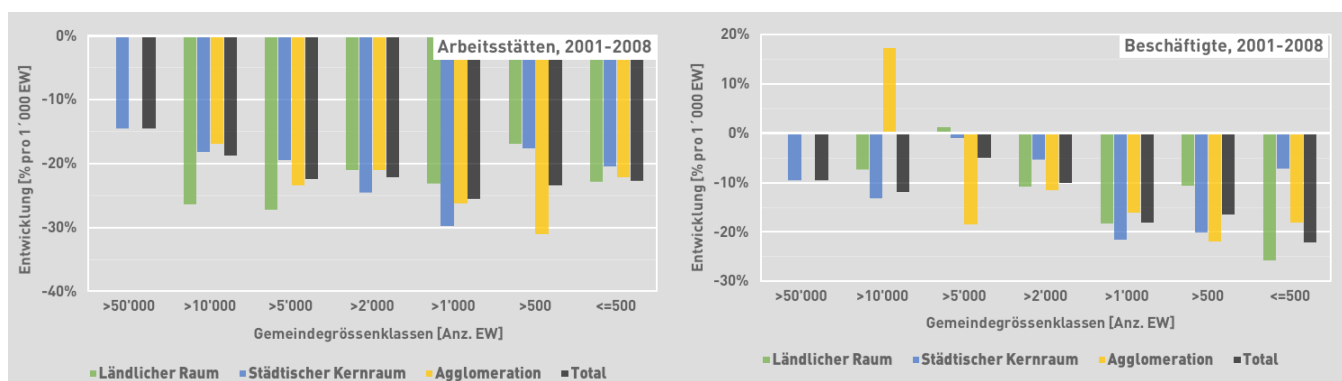


Abbildung 33: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016).

In der Beobachtungsperiode zwischen 2011 und 2013 war in den kleineren Gemeinden ein Rückgang der Arbeitsstätten pro 1'000 EW festzustellen, während diese in den grossen Gemeinden zunahmen (siehe **Abbildung 34** links). Je kleiner eine Gemeinde gewesen ist, desto stärker war die Abnahme der Bäckereien, Metzgereien und Molkereien. Am stärksten betroffen vom Rückgang der Arbeitsstätten waren die kleineren und mittleren Gemeinden des ländlichen Raumes, gefolgt vom Einflussgebiet der städtischen Kerne. Über alle Gemeindegrössen betrachtet ging die Zahl der Arbeitsstätten pro 1'000 EW im ländlichen Raum um -9.74 % und im Agglomerationsraum um -17.24 % zurück, während sie im städtischen Kernraum mit +0.58 % leicht zuleigten.

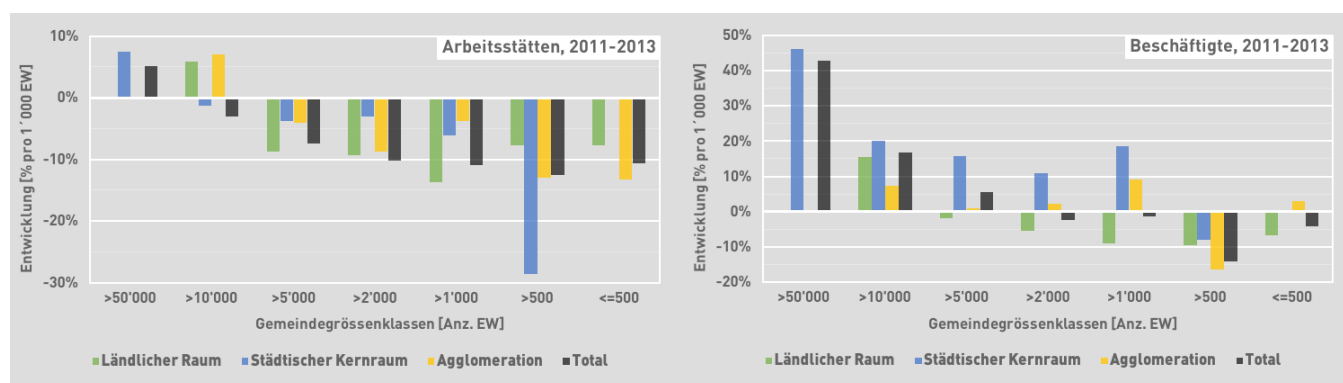


Abbildung 34: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016).

Bei den Beschäftigten war im städtischen Kernraum eine Zunahme um +27.35 % und im Agglomerationsraum eine Zunahme um +2.29 % zu verzeichnen, während im ländlichen Raum eine Abnahme der Beschäftigten um -5.72 % stattfand. Auch bei der Entwicklung der Beschäftigten pro 1'000 EW waren die kleineren Gemeinden stärker vom Abbau betroffen als die grösseren Gemeinden (siehe **Abbildung 34** rechts).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte an Arbeitsstätten pro 1'000 EW war 2013 im ländlichen Raum in allen Gemeindegrössenklassen höher als in den beiden anderen Raumtypen (siehe **Abbildung 35** links). Zudem war die Dichte an Arbeitsstätten in kleinen Gemeinden aller Raumtypen gleich oder sogar leicht grösser als in den grösseren Gemeinden. Der Ausreisser bei der Gemeindegrössenklasse >10'000 im Raumtyp ländlicher Raum lässt sich durch die kleine Stichprobe erklären. Auch die Beschäftigtendichte pro 1'000 EW war 2013 im ländlichen Raum in allen Gemeindegrössenklassen höher als in den anderen Raumtypen (siehe **Abbildung 35** rechts).

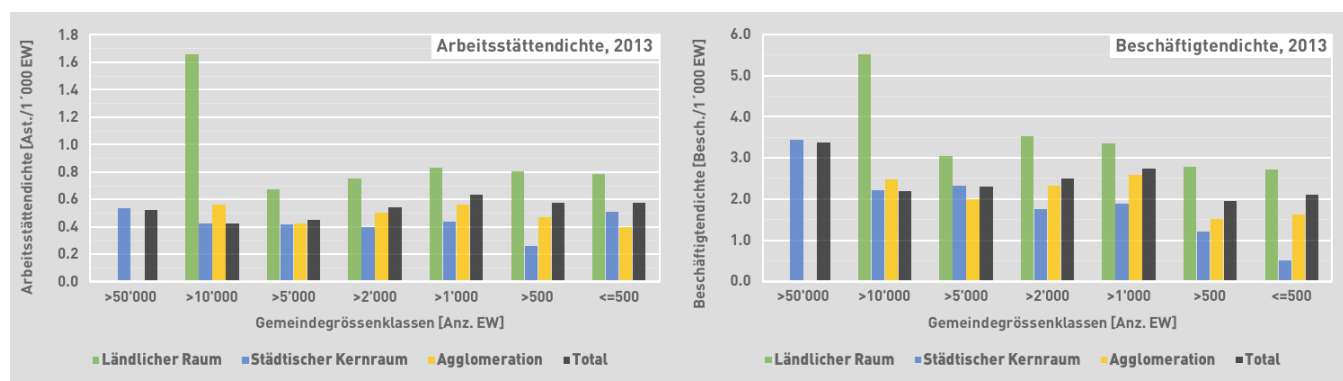


Abbildung 35: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Bäckereien, Metzgereien und Molkereien unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

5.4 Medizinische Grundversorgung

5.4.1 Apotheken

Entwicklung von 2001 bis 2013

Die gesamtschweizerische Anzahl an Apotheken nahm zwischen 2001 und 2008 zu. Die Zunahme fand dabei im städtischen Kernraum (+3.2 %) und im Agglomerationsraum (+ 6.6 %) statt. Der ländliche Raum hatte einen leichten Rückgang um -1.7 % zu verzeichnen. Die starken Veränderungen in den Gemeinden unter 1'000 EW des Agglomerationsraumes sind auf die kleinen Klassengrößen zurückzuführen (siehe **Abbildung 36** oben links). So sind in den Gemeinden mit 500 bis 1000 EW im Jahr 2013 nur 12 Apotheken vorhanden. Dadurch haben kleine Veränderungen einen grossen Einfluss auf die relative prozentuale Entwicklung. Die Anzahl der Beschäftigten nahm zwischen 2001 und 2008 bei den Apotheken in allen Raumtypen und praktisch allen Gemeindegrössenklassen zu (siehe **Abbildung 36** unten links). Am stärksten war die Zunahme der Beschäftigten im Agglomerationsraum mit + 27.8 %, gefolgt vom städtischen Kernraum mit + 18.7 und dem ländlichen Raum mit + 8.5 %.

Die totale Zahl der Apotheken blieb zwischen 2011 und 2013 praktisch konstant. In der gesamten Schweiz waren 2013 nur vier Apotheken mehr vorhanden als 2011. Gesamthaft betrachtet blieb die Zahl der Apotheken im städtischen Kernraum und im ländlichen Raum gleich. Nur im Agglomerationsraum fand eine leichte Zunahme um 2.2 % statt. Auch hier sind die starken prozentualen Veränderung der Arbeitsstätten pro 1'000 EW in gewissen Gemeindegrössenklassen des ländlichen Raumes auf die kleinen Klassengrößen zurückzuführen (siehe **Abbildung 36** oben rechts). Dahinter steht in beiden Fällen eine Abnahme von nur einer Apotheke. Bei den Beschäftigten ist in allen Raumtypen eine leichte Zunahme festzustellen (siehe **Abbildung 36** unten rechts). Nur in einzelnen Gemeindegrössenklassen fanden leichte Abnahmen statt.

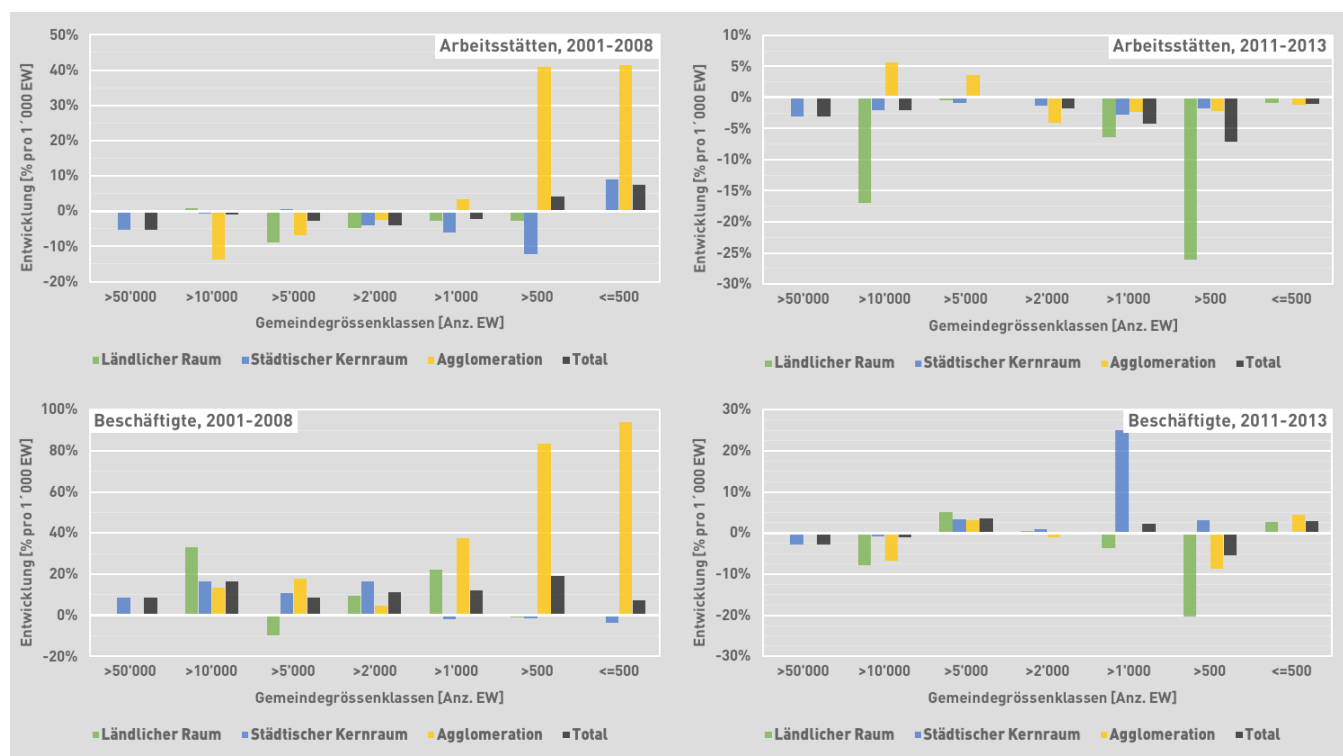


Abbildung 36: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Apotheken zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

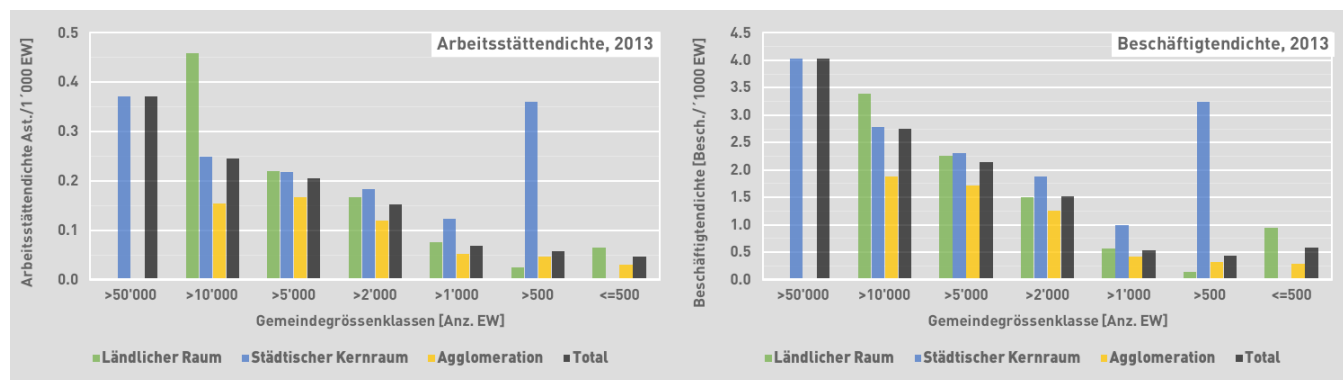


Abbildung 37: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Apotheken unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte der Apotheken pro 1'000 EW nahm 2013 in allen drei Raumtypen mit sinkender Gemeindegrösse ab (siehe **Abbildung 37** links). Generell war die Dichte im städtischen Kernraum leicht höher als in den anderen Gemeinden. Eine Ausnahme waren die grossen ländlichen Gemeinden, welche die höchste Dichte an Apotheken aufwiesen. Bei der Beschäftigtendichte pro 1'000 EW zeigte sich ein ähnliches Bild wie bei den Arbeitsstätten. Auch hier nahm die Dichte mit sinkender Gemeindegrösse ab (siehe **Abbildung 37** rechts).

5.4.2 Arztpraxen

Entwicklung von 2001 bis 2013

Die Zahl der Arztpraxen nahm zwischen 2001 und 2008 in allen drei Raumtypen ab, wobei der Rückgang um 847 Praxen (-16.73 %) im städtischen Kernraum am deutlichsten war. Im ländlichen Raum (-8.25 %) und im Agglomerationsraum (-2.98 %) war die Abnahme geringer. Grosse Gemeinden mit mehr als 10'000 EW sowie kleine Gemeinden mit weniger als 1'000 EW waren vom Abbau stärker betroffen als mittlere Gemeinden (siehe **Abbildung 38** links). Ähnlich verhielt sich die Entwicklung der Beschäftigten. Auch hier war die Abnahme im städtischen Kernraum mit -8.27 % am deutlichsten, gefolgt vom ländlichen Raum mit -2.93 %. Gemeinden mit mehr als 10'000 EW und solche mit 500 bis 1'000 EW waren am stärksten vom Abbau betroffen (siehe **Abbildung 38** rechts). Im Agglomerationsraum war mit +4.23 % ein leichter Anstieg der Beschäftigten zu verzeichnen.

Auch zwischen 2011 und 2013 äusserte sich der Mangel an Hausärzten in den grossen Gemeinden des städtischen Kernraums am stärksten (siehe **Abbildung 39** links). In den Gemeinden des städtischen Kernraums mit mehr als 10'000 EW war eine deutliche Abnahme von 580 Arztpraxen (-11.70 %) in nur zwei Jahren zu

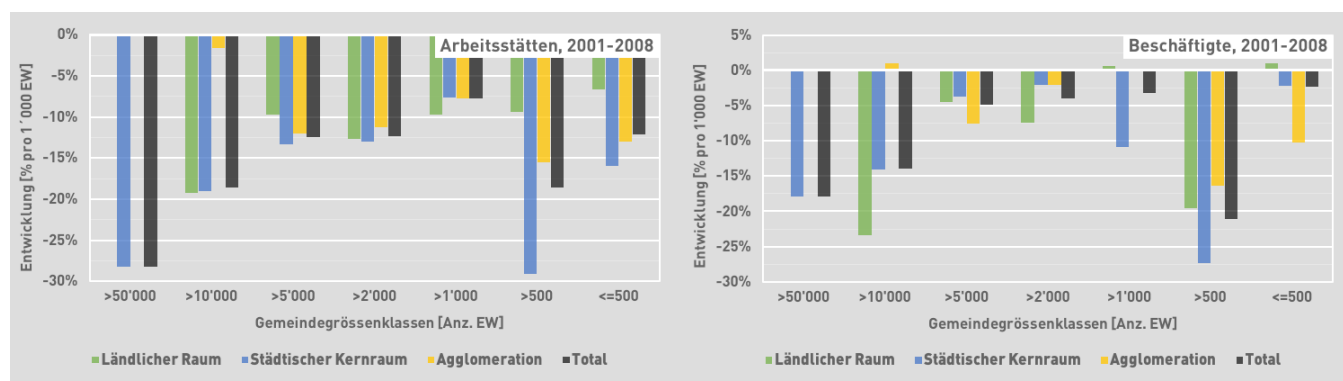


Abbildung 38: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Arztpraxen zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: BZ BFS (2016).

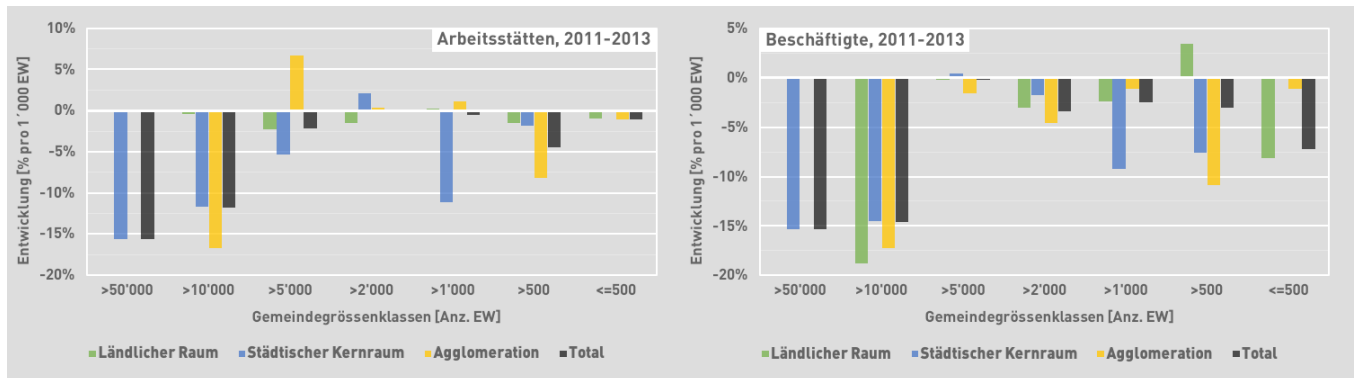


Abbildung 39: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Arztpraxen zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016).

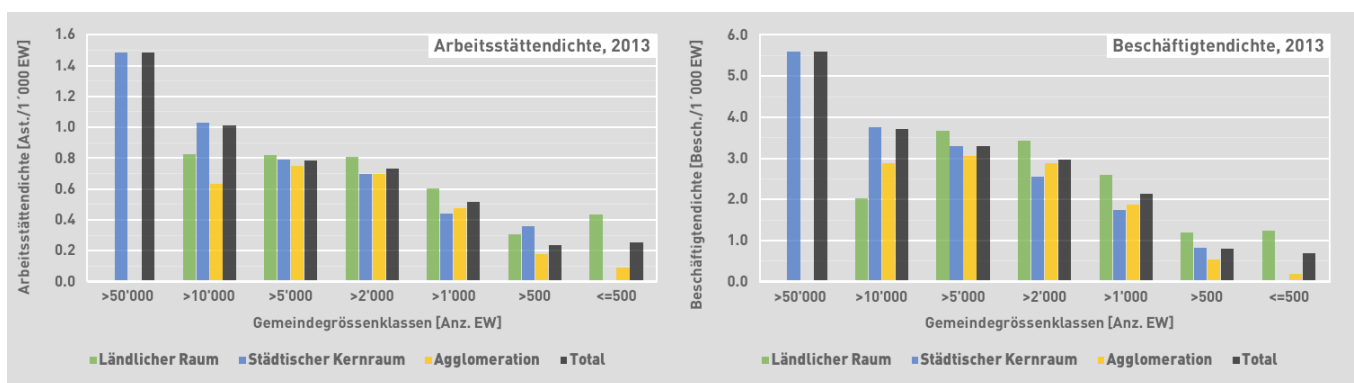


Abbildung 40: Arbeitsstätdendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Arztpraxen unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

verzeichnen. Der ländliche Raum und der Agglomerationsraum war weniger ausgeprägt vom Abbau betroffen. Bei den Beschäftigten pro 1'000 EW waren die grossen Gemeinden aller Raumtypen am stärksten vom Rückgang betroffen, wobei auch in den kleinen und mittleren Gemeindegrössenklassen die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen war (siehe **Abbildung 39** rechts).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte der Arztpraxen pro 1'000 EW war 2013 in den grossen Gemeinden des städtischen Kernraums am höchsten (siehe **Abbildung 40** links). Je kleiner die Gemeinden waren, desto geringer war die Dichte der Arztpraxen pro 1'000 EW. Am tiefsten war sie in den kleinen Gemeinden aller Raumtypen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Beschäftigten pro 1'000 EW. Deutlich am höchsten war die Beschäftigtendichte in Gemeinden mit über 50'000 EW (siehe **Abbildung 40** rechts).

5.4.3 Zahnarztpraxen

Entwicklung von 2001 bis 2013

Die Zahl der Zahnarztpraxen nahm zwischen 2001 und 2008 in allen drei Raumtypen und fast allen Gemeindegrössenklassen ab, wobei die Abnahme im städtischen Kernraum mit einem Rückgang um 125 Praxen (-5.30 %) am stärksten war (siehe **Abbildung 41** oben links). Im ländlichen Raum (-1.62 %) und im Agglomerationsraum (-2.43 %) war die Abnahme geringer. Ein anderes Bild zeigte sich bei den Beschäftigten (siehe **Abbildung 41** unten links). Hier fand in allen drei Raumtypen eine Zunahme statt. Diese war im Agglomerationsraum (+13.01 %) am stärksten, gefolgt vom städtischen Kernraum (+8.11 %) und dem ländlichen Raum (+4.54 %).

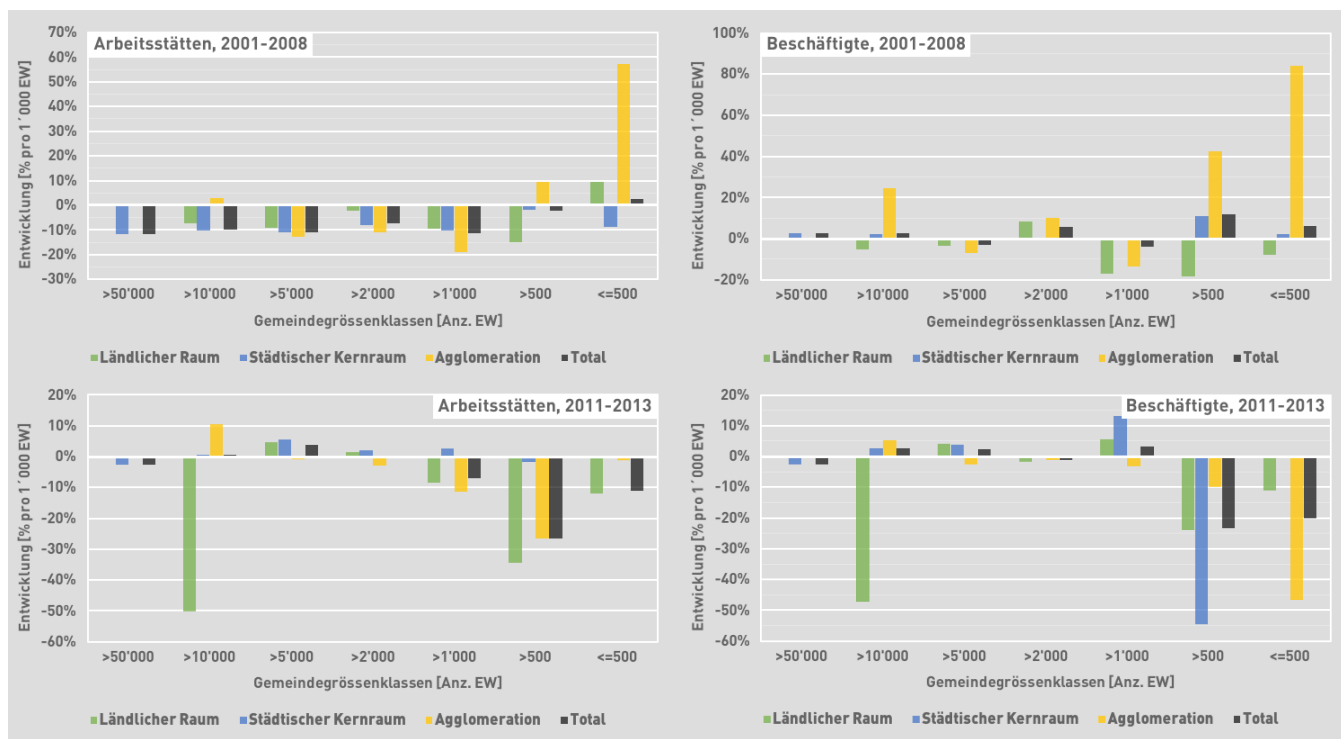


Abbildung 41: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Zahnarztpraxen zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

Zwischen 2011 und 2013 nahm die Zahl der Zahnarztpraxen in allen Raumtypen zu. Am stärksten war die Zunahme im städtischen Raum mit +2.05 %, gefolgt vom ländlichen Raum (+2.05%) und dem Agglomerationsraum (+0.24 %). Dabei nahmen die Zahnarztpraxen in Gemeinden mit weniger als 2'000 EW ab, während in solchen mit mehr als 2'000 EW eine Stagnation oder leichte Zunahme zu verzeichnen war. Bei den Beschäftigten zeigte sich ein ähnliches Bild wie bei den Arbeitsstätten (siehe **Abbildung 41** unten rechts).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte an Zahnarztpraxen pro 1'000 EW war 2013 in den grossen Gemeinden des städtischen Kernraums im Vergleich zu allen anderen Gemeindegrössen deutlich am höchsten (siehe **Abbildung 42** links). Wie bei den Arztpraxen gilt auch hier: Je kleiner die Gemeinden waren, desto geringer war die Dichte der Zahnarztpraxen pro 1'000 EW. Diese Aussage gilt auch für die Zahl der Beschäftigten pro 1'000 EW (siehe **Abbildung 42** rechts).

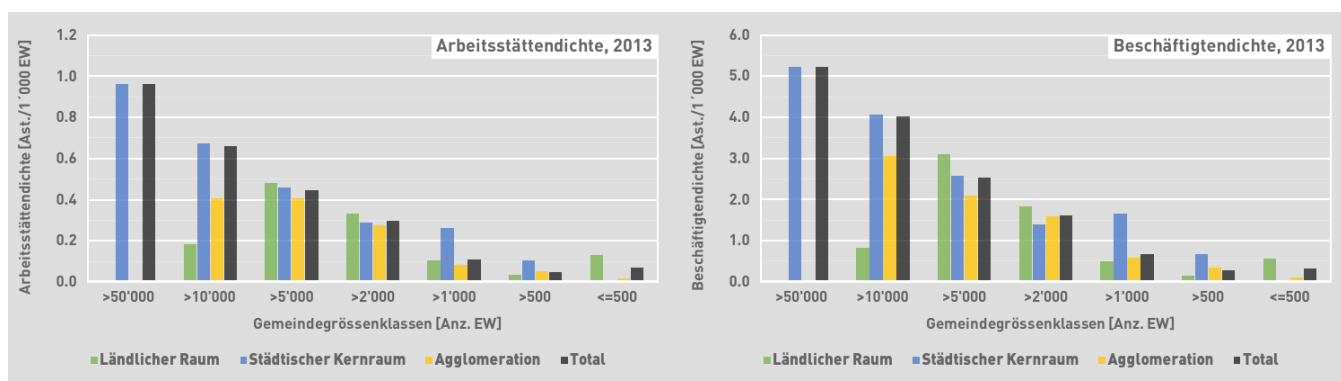


Abbildung 42: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Zahnarztpraxen unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

5.4.4 Hauspflege

Entwicklung von 2001 bis 2013

Die Zahl der Arbeitsstätten der Hauspflege nahm zwischen 2001 und 2008 in allen drei Raumtypen zu. Dabei war die Zunahme im städtischen Kernraum mit +4.15 % am schwächsten. Im ländlichen Raum (+20.92 %) und im Agglomerationsraum (+ 33.33 %) war die Zunahme deutlich ausgeprägter. Dabei fand die Zunahme primär in den Gemeinden unter 2 '000 EW statt (siehe **Abbildung 43** links). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Beschäftigten. Auch hier fand in allen drei Raumtypen eine Zunahme statt. Diese war im ländlichen Raum (+76.84 %) am stärksten, gefolgt vom Agglomerationsraum (+62.65 %) und dem städtischen Kernraum (+31.73 %).

Zwischen 2011 und 2013 nahm die Zahl der Arbeitsstätten im ländlichen Raum (-0.82 %) leicht ab, während im Agglomerationsraum (+6.43 %) und im städtischen Kernraum (+5.76 %) eine Zunahme stattfand. Dabei nahmen die Arbeitsstätten in Gemeinden mit weniger als 1 '000 EW leicht ab, während in den anderen Gemeindegrössenklassen eine leichte Zunahme zu verzeichnen war (siehe **Abbildung 43** rechts). Bei den Beschäftigten fand über alle Raumtypen und Grössenklassen hinweg eine Zunahme statt. Die Zunahme war im städtischen Kernraum (+9.52 %) am stärksten, gefolgt vom ländlichen Raum (+3.98 %) und dem Agglomerationsraum (+1.92 %).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte der Arbeitsstätten pro 1 '000 EW war 2013 in den Gemeinden des ländlichen Raums und des Agglomerationsraums mit über 10 '000 EW am höchsten (siehe **Abbildung 44** links). Ansonsten war die Dichte über alle Raumtypen und Gemeindegrössenklassen sehr ähnlich. Die Dichte der Beschäftigten pro 1 '000 EW nahm mit sinkender Gemeindegrösse ab (siehe **Abbildung 44** rechts).

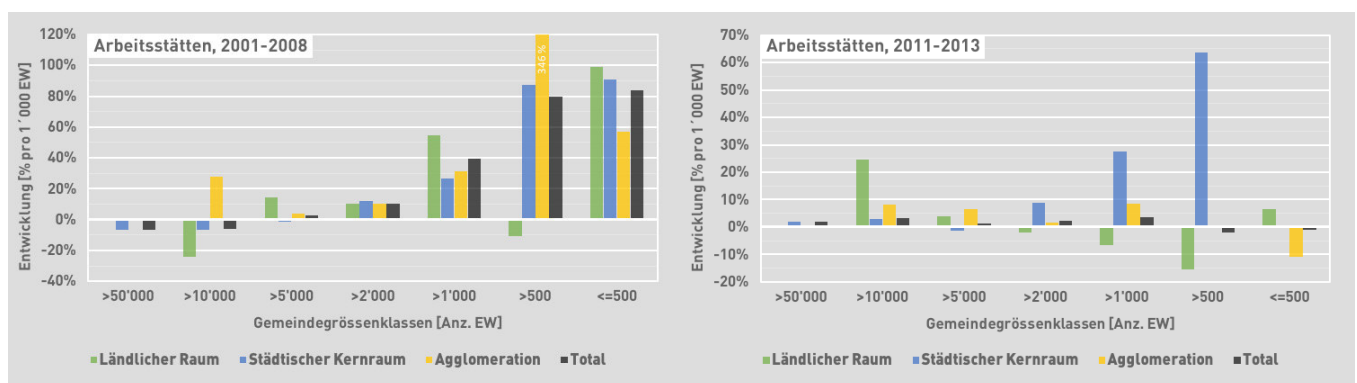


Abbildung 43: Entwicklung der Arbeitsstätten pro 1 '000 EW bei der Hauspflege zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

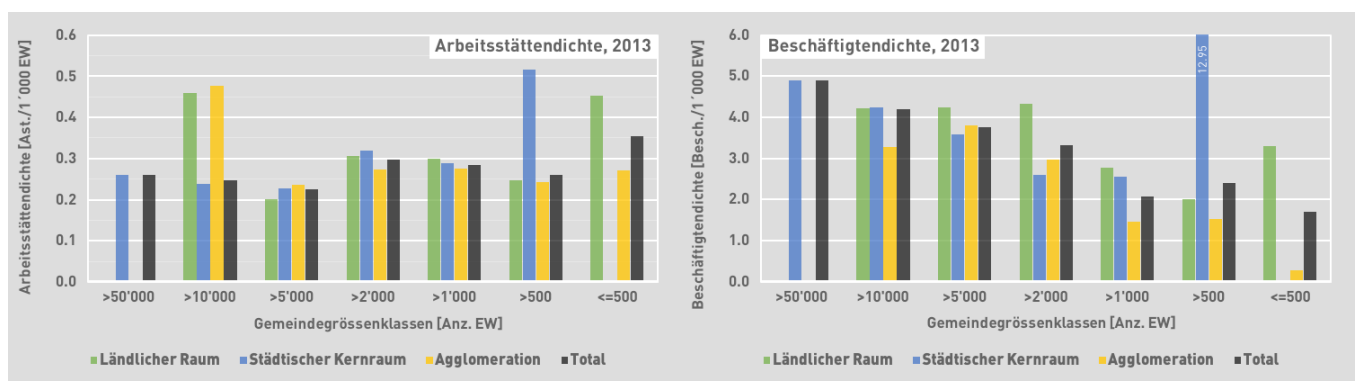


Abbildung 44: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Hauspflege unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quelle: STATENT BFS (2016).

5.5 Bildung und Erziehung

5.5.1 Kindertagesstätten

Entwicklung von 2001 bis 2013

Die Zahl der Kindertagesstätten nahm zwischen 2001 und 2008 in allen Raumtypen und über alle Gemeindegrössenklassen hinweg stark zu (siehe **Abbildung 45** oben links). Dabei war die Zunahme im städtischen Kernraum mit +55.08 % am schwächsten. Im ländlichen Raum (+181.82 %) und im Agglomerationsraum (+168.42 %) war die Zunahme signifikanter. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Beschäftigten. Auch hier fand in allen Raumtypen eine deutliche Zunahme statt (siehe **Abbildung 45** unten links). Diese war im ländlichen Raum mit +263.40 % am ausgeprägtesten, gefolgt vom Agglomerationsraum (+250.49 %) und dem städtischen Kernraum (+103.76 %).

Wie in der Beobachtungsperiode zuvor nahmen die Kindertagesstätten zwischen 2011 und 2013 in allen Raumtypen und über alle Gemeindegrössenklassen hinweg klar zu (siehe **Abbildung 45** oben rechts). Im Agglomerationsraum war die Zunahme (+16.65 %) am stärksten, gefolgt vom ländlichen Raum (+13.26 %) und dem städtischen Kernraum (+11.54 %). Gemeinden mit weniger als 2'000 EW hatten ein stärkeres Wachstum der Arbeitsstätten zu verzeichnen als Gemeinden mit mehr als 2'000 EW. Auch die Zahl der Beschäftigten stieg in allen Raumtypen (siehe **Abbildung 45** unten rechts). Die Zunahme war im Agglomerationsraum mit +22.03 % am grössten, gefolgt vom ländlichen Raum (+20.50 %) und dem städtischen Kernraum (+15.97 %).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte der Arbeitsstätten pro 1'000 EW war 2013 im Agglomerationsraum am höchsten und im ländlichen Raum am tiefsten (siehe **Abbildung 46** links). Generell nahm die Dichte mit abnehmender Gemeindegrösse leicht ab. Die Dichte der Beschäftigten pro 1'000 EW war in den grossen Gemeinden des städtischen Kernraums mit Abstand am höchsten und nahm mit abnehmender Gemeindegrösse deutlich ab (siehe **Abbildung 46** rechts).

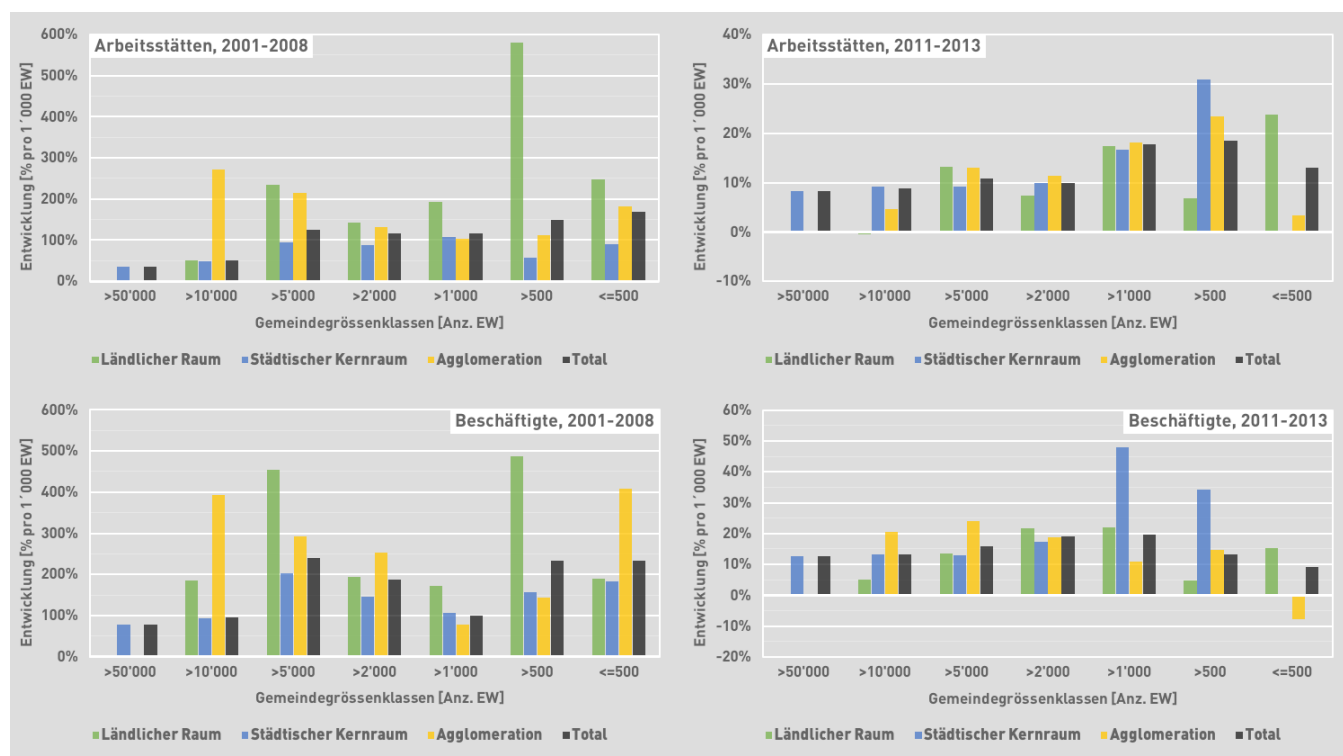


Abbildung 45: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Kindertagesstätten zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

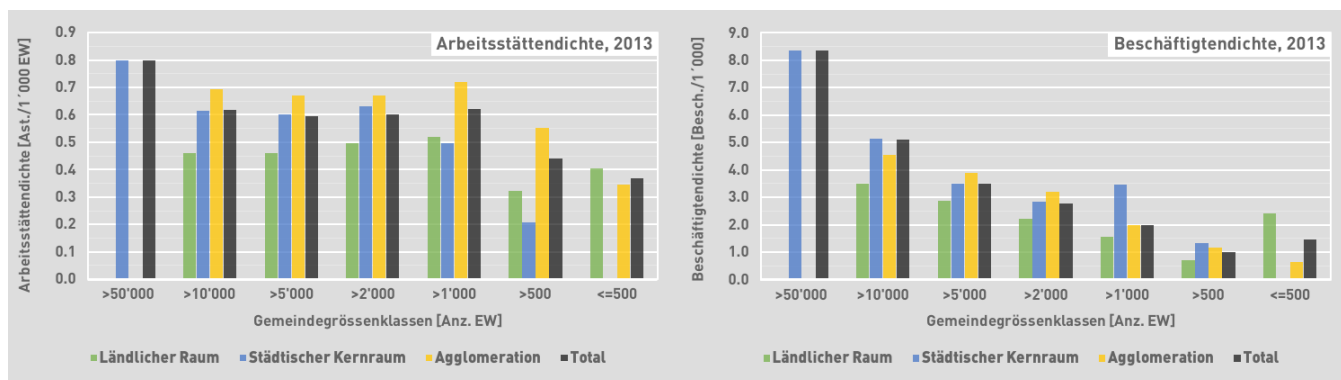


Abbildung 46: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Kindertagesstätten unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

5.5.2 Kindergärten und Vorschulen

Entwicklung von 2001 bis 2013

Die Zahl der Kindergärten nahm zwischen 2001 und 2008 in allen drei Raumtypen ab, wobei die Abnahme im ländlichen Raum mit -15,22 % am stärksten war, gefolgt vom städtischen Kernraum (-14,46 %) und dem Agglomerationsraum (-8,60 %). Kleinstgemeinden mit weniger als 500 EW sowie grosse Gemeinden mit über 50'000 EW waren von der Abnahme am stärksten betroffen (siehe **Abbildung 47** oben links). Bei den Beschäftigten zeichnete die Entwicklung ein anderes Bild. Hier hat im ländlichen Raum mit -6,57 % eine leichte Abnahme der Beschäftigten stattgefunden, während sie im städtischen Kernraum (+0,50 %) und im Agglomerationsraum (+3,22 %) deutliche zugenommen haben. Auch hier waren Kleinstgemeinden sowie grosse Gemeinden mit über 50'000 EW von der Abnahme am stärksten betroffen (siehe **Abbildung 47** unten rechts).

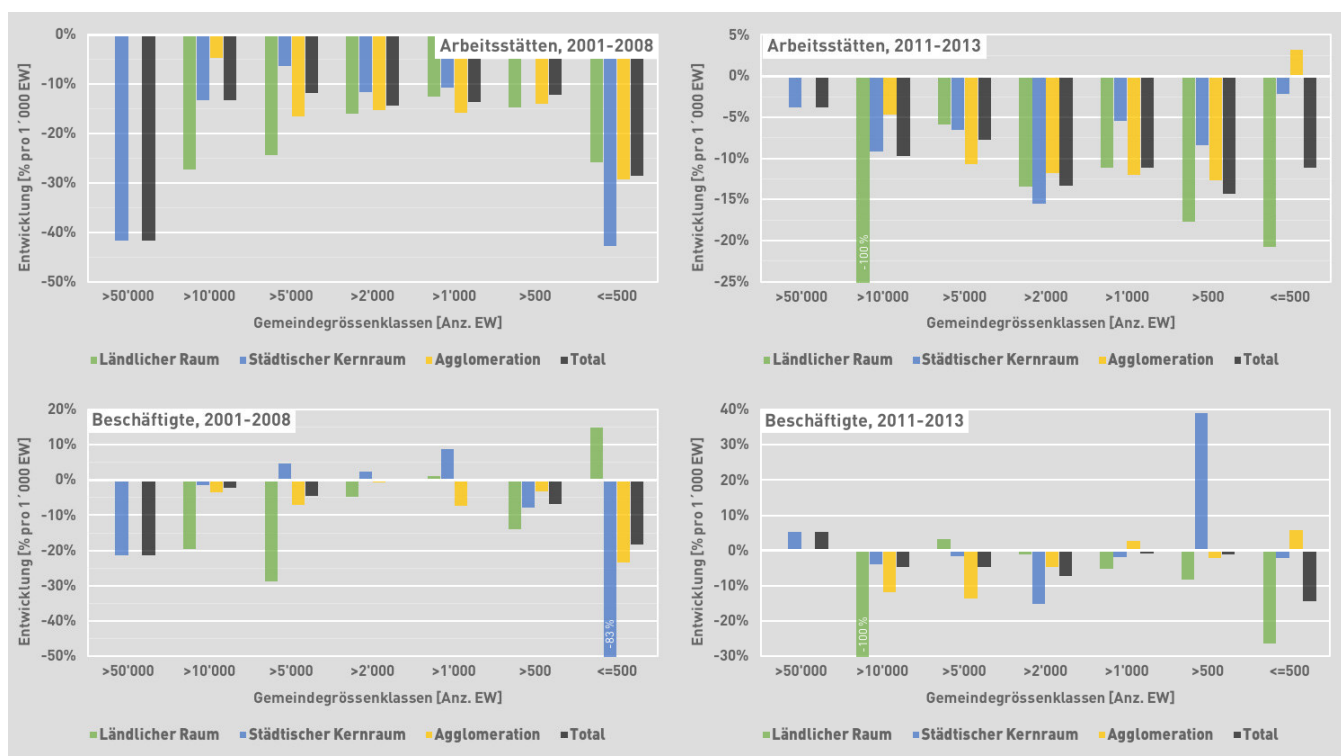


Abbildung 47: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW bei den Kindergärten und Vorschulen zwischen 2001 und 2008 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016)

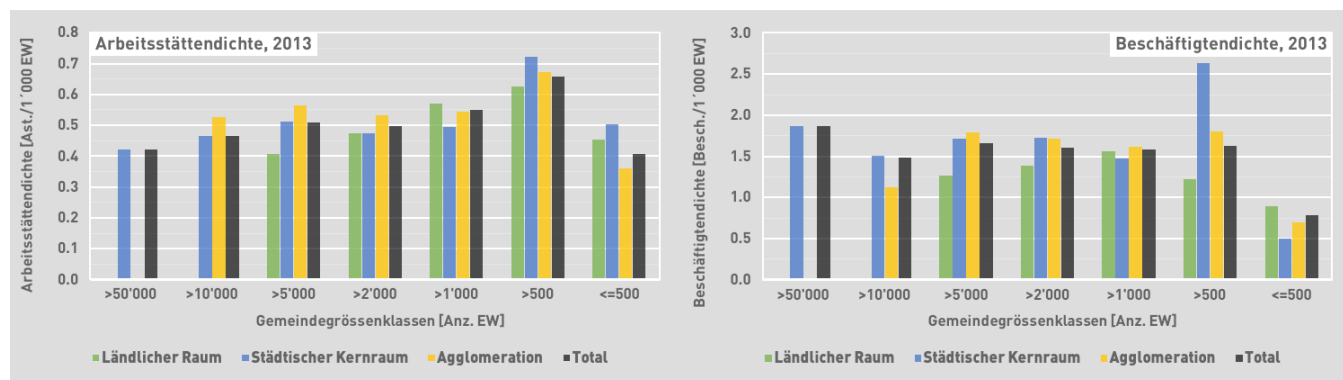


Abbildung 48: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Kindergärten unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016)

Auch zwischen 2011 und 2013 nahm die Zahl der Arbeitsstätten wie in der Beobachtungsperiode zuvor in allen Raumtypen und über alle Gemeindegrößenklassen hinweg ab (siehe **Abbildung 47** oben rechts). Im ländlichen Raum (-12.18 %) war die Abnahme am stärksten, gefolgt vom Agglomerationsraum (-8.75 %) und dem städtischen Kernraum (-5.88 %). Gemeinden über 5'000 EW waren vom Rückgang an Kindergärten weniger stark betroffen als solche mit weniger als 5'000 EW. Die Zahl der Beschäftigten war dabei im städtischen Kernraum (+0.28 %) leicht gestiegen, während sie im ländlichen Raum (-2.18 %) und im Agglomerationsraum (-3.05 %) abnahm. Gemeinden mit weniger als 500 EW und solche mit 2'000 EW bis 50'000 EW hatten die stärksten Rückgänge bei den Beschäftigten zu verzeichnen (siehe **Abbildung 47** unten rechts).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte der Arbeitsstätten pro 1'000 EW war 2013 über alle Raumtypen und Gemeindegrößenklassen ähnlich (siehe **Abbildung 48** links). Dabei hatten Gemeinden mit 500 bis 2'000 EW eine leicht höhere Dichte an Kindergärten als die anderen Gemeindegrößenklassen. Auch die Dichte der Beschäftigten pro 1'000 EW war in allen Raumtypen und Gemeindegrößenklassen ähnlich (siehe **Abbildung 48** rechts). Nur in den sehr kleinen Gemeinden mit weniger als 500 EW war eine deutlich tiefere Beschäftigtendichte vorhanden.

5.5.3 Primarschulen

Entwicklung von 2001 bis 2013

Die Zahl der Primarschulen sank zwischen 2001 und 2008 in allen Raumtypen. Im ländlichen Raum war der Rückgang mit -10.49 % am stärksten, gefolgt vom Agglomerationsraum (-5.34 %) und dem städtischen Kernraum (-2.83 %). Dabei war die Abnahme der Primarschulen umso stärker, je kleiner die Gemeindegrößenklasse war (siehe **Abbildung 49** oben links). Davon ausgenommen waren Gemeinden mit 500 bis 1'000 EW. Bei den Beschäftigten hatte in allen Raumtypen eine Zunahme stattgefunden. Am stärksten war diese im städtischen Kernraum mit +10.08 %, gefolgt vom Agglomerationsraum (+9.34 %) und dem ländlichen Raum (+1.96 %). In kleine Gemeinden unter 2'000 EW gingen die Beschäftigten gesamthaft zurück (siehe **Abbildung 49** unten links), während in mittleren und grossen ein Zuwachs der Beschäftigten zu verzeichnen war.

Die Zahl der Primarschulen nahm zwischen 2011 und 2013 im Unterschied zur vorherigen Beobachtungsperiode nicht in allen Raumtypen ab. Der städtische Kernraum verzeichnete ein Zuwachs der Primarschulen um +5.48 %, während im ländlichen Raum (-4.85 %) und im Agglomerationsraum (-0.91 %) eine Abnahme stattfand. Dabei nahmen in den Gemeinden mit mehr als 5'000 EW die Primarschulen zu, während in den Gemeinden mit weniger als 2'000 EW eine Abnahme stattfand (siehe **Abbildung 49** oben rechts). Die Zahl der Beschäftigten stieg zwischen 2011 und 2013, wie schon in der vorherigen Beobachtungsperiode, in allen Raumtypen an. Mit Ausnahme einer Klasse nahm die Zahl der Beschäftigten in allen Gemeindegrößenklassen zu oder stagnierte

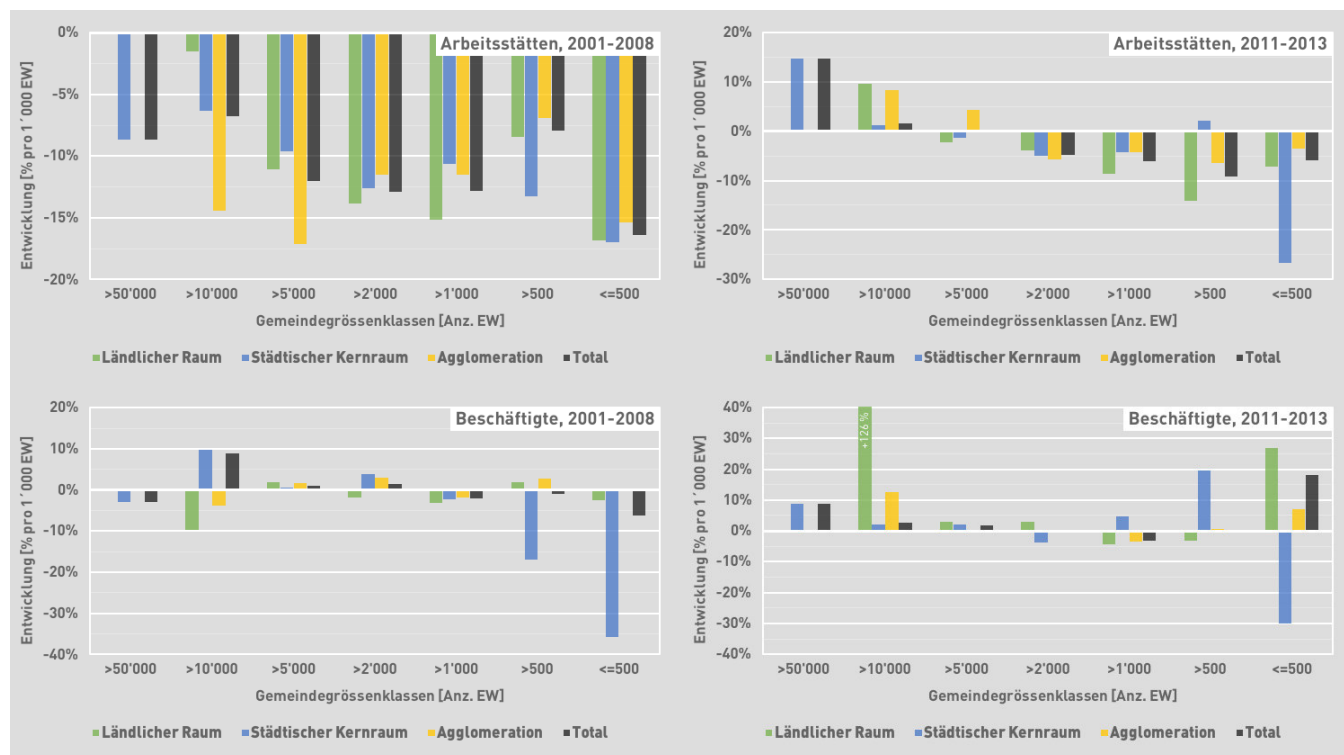


Abbildung 49: Entwicklung der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW der Primarschulen zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

zumindest (siehe **Abbildung 49** unten rechts). Die Zunahme war dabei im städtischen Kernraum mit +5.59 % am stärksten, gefolgt vom ländlichen Raum (+5.04 %) und vom Agglomerationsraum (+2.62 %).

Dichte der Versorgungseinrichtungen und Beschäftigten

Die Dichte der Arbeitsstätten pro 1'000 EW nahm 2013 mit abnehmender Grösse der Gemeindeklassen zu (siehe **Abbildung 50** links). Insbesondere die Gemeinden mit weniger als 500 EW wiesen eine deutlich höhere Dichte auf im Vergleich zu den anderen Gemeindegrößenklassen. Zudem war die Dichte der Primarschulen im ländlichen Raum und im Agglomerationsraum deutlich höher als im städtischen Kernraum. Die Dichte der Beschäftigten pro 1'000 EW war in allen Raumtypen und Gemeindegrößenklassen ähnlich, wobei auch hier die Dichte im ländlichen Raum generell am höchsten und im städtischen Kernraum am tiefsten war (siehe **Abbildung 50** rechts). Insbesondere in den Gemeinden mit unter 500 EW des ländlichen Raumes war eine deutlich höhere Beschäftigtendichte festzustellen.

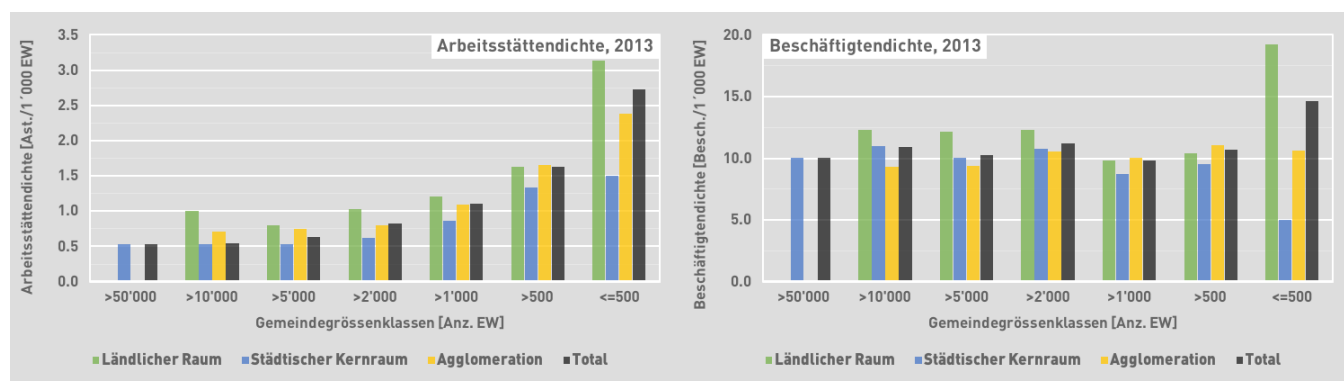


Abbildung 50: Arbeitsstättendichte (links) und Beschäftigtendichte (rechts) der Primarschulen unterteilt nach Gemeindegrößenklassen und Raumtyp im Jahr 2013. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP & STATENT BFS (2016).

6 Lagebeurteilung

In der thematischen und räumlichen Übersicht ist die gesamtschweizerische sowie die raumtypen- und gemeindegrössenspezifische Entwicklung betrachtet worden. Diese Betrachtung auf hoher Flugebene hat es ermöglicht, gewisse Trends darzustellen. Nachfolgend werden die Erkenntnisse zusammengefasst und eine Konzentrationsentscheid gefällt, auf dessen Grundlage der Bearbeitungsraum für die Vertiefungsphase weiter eingeschränkt wird.

6.1 Post und Banken

Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft und die veränderten Kundenbedürfnisse haben bei der Post in jüngster Vergangenheit eine Umstrukturierung des traditionellen Poststellennetzes erforderlich gemacht. Gemäss der Post sind die Umsätze am Schalter seit 2000 bei den Briefen um 63 %, bei den Paketen um 42 % und beim Zahlungsverkehr um 37 % zurückgegangen, wobei die Post mit einer Fortsetzung dieses Trends rechnet. Als Folge davon ist die Zahl der Poststellen zwischen 2005 und 2015 um rund 40 % gesunken, während die Postagenturen um +450 % zugenommen haben. Auch die Zahl der Beschäftigten im Postdienst hat stark abgenommen. In den beiden Beobachtungsperioden²⁰ sind pro Jahr jeweils rund 1'300 Stellen abgebaut worden. Die Umstrukturierung des Poststellennetzes wird auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren weitergehen. Die Zielgrösse für das Jahr 2020 ist eine Reduktion der posteigenen Filialen von den heutigen 1'400 auf 800 bis 900. Im Gegenzug soll die Zahl der Postagenturen von 800 auf 1'200 bis 1'300 weiter steigen. Dabei werden weitere rund 1'200 Arbeitsplätze im Postdienst verschwinden. Mit dem steigenden Anteil des Onlinehandels und der damit einhergehenden gesteigerten Paketmenge dürften Paketabholstellen nach 2020 deutlich an Bedeutung gewinnen. Die Post wird sich Gedanken machen müssen über einen Ausbau der unbedienten und bedienten Paketabholstellen. Wird die Entwicklung aufgeschlüsselt nach Raumtyp und Gemeindegrössenklasse betrachtet, so wird ersichtlich, dass der ländliche Raum und Gemeinden mit weniger als 1'000 EW aller Raumtypen in beiden Beobachtungsperioden am stärksten vom Abbau der Arbeitsstätten und Arbeitsplätzen betroffen sind. Gleich ist auch, dass die Dichte der Arbeitsstätten im ländlichen Raum trotz des Abbaus immer noch am höchsten ist. Angesichts der erwarteten Entwicklungen wird es für Gemeinden in Zukunft von grosser Bedeutung sein, bei Poststellenschliessungen einen geeigneten Postagentur-Partner zur Verfügung zu stellen. Nur so kann der Leistungsabbau in Grenzen gehalten werden.

Bei den Banken ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen wie bei der Post, lediglich mit dem Unterschied, dass die Banken an keinen gesetzlichen Grundversorgungsauftrag gebunden sind und der Abbau von Filialen daher nicht mit anderen Zugangspunkten substituiert wird. Über beide Beobachtungsperioden betrachtet, hat die Zahl der Arbeitsstätten bei den Banken schweizweit deutlich abgenommen. So sind über beide

20

Mit den beiden Beobachtungsperioden sind die Datenstände 2001 bis 2008 sowie 2011 bis 2013 gemeint.

Beobachtungsperioden betrachtet im Durchschnitt pro Jahr rund 40 Arbeitsstätten verschwunden. Auch die Zahl der Beschäftigten hat mit Ausnahme der Raiffeisenbanken über beide Perioden permanent abgenommen, wobei im Durchschnitt rund 400 Arbeitsplätzen pro Jahr verloren gegangen sind. Am stärksten betroffen vom Abbau waren die Grossbanken, während die Regionalbanken und Sparkassen einen deutlich geringeren Abbau hatten. Wird die Entwicklung aufgeschlüsselt nach Raumtypen betrachtet, zeigt sich, dass der städtische Raum in beiden Beobachtungsperioden am stärksten vom Abbau der Arbeitsstätten und Beschäftigten betroffen war. Dies vor allem, weil in den grossen Gemeinden mit mehr als 50'000 EW eine deutliche Abnahme zu konstatieren war. Auch bei den Banken gilt, dass die kleinen Gemeinden mit weniger als 2'000 EW deutlich stärker vom Abbau der Arbeitsstätten betroffen waren. Trotz des Abbaus ist die Dichte an Arbeitsstätten insbesondere im ländlichen Raum in den kleinen Gemeinden noch höher.

6.2 Detailhandel

Im Detailhandel besteht schweizweit der Trend zu weniger, aber grösseren Verkaufsflächen mit weniger Angestellten. Kleine Läden und Spezialgeschäfte wie Bäckereien, Metzgereien und allen voran Molkereien sind stärker vom Abbau betroffen als der klassische Detailhandel. Dadurch, dass die Digitalisierung voranschreitet und dass die Leute mobiler sind als früher und nicht mehr am gleichen Ort wohnen sowie arbeiten, hat sich ihr Einkaufsverhalten grundlegend geändert. Dies hat zur Folge, dass die Leute die Einkäufe vermehrt in den Zentren, in welchen sie arbeiten, oder am Wochenende in den grossen Einkaufszentren am Rande der Siedlungsgebiete tätigen. Der lokale Einkauf hat an Bedeutung verloren. Ein Indikator dafür ist, dass die Distanz welche für den Zweck «Einkauf» zurückgelegt wird, stetig gestiegen ist. In den letzten fünf Jahren ist der Umsatz des Detailhandels jeweils gesunken. Ein Grund dafür ist der rapid wachsende Onlinemarkt, der mitunter dazu führt, dass die Zahl der Detailhandelsgeschäfte weiter abnimmt. Ein weiterer Grund für die Abnahme des Umsatzes im stationären Detailhandel ist der starke Franken, auf dessen Basis der Einkaufstourismus entstanden ist und dessen Wertschöpfung bei rund 10 % des schweizerischen Detailhandelsumsatzes liegt. Insbesondere in den grenznahen Gebieten der Schweiz stellt dieser die ansässigen Detailhändler vermehrt vor Probleme.

Bei der Betrachtung der Entwicklung des Detailhandels aufgeschlüsselt nach Raumtyp wird ersichtlich, dass zwischen 2001 und 2008 der ländliche Raum am stärksten vom Abbau der Arbeitsstätten betroffen war. Hier verschwand jeder fünfte Lebensmittelladen und jede fünfte Bäckerei, Metzgerei und Molkerei. In Gemeinden mit weniger als 1'000 EW aller Raumtypen verschwand sogar fast jeder vierte Lebensmittelladen, während die Abnahme bei den Gemeinden mit mehr als 5'000 EW (unter -15%) deutlich geringer war. Zwischen 2011 und 2013 änderte sich das Bild. In dieser Periode waren die Gemeinden mit mehr als 5'000 EW leicht stärker vom Abbau an Lebensmittelläden betroffen als die kleineren und mittleren Gemeinden. Dies gilt jedoch nicht für die Bäckereien, Metzgereien und Molkereien. Hier waren wiederum die kleineren und mittleren Gemeinden deutlich stärker vom Abbau betroffen. Trotz des Rückgangs der Arbeitsstätten im ländlichen Raum war die Dichte der Detailhandelsläden pro 1'000 EW im Jahr 2013 nach wie vor höher als im städtischen Kernraum und im Agglomerationsraum. Hinsichtlich der Gemeindegrösse gilt es zusammenfassend festzustellen, dass in allen drei Raumtypen über beide Beobachtungsperioden die kleinen Gemeinden im klassischen Detailhandel wie auch bei den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien den stärksten Rückgang zu verzeichnen hatten.

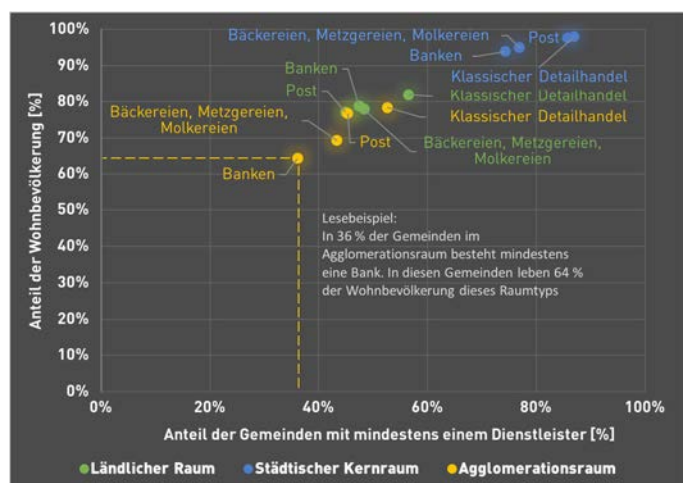


Abbildung 51: Anteil Gemeinden mit mindestens einem Dienstleister im Dienstleistungsbereich und Anteil der in diesen Gemeinden wohnhaften Personen am Total des Raumtyps. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP & STATENT BFS (2016).

6.3 Medizin und Bildung

Bei der Betrachtung der Entwicklung in der medizinischen Grundversorgung fallen unterschiedliche Trends auf. Mit Ausnahme der Arztpraxen hat schweizweit die Zahl der Beschäftigten pro 1'000 EW in der medizinischen Grundversorgung zugenommen. Der Grund für die steigende Zahl an Beschäftigten pro 1'000 EW im Gesundheitswesen ist, dass die Schweizer Bevölkerung immer älter wird und vermehrt auf medizinische Leistungen angewiesen ist. Die abnehmende Zahl der Beschäftigten in den Arztpraxen ist deshalb nicht auf eine sinkende Nachfrage an medizinischen Leistungen zurückzuführen. Sie zeigt vielmehr auf, dass in der Schweiz ein Mangel an Hausärzten herrscht. Die Zahlen zu den Arztpraxen weisen auf einen weiteren Trend hin. Die Abnahme der Arbeitsstätten ist stärker als diejenige der Beschäftigten, was bedeutet, dass die Praxen im Durchschnitt grösser werden und die Hausärzte vermehrt sogenannte Gemeinschaftspraxen bilden. Der Trend zu grösseren Einheiten ist jedoch auch bei den Krankenhäusern, Apotheken, Zahnarztpraxen und der Hauspflege zu beobachten. Wird die Entwicklung der verschiedenen Raumtypen betrachtet, zeigt sich, dass die Zahl der Hausärzte vor allem im städtischen Kernraum und in den Gemeinden mit mehr als 10'000 EW deutlich zurückgegangen ist. Auch die kleinen Gemeinden sind vom Abbau betroffen gewesen, jedoch weniger stark als die grossen Gemeinden. Am schwächsten vom Abbau betroffen sind die mittleren Gemeinden gewesen. Bei den Apotheken hat die Zahl der Arbeitsstätten über beide Beobachtungsperioden und alle Raumtypen betrachtet stagniert oder leicht zugenommen. Auch diese Entwicklung dürfte mit der demografischen Veränderung in der Gesellschaft zu tun haben, welche zu einem erhöhten Verbrauch an Medikamenten führt. Bei den Zahnarztpraxen hat schweizweit über beide Beobachtungsperioden die Zahl der Beschäftigten konstant zugenommen. Bei den Arbeitsstätten hat kaum eine Veränderung stattgefunden. Dies zeigt, dass auch hier der Trend zu grösseren Einheiten besteht. Zwischen 2011 und 2013 war eine Abnahme der Arbeitsstätten in den Gemeinden mit weniger als 1'000 EW festzustellen. Abschliessend wurde in der Übersicht zur medizinischen Grundversorgung die Entwicklung der Hauspflege betrachtet. Diese war in der Tagung „Künftige Versorgungsinfrastrukturen in ländlichen Räumen“ des IRAP (HSR)²¹ von mehreren Raumplanern sowie Gemeinde- und Kantonsvertretern neben den Arztpraxen als zentrales Element der medizinischen Grundversorgung erachtet worden. Dies unter anderem aufgrund der demografischen Entwicklung, die im Moment stattfindet, und dem Trend hin zum «ageing in place». Deshalb erstaunt es nicht, dass schweizweit sowohl die Anzahl an Arbeitsstätten wie auch die Zahl der Beschäftigten über beide Beobachtungsperioden zugenommen hat.

In der Bildung und Erziehung beeinflussen die demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen die verschiedenen Stufen des schweizerischen Bildungswesens unterschiedlich intensiv. Bei den Kindertagesstätten hat über beide Beobachtungsperioden und über alle Raumtypen und Gemeindegrössenklassen ein

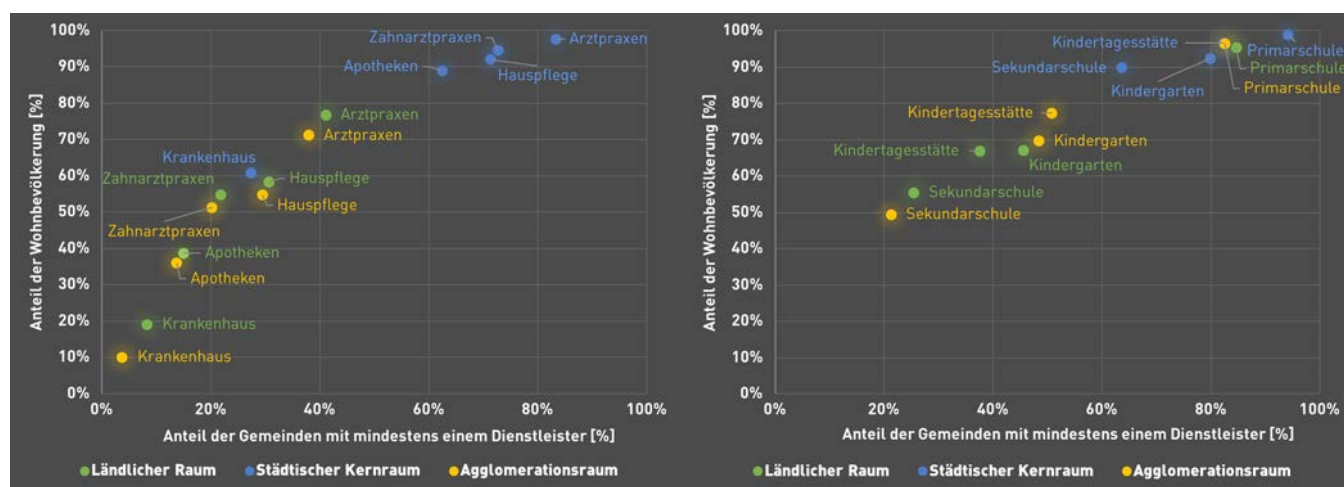


Abbildung 52: Anteil Gemeinden mit mindestens einem Dienstleister in den Bereichen medizinische Grundversorgung und Bildung sowie Anteil der in diesen Gemeinden wohnhaften Personen am Total des Raumtyps. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP & STATENT BFS (2016).

21 Die Abkürzung IRAP HSR steht für das Institut für Raumentwicklung der Hochschule Rapperswil.

massiver Ausbau der Arbeitsstätten und Beschäftigten stattgefunden. Dieser Ausbau steht in Zusammenhang mit der Entwicklung der Rolle der Frau in der Gesellschaft, welche bei Eltern neue Formen der Familien- und Lebensplanung hervorgerufen hat. Die dadurch neu entstandene Teilung der Erwerbs-, Haushalts- und Betreuungsarbeiten zwischen beiden Elternteilen beeinflussen insbesondere die direkte Nachfrage nach Angeboten im Vorschulbereich. Der Anteil der Teilzeit arbeitenden Eltern nimmt stetig zu. Aus diesem Grund entsteht zunehmend das Bedürfnis nach halbtägigen oder ganztägigen Betreuungsmöglichkeiten. Im Gegensatz dazu hat bei den Kindergärten eine deutliche Abnahme der Arbeitsstätten stattgefunden. Zwischen 2001 und 2008 sind insbesondere die grossen städtischen Gemeinden, sowie die Gemeinden mit weniger als 500 EW betroffen gewesen. Zwischen 2011 und 2013 sind die grösseren Gemeinden weniger stark betroffen als die mittleren und kleinen, welche in nur zwei Jahren eine Abnahme von 10 - 15 % zu verzeichnen hatten. Während die Zahl der Kindergärten gesunken ist, hat die Zahl der Beschäftigten deutlich schwächer abgenommen. Demnach werden auch hier die Versorgungseinheiten grösser, was schlussendlich zu einer vermehrten Zentralisierung dieser führt. Die Erfahrung zeigt, dass oft die kleineren, abgelegeneren Einheiten geschlossen werden. Bei der Entwicklung der Primarschulen hat die Zahl der Arbeitsstätten zwischen 2001 und 2008 stärker abgenommen, je kleiner die Gemeindegrössenklasse war. Zwischen 2011 und 2013 ist eine Zunahme bei den Gemeinden mit mehr als 5'000 EW festzustellen, während mittlere und kleinere Gemeinden über alle Raumtypen hinweg eine Abnahme zu verzeichnen hatten. Die Zunahme in den grossen Gemeinden des städtischen Kernraums ist auch auf den neuen Trend zurückzuführen, dass primär junge Leute vermehrt wieder in die Städte ziehen.

6.4 Konzentrationsentscheid

Abbildung 51 und **Abbildung 52** zeigen, dass die Versorgungsabdeckung der betrachteten Grundversorgungselementen im städtischen Raum am besten ist. Eher überraschend ist, dass die mehrheitlich im Mittelland liegenden Gemeinden des Agglomerationsraums eine schlechtere Versorgungsabdeckung aufweisen als der ländliche Raum, obwohl in letzterem in der Vergangenheit oft der stärkste Leistungsabbau festzustellen gewesen ist. Dies könnte damit zusammenhängen, dass Agglomerationsgemeinden zum einen aufgrund der Nähe zu grösseren Kernräumen Schwierigkeiten haben, die gemeindeinterne Grundversorgung aufrecht zu erhalten, weil die Einwohner nicht die gemeindeinterne Infrastruktur sondern diejenige der Kernräume nutzen. Zum anderen sehen Gemeinden im Agglomerationsraum vermutlich auch wenig Sinn, Angebote bereitzustellen, die im nahe gelegenen Kernraum ausgeprägter und vielfältiger zur Verfügung stehen. Aufgrund der gestiegenen Mobilität ist die Erreichbarkeit im Mittelland zudem sehr gut, so dass es heute problemlos möglich ist, aus diesen Gemeinden in die Kernräume zu gelangen. Damit entstehen jedoch Probleme, die in der heutigen Raumplanung allgegenwärtig sind: Starke zentrumsorientierte Pendlerströme, Schlafgemeinden in der Agglomeration und eine überlastete Zentrumsinfrastruktur.

Die Betrachtungen zeigen, dass sich die Auswirkungen des Strukturwandels bei den meisten Grundversorgungselementen am stärksten in den kleinen Gemeinden und im ländlichen Raum äussern. Weiter kann mit den Arbeitsstätten- und Beschäftigtendichten aufgezeigt werden, dass die Versorgungsabdeckung im Agglomerationsraum vielfach tiefer ist als im ländlichen Raum. Da in dieser Region sehr viele kleine Gemeinden vorhanden sind, ist die Regionalkonferenz Emmental als Vertiefungsgebiet gewählt worden. Zudem ist die Region von vielfältigen Landschaftsräumen geprägt. Mit der vertieften Betrachtung dieses Raumes in Kapitel 8 können somit verschiedene Raumtypen abgedeckt werden. Aufgrund der Erkenntnisse während der Hintergrundrecherche, der thematischen und der räumlichen Übersicht, ist der thematische Vertiefungsraum auf die Dorfläden, welche für kleine Gemeinden von besonderer Bedeutung sind, sowie auf den Finanzdienstleistungssektor eingeschränkt worden. Über die Entwicklungspläne des Filialnetzes der Banken ist bis anhin noch wenig bekannt. Dorfläden werden in Zukunft nach Ansicht des Autors an Bedeutung gewinnen, da sie neben der Lebensmittelversorgung vermehrt auch andere Dienstleistungen beherbergen. Im Weiteren ist entschieden worden, einige Best-Practice-Beispiele zu betrachten, darunter die Gemeinde Safiental. Diese wurde an der Tagung „Künftige Versorgungsinfrastrukturen in ländlichen Räumen“ des IRAP (HSR) vom Gemeindepräsidenten Thomas Buchli vorgestellt und von den anwesenden Personen vertieft diskutiert.

7 Thematische Vertiefung & Best-Practice Beispiele

In der thematischen Vertiefung werden die Dorfläden und der Bankensektor genauer betrachtet. Mit der Schliessung von Dorfläden und Bankfilialen verlieren die Gemeinden neben den Versorgungsfunktionen auch an Standortattraktivität. Im Weiteren wird in diesem Kapitel auf Best-Practice-Beispiele eingegangen, um aus diesen Lösungsansätze für vom Leistungsabbau in der Grundversorgung betroffene Gemeinden zu generieren.

7.1 Dorfläden: Auslaufmodell oder Teil der Lösung?

7.1.1 Ausgangslage

Kleinere und mittlere Gemeinden erreichen vielfach nicht die kritische Grösse, um für die Grossverteiler Coop, Migros und Denner attraktiv zu sein. Die deutschen Grossverteiler Aldi und Lidl ziehen es vor, ihre Filialen am Rande oder ausserhalb von grösseren Siedlungsgebieten zu eröffnen. Kleineren Gemeinden fehlt daher ein Grossverteiler, der ein starkes Kundenmagnet im Ortszentrum bildet und sicherstellt, dass eine Grundfrequenz an Kunden vorhanden ist. Um die Grossverteiler herum entstehen häufig kleinere Läden, womit das Zentrum zusätzlich an Attraktivität gewinnt. In kleinen Gemeinden können andere Geschäfte mit Nischen- oder Spezialprodukten wegen den fehlenden Grossverteilern nicht von diesem Effekt profitieren. Aus den genannten Gründen sind in Ortschaften mit Grossverteilern im Zentrum deren Pläne von überragender Bedeutung für die Entwicklung und Zukunft des Ortskerns (VLP, 2015).

Dorfläden sind oft die einzigen Detailhandelsgeschäfte in kleinen und mittleren Gemeinden. Zwischen 1998 und 2008 ist jedoch, wie in Kapitel 4.3 erwähnt worden ist, rund jeder vierte Lebensmittelladen mit unter 400 m² Verkaufsfläche verschwunden, wobei kleinere Gemeinden davon stärker betroffen gewesen sind (siehe **Abbildung 53**). Dieser Trend ist nicht nur in der Schweiz zu beobachten. In Deutschland ist die Zahl der Lebensmittelgeschäfte von 160'000 im Jahr 1970 auf unter 40'000 im Jahr 2012 gesunken, während parallel dazu die totale Ladenfläche gestiegen ist. Gemäss einer Studie des Institutes für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) haben sich dadurch die Einkaufsfahrten auf täglich über 400 Mio. km verdoppelt. (Dorfladen-Netzwerk, 2014). Der Grund für den Rückgang ist der sinkende Umsatz aufgrund fehlender Kundschaft. Weil die Produkte in Dorfläden im Vergleich zu denjenigen von Grossverteilern teurer sind, das Angebot beschränkt ist und die Kunden viel mobiler sind als früher, gehen diese primär in Einkaufszentren und bei Grossverteilern einkaufen. Zudem wird, wie zu Beginn der vorliegenden Arbeit beschrieben worden ist, der Internethandel zu einem immer grösseren Konkurrenten. Die bisherigen Betreiber von Dorfläden haben in der Vergangenheit vermehrt

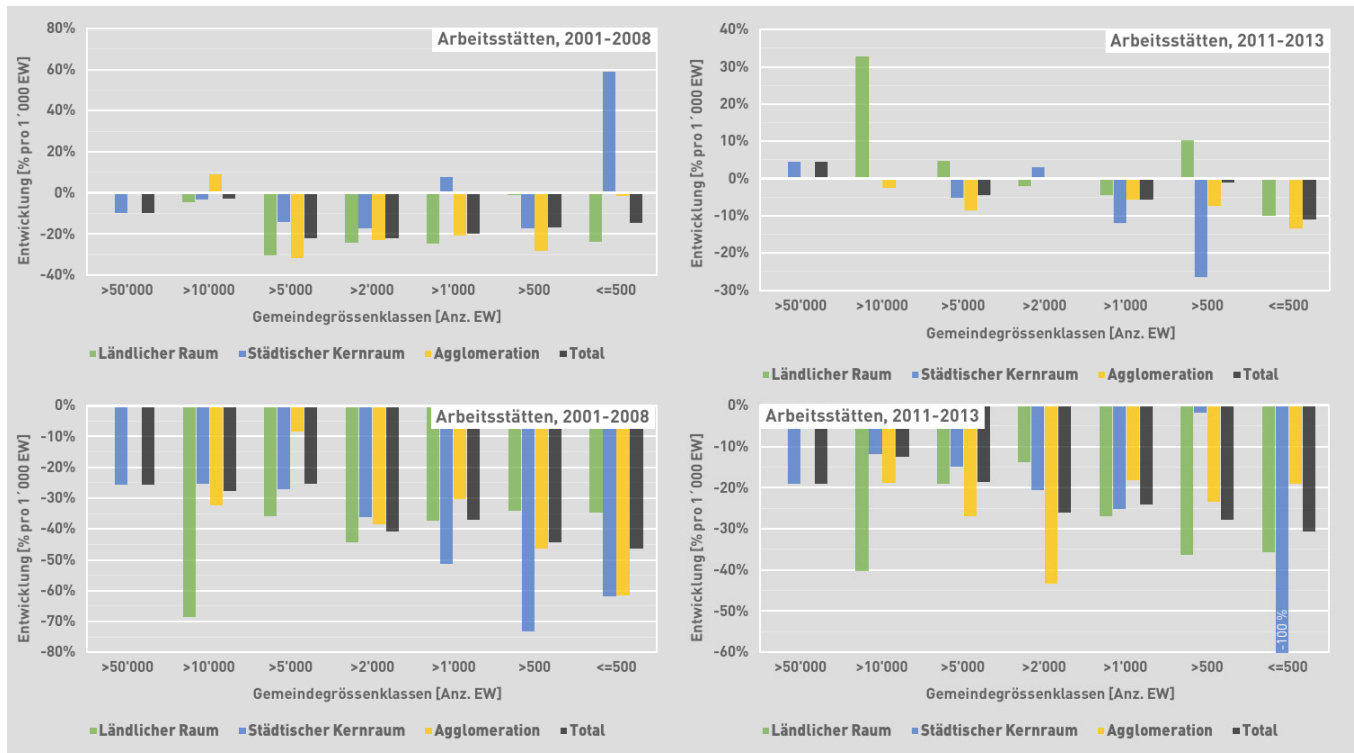


Abbildung 53: Entwicklung der Arbeitsstätten von grossen (100-400 m²) Geschäften (oben) und kleinen (<100 m²) Geschäften (unten) zwischen 2001 und 2008 sowie zwischen 2011 und 2013 unterteilt nach Gemeindegrössenklassen und Raumtyp. Eigene Darstellung. Quellen: BZ & STATENT BFS (2016).

ein anderes Geschäftsfeld gesucht oder sind in Pension gegangen, ohne dass die Nachfolge geklärt werden konnte. Ist der Dorfladen angesichts dieser Entwicklung also ein Auslaufmodell? Keinesfalls! Eine Betrachtung der Umsatzzahlen von Volg zeigt, dass der Dorfladen auch in der heutigen Zeit bestehen kann (siehe [Tabelle 6](#)).

7.1.2 Dorfläden bieten viel

Mit der Schliessung eines Dorfladens verschwindet nicht nur eine Versorgungseinrichtung, sondern weit mehr. Die Gemeinde verliert neben der Dienstleistung auch Arbeitsplätze, lokale Wertschöpfung, sowie einen wichtigen Ort des Austausches und der Identifikation für die Bevölkerung. Im Safiental verkaufen einige Dorfläden lokale Produkte, womit der Dorfladen nicht nur als Versorgungsfunktion eine wichtige Rolle spielt, sondern auch die lokale Wirtschaft unterstützt (siehe Kapitel 7.3.1). In touristisch orientierten Dörfern dient der Dorfladen zusätzlich in vielen Fällen als Touristeninformationspunkt. Zudem bieten Dorfläden die Möglichkeit auch andere Dienstleistungen, wie etwa eine Postagentur, unterzubringen. In einigen Fällen bieten Dorfläden Dienstleistungen von Banken an, die ihre Filiale aufgrund von nicht mehr rentablen Marktbedingungen geschlossen haben. Ein Beispiel hierfür sind die Gemeinden Wittnau und Hornussen. Nach der Schliessung der Raiffeisen-Filiale hat sich der Gemeinderat in Wittnau für einen Bankomat als Ersatz eingesetzt und in der Bevölkerung knapp 200 Unterschriften gesammelt. Trotzdem entschied sich die Raiffeisenbank aufgrund der ungenügenden Wirtschaftlichkeit und den hohen Investitionskosten von 60'000 bis 80'000 CHF plus jährlichen Betriebskosten, keinen Bankomat zur Verfügung zu stellen. Die Raiffeisenbank Regio Frick hat aber bereits im Vorfeld der Schliessung mit Volg Gespräche geführt und die Möglichkeiten des Bargeldbezugs im Volg abgeklärt. Der Volg hat sich kooperativ gezeigt und so ist es Raiffeisenkunden seit 2011 möglich, im Volg Bargeld zu beziehen (AargauerZeitung, 2011 und 2014). Im Anhang 3 ist die vom Dorfladen-Netzwerk aus Deutschland erstellte Pyramide ersichtlich, welche die mannigfaltigen Dienstleistungen eines Dorfladens und deren Bedeutung für den Umsatz und den Unternehmenserfolg darstellt.

7.1.3 Volg: Der Dorfladen als Erfolgsmodell

Kennzahlen zum Volg

Die Volg Konsumwaren AG ist Teil der fenaco Gruppe, welche 1993 aus dem Zusammenschluss von sechs landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden hervorgegangen ist. Fenaco versorgt die Schweizer Landwirte mit Produktionsmitteln, übernimmt deren Produkte, verarbeitet diese weiter und vermarktet sie. Aus diesem Grund werden viele einheimische Produkte in den zur Gruppe gehörenden Detailhandelsketten Volg und LANDI angeboten. So hat Volg 2015 mehr als 70 % des Umsatzes mit Produkten aus der Schweiz erzielt (Volg, 2016a). Gemäss dem Leitbild will Volg dabei auch lokale Frischprodukte mit dem Label «Feins vom Dorf» fördern. Damit leistet ein Dorfladen von Volg neben der wichtigen Funktion als Versorgungseinrichtung auch einen wichtigen Beitrag an die lokale Wertschöpfungskette und unterstützt die regionale Wirtschaft. Volg hat sich das Ziel gesetzt, im Teilmarkt Dorfladen führend zu sein (Volg, 2016b). Obwohl der stationäre Handel schweizweit in den letzten Jahren geschrumpft ist, steigen die Umsatzzahlen der Volg Läden seit 2011 konstant an. Die Anzahl der Verkaufsstellen ist von 2011 bis 2015 um 5.7 % gestiegen (siehe [Tabelle 6](#)). Dies zeigt, dass gut und innovativ geführte Dorfläden trotz des Strukturwandels in der heutigen Zeit durchaus überlebensfähig sind und rentabel betrieben werden können.

Tabelle 6: Kennzahlen (Umsatz, Verkaufsstellen, Ladenfläche) der Dorfläden und Volg-Läden von 2011 bis 2015.

| | | Kennzahlen der Dorfläden* und Volg-Läden | | | | |
|------------|---|--|--------|--------|--------|--------|
| | | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 |
| Dorfläden | Umsatz in Mio. CHF | 1169.8 | 1179.0 | 1202.0 | 1234.5 | 1227.0 |
| | Anz. Verkaufsstellen | 827 | 846 | 853 | 965 | 884 |
| Volg Läden | Umsatz in Mio. CHF | | 1065 | 1086 | 1105 | 1105 |
| | Anz. Verkaufsstellen | 547 | 553 | 559 | 563 | 578 |
| | Total Verkaufsfläche in m ² | 95'043 | 95'732 | 96'332 | 97'286 | 99'804 |
| | Mittlere Verkaufsfläche in m ² | 173.8 | 172.8 | 172.3 | 172.8 | 172.7 |
| | Umsatz pro Laden in Mio. CHF | 1.94 | 1.93 | 1.94 | 1.96 | 1.91 |
| | Umsatz pro m ² in CHF | 11'159 | 11'125 | 11'274 | 11'363 | 11'072 |

Quellen: Volg (2016a), Volg (2015), Volg (2014)

*Zu den Dorfläden zählen neben den Volg-Läden auch die von Volg belieferten freien Detaillisten

Die Frage der kritischen Grösse eines Dorfladens

An der Tagung «Raumplanung ins Dorf bringen» der VLP am 02.09.2016 hat Ferdinand Hirsig, CEO von Volg, die Teilnehmenden über die Standortfaktoren aufgeklärt, welche Volg in den Dörfern sucht. Die Dorfläden von Volg werden in Orten mit mindestens 500 Haushalten platziert, was bei einer durchschnittlichen Schweizer Haushaltsgrosse von 2.25 im Jahr 2014 einer Einwohnerzahl von 1'125 entspricht (BFS, 2016h). Da Volg keine eigenen Liegenschaften besitzt oder erstellt und sich ausschliesslich in bestehende Ladenlokale einmietet, ist die Bereitstellung einer geeigneten Ladenfläche durch die Gemeinde von hoher Bedeutung (Volg, 2016a). Volg benötigt für die Eröffnung eines Ladens eine ebenerdige Verkaufs- und Nebenfläche von 120 bis 400 m². Die Ladenfläche sollte von der Strasse her sichtbar sein, Parkplätze direkt vor dem Laden bieten, sowie eine 24-Stunden-Anlieferung ermöglichen. Damit ein Dorfladen in einer Ortschaft mit 500 Haushalten rentabel betrieben werden kann, müssen diese jeweils für 50 CHF pro Woche einkaufen, was einen wöchentlichen Umsatz von 25'000 CHF ergibt. Das Geld für eine Sanierung oder Umnutzung eines Gebäudes im Dorfkern für die Bereitstellung der Ladenfläche kann mittels Eigenkapital oder Fremdkapital (z.B. Banken) bereitgestellt werden. Es kann aber ebenso, wenn eine gute und nachhaltige Idee vorhanden ist, von Spenden, Gönnern und staatlichen Fördergeldern kommen. Dominik Roos von der Schweizer Berghilfe hat den Gemeinden an der eingangs erwähnten Tagung auch geraten, Gäste, Tourismusverbände oder Stiftungen anzufragen (VLP, 2016c).

7.2 Experteninterviews im Bankensektor

Mit der Mitteilung «Netz der Zukunft» vom 26.10.2016 hat die Post Klarheit geschaffen, wie sie das physische Vertriebsnetz in den nächsten Jahren entwickeln wird (Post 2016b). Im Finanzdienstleistungsbereich ist hingegen wenig bekannt, wie sich die Banken im Lichte des Strukturwandels das künftige Filialnetz vorstellen. Mithilfe zweier Experteninterviews ist im Rahmen dieser Arbeit versucht worden, herauszufinden, was die Gründe für Filialschliessungen sind und wie das zukünftige Bankennetz aussehen wird. Das erste Interview ist mit Michael Meissner, Leiter der Abteilung Strategie & Prozesse von Raiffeisen Schweiz, das zweite mit Alex Josty, Leiter Unternehmenskommunikation der Berner Kantonalbank (BEKB), geführt worden. Nachfolgend sind die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst. Weitere Erkenntnisse sind im Anhang 2 zu finden.

7.2.1 Die Raiffeisenbanken und die Archetypen der Zukunft

Auswirkungen des Strukturwandels auf das Geschäftsstellennetz und das Geschäftsfeld bei Raiffeisen

Die Raiffeisenbank-Genossenschaft besteht 2016 aus 270 selbstständigen Banken. Diese Tatsache ist für die vorliegende Thematik sehr wichtig. Vor allem die kleinen Banken stossen immer mehr an administrative und regulatorische Grenzen aufgrund neuer Vorschriften der FINMA²². Dies führt vermehrt zu internen Fusionen von Banken. Die Strukturstrategie von Raiffeisen Schweiz sieht vor, dass bis 2020 die Zahl der Banken bei rund 200 liegt. Während die Geschäftsstellen seit 2011 um -11 % von 1'098 auf 977 (2016) abgenommen haben, ist die Zahl der Beschäftigten von 9'770 auf 11'053 angestiegen. Dies ist mitunter damit zu begründen, dass die Banken beim Hypothekenvolumen zugelegt und sogar die UBS überholt haben. Das Kerngeschäft sieht Raiffeisen Schweiz auch in Zukunft im Hypotheken- und Zinsgeschäft, wobei jedoch eine Diversifikationsstrategie angestrebt wird. Die Bank möchte vermehrt im Anlagenbereich und im Firmenkundengeschäft tätig werden. Diese strategische Neuausrichtung hat Auswirkungen auf den physischen Vertriebskanal, der an das überarbeitete Geschäftsmodell angepasst werden muss, um die neuen Anforderungen erfüllen zu können.

Die Liegenschaften, in welchen sich die Raiffeisenbanken befinden, gehören zum grössten Teil den Banken selber. Wenn sich eine Bank in einem Gebäude befindet, in dem zum Beispiel auch Wohnungen oder Geschäftsräume vorhanden sind, werden diese durch die Bank vermietet. Es ist aber nicht im Sinne von Raiffeisen Schweiz, dass eine Raiffeisenbank im Zuge einer Diversifikation des Geschäftsfeldes ein Immobiliengeschäft aufbaut, weil damit Risiken in die Bücher geholt werden, die gemanagt werden müssen. Deshalb werden die Liegenschaften nach einer Geschäftsstellenschliessung veräussert. Bei Schliessungen stehen primär betriebswirtschaftliche Gründe im Vordergrund. Eine Gemeinde hat darauf keinen Einfluss. Manche Raiffeisenbanken haben feststellen müssen, dass zwischen 60 – 70 % ihrer Kunden nicht mehr an den Bankschalter gehen. Wenn solche Geschäftsstellen zusätzlich noch über geschlossene Schalter hinter Panzerglas verfügen und somit keine adäquate Beratung von Anleihekunden zulassen, erhöhen sich die Chancen, dass die Geschäftsstelle künftig geschlossen wird. Es gibt aber auch Fälle, in denen unrentable Geschäftsstellen aus nicht-betriebswirtschaftlichen Gründen weiter betrieben werden. Wichtig ist in dem Fall, dass der Standort intelligent in die verfolgte Strategie eingebaut wird und trotz den unrentablen Bedingungen eine wichtige Präsenz im Geschäftsstellennetz und der verfolgten Strategie erhält. Zusätzlicher Auslöser für einen Prozess, in welchem hinterfragt wird, was mit einer Geschäftsstelle in Zukunft geschieht, ist, wenn eine Renovation ansteht. In diesen Fällen müssen sich die Raiffeisenbanken die Frage stellen, ob sich eine Investition in die Infrastruktur noch lohnt oder nicht. Ein weiterer Auslöser für die Hinterfragung eines Standortes ist die absehbare Pensionierung eines Geschäftsstellenleiters, welche eine Standortbestimmung zur Folge hat. Schliessungsentscheide werden nicht durch die strategische Führung von Raiffeisen Schweiz gefällt, sondern durch die strategische Führung der unabhängigen Raiffeisenbanken, was ein Unterschied zu Grossbanken ist.

Auch der Bankomat wird zum physischen Vertriebskanal gezählt. Es gibt heute neben den normalen Bankomaten die „Recycler“, welche es ermöglichen, Ein- und Auszahlungen zu machen. Zum Teil werden solche bei einer Schliessung einer Geschäftsstelle als Kompromiss aufgestellt. Dies ist nicht unbedingt der Fall und abhängig

22 Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA).

von den Banken selber. Bei Geschäftsstellenumbauten werden vermehrt die Schalter geschlossen, womit zwangsläufig Bankomaten vorhanden sein müssen, damit die Auszahlungen automatisiert werden können. Darum werden Bankomaten in Geschäftsstellen einen Zuwachs erfahren. Gleichzeitig werden die frei stehenden Bankomaten sukzessive reduziert, da diese je länger je mehr ein defizitäres Geschäft sind. Nur einige wenige Bankomaten, die in der Regel an Knotenpunkten wie Bahnhöfen stehen, können profitabel betrieben werden.

Zusammenarbeiten mit anderen Dienstleistungsbetrieben sind bei Raiffeisenbanken immer wieder ein Thema. Es gibt Geschäftsstellen, die in einen Volg «integriert» worden sind (siehe Kapitel 7.1.2). Die Zusammenarbeit wird jedoch (Stand Geschäftsleitung Mitte 2016) auf strategischer Ebene durch Raiffeisen Schweiz nicht aktiv gesucht. Sie sind als Kompromiss und nicht als strategisches Ziel zu verstehen. Public-Private-Partnership mit Gemeinden ist eine Möglichkeit, von welcher die Raiffeisenbanken keinen Gebrauch macht. Handlungen in diesem Zusammenhang müssten eine marktwirtschaftliche Sinnhaftigkeit haben, weshalb keine Dienstleistungen im Sinne eines „Service public“ angeboten werden können.

Zukünftige Entwicklung des Geschäftsstellennetzes und des Finanzsektors

Die Kunden bestimmen mit ihrem Verhalten, ob eine Geschäftsstelle offen bleibt oder geschlossen wird. Dabei sind die Ansprüche in den letzten Jahren stetig gestiegen und das Kundenverhalten hat sich aufgrund der Digitalisierung fortlaufend verändert. Kundennähe wird heute von der Allgemeinheit oft noch assoziiert mit dem physischen Vertriebskanal, obwohl immer mehr Kontakte über digitale Kanäle ablaufen. Daher wird die Kundenrate in den Geschäftsstellen sukzessive abnehmen, was zwangsläufig zu einer Reduktion dieser und somit zu einer geringeren Dichte führen wird. Welche Anzahl an Geschäftsstellen die Raiffeisenbank in Zukunft haben wird, ist nicht vorhersehbar. Aus heutiger Sicht wird jedoch immer ein flächendeckendes Geschäftsstellennetz vorhanden sein. Da Raiffeisen Schweiz vermehrt auch ins Anlagen- und Firmenkundengeschäft einsteigen möchte, ist der Umbau und die Neugestaltung von Geschäftsstellen ein aktuelles Thema. Beratungsgespräche können nicht gut abgehalten werden, wenn eine Panzerglasscheibe zwischen Sachberater und Kunde ist. Weiter spielt das Thema „Erlebnis-Banking“ eine zunehmend wichtigere Rolle. Eine reine Bankfiliale wie sie früher existiert hat, ist heute nicht mehr zweckmässig. Raiffeisen Schweiz arbeitet im Moment daran, hinsichtlich „Erlebnisbanking“ eine Haltung zu entwickeln. Es könnte sein, dass Geschäftsstellen zukünftig Räume für Kunden-Events anbieten und einen Erlebnis-Bereich haben werden. Im Moment läuft bei Raiffeisen Schweiz ein Projekt, welches zum Ziel hat, herauszufinden, wo schweizweit noch Lücken bestehen und an welchen Orten welche Arten von Geschäftsstellen sinnvoll wären. Diese Analyse geschieht unter Einbezug von Marktpotentialen, Einwohner- und Beschäftigtendichten sowie weiteren Faktoren. Das Resultat dieses Projektes wird zu zukünftigen Schliessungen, Um- oder Neubauten von Standorten führen. Die verschiedenen Geschäftsstellentypen werden von Raiffeisen Schweiz als Archetypen bezeichnet und können grob in die drei folgenden Typen eingeteilt werden:

- 1.)** Ein reiner Selbstbedienungsstandort, also eine 24h-Zone, an welchem keine Angestellten vor Ort sind.
- 2.)** Ein Beratungsansatz, bei welchem in den Filialen vor Ort zwar die Räumlichkeiten vorhanden sind, aber nicht alle Beratungsdienstleistungen direkt angeboten werden. Es gibt an solchen Standorten ein Kundenbetreuer, der die Kunden begrüsst und mit ihnen einen Termin abmacht oder bei Bedarf direkt einen Berater aufbietet. In diesem Fall wird ein Berater aus dem zentral vorhandenen Beratungsteam innerhalb einer bestimmten Zeit (bei einer Raiffeisenbank sind es beispielsweise 7 min.) in die Filiale disponiert.
- 3.)** Fully-fledged-bank (vollwertige Bank), welche alle Dienstleistungen anbietet.

Auch der rein digitale Empfang, bei welchem der Kunde nur noch über Skype mit dem Berater spricht, ist ein aktuelles Thema. Im Moment befinden sich die Banken hinsichtlich Digitalisierung in einem noch nicht abgeschlossenen Prozess. Raiffeisen Schweiz setzt darauf, dass die Digitalisierung weitergeht. Auf der anderen Seite ist sie der Auffassung, dass es den physischen Vertriebskanal immer geben wird, womit eine rein digitale Bank für Raiffeisen Schweiz kein Thema ist. Es gibt Banken, welche in dieser Hinsicht eine andere Meinung haben. Das zukünftige Ziel von Raiffeisen Schweiz ist ein Omnikanal-Management, damit der Kunde, egal welchen Kommunikationskanal er verwendet, immer ein konsistentes Bild von seinem Portfolio hat.

Bargeld wird nach der Ansicht von Michael Meissner in 20 Jahren eine untergeordnete Rolle spielen. Wird die Entwicklung in den nordischen Länder betrachtet, so ist festzustellen, dass dort bereits heute der grösste Teil der Zahlungen über Handy oder Kreditkarte läuft. Aus diesem Grund benötigen viele Leute den Bankomaten nicht mehr. In Zukunft wird vermehrt auch in der Schweiz mit dem Smartphone oder mit der Karte bezahlt werden. Dabei spielen die neuen Technologien (Kontaktloses bezahlen, Apple pay, Paymint, Apps etc.) eine prägende Rolle. Irgendwann werden die Geschäfte kein Bargeld mehr annehmen, weil die Logistik (z.B. Kassen) nicht mehr vorhanden sein wird.

7.2.2 Die BEKB und das Scheitern der mobilen Banken

Die Auswirkungen des Strukturwandels sind bei der BEKB nahezu identisch wie bei der Raiffeisenbank. In den Interviews gab es viele Parallelen, aber auch Unterschiede. Nachfolgend wird primär auf letztere eingegangen.

Auswirkungen des Strukturwandels auf das Filialnetz der BEKB

Der Kanton Bern ist Mehrheitsaktionär der BEKB. Dieser könnte «auf dem Papier» Vorschriften, zum Beispiel über die Dichte des Filialnetzes, erlassen. Er tut dies aber nicht, da er nicht in das operative Geschäft eingreifen will. Auch bei der BEKB hat die Zahl der Filialen deutlich abgenommen. 2010 betrieb die Bank 77 ortsfeste Filialen und 17 mobile Banken auf Lastwagen. 2016 waren es noch deren 66 (-17 %) ortsfeste Filialen. Aufgrund des veränderten Kundenverhaltens als Folge der Digitalisierung nahm die Kundenfrequenz so stark ab, dass die mobilen Banken Ende 2016 alle zurückgezogen wurden. Bis auf eine mobile Bank, welche die BEKB behält, damit bei Umbauten von Filialen der Bargeldbezug ermöglicht werden kann, werden alle verkauft. Um an den von der Auflösung der mobilen Banken betroffenen Standorten weiterhin den Bargeldbezug zu ermöglichen, sind mehrere neue Geldautomatenstandorte in Prüfung. Die BEKB rechnet generell damit, dass Kunden Filialen in Zukunft nur noch bei grösseren Lebensereignissen besuchen (Erbe, Hauskauf, Kinder).

Wie die Raiffeisenbank hat auch die BEKB Kundenberater aus den Banken abgezogen und ein Kundencenter in Betrieb genommen. Dadurch können die Kunden die Bank von 08 00 bis 20 00 über Email und Telefon erreichen. Im Gegenzug sind die Öffnungszeiten der Filialen teilweise verkürzt worden. Teilweise haben die Filialen nur noch halbtags offen, da ein Teil der Beschäftigten nach Bern geholt wurde. Die Schliessungsgründe für eine Filiale sind die gleichen wie bei der Raiffeisenbank. In Oey Diemtigen war zusätzlich die Konkurrenz von anderen Banken so stark spürbar, dass die Filiale kaum mehr Kunden hatte. Der grösste Teil der Liegenschaften, in welchen sich Filialen der BEKB befinden, gehört der Bank. Es ist möglich, dass die BEKB gewisse Liegenschaften nach der Schliessung einer Filiale weitervermietet und nicht wie bei der Raiffeisenbank verkauft. Bei Schliessungen von Filialen haben die Gemeinden keinen Einfluss auf den Entscheid. Die Gründe, welche zu einem Schliessungsentscheid führen, sind rein betriebswirtschaftlich bedingt.

Zukünftige Entwicklung des Filialnetzes und des Finanzsektors

Während früher Schaltertransaktionen einen hohen Stellenwert gehabt haben, stehen für die BEKB heute und in Zukunft die Beratung und der Dialog im Vordergrund. Deswegen hat die BEKB ein neues Einrichtungskonzept erarbeitet. Dabei ist zum Beispiel die Möblierung und die Raumaufteilung an die Kundenbedürfnisse angepasst worden. Neu sind freundliche, helle Beratungszimmer, Präsentationsinseln für Bankenprodukte und eine Empfangstheke von Bedeutung. Dieses Einrichtungskonzept wird nun nach und nach in den Filialen umgesetzt. Weiter hat die BEKB in Zukunft kein Interesse daran, mit anderen Dienstleistern oder im Rahmen von Public-Private-Partnerships zusammenzuarbeiten. Dies ist aufgrund der stets komplexer werdenden Materie auch kaum mehr möglich. Die Kunden sind dank des Internets immer besser informiert, weshalb die Beratung professionalisiert werden muss. Letztlich gestaltet sich die Suche nach Fachpersonal in ländlicheren Filialen zunehmend schwieriger.

7.3 Best-Practice Beispiele²³

7.3.1 Gemeinde Safiental

Übersicht

Die Gemeinde Safiental ist am 1. Januar 2013 aus der Fusion der vier Gemeinden Safien, Tenna, Versam und Valendas entstanden. Sie liegt im Kanton Graubünden südwestlich von Chur in einem alpinen Seitental (siehe **Abbildung 54**). Das Gemeindegebiet umfasst 15'142 Hektaren. 2015 zählte die Gemeinde 896 Einwohner, womit die Bevölkerung seit 2005 um 82 Personen (-8.4 %) gesunken ist. Daraus resultiert heute eine Bevölkerungsdichte von knapp 6 EW/km², was im Vergleich zum Kanton Graubünden mit 27 EW/km² und der Schweiz mit 199 EW/km² eine sehr tiefe Dichte ist (Richtplan, 2016). Die Zahl der Haushalte belief sich im Jahr bei einer durchschnittlichen Haushaltsgrösse von 2.52 Personen auf 353. Im Vergleich zur Schweiz (17.8 %) weist das Safiental mit 22.8 % einen relativ hohen Anteil an über 65-Jährigen aus (BFS, 2016h). 2013 wurden im Safiental 390 Beschäftigte gezählt, wobei 200 davon im 1. Sektor, 62 im 2. Sektor und 128 im 3. Sektor gearbeitet haben. Dementsprechend ist die Landwirtschaft im Safiental nach wie vor der wichtigste Arbeitgeber. Das Siedlungsgebiet der Gemeinde besteht aus verschiedenen Haufendörfern und aus über das gesamte Gemeindegebiet verstreuten kleinen Walser Besiedlungsstrukturen, die den typischen Streusiedlungscharakter aufweisen (Safiental, 2015a). Mit dem Auto beträgt die Fahrzeit von Safien-Platz nach Chur gemäss Google Maps 49 Minuten. Die kürzeste Fahrzeit mit dem ÖV wird auf 1 Std. 20 Min. beziffert.



Abbildung 54: Gemeinde Safiental. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016)

Vorhandene Grundversorgungselemente

Aufgrund der grossen Gebietsausdehnung der Gemeinde werden sowohl in Safien Platz (Primarschule), in Tenna (Primarschule), in Versam (Kindergarten und Primarschule) und in Valendas (Primarschule und Oberstufe) eine Schule betrieben. Dies soll gemäss dem Fusionsvertrag²⁴ der Gemeinde auch so lange bleiben, wie das kantonale gesetzliche Minimum der Schülerzahl erfüllt ist. Nach der Fusion wurde die Gemeindeverwaltung bewusst in Safien Platz angesiedelt, damit die Arbeitsplätze aufgrund des langen Wegs nach Chur oder Illanz, von in der Gemeinde wohnhaften Personen besetzt werden. Weiter ist seit kurzem in Versam wieder eine Arztpraxis vorhanden, die auch eine kleine Apotheke betreibt. In Safien Platz existieren neben einer Filiale der Graubündner Kantonalbank ebenfalls die genossenschaftlich organisierte Metzgerei Safiental, ein Dorfladen mit Lebensmitteln und Produkten für den täglichen Bedarf, sowie der auf Safientaler Produkte spezialisierte Laden «Spensa». Weitere Dorfläden bestehen in Valendas und in Tenna, hier in der Form eines Volgs. (Safiental, 2016a)

Kommunaler Richtplan und Standortförderung

Fusionen können der Ursprung von neuen Planungen sein, wie die Gemeinde Safiental zeigt. Hier wird seit der Fusion eine Vorwärtsstrategie angestrebt. Um die Entwicklung in die gewünschte Richtung zu lenken, ist eine räumliche Strategie mit Leitbildfunktion entwickelt worden, wonach sich die Tätigkeiten der Gemeinden richten und dank welcher die Mittel zielorientiert eingesetzt werden können. Am Ende des kooperativen Prozesses, in welchen sowohl die Bevölkerung wie auch verschiedene externe Fachexperten einbezogen worden sind, ist mit finanzieller Unterstützung durch das Amt für Raumentwicklung Graubünden (ARE GR) und der Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB), ein kommunaler Richtplan, bestehend aus Text und Karte, entstanden. Dieser hat der Gemeinde als Grundlage für die angestandene Ortsplanungsrevision wie auch als strategisches Instrument zur Ausrichtung der raumwirksamen Tätigkeiten gedient. Eine der vielen Massnahmen aus dem Richtplan-Massnahmenkatalog ist zum Beispiel «Bestehende Dorfläden individuell stärken» (Safiental, 2015a).

²³ Best-Practice-Beispiele sind schon realisierte Beispiele, die eine bereits erprobte, bestmögliche Methode darstellen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

²⁴ Fusionsvertrag genehmigt an der Gemeindeversammlung vom 25.11.2011.

Zusätzlich zum erarbeiteten kommunalen Richtplan ist nach der Fusion in der Gemeinde gemäss Fusionsvertrag ein Standortförderungsgesetz²⁵ abgesegnet worden. Dies ermöglicht es, gewisse Vorhaben, welche einen positiven Einfluss auf die Standortattraktivität der Gemeinde haben und dem öffentlichen Zwecken dienen, finanziell zu unterstützen. Die finanziellen Mittel kommen aus den Wasserzinsen der Beteiligungsenergie, aus den Kapitalerträgen aus der Beteiligung am Aktienkapital der Kraftwerke, sowie aus den Erträgen aus dem Kiesbau. Von diesen Gewinnen werden gemäss Art. 2 des Standortgesetzes jeweils jährlich 15 % in die Spezialfinanzierung Standortförderung eingelegt, wobei die geäußneten Reserven auf 800'000 CHF beschränkt sind. Um von diesem Geld profitieren zu können, müssen juristische oder natürliche Personen, welche in der Gemeinde wohnhaft sind, ein Gesuch einreichen. Die durch das Gesetz eingesetzte Standortentwicklungskommission entscheidet dabei über die Voraussetzungen und Anforderungen an die Gesuche sowie über die abschliessende Mittelvergabe. (Safiental, 2013)

Massnahmen im Bereich des Detailhandels

Eine der Massnahmen, welche die Gemeinde Safiental vollzogen hat, war die finanzielle Unterstützung der Genossenschaft «Dorfläden Safiental». Nachdem die vorherige Betreiberin des Dorfladens Safien Platz in Pension gegangen war und der Dorfladen geschlossen wurde, suchte die Gemeinde mit der schon bestehenden Genossenschaft «Dorfläden Versam» eine Lösung für dessen Weiterbetrieb. Es wurde klar, dass die genossenschaftlichen Strukturen der Genossenschaft «Dorfläden Versam» am besten angepasst werden, indem alle drei Dorfläden der Gemeinde in der Genossenschaft «Dorfläden Safiental» untergebracht werden. Auf der Suche nach einer geeigneten Liegenschaft kam die Gemeinde Safiental zum Schluss, dass sich die ehemalige Ladenfläche einer Erbgemeinschaft am besten eignen würde. Dank dem Entgegenkommen dieser Erbgemeinschaft konnte die Gemeinde Safiental das Ladenlokal im Stockwerkeigentum zu einem Preis von 98'800 CHF kaufen. Der notwendige Umbau des Dorfladens wurde zusammen mit der Genossenschaft «Dorfläden Safiental» geplant. Die baulichen Massnahmen ohne Ladeneinrichtung kosteten rund 380'000 CHF und wurden durch die Gemeinde Safiental getragen. Für die Ladeneinrichtung, welche rund 160'000 CHF kostete, kam die Genossenschaft auf. Die Genossenschaft konnte dabei auf die Unterstützung von verschiedenen Organisationen wie Patenschaften, Stiftungen und Private zählen. Die Gemeinde hat zudem für die Jahre 2012, sowie 2014 und 2015 den Dorfläden, unter anderem auch dem Volg, eine Defizitgarantie in der Höhe von 13'000 CHF gesprochen (Safiental, 2015b).

«Wo der Wille ist, da gibt es weiterhin Dorfläden. Diese sind ein wichtiger sozialer Treffpunkt für uns Einwohner und für unsere Gäste, und solange wir im Dorfläden unsere Einkäufe tätigen, können diese erhalten werden.» (Der Bote, 2015)

Markus Joos, Präsident Genossenschaft Dorfläden Safiental

Massnahmen im Bereich der medizinischen Grundversorgung

Mit der aufgrund der Zunahme an Vorschriften und Auflagen notwendig gewordenen Fusion der regionalen Krankenkasse Signina mit der ÖKK in Landquart ging im Jahr 2002 die Eigenständigkeit der Krankenversicherung in der Region verloren. Wegen der damals guten finanziellen Situation der Krankenkasse Signina konnte die Arztpraxis und die dazugehörige Wohnung im Haus Signina jedoch zurückbehalten und in eine Stiftung überführt werden. Diese war anhin Eigentum der Gemeinden Safien, Tenna, Valendas und Versam und ging nach der Gemeindefusion in das Eigentum der neu gegründeten Gemeinde Safiental über. Da der Talarzt auf finanzielle Unterstützung angewiesen war, leisteten die Gemeinden seit 1909 ein jährliches Arztwartgeld. Nach der Fusion wurde dies neu von der Gemeinde Safiental bezahlt. Dank diesem Arztwartgeld, einer kleinen Pauschale für die Wegentschädigung von Seite der ÖKK und der Führung einer Apotheke konnte die Arztpraxis in Versam bis 2014 erhalten werden. Die sinkenden Patientenzahlen aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und der freien Arztwahl machte es jedoch zunehmend schwieriger, die Arztpraxis rentabel zu betreiben. Nachdem der langjährige Talarzt im März 2014 pensioniert wurde, war die Sorge gross, dass aufgrund der schwierigen Situation keine Nachfolge gefunden werden kann (Safiental, 2014). Um die schwierige Situation zu lösen, wurden von der Gemeinde verschiedene Massnahmen ergriffen. Die Gemeinde beauftragte als erste Massnahme den pensionierten Arzt zusammen mit der Stiftung Signina, eine geeignete Nachfolge zu suchen. Da

25 Standortförderungsgesetz der Gemeinde Safiental vom 01.01.2014 (Stand 01.01.2014)

die Arztstelle lediglich zwischen 30 bis 40 % eines Vollzeitpensums ausmachte, musste die Gemeinde eine Nachfolge finden, die bereit war, entweder zu diesem Pensum angestellt zu werden, oder, um auf ein höheres Pensum zu kommen, zusätzlich bei einem Ilanzer Hausarzt zu fixen Tagen die Woche auszuhelfen. Dank dem Einsatz der Gemeinde und der Stiftung konnte schliesslich Ende 2014 eine Nachfolge gefunden werden. In einem nächsten Schritt musste die Praxis erneuert werden. (Safiental, 2014) Die Gemeinde beauftragte die Stiftung Signina den Umbau des Praxislokals und des Instrumentariums zu planen und zu realisieren. Um die Kosten von 240'000 CHF zu stemmen, fragte die Gemeinde die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden nach Unterstützung. Diese konnte mit 200'000 CHF den grössten Teil der Kosten übernehmen. Im weiteren spendete die Patengemeinde Uitikon der ehemaligen Gemeinde Versam das Ultraschallgerät. Dank diesen Unterstützungen war es der Gemeinde am 01.01.2015 möglich, die neue Praxis mit integrierter Apotheke zu eröffnen. Zusammen mit dem regionalen Notfalldienst und dem Angebot der Spitex Foppa hat die Gemeinde seither wieder eine gute ärztliche Grundversorgung (Patenschaft Berggemeinden, 2016).

7.3.2 Weitere «Best-Practice» Beispiele

Dorfläden-Genossenschaften

Dorfläden-Genossenschaften sind in der Schweiz in verschiedenen Gemeinden anzutreffen, wie zum Beispiel in Siblingen, einer kleinen Gemeinde mit 834 EW (2015) im Kanton Schaffhausen. Nachdem es 1980 noch sechs Einkaufsmöglichkeiten gab, wovon die Letzte 1990 geschlossen wurde, entschied sich die Gemeinde dazu, einen Verein «Pro Dorfladen» zu gründen. Dieser erreichte zusammen mit der Gemeinde, dass Volg im Dorf 1991 in einem provisorisch errichteten Container auf einem Grundstück der Gemeinde eine Filiale eröffnete. Da der Dorfladen trotz der kostenlosen Unterkunft von Volg nicht rentabel betrieben werden konnte, zahlte der Verein «Pro Dorfladen» zusätzlich jährlich 5'000 CHF an Volg. Über zwanzig Jahre später war 2012 das Pro-

«Die Genossenschaft bezweckt, in gemeinsamer Selbsthilfe ihren Mitgliedern sowie der Bevölkerung von Siblingen und Umgebung Lebensmittel und andere Artikel des täglichen Bedarfs zu vermitteln. Der Tätigkeitsbereich kann auch durch andere, diesem Zweck dienenden Massnahmen erweitert werden.» [Art. 2 der

Statuten der Dorfläden Genossenschaft Siblingen, 2012]

visorium am Ende seiner Lebensdauer angelangt. Gleichzeitig lief auch der Vertrag mit Volg aus. Volg zeigte kein Interesse, am selben Standort und zu den gleichen Konditionen eine Filiale weiterzubetreiben. Der Verein «Pro Dorfladen» beauftragte den Gemeinderat daraufhin, eine Kommission «Dorfläden» einzusetzen, im Rahmen deren verschiedene Möglichkeiten, Standorte und Ladenbetreiber evaluiert wurden. Weiter wurden Abklärungen mit den Dorfläden Beggingen, Oberhallau und Stetten vorgenommen, welche schon als Genossenschaft betrieben wurden. Dabei kam die Kommission zum Schluss, dass die Gründung einer Dorfläden-Genossenschaft auch in Siblingen am zielführendsten ist. Die Finanzierung des Neubaus konnte mithilfe von Anteilsscheinen in der Höhe von 200 CHF pro Stück, die an natürliche und juristische Personen verkauft wurden,

sowie mithilfe von Darlehen und Spenden von Privaten und der Gemeinde sichergestellt werden (Sieblingen, 2012). Der Dorfladen konnte nach fünf Monaten Bauzeit Ende 2013 eröffnet werden. Dieser hat im Vergleich zum vorherigen Volg längere Öffnungszeiten. Das Gebäude beinhaltet 180 m² Laden- und 70 m² Lagerfläche. Weiter konnte die Post überzeugt werden, eine Postagentur im Dorfladen zu eröffnen. Die Produkte des Ladens kommen aus der Maxi-Linie von Spar, der als Hauptlieferant agiert. Das Angebot wird ergänzt mit Produkten aus der Region. Dies umfasst Backwaren, Fleischwaren, Milchprodukte und Eier, die von der lokalen Bäckerei, Metzgerei, Molkerei oder von lokalen Bauern stammen. (Sieblingen, 2016)

Gemeindegeführte Bankfilialen

Nachdem die im Jahr 1847 gegründete lokale Bank «Ersparniskasse Dürrenroth» im Jahr 2002 mit anderen Banken zur Bernerlandbanken (BLB) fusionierte, war der Unmut in Dürrenroth gross. Als klar wurde, dass die BLB zu Beginn von 2015 die Geschäftsstellen in Dürrenroth, Eriswil, Rohrbachgraben, Walterswil und Wyssach zugunsten einer neuen Filiale in der Gemeinde Huttwil schliessen wird und an den geschlossenen Standorten nur ein Bankomat als Ersatz stehen bleibt, war der Unmut umso grösser. Begründet wurde der Entscheid

von der BLB mit dem Rückgang des Geschäftsverkehrs um bis zu 20 % in einzelnen Filialen (BZ, 2014). Die Gemeinden Dürrenroth und Walterswil gingen daraufhin auf die regionale Ersparniskasse (EK) Affoltern i.E. zu, um die drohende Versorgungslücke in der Gemeinde zu verhindern. Die beiden Gemeinden konnten mit der EK Affoltern i.E. zur Einigung kommen, dass sie auf der Gemeindeverwaltung gewisse Bankdienstleistungen anbieten können. Als Gegenleistung erhalten die Gemeinden für ihren Aufwand eine finanzielle Entschädigung der Bank. Seit 2015 können nun auf den Gemeindeverwaltungen Dürrenroth und Walterswil verschiedene Dienstleistungen wie Ein- und Auszahlungen, Bestellung von Fremdwährungen, Münz- und Notenwechsel, Kontoeröffnungen, die Annahme von Zahlungsaufträgen und die Vermittlung von Beratungsgesprächen für Anlagen und Finanzierungen getätigt werden. Die Bank garantiert den Kunden die Einhaltung des Bankgeheimnisses und den 100% Datenschutz. Die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung können nicht auf die Kundenkonten zugreifen, ausser ein Kunde wünscht dies explizit und bestätigt dies mit einer Vollmacht (Dürrenroth, 2016).

Gründung von Interessensgemeinschaften

In der im Kanton Freiburg liegenden Gemeinde Schmitten fand eine zunehmende überkommunale Orientierung der Bevölkerung statt, was dazu führte, dass das gemeindeinterne Angebot an Läden mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs stark zurückging. Da die Gemeinde es nicht als ihre Aufgabe erachtete, Gewerbeliegenschaften zu erwerben und zu entwickeln, regte sie die Gründung einer Interessensgemeinschaft (IG) für das Dorfzentrum an. Die daraufhin von Gewerbetreibenden gegründete IG «Dorfkern Schmitten AG» erwarb zwei brachliegende Liegenschaften im Dorfzentrum mit dem Ziel diese zu entwickeln. Dabei konnte der Grossverteiler Coop für ein gemeinsames Projekt gewonnen werden, der zuvor eine Filiale am Dorfrand geplant hatte. Die Gemeinde stand im Planungs- und Bauprozess beratend zur Seite und war verantwortlich für die Neugestaltung des Strassenraumes (RZU, 2015).

7.4 Zwischenfazit

Die vertiefte Untersuchung der Dorfläden hat gezeigt, dass diese einen wichtigen Bestandteil von Dörfern darstellen und trotz des Strukturwandels keinesfalls ein Auslaufmodell sind. Das hat auch die genauere Betrachtung der Kennzahlen von Volg gezeigt. Dorfläden liefern einen Anteil an eine nachhaltigere Gesellschaft, denn sie verhindern weite Einkaufsfahrten und ermöglichen den Verkauf von lokalen Produkten. Dank den Experteninterviews im Bankensektor konnte aufgezeigt werden, dass Gemeinden kaum Handlungsspielraum haben, wenn eine Bank eine Filiale schliessen möchte. Weiter ist davon auszugehen, dass die Zahl der Filialen und vermehrt auch die der Bankomaten deutlich abnehmen wird. Eine Zusammenarbeit der Banken mit Dienstleistungsanbietern oder Private-Public-Partnerships (PPP) sind zwar möglich, aber vermutlich lediglich mit regionalen Banken. Ein Beispiel ist die PPP der EK Affoltern mit den Gemeinden Dürrenroth und Walterswil.

Während der Recherchearbeit wurden viele weitere Best-Practice-Beispiele angetroffen, unter anderem die Testplanung im funktionalen Raum («Zukunft Frenkentaler»), von den Gemeinden unterstützte Gesundheitszentren oder die Ortskernentwicklung der Gemeinde Entlebuch, welche aktive Bodenpolitik betreibt um die Entwicklung im Zentrum voranzutreiben. «Best-Practice-Beispielen» sind lehrreich. Dabei darf jedoch nicht vergessen gehen, dass auch bei sorgfältiger Beachtung der Vorgehensweisen eine andere Gemeinde bei Nachahmungsversuchen kaum zum selben Ergebnis kommen wird. Der Grund dafür ist, dass Entwicklungen in der Raumplanung zu einem hohen Masse von den lokalen Begebenheiten, das heisst von spezifischen sozialen, politischen, topografischen, historischen und weiteren Voraussetzungen abhängen. Doch auch wenn die Beispiele und die Voraussetzungen sehr unterschiedlich sind, haben alle Best-Practice-Beispiele etwas gemeinsam: Die Gemeinden sind jeweils aktiv geworden und haben die Entwicklung damit, wenn auch nicht immer in federführender Funktion, in die eigene Hand genommen. Das Beispiel Safiental zeigt: Wichtig ist, dass hinter den Handlungen einer Gemeinde ein klares Konzept steht. Nur wenn klare Ziele vorhanden sind, kann sichergestellt werden, dass die Investitionen, wie zum Beispiel diejenigen für den Dorfladen Safien Platz, nachhaltig sind. Ansonsten kann es sein, dass in ein paar Jahren aufgrund einer strategischen Neuausrichtung die getätigten Investitionen verpuffen.

8 Räumliche Vertiefung: Regionalkonferenz Emmental

In der nachfolgenden räumlichen Vertiefung wird der geografische Raum der Regionalkonferenz (RK) Emmental betrachtet, der 40 Gemeinden umfasst. In der RK Emmental wohnen 96'000 Einwohner verteilt auf einer Fläche von 690 km². Weiter wird die Situation der Grundversorgung in der Gemeinde Ersigen vertieft angeschaut.

8.1 Übersicht

Die RK Emmental ist zuständig für die überkommunale Koordination von öffentlichen Aufgaben und die Bearbeitung regionalpolitischer Fragen von gesamtregionaler Bedeutung. Diese öffentlich-rechtliche Körperschaft ist 2007 auf der Basis von kantonalen Vorgaben gegründet worden (VLP, 2012). Nachfolgend sind die Gründe für die Wahl der RK Emmental (siehe **Abbildung 55**) als Vertiefungsgebiet aufgeführt:

- Die Gemeinde weist ein geografisch sehr heterogenes Gebiet auf, dass vom Berner Mittelland bis an den Rand der Voralpen reicht. Es repräsentiert somit gut die verschiedenen herrschenden Ausprägungen in der Schweiz. Erkenntnisse aus dieser Region können somit auf andere Gebiete der Schweiz angewandt werden.
- 2015 haben von den 40 Gemeinden 20 weniger als 2'000 EW und 37 weniger als 5'000 EW und bis auf Burgdorf alle weniger als 10'000 EW. Der Mittelwert liegt bei 2'397 EW und der Median bei 1'647 EW (STATPOP BFS, 2016). Damit kann die in dieser Arbeit gestellte Problemstellung, also der Einfluss des Strukturwandels auf die Grundversorgung kleiner bis mittlerer Gemeinden, in diesem geografischen Raum gut bearbeitet werden.
- Die in der RK Emmental befindlichen Gemeinden haben betreffend Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren eine sehr unterschiedliche Entwicklung durchgemacht. Während die im Mittelland und im Haupttal liegenden Gemeinden ein Bevölkerungszuwachs gehabt haben, wiesen die peripherer liegenden Gemeinden vielfach ein Bevölkerungsrückgang auf.

In den nachfolgenden Abschnitten werden kurz die wichtigsten räumlichen und quantitativen Ausprägungen der RK Emmental dargestellt. Daraufgehend wird auf die Resultate und Erkenntnisse aus der Umfrage, die an 47²⁶ Gemeinden der RK Emmental verschickt worden ist, eingegangen. Abschliessend wird die Gemeinde Ersigen vertieft betrachtet.

26 Drei Gemeinden werden aufgrund ihrer Grösse fremdverwaltet.

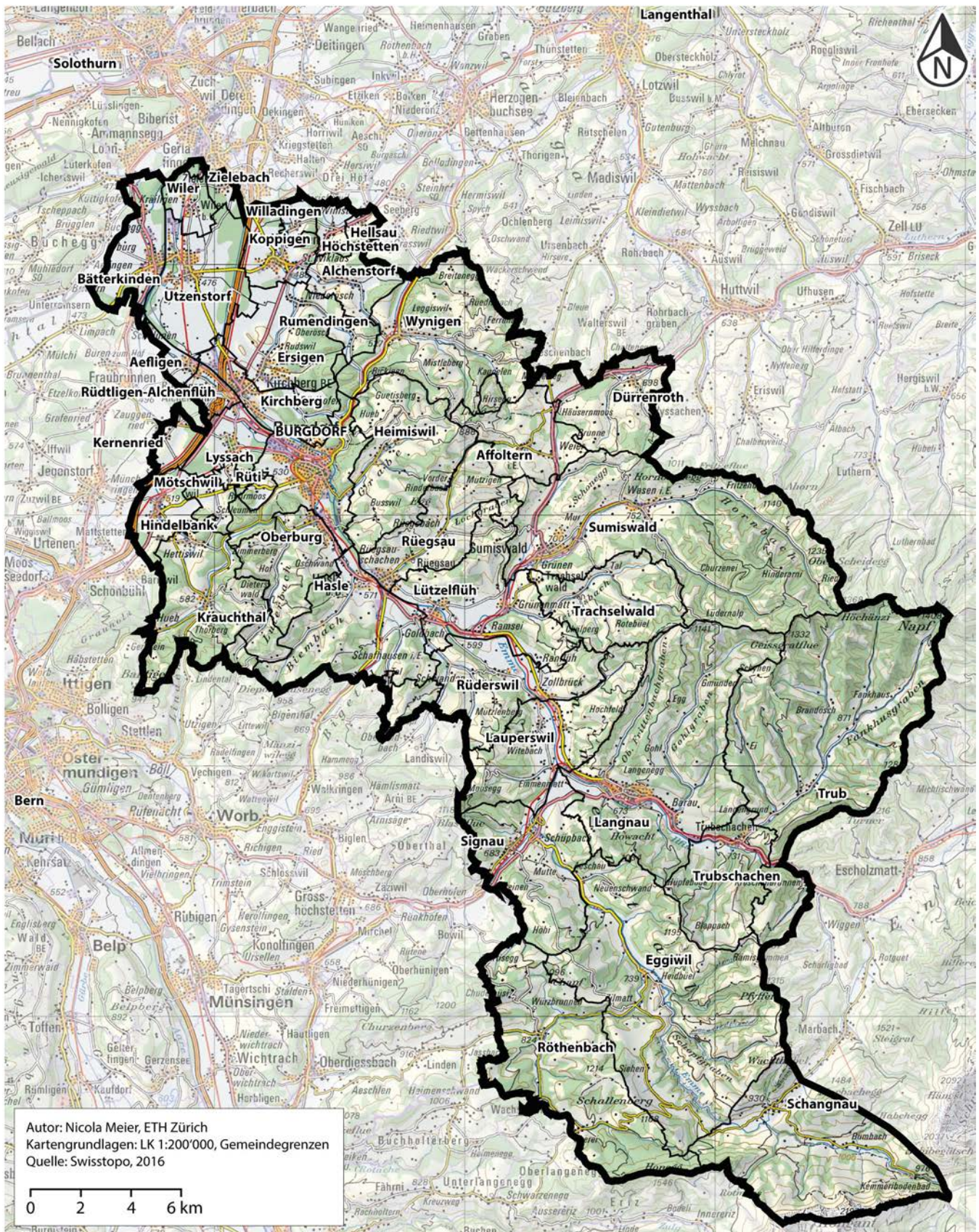


Abbildung 55: Übersicht über alle Gemeinden der Regionalkonferenz Emmental mit ihrem Hauptort Burgdorf. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016).

8.1.1 Geografische Lage und Landschaft

Die RK Emmental erstreckt sich östlich der Stadt Bern über eine Fläche von 690.45 km². Sie umfasst die Einzugsgebiete der Flüsse Emme und Ilfis und wird geprägt von verschiedenen Landschaftsräumen, die sich auf der Basis von geomorphologischen Kriterien separieren lassen (siehe **Abbildung 56**). Die nördlichen Gemeinden der RK Emmental liegen in der Ebene des Berner Mittellandes, das in der Eiszeit vom Rhonegletscher überdeckt gewesen ist. Dabei handelt es sich um eine weite, flache und produktive Agrarlandschaft mit grösseren Orten wie Kirchberg oder Bätterkinden. Die Stadt Burgdorf und die westlich und nordöstlich davon liegenden Räume gehören zum Hügelland, das durch sanfte Hügel geformt ist. Das Hügelland wird geprägt von zahlreichen Dörfern und intensiver Landwirtschaft mit Ackerbau und Hosteten. Die an der Emme und Ilfis gelegenen Ortschaften befinden sich in der intensiv landwirtschaftlich genutzten Tallandschaft, welche zudem die Hauptverkehrsadern und die Siedlungszentren beherbergt. Die Täler gelten als die Lebensader des Emmentals und unterliegen vielfältigen Nutzungsansprüchen. Flankiert wird das Haupttal zwischen Burgdorf und Langnau beidseitig von einer Hügellandschaft, die aus einem Mosaik aus Wäldern, Wiesen, Weiden und leichtem Ackerbau besteht. Sie beherbergen die für das Emmental typischen Streusiedlungen. Weiter südlich folgt das Napfvorland, das nur spärlich besiedelt ist. Die Landschaft wird gegen Süden immer felsiger, steiler und bewaldeter (siehe **Abbildung 57**). Der südlichste Zipfel der RK Emmental gehört zum Gebiet der Voralpen mit zum Teil spärlich erschlossenen kleinen Dörfern und Einzelhöfen (RK Emmental, 2015).

8.1.2 Siedlung und Verkehr

Aufgrund der diversen Landschaftsräume, haben sich die Siedlungsgebiete und die Verkehrsinfrastruktur sehr unterschiedlich entwickelt. Die Landschaftskammer in der Ebene weist grosse Orte wie Utzenstorf, Kirchberg und Koppigen auf, die eine gute Erschliessung an die Autobahn (A1) und an den öffentlichen Verkehr aufweisen. Die Fahrzeit in die Stadt Bern liegt bei rund 20 – 25 Minuten mit dem Auto und bei 13 Minuten (Bern – Burgdorf) bis rund 45 Minuten (Bern – Koppigen) mit dem ÖV (Google Maps, 2017). Auch die Ortschaften im Haupttal zwischen Burgdorf und Langnau inklusive der Seitentäler in Richtung Signau und Sumiswald sind gut durch den MIV und den ÖV erschlossen. Das Hügelland, das Napfgebiet und das Gebiet der Voralpen wird nicht durch die Eisenbahn erschlossen und weist eine eher spärliche Erschliessung durch Busse auf. Gemäss Richtplan 2030 des Kantons Bern sollen sich in Zukunft daher auch, neben der im Raumtyp „urbanes Kerngebiet“ liegenden Gemeinde Burgdorf, vor allem die Gemeinden im Raumtyp „Agglomerationsgürtel und Entwicklungsachsen inklusive Zentren 4. Stufe und Tourismuszentren“ entwickeln (siehe **Abbildung 58**). In den zentrumsnahen ländlichen Gebieten soll der Siedlungsdruck auf wenige, gut erschlossene

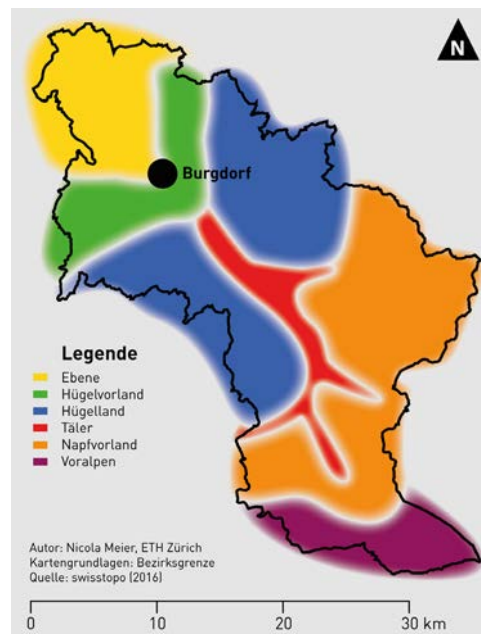


Abbildung 56: Landschaftsräume im Emmental. Eigene Darstellung. Quelle: RK Emmental (2015).



Abbildung 57: Blick von Eggiwil in Richtung Voralpen. Quelle: Berghaus Eggiwil (2016).

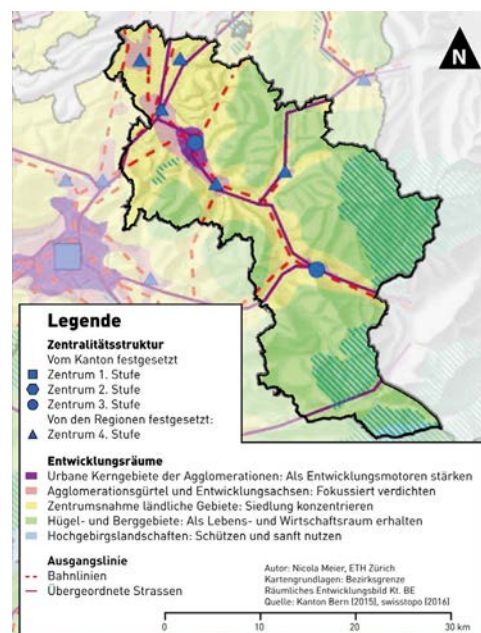


Abbildung 58: Räume nach Richtplan 2030. Eigene Darstellung. Quelle: Kanton Bern (2015).



Abbildung 59: Blick von West-Südwesten her auf die Hauptachse des Emmentals. Eigene Darstellung. Quelle: Google Earth (2016)

Standorte, also primär auf die Zentren der dritten und vierten Stufe, gelenkt werden. In den Hügel- und Berggebieten soll primär der Bestand an Einwohnern und Arbeitsplätzen erhalten bleiben, sowie die bestehenden Bauzonen ausgeschöpft, vorhandene Siedlungslücken geschlossen und massvoll nach innen verdichtet werden. Zukünftige Siedlungserweiterungen sollen somit vor allem in den Gemeinden Aefligen, Bätterkinden, Hasle b.B.*, Kirchberg (BE), Koppigen, Langnau, Lyssach, Oberburg, Rüdltigen-Alchenflüh, Rüegsau*, Sumiswald*, Utzenstorf und Wiler bei Utzenstorf stattfinden. Bei denjenigen Gemeinden mit einem Stern betrifft dies nur die dichter besiedelten, zusammenhängenden Siedlungsgebiete der Gemeinden (Kanton Bern, 2016a). Praktisch alle diese Gemeinden liegen im Mittelland. Eine Ausnahme davon sind die Gemeinden Hasle b.B., Langnau, Oberburg, Sumiswald und Rüegsau. Diese liegen bis auf Sumiswald alle im Haupttal (siehe **Abbildung 59**).

8.1.3 Demografie

2015 leben 96'207 Personen in der RK Emmental, womit die Bevölkerung seit 2010 um 2.7 % gewachsen ist. Das Wachstum liegt damit in dieser Periode deutlich unter demjenigen des Kantons Bern (+3.8 %) und demjenigen der Schweiz (+5.8 %) (STATPOP BFS, 2016). In der RK Emmental hat es insbesondere in den Gemeinden des Berner Mittellandes und in denjenigen des Haupttals stattgefunden. In der Hügellandschaft, den Voralpen und dem Napfvorland liegende Gemeinden haben praktisch alle einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen (siehe **Abbildung 61** auf der folgenden Seite).

Bei einer genaueren Betrachtung der regionalisierten Bevölkerungsprognose des Kantons Bern aus dem Jahr 2012 wird deutlich, dass sowohl der Kanton Bern wie auch die RK Emmental in den letzten fünf Jahren ein stärkeres Wachstum gehabt haben, als mit allen Szenarien erwartet worden ist. Somit ist davon auszugehen, dass das «Szenario hoch» am ehesten auf die zukünftige Entwicklung bis 2025 zutreffen wird. Dieses rechnet zwischen 2015 und 2025 in der RK Emmental mit einem Wachstum von 3.5 % und mit einem kantonalen Wachstum von 6.2 %. In den darauffolgenden zehn Jahren, also zwischen 2025 und 2035, geht das „Szenario hoch“ in der RK Emmental von einem

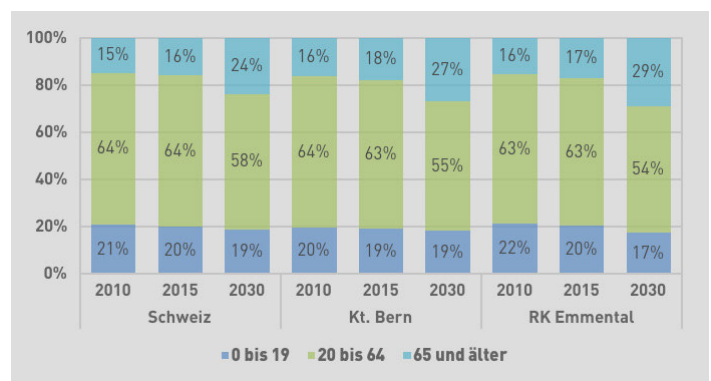


Abbildung 60: Altersverteilung 2010, 2015 und prognostiziert für 2030 in der Schweiz, im Kanton Bern und in der RK Emmental. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016).

Wachstum von 3.3 % und im Kanton Bern von einem Wachstum von 4.5 % aus. Der prognostizierte Trend, dass die Bevölkerung in der RK Emmental im Vergleich zum Kanton Bern und der Schweiz bis 2035 weniger stark wächst, kann aufgrund der bisher beobachteten Entwicklung als durchaus plausibel eingestuft werden. Diese These wird auch gestützt von der Raumordnungspolitik des Kantons Bern, welche mit dem Richtplan 2030 festgelegt worden ist. Gemäss dem Richtplan wird nur wenigen Emmentaler Gemeinden eine zukünftige Erweiterung des Siedlungsgebiets zugestanden (siehe vorangehendes Kapitel). Wollen die Emmentaler Gemeinden in Zukunft wachsen, muss dies durch Projekte in den schon bestehenden Bauzonen geschehen.

Die Altersverteilung in der RK Emmental ist ähnlich zu derjenigen im Kanton Bern (siehe **Abbildung 60** auf der vorangehenden Seite). Im gesamtschweizerischen Vergleich sind in der RK Emmental jedoch deutlich mehr ältere Personen und weniger junge Personen wohnhaft. Gemäss den regionalisierten Bevölkerungsprognosen des Kantons Bern wird die Bevölkerung in der RK Emmental stärker altern als im kantonalen Vergleich. Bis 2030 sollen rund 29 % der Personen 65 Jahre alt oder älter sein. Der Anteil der jungen Leute und der Erwerbsbevölkerung wird somit im kantonalen wie auch im gesamtschweizerischen Vergleich besonders stark sinken. Eine gute Altersplanung ist deshalb für die Emmentaler Gemeinden von besonderer Bedeutung.

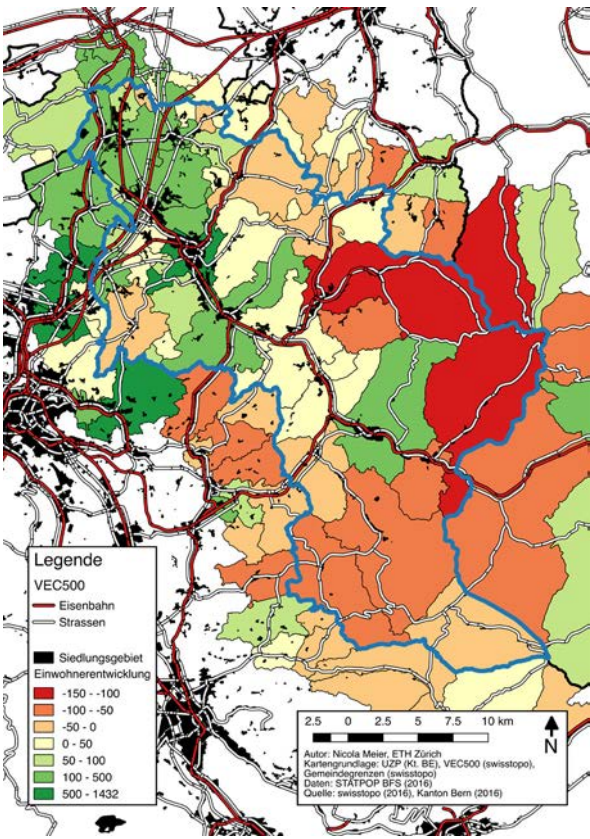


Abbildung 61: Bevölkerungsentwicklung in der RK Emmental und den anliegenden Gemeinden zwischen 2005 und 2015. Eigene Darstellung. Quellen: STATPOP BFS (2016), swisstopo (2016).

8.1.4 Grundversorgung

Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien und Molkereien

Die Zahl der Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien und Molkereien hat in der RK Emmental in den vergangenen Jahren deutlich abgenommen (siehe **Tabelle 7**). Diese Entwicklung entspricht damit dem gesamtschweizerische Trend, der in der thematischen und räumlichen Übersicht aufgezeigt werden konnte. Vom Abbau betroffen sind Gemeinden jeglicher Grösse, wie dies die **Abbildung 62** zeigt. Es zeigt sich, dass

Tabelle 7: Zahl der Arbeitsstätten der Grundversorgungselemente im Dienstleistungsbereich in den Gemeinden der RK Emmental in den Jahren 2001, 2008, 2011 und 2013. Aufteilung nach Gemeindegrössenklassen.

| | Gmd. | Lebensmittelläden | | | | Bäckereien, Metzgereien, Molkereien | | | | Post | | | | Banken | | | |
|-------------|------|-------------------|------|------|------|-------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|--------|------|------|------|
| | Anz. | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 |
| > 50'000 EW | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| >10'000 EW | 1 | 15 | 10 | 12 | 12 | 17 | 9 | 12 | 12 | 6 | 8 | 8 | 8 | 5 | 7 | 7 | 7 |
| >5'000 EW | 2 | 13 | 11 | 13 | 13 | 14 | 12 | 13 | 13 | 9 | 10 | 13 | 12 | 5 | 6 | 10 | 10 |
| >2'000 EW | 17 | 32 | 21 | 24 | 24 | 66 | 56 | 24 | 24 | 26 | 45 | 23 | 22 | 25 | 27 | 23 | 22 |
| >1'000 EW | 8 | 13 | 9 | 9 | 6 | 20 | 17 | 9 | 6 | 13 | 18 | 10 | 6 | 4 | 4 | 4 | 4 |
| >500 EW | 5 | 4 | 2 | 1 | 0 | 9 | 8 | 1 | 0 | 5 | 5 | 2 | 1 | 3 | 2 | 3 | 2 |
| <=500 EW | 7 | 1 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Daten: BZ & STATENT BFS (2016)

die Abnahme im Emmental nicht nur in peripher liegenden Gemeinden stattgefunden hat, sondern auch in den Zentren wie Burgdorf, Langnau oder Bätterkinden. In Gemeinden mit weniger als 1'000 EW existieren keine oder kaum Versorgungseinrichtungen für Güter des täglichen Bedarfs. Erst in Gemeinden mit mehr als 2'000 EW sind solche vorhanden.

Auch bei der Post und den Banken hat sich die Zahl der Arbeitsstätten ähnlich wie auf gesamtschweizerischer Stufe entwickelt. Während zwischen 2001 und 2008 die Arbeitsstätten zunehmen, ist dies zwischen 2011 und 2013 nicht mehr der Fall. Der Grund für diese Beobachtung dürfte in der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft liegen. Die Auswirkungen davon machen sich auch im Emmental bemerkbar, weshalb die Post und die Banken beginnen, Filialen zu schliessen. Diese Aussage wird unter anderem von dem in der thematischen Vertiefung angesprochenen Beispiel der Bernerland Banken gestützt. Diese hat aufgrund von rückläufigen Zahlen bei den Schaltergeschäften fünf Filialen in kleineren Gemeinden geschlossen um im Gegenzug in einer grösseren Gemeinde eine neue Filiale zu eröffnen. Gemeinden mit weniger als 1'000 EW besitzen nur in Ausnahmefällen eine Poststelle oder eine Bankfiliale. Ab 2'000 EW ist jedoch in den meisten Fällen sowohl eine Poststelle oder Postagentur sowie eine Bank zu finden.

Auch im Bereich der medizinischen Grundversorgung gleicht die Entwicklung derjenigen auf gesamtschweizerischer Ebene. Die Zahl der Arzt- und Zahnarztpraxen hat zwischen 2001 und 2008 am deutlichsten in den grossen Gemeinden mit mehr als 10'000 EW abgenommen (siehe [Tabelle 8](#)). In Gemeinden mit weniger als 1'000 EW befinden sich grundsätzlich keine medizinischen Versorgungseinrichtungen. Auch in Gemeinden mit weniger als 2'000 EW sind diese nur spärlich vorhanden. Erst in Gemeinden mit mehr als 2'000 EW sind Arztpraxen und Hauspflegedienste vermehrt aufzufinden. Im Bereich der Bildung zeigt sich, dass Primarschulen so gut wie in allen Gemeinden vorhanden sind. Die Zahl der Primarschulen ist jedoch vor allem in den kleineren Gemeinden am sinken. Diese Tendenz trifft auch auf die Kindergärten zu.

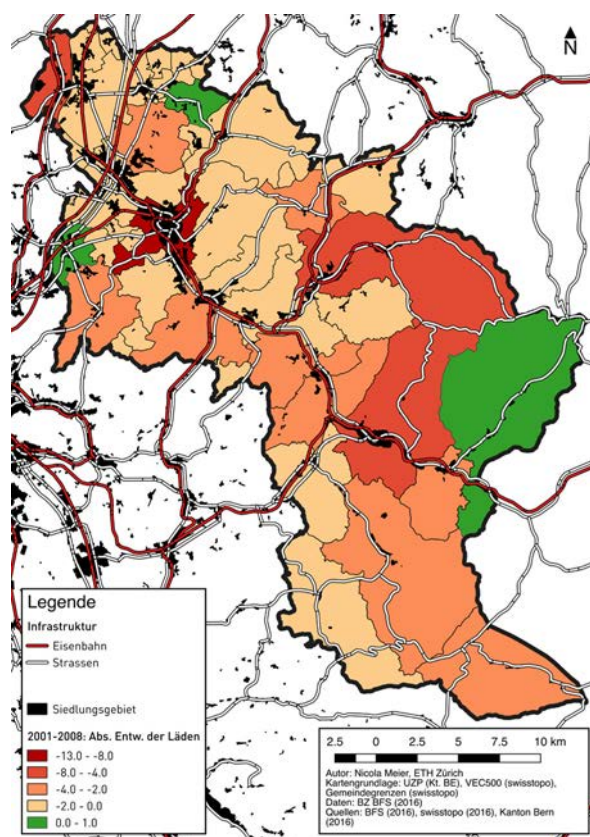


Abbildung 62: Absolute Entwicklung der Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien und Molkereien in den Gemeinden der RK Emmental. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), BZ BFS (2016), Kanton Bern (2016).

Tabelle 8: Zahl der Arbeitsstätten in der medizinischen Grundversorgung sowie im Bildungsbereich in den Gemeinden der RK Emmental in den Jahren 2001, 2008, 2011 und 2013. Aufteilung nach Gemeindegrössenklassen.

| | Gmd. | Arzt- und Zahnarztpraxen | | | | Hauspflege | | | | Kindergärten | | | | Primarschulen | | | |
|-------------|------|--------------------------|------|------|------|------------|------|------|------|--------------|------|------|------|---------------|------|------|------|
| | Anz. | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 | 2001 | 2008 | 2011 | 2013 |
| > 50'000 EW | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| > 10'000 EW | 1 | 28 | 21 | 21 | 21 | 1 | 1 | 7 | 7 | 11 | 10 | 1 | 1 | 7 | 6 | 7 | 7 |
| > 5'000 EW | 2 | 23 | 20 | 20 | 20 | 3 | 4 | 9 | 10 | 6 | 8 | 11 | 13 | 15 | 11 | 18 | 24 |
| > 2'000 EW | 17 | 42 | 40 | 23 | 20 | 10 | 9 | 20 | 16 | 16 | 16 | 17 | 14 | 54 | 46 | 78 | 74 |
| > 1'000 EW | 8 | 6 | 7 | 1 | 2 | 4 | 1 | 2 | 1 | 4 | 4 | 6 | 6 | 17 | 10 | 25 | 24 |
| > 500 EW | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 1 | 1 | 0 | 5 | 5 | 8 | 6 |
| <= 500 EW | 7 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 4 | 2 | 6 | 6 |

Daten: BZ & STATENT BFS (2016)

8.2 Umfrage zur Grundversorgung

Neben der Betrachtung der statistischen Daten sind die Gemeinden der RK Emmental im Rahmen eines Fragebogens zur Thematik Grundversorgung befragt worden. Für die Umfrage wurden die Fachvertreter der jeweiligen Gemeinde, in den meisten Fällen der Bauverwalter, sowie der Gemeindepräsident angefragt. Von den 37 angeschriebenen Gemeinden haben 21 geantwortet, was einer Rücklaufquote von 57 % entspricht. Der Fragebogen hat in praktisch allen Fällen der Gemeindepräsident oder der Fachvertreter ausgefüllt. Teilweise ist dies zusätzlich in Zusammenarbeit mit dem gesamten Gemeinderat geschehen. Der Fragebogen hat primär die Themen Qualität, Entwicklung, sowie die kommunale und regionale Planung im Bereich der Grundversorgung behandelt (siehe Anhang A1). Nachfolgend sind die Elemente der Grundversorgung aufgelistet, auf die sich die Fragen bezogen haben. Da die Fragen nicht nach Grundversorgungselementen aufgeteilt worden sind, entsprechen die Einschätzungen der Gemeindevertreter einer Mischrechnung über alle Elemente:

- Lebensmittelgeschäft
- Bäckerei, Metzgerei, Molkerei
- Post
- Bank & Bankomat
- Kindertagesstätte
- Kindergarten
- Primarschule
- Arzt
- Zahnarzt
- Spitex
- Apotheke

In den folgenden Abschnitten sind die Erkenntnisse aus dem Fragebogen zusammengefasst. Wichtig ist, dass es sich bei den Antworten immer um eine persönliche Einschätzung der Gemeindevertreter handelt, womit die Resultate nicht rein objektiv sind. Bei zwei Gemeinden haben neben den Fachvertretern weitere Gemeindevertreter geantwortet. An diesen zwei Beispielen lässt sich dieser subjektive Aspekt der Antworten leicht überprüfen. Obwohl die Antworten der beiden Gemeindevertreter zum allergrössten Teil gleich sind, hat es gewisse Abweichungen gegeben. Gegensätzliche Aussagen sind jedoch keine gemacht worden. Für die Auswertung in diesen beiden Fällen ist jeweils die Antwort des Fachvertreters vorgezogen worden.

8.2.1 Qualität der Grundversorgung heute und in Zukunft

Die meisten Gemeindevertreter bewerten die Qualität der Grundversorgung in der eigenen Gemeinde als gut bis sehr gut (siehe **Abbildung 63** links und **Abbildung 64**). Drei Gemeinden schätzen die Qualität als mittel und nur eine als schlecht ein. Eine Kleinstgemeinde mit rund 200 EW hat keine Antwort abgegeben, da in dieser aufgrund der Grösse seit jeher keines der Elemente der Grundversorgung vorhanden gewesen ist. Werden zusätzlich zu den gemeindeinternen Grundversorgungselementen auch diejenigen der umliegenden Gemeinden einbezogen, so schätzen ausnahmslos alle Gemeinden die vorhandene Grundversorgung als gut bis sehr gut ein. Rund die Hälfte der Gemeindevertreter findet, dass die Bereitstellung der Grundversorgung ihrer Gemeinde

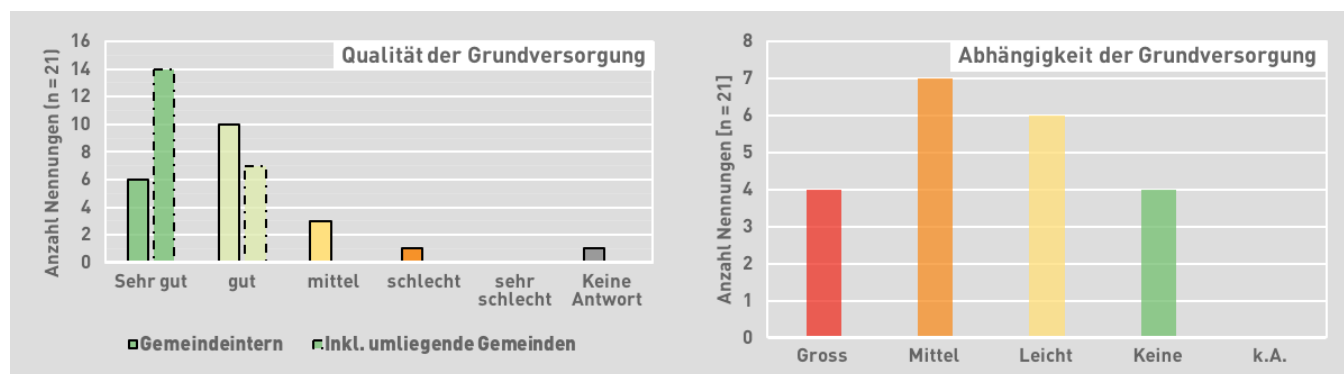


Abbildung 63: Qualität der Grundversorgung gemeindeintern und inklusive der umliegenden Gemeinden (links). Abhängigkeit der gemeindeeigenen Grundversorgung von den umliegenden Gemeinden (rechts). Eigene Darstellung.

mittel bis stark von den Versorgungseinrichtungen der umliegenden Gemeinden abhängig ist (siehe **Abbildung 63** rechts und **Abbildung 65**). Nur vier Gemeinden kommen zur Einschätzung, dass keine Abhängigkeit besteht. Mit Ausnahme von Eggiwil liegen alle Gemeinden, die in keiner Abhängigkeit von den umliegenden Gemeinden stehen, in der Ebene des Berner Mittellandes. Gemeinden im Haupttal (Lützelflüh, Rüderswil) schätzen die Abhängigkeit ihrer Grundversorgung von umliegenden Gemeinden als leicht ein, während solche im hügeligen Gebiet von einer mittleren Abhängigkeit ausgehen. Zu der Einschätzung, dass ihre Gemeinde stark abhängig ist, kommt zum einen eine sehr peripher liegende Gemeinde (Röthenbach i.E.) und zwei, die sich neben einem starken Zentrum befinden (Ersigen, Oberburg).

Hinsichtlich der Frage, ob die Gemeindevertreter in den nächsten fünf bis zehn Jahren die heutige Qualität der Grundversorgung ihrer Gemeinde in Gefahr sehen, ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Abhängigkeit. Im Berner Mittelland liegende Gemeinden gehen davon aus, dass die Grundversorgung in der vorliegenden Qualität erhalten bleibt (siehe **Abbildung 66** und **Abbildung 67**). Im Hügelvorland oder im Hügelland liegende Gemeinden sehen die Grundversorgung eher in Gefahr. Auch Gemeinden im Haupttal, wie Lützelflüh oder Rüderswil, kommen zu diesem Schluss. Die zukünftige Qualität ihrer Grundversorgung als klar gefährdet sehen die Gemeinden Röthenbach i.E. und Oberburg. Die Begründungen, wieso sie zu dieser Einschätzung kommen, sind jedoch unterschiedlich. Während Röthenbach i.E. primär einen Abbau bei der Post, den Banken sowie beim ÖV befürchtet, basieren bei Oberburg die Befürchtungen auf der Tatsache, dass die Gemeinde direkt neben der Stadt Burgdorf mit ihrem umfassenden Dienstleistungsangebot liegt. Die Post in Oberburg prüft im Moment Alternativen zur Poststelle und die Bank hat nur noch nachmittags geöffnet. Den kleinen Dienstleistungsbetrieben bereitet die Konkurrenz der Grossverteiler Schwierigkeiten. Auch Ersigen sieht die Nähe zu einem starken Zentrum (Kirchberg) als ein Grund, wieso die Grundversorgung in der eigenen Gemeinde in Zukunft gefährdet ist. Weiter nennt die Gemeinde die gute verkehrstechnische Erschliessung und den stark zunehmenden Onlinehandel als Gründe. Die Gemeinde Sumiswald, die in einem Seitental zum Haupttal liegt, sieht die geografische Lage als Subzentrum zwischen den Zentren Burgdorf und Langnau als ein Problem. Ein weiterer Grund, wieso Gemeinden die Qualität der Grundversorgung gefährdet sehen, ist die Nachfolge, welche in diversen Betrieben nicht geregelt ist. Genannt worden ist dies von Koppigen und Lützelflüh.

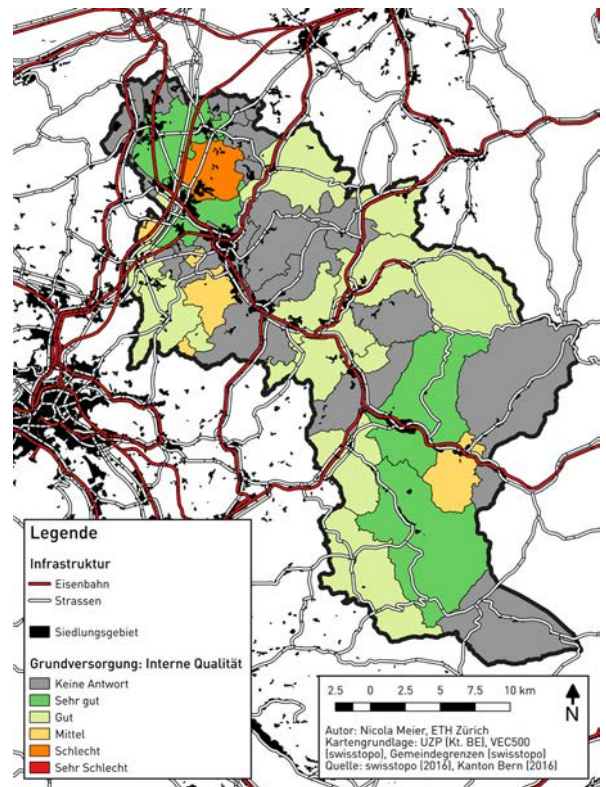


Abbildung 64: Qualität der gemeindeinternen Grundversorgung. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016).

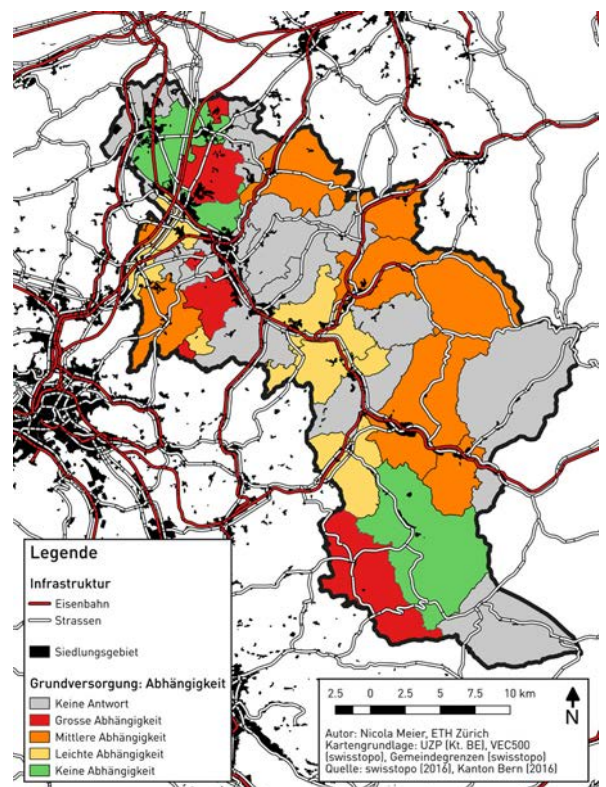


Abbildung 65: Abhängigkeit der Grundversorgung von den umliegenden Gemeinden. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016).

8.2.2 Entwicklungsleitbild und überkommunale Zusammenarbeit

Um einen Überblick zu erhalten, ob in den Emmentaler Gemeinden Entwicklungsleitbilder zur Grundversorgung vorhanden sind und ob bezüglich der Thematik Grundversorgung überkommunal zusammengearbeitet wird, haben sich drei Fragen auf diese Themen bezogen.

Die erste Frage hat sich damit befusst, ob die Gemeinden ein Entwicklungsleitbild haben, in dem unter anderem die gewünschte Entwicklung der Grundversorgung mit Zielen festgelegt ist und in welchem konkrete Massnahmen zu deren Umsetzung formuliert sind. Der grösste Teil der Gemeinden hat dazu geantwortet, dass sie kein solches Entwicklungsleitbild haben. Fünf Gemeinden haben angegeben, bereits ein solches zu besitzen und nur eine Gemeinde plant eines zu erarbeiten (siehe **Abbildung 68** links und **Abbildung 69**). Die Hintergrundrecherche zu dieser Frage hat ergeben, dass die Entwicklungsleitbilder sowie die Ziele und Massnahmen der Gemeinden, die mit Ja geantwortet haben, zum grössten Teil sehr kurz gehalten sind und wenig konkrete Massnahmen enthalten. Bei allen Gemeinden, die diese Frage mit Ja beantwortet haben (Kirchberg, Krauchthal, Lützelflüh, Röthenbach, Rüderswil), gelten nach Ansicht der Gemeinden die für eine Legislaturperiode erstellten Legislaturziele mit Massnahmen als Entwicklungsleitbild. Fakt ist zudem, dass die Gemeinden, welche die Frage zum Entwicklungsleitbild mit Nein beantwortet haben, teilweise auch Legislaturziele auf ihrer Website aufgeschaltet haben. Das Fazit ist hiermit, dass keine der befragten Gemeinden ein Entwicklungsleitbild inklusive Zielen und Massnahmen hat, welches über eine Legislaturperiode hinausgeht und systematisch die Aspekte der Grundversorgungsthematik in der Tiefe behandelt. Fünf Gemeinden haben die für eine Legislaturperiode erstellten Ziele und Massnahmen, die nur einzelne Aspekte der Grundversorgung thematisieren, als genügend angesehen, um die Frage mit Ja zu beantworten, während andere Gemeinden mit den gleichen Voraussetzungen die Frage mit Nein beantwortet haben.

Abbildung 68: Zahl der Gemeinden mit einem Entwicklungsleitbild (links). Gemeinden, die eine überkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Grundversorgung eingegangen sind (rechts). Eigene Darstellung.

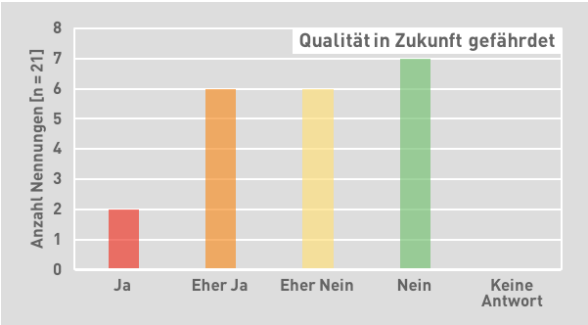
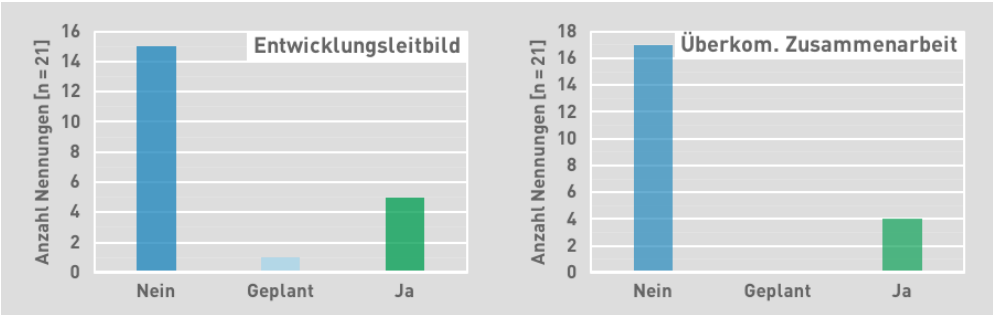


Abbildung 66: Einschätzung der Gemeindevertreter zur Gefährdung der Grundversorgung in den nächsten 5 bis 10 Jahren. Eigene Darstellung

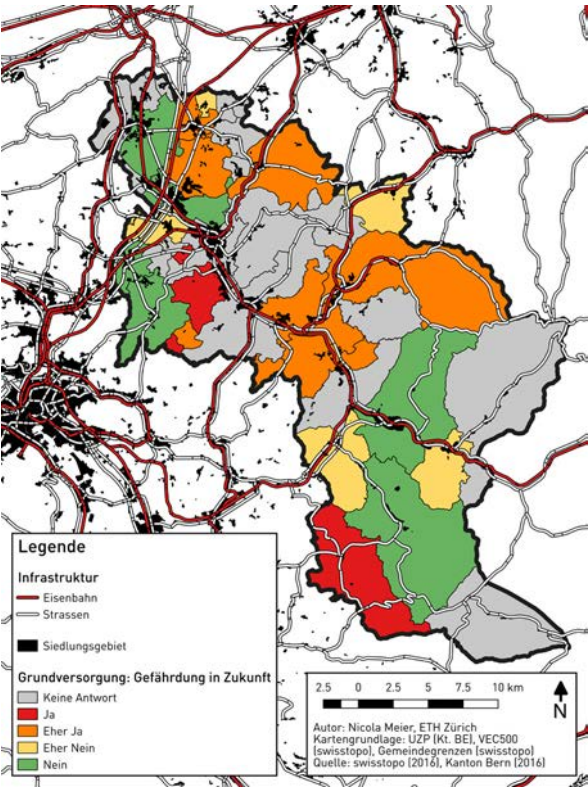


Abbildung 67: Einschätzung der Gemeindevertreter zur Gefährdung der Grundversorgung in den nächsten 5 bis 10 Jahren. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016).

Zwei Fragen haben sich damit befasst, ob im Rahmen einer überkommunalen Zusammenarbeit eine Strategie erarbeitet worden ist, welche unter anderem die gewünschte zukünftige überkommunale Entwicklung der Grundversorgung mit Entwicklungszielen festlegt und konkrete Massnahmen zu deren Umsetzung vorsieht. 16 von 20 Gemeinden haben geantwortet, dass sie in keiner solchen überkommunalen Zusammenarbeit involviert sind (siehe **Abbildung 68** rechts). Nur vier Gemeinden haben die Frage mit Ja beantwortet. Es sind dies Kernenried, Röthenbach i.E., Rüderswil und Rüttligen-Alchenflüh. Röthenbach i.E. und Rüderswil arbeiten im Bereich der Schule und der Spitex mit umliegenden Gemeinden zusammen. Kernenried und Rüttligen-Alchenflüh sind Teil des Gemeindeverbandes Kirchberg, der aus sieben Gemeinden besteht. Dieser beschäftigt sich mit Grundversorgungselementen im Bereich der Bildung, der Altersvorsorge und der öffentlichen Sicherheit. Konkretes Ziele der Zusammenarbeit sind die Optimierung der Führung der Sekundarstufe und der Zivilschutzorganisation Region Kirchberg+, die optimale Integration von Schülern mit besonderen Bedürfnissen und der bestmögliche Werterhalt gemeindeeigener Liegenschaften. Weiter wird die Führung des in Kirchberg liegenden Seniorenzentrums Emme, sowie die Pflege und Betreuung der Friedhöfe und des Bestattungswesens organisiert (Kirchberg+, 2014).

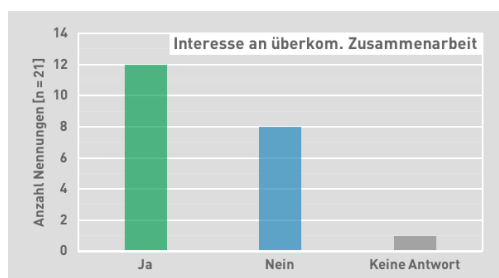


Abbildung 70: Frage zum Interesse an einer überkommunalen Zusammenarbeit. Eigene Darstellung.

Erstaunlich ist, dass die Gemeinden Ersigen, Kirchberg und Lyssach, die auch Teil des Gemeindeverbandes sind, die Frage zur überkommunalen Zusammenarbeit mit Nein beantwortet haben. Die nachfolgende Internetrecherche hat ergeben, dass auch Koppigen und Willadingen die Frage mit Nein beantwortet haben, obwohl sie Teil eines Gemeindeverbandes sind. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass die beiden Gemeindeverbände zwar die Planung und Koordination von gewissen Grundversorgungselementen wahrnehmen, jedoch keine zukünftigen Entwicklungsziele und konkrete Massnahmen formuliert haben. Eine weitere Erklärung ist, dass die Gemeindeverbände primär die Koordination von Oberstufenschulen und Altersheimen als Aufgabe haben und somit nur ein Teil der Grundversorgungselemente überkommunal regeln. Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Post, Banken) oder die medizinische Grundversorgung (Hausarzt, Apotheke) wird in den Gemeindeverbänden nicht thematisiert.

Die Frage, ob die Gemeinden an einer zukünftigen überkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Grundversorgung interessiert sind, ist von über der Hälfte der Gemeinden positiv beantwortet worden. So haben 11 von 21 Gemeinden geantwortet, dass sie sich in Zukunft eine solche Zusammenarbeit vorstellen können (siehe **Abbildung 70**). Das Interesse war dabei über alle Gemeindegrösse und in allen geografischen Räumen vorhanden (siehe **Abbildung 71**).

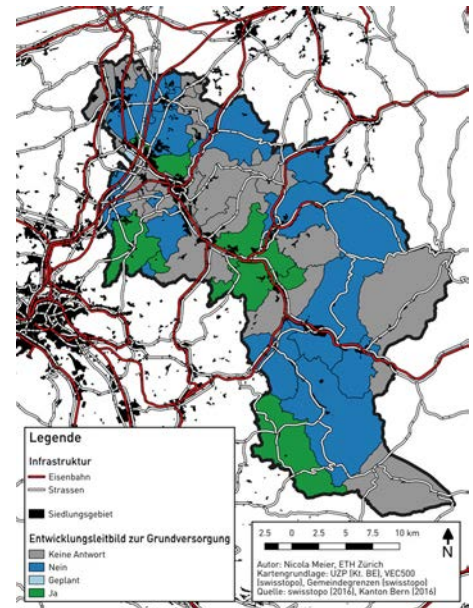


Abbildung 69: Gemeinden mit und ohne Entwicklungsleitbild. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016).

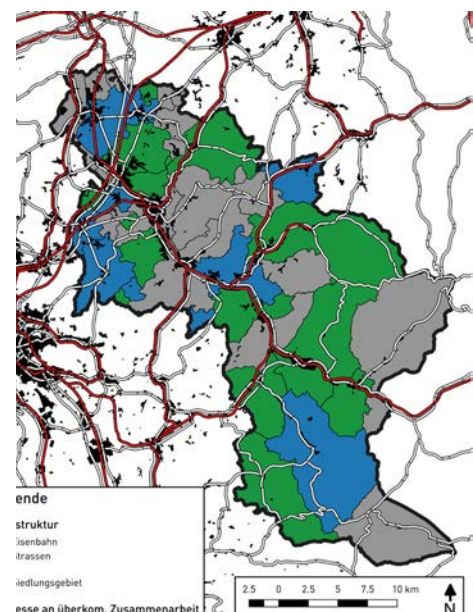


Abbildung 71: Darstellung zeigt, ob Gemeinden Interesse an einer zukünftigen überkommunalen Zusammenarbeit im Grundversorgungsbereich haben. Eigene Darstellung

8.2.3 Kommunale, regionale und kantonale Unterstützung

Die Frage, ob der Kanton Bern und die Region die Gemeinden hinsichtlich den Themen Grundversorgung und Strukturwandel besser unterstützen sollen, ist von 14 der 21 Gemeinden mit Nein beantwortet worden (siehe **Abbildung 72** und **Abbildung 74** links). Immerhin sechs Gemeinden wünschen sich mehr Unterstützung. Die Frage, in welcher Form die Unterstützung idealerweise sein sollte, ist unterschiedlich beantwortet worden. Grössere Gemeinden, wie zum Beispiel Kirchberg, wünschen sich Unterstützung bei der Kommunikation, in Form von Planungshilfen, oder möchten mehr Informationen bezüglich den Auswirkungen des Strukturwandels auf die Grundversorgung. In der Nähe von starken Zentren oder in der Peripherie liegende Gemeinden, wie zum Beispiel Oberburg oder Trubschachen, orten die Probleme im Bereich der Grundversorgung in der zunehmenden Zentralisierung der kantonalen Infrastruktur. Ihrer Ansicht nach fördert der Kanton Bern mit dem neuen kantonalen Richtplan und der Verteilung von neuen Infrastrukturprojekten die Schwierigkeiten, mit welchen kleinere Gemeinden im Bereich der Grundversorgung zu kämpfen haben. Oberburg wie auch Trubschachen wünschen sich, dass die kantonalen Einrichtungen vermehrt wieder auf die Regionen verteilt werden. Dies hätte gemäss Trubschachen einen positiven Einfluss auf alle Elemente der Grundversorgung. Auch Koppigen sieht die Zentralisierung von Einrichtungen als grosses Problem. Weiter hat die Gemeinde aufgrund der wachsenden Pendlerströme Angst, dass sie zur Schlafgemeinde verkommt. Die Pendlerströme verursachen in Koppigen zudem «zeitweise unmögliche Verkehrsdichten»²⁷. Weiter wünscht sie sich, dass die kleineren Gemeinden auch in Zukunft vom Kanton Entwicklungspotential in Form von Neueinzonungen zugesprochen erhalten. Röthenbach i.E. ist der Ansicht, dass finanzielle Unterstützung von kantonalen Seite am ehesten Sinn machen würde. Die Gemeinde hat Schwierigkeiten die ÖV-Verbindungen aufrecht zu erhalten. Die ÖV-Linien weisen wegen der tiefen Einwohnerzahl, der peripheren Lage und dem dispersen Streusiedlungsgebiet einen sehr schlechten Kostendeckungsgrad auf. Seit einigen Jahren ist der Gemeindeteil Oberei nicht mehr mit dem ÖV zu erreichen, was «für Leute ohne eigenen PW eine Katastrophe»²⁸ sei. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, die ÖV-Verbindung wiederherzustellen und für die Busbetriebe ist die Wiederaufnahme dieser Linie wegen der schlechten Auslastung kein Thema. Rüderswil und Ersigen erachten

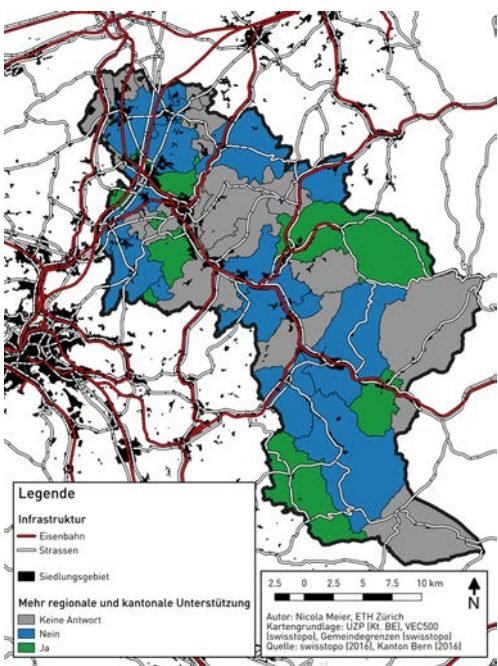


Abbildung 72: Darstellung zeigt, ob die Gemeinden mehr Unterstützung von kantonalen und regionaler Seite wünschen. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016).

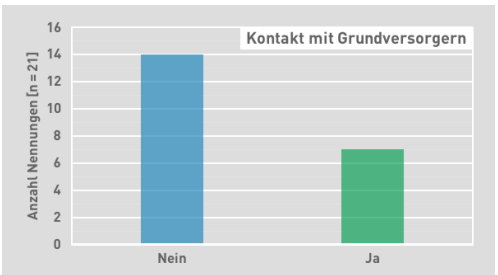
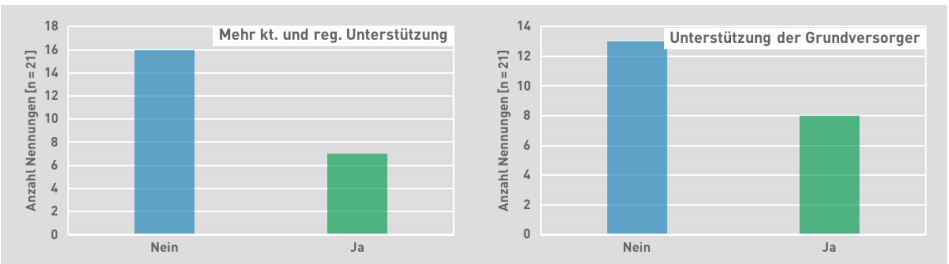


Abbildung 73: Antworten auf die Frage, ob die Gemeinden regelmässig in Kontakt mit den Grundversorgern stehen. Eigene Darstellung.

Abbildung 74: Antworten auf die Frage, ob Kanton und Region die Gemeinden bezüglich Grundversorgung mehr unterstützen sollten (links) und ob die Gemeinden die Grundversorger unterstützen (rechts). Eigene Darstellung.



27 Urs Schneider, Gemeinderatspräsident Koppigen.
28 Matthias Sommer, Gemeindepräsident Röthenbach i.E.

es als schwierig, die Probleme nur auf Gemeindeebene anzugehen. Für Rüderswil können die im Bereich der Grundversorgung anfallenden Arbeiten am ehesten in einer eingeschränkten regionalen Zusammenarbeit, also mit den benachbarten Gemeinden, erledigt werden. Auch Ersigen ist der Meinung, dass die Grundversorgung primär in Gemeindeverbänden oder in der Regionalkonferenz Emmental geregelt werden muss.

Die Frage, ob die Gemeinden regelmässig in Kontakt mit Grundversorgungsanbietern stehen, ist von 14 Gemeindevertretern verneint worden (siehe **Abbildung 73**). In solchen die mit Grundversorgungsanbietern Kontakt haben, geschieht die Kommunikation primär über persönliche Gespräche mit Läden, Banken, der Post, der Swisscom oder aber über den Gewerbeverband. Oberburg hat die Erfahrung gemacht, dass die Gemeinden bei den Banken und der Post keinen Handlungsspielraum haben und bei Einschränkungen der Öffnungszeiten und Schliessungen von Filialen vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Der Kontakt mit Schulen ist wegen den gesetzlichen Vorgaben als selbstverständlich erachtet worden.

Die Frage, ob die Gemeinden die Grundversorgungsanbieter unterstützen, ist von 13 Gemeinden verneint worden (siehe **Abbildung 74** rechts und **Abbildung 75**). Sieben haben angegeben, dass sie gewisse Grundversorgungsanbieter unterstützen. Die Gemeinde Eggwil hat dem Gesundheitszentrum eine Anschubfinanzierung gewährt. Signau hat die zweite Arztpraxis mit einem Darlehen unterstützt und Sumiswald hat bei der Entwicklung des Gesundheitszentrums mitgeholfen. Kirchberg und Krauchthal unterstützen den Mahlzeitendienst der Spitex. Letztere unterstützt zudem den lokalen Tageselternverein. Rüttligen-Alchenflüh organisiert im Zweijahresrhythmus einen Gewerbeanlass, an dem sämtliche Gewerbebetriebe mit einer Delegation eingeladen werden. Am Anlass werden Gespräche geführt und Kontakte zwischen Privaten und Behörden geknüpft oder gefestigt.

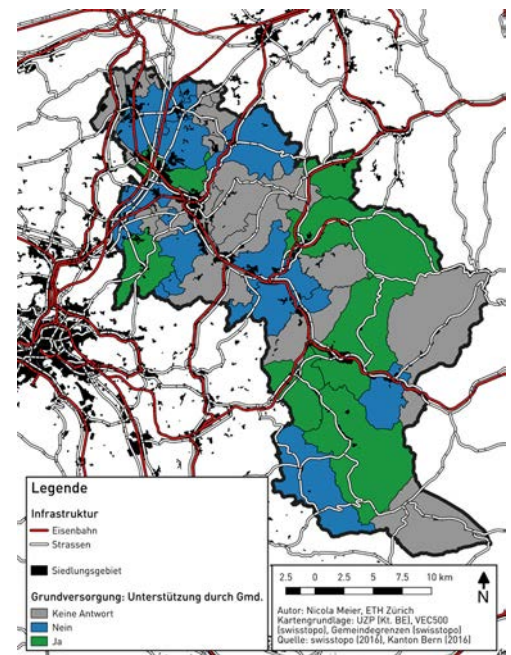


Abbildung 75: Darstellung zeigt, ob die Gemeinden die Grundversorgungsanbieter unterstützen oder nicht. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016).

8.2.4 Zwischenfazit: Regionalkonferenz Emmental

Emmentaler Gemeinden mit weniger als 1'000 EW sind heute in den wenigsten Fällen noch Standorte von Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs. Lebensmittelläden, Bäckereien, Metzgereien und Molkereien sowie Poststandorte und Bankfilialen sind vermehrt erst in Gemeinden mit mehr als 1'000 EW zu finden. Ab 2'000 EW weisen die meisten Gemeinden ein umfassenderes Versorgungsangebot auf. Auch Arzt- und Zahnarztpraxen sind in der Regel erst in Gemeinden mit mehr als 2'000 EW zu finden. Primarschulen bilden hingegen eine Ausnahme. Diese sind flächendeckend über alle Gemeindegrößenklassen vorhanden.

Die Auswertung des Fragebogens hat ergeben, dass der grösste Teil der Gemeindevertreter die gemeindeeigene Grundversorgungsqualität als gut bis sehr gut bewertet hat. Rund die Hälfte findet jedoch, dass ihre Gemeinde mittel bis stark von der Grundversorgung der umliegenden Gemeinden abhängig ist. Dieser Meinung sind vor allem periphere und neben starken Zentren liegende Gemeinden. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage zur zukünftigen Gefährdung der Grundversorgungsqualität. Von den an der Umfrage beteiligten Gemeinden ist keine im Besitz eines Entwicklungsbildes, dass mit konkreten Zielen und Massnahmen die gewünschte Entwicklung der Grundversorgung skizziert. Die Gemeinden arbeiten zudem im Bereich der Grundversorgung momentan noch wenig zusammen. Grundsätzlich besteht jedoch ein breites Interesse an zukünftigen überkommunalen Zusammenarbeiten. Nur rund ein Drittel der Gemeinden wünscht sich mehr Unterstützung durch den Kanton oder die Region. Die gewünschte Form der Unterstützung ist, wie bereits erwähnt, sehr unterschiedlich.

8.3 Gemeinde Ersigen

Die Gemeinde Ersigen ist auf Basis der in der Umfrage gemachten Erkenntnisse ausgewählt worden. Sie bewertet die gemeindeeigene Grundversorgung als schlecht und schätzt die vorhandenen Versorgungseinrichtungen in Zukunft als eher gefährdet ein. Die Nähe zu Kirchberg, der Onlinehandel, sowie die gute verkehrstechnische Erschliessung werden als Gründe für diese Einschätzung genannt. Tatsächlich weist die Gemeinde für ihre Grösse eine geringe Anzahl an Versorgungselementen auf, wie die nachfolgende Vertiefung aufzeigt.

8.3.1 Übersicht

Kennzahlen der Gemeinde

Die Gemeinde Ersigen ist am 1. Januar 2016 aus der Fusion der drei Gemeinden Ersigen, Oberösch und Niederösch entstanden. Sie gehört zur RK Emmental und liegt nordöstlich von Kirchberg im Berner Mittelland am Rande des Hügellandes (siehe **Abbildung 55** zu Beginn dieses Kapitels). Weiter ist die Gemeinde Teil des Gemeindeverbandes Kirchberg, der aus den sieben Gemeinden Aefligen, Ersigen, Kernried, Kirchberg, Lyssach, Rüttligen-Alchenflüh und Rüti bei Lyssach besteht. Das Gemeindegebiet von Ersigen umfasst 1'540 ha, wovon fast ein Drittel (458 ha) Wald sind. 2015 zählte die Gemeinde 2'026 Einwohner. Seit 2000 ist die Bevölkerungszahl um 252 Personen (+14.2 %) gestiegen (siehe **Tabelle 9**). Die Gemeinde weist eine Bevölkerungsdichte von 132 EW/km² auf, was im Vergleich zur Schweiz mit 199 EW/km² eine leicht geringere Dichte ist. Die Zahl der Haushalte belief sich 2014 bei einer mittleren Haushaltsgrösse von 2.4 Personen auf 833. Im Vergleich zur Schweiz (17.8 %) weist die gesamte Gemeinde Ersigen mit 18.6. % nur einen leicht höheren Anteil an über 65-Jährigen aus. Nur der Gemeindeteil Oberösch hat mit 22.1 % einen deutlich höheren Anteil (STATPOP BFS, 2016). 2013 wurden in der Gemeinde Ersigen rund 550 Beschäftigte gezählt, wobei 153 in der Landwirtschaft tätig waren. Dementsprechend ist die Landwirtschaft in Ersigen immer noch ein wichtiger Arbeitgeber.

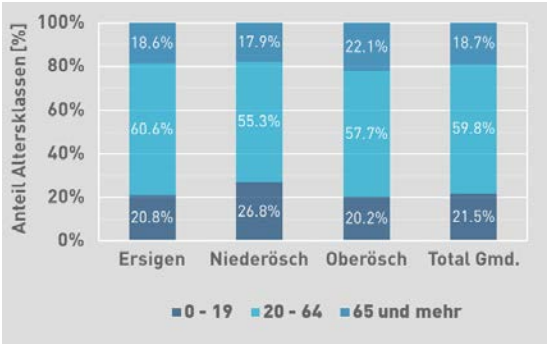


Abbildung 76: Anteil der Altersklassen in den Ortsteilen und der gesamten Gemeinde im Jahr 2015. Eigene Darstellung. Quelle: STATPOP BFS (2016)

Siedlungsgebiet und Verkehr

Gemäss dem Richtplan 2030 des Kantons Bern liegt die Gemeinde im Raumtyp «zentrumnahe ländliche Gemeinde»²⁹. Das Siedlungsgebiet der Gemeinde besteht aus verschiedenen Dörfern, die sich wie eine Perlenkette entlang der Dorfstrasse zwischen den grösseren Orten Kirchberg BE und Koppigen aufreihen (siehe **Abbildung 77**). Ersigen ist mit Abstand das grösste Dorf. Der alte Dorfkern von Ersigen befindet sich entlang der Strasse. Im Osten von diesem erstreckt sich in Hanglage bis zur Waldgrenze das Einfamilienhausquartier.

Tabelle 9: Einwohnerentwicklung zwischen 2000 und 2015, Anzahl Haushalte und mittlere Haushaltsgrösse 2014, Beschäftigtenzahl und Arbeitsstätten 2013, sowie Leerwohnungsziffer 2015. Eigene Zusammenstellung.

| | Einwohner | | | | Haushalte | | Beschäftigtenanzahl | | | Arbeitsstätten | | | Leerwhng. % |
|------------|-----------|-------|-------|-------|-----------|--------|---------------------|-----------|-----------|----------------|-----------|-----------|-------------|
| | Anz | Anz | Anz. | Anz. | Anz. | Mittel | 1. Sektor | 2. Sektor | 3. Sektor | 1. Sektor | 2. Sektor | 3. Sektor | |
| | 2000 | 2005 | 2010 | 2015 | 2014 | 2014 | 2013 | 2013 | 2013 | 2013 | 2013 | 2013 | 2015 |
| Ersigen | 1'455 | 1'465 | 1'573 | 1'687 | 692 | 2.38 | 76 | 104 | 260 | 28 | 19 | 60 | 3.12 |
| Niederösch | 208 | 227 | 242 | 235 | 94 | 2.5 | 52 | X | 33 | 16 | X | 8 | 5.45 |
| Oberösch | 111 | 117 | 111 | 104 | 47 | 2.3 | 25 | X | X | 7 | X | X | 5.17 |
| Total Gmd. | 1'774 | 1'809 | 1'926 | 2'026 | 833 | 2.4 | 153 | 104 | 293 | 51 | 19 | 68 | - |

Quellen: ESPOP, STATPOP, GWS, STATENT BFS (2016)

29 In diesem Raumtyp soll der Siedlungsdruck auf wenige, gut erschlossene Standorte, also primär auf die Zentren der dritten und vierten Stufe, gelenkt werden. Quelle: Kanton Bern (2016a)

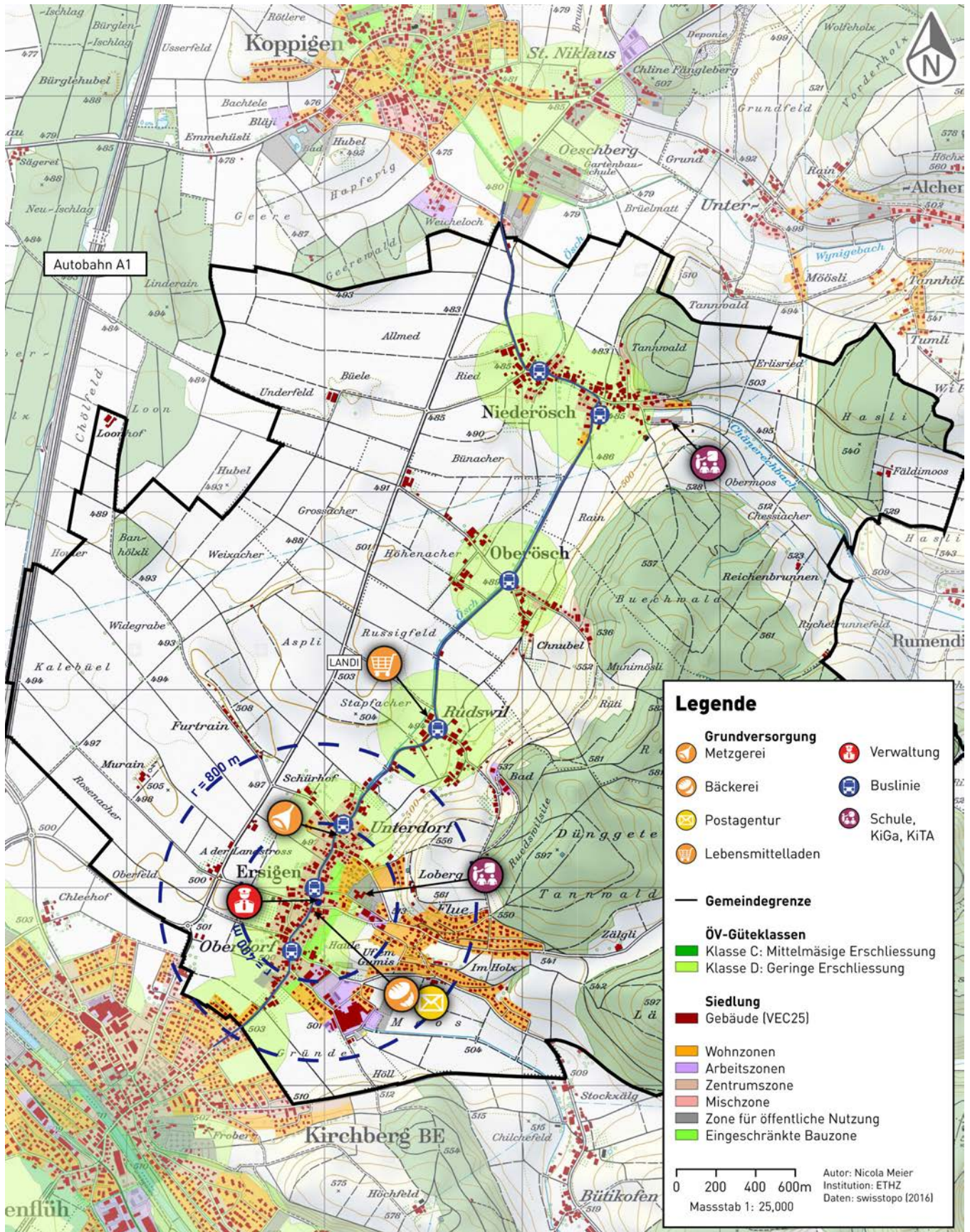


Abbildung 77: Übersicht über die Grundversorgungselemente der Gemeinde Ersigen. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016)



Abbildung 78: Luftbild mit Blick von Nordenosten nach Südwesten auf den Gemeindeteil Ersigen (1) mit dem Dorfzentrum (1a), dem Einfamilienhausquartier (1b) und der Gewerbezone (1c). Im Hintergrund ist die Ortschaft Kirchberg-Alchenflüh (2) und das Shoppingcenter Lyssach (3) sichtbar. Eigene Darstellung. Quelle: Gemeinde Ersigen (2016).

Die Luftliniendistanz vom hintersten Einfamilienhaus bis zur im Dorfzentrum liegenden Gemeindeverwaltung beträgt rund 1.2 km. Im Süden der Ortschaft Ersigen befindet sich die Industrie- und Gewerbezone, wo mehrere zum Teil grössere Gewerbebetriebe angesiedelt sind (siehe **Abbildung 78**). Das Siedlungsgebiet ist weitläufig und weist eine grosse, unbebaute Fläche in der Mitte auf. Die Bebauung im Ortskern ist geprägt von typischen Berner Bauernhäusern und ein- bis zweistöckigen Wohnhäusern mit Walm- und Gibeldächern. Die Einfamilienhäuser im Osten des Zentrums sind aus den 60er bis 80er Jahren. Die Gebäudevolumen nehmen vom Zentrum in Richtung Einfamilienhausquartier ab. Der Siedlungsrand ist ausgefranst und unklar definiert, wobei der Abschluss vielfach durch Einzelbäume gestaltet wird.

Die bisherigen Baureglemente und Zonenpläne für die Dörfer haben auch nach der Fusion der drei Gemeinden ihre Gültigkeit bewahrt. Die Gemeinde Ersigen plant jedoch auf Anfang 2017 mit einer gesamtheitlichen Ortsplanungsrevision zu beginnen, welche nach Ansicht der Gemeinde nicht vor 2019 abgeschlossen sein wird. Ersigen weist verschiedentlich unüberbaute Bauzonen³⁰ auf, die im gesamten eine Fläche von rund 7.5 ha aufweisen (siehe **Abbildung 79**). Davon liegen etwas über der Hälfte (4.1 ha) in der «Dorfzone» oder der «Fairnesszone», welche am ehesten einer W2-Zone entspricht. Gemäss den Angaben der Gemeinde besitzt diese jedoch weder eigenes Bauland noch sind aktuell unüberbaute Bauparzellen für die Realisierung von individuellen Wohnbauten von privaten Grundeigentümern verfügbar (Ersigen, 2016a). Für externe Investoren bestehen im Moment somit keine Möglichkeiten Bauland zu erwerben.

Die Distanz zur Autobahnauffahrt Kirchberg/Alchenflüh der A1 beträgt rund 3 km. Gemäss Google Maps beträgt die Fahrzeit für die 25.8 km lange Strecke in die Stadt Bern 24 Minuten. Das regionale Zentrum Burgdorf ist in nur 12 Minuten Fahrzeit zu erreichen. Das ÖV-Angebot besteht aus einer einzigen, halbstündlich verkehrenden Buslinie, welche die Ortschaften Burgdorf, Kirchberg-Ersigen-Koppigen-Alchenstorf und Wynigen verbindet. In Kirchberg haben die ÖV-Nutzer Anschluss an das S-Bahnnetz der Region Bern. Die schnellste ÖV-Verbindung von der Haltestelle Ersigen, Gemeindehaus in die Stadt Bern dauert 43 Minuten und verkehrt einmal pro Stunde.

30 Unüberbaute Bauzonen: Baulücken und Innenentwicklungspotentiale von teilweise bebauten Parzellen (siehe Anhang A4). Definition gemäss Raum+ (ETH Zürich, 2016).



Abbildung 79: Harmonisierte Bauzonen der Gemeinde Ersigen aus dem Übersichtszoneplan des Kantons Bern und bestehende unüberbaute Bauzonen. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016).

Die Fahrt mit der langsameren Verbindung, welche auch jede Stunde angeboten wird, dauert 55 Minuten. Nach Kirchberg gelangt man jede halbe Stunde, wobei die Fahrzeit mit dem Bus nach Kirchberg, Post nur 3 Minuten beträgt.

Grundversorgung

Für die Versorgung der Einwohner mit Gütern des täglichen und wöchentlichen Bedarfs sind in der Gemeinde eine LANDI, in welcher ein sehr kleiner Laden mit 50 m² Verkaufsfläche integriert ist, eine Metzgerei sowie eine Bäckerei mit kleiner Lebensmittelecke und integrierter Postagentur vorhanden. Weitere Lebensmittelläden existieren nicht. Eine Bankfiliale oder ein Bankomat sind in der Gemeinde nicht vorhanden.

Auf dem Gemeindegebiet von Ersigen befinden sich eine Vorschule, zwei Kindergärten, sowie zwei Schulen. In der Schule Ersigen sind neben den Kindergärten alle Primar- sowie Realstufen vorhanden. Weiter befindet sich auf dem Schulgelände eine Tagesschule, in welcher Kindergarten- und Schulkinder nach der obligatorischen Unterrichtszeit betreut werden. In der Schule in Niederösch befindet sich ein Kindergarten sowie die Schulstufen von der 1. bis in die 4. Klasse. Die Sekundarschüler der Gemeinde Ersigen gehen in Kirchberg zur Schule.

Im Bereich der medizinischen Grundversorgung bestehen ausser der Spitex keine weiteren Versorgungseinrichtungen. Es existieren jedoch Angebote, die in dieser Arbeit nicht zur medizinischen Grundversorgung gezählt werden. Diese umfassen eine Naturheilpraxis (Osteopathie) sowie zwei Physiotherapiepraxen, wovon eine zusätzlich auch Psychotherapien anbietet.

8.3.2 Erkenntnisse

Siedlung und Verkehr

Aufgrund der hohen Zahl an unüberbauten Bauzonen und aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinde Ersigen kein Zentrum der dritten oder vierten Stufe ist, wird die Gemeinde zukünftig wegen den neuen kantonalen Vorgaben kaum mehr die Möglichkeit haben, Land einzozonen zu können. Wenn die Gemeinde in Zukunft also wachsen möchte, muss dies in den bestehenden Bauzonen geschehen. Bei einer kompletten Überbauung kann mit rund 350 zusätzlichen Einwohnern³¹ gerechnet werden (siehe [Tabelle 10](#)). Ausserdem weist die Gemeinde tiefe Einwohner- und Raumnutzerdichten auf (siehe [Abbildung 80](#)). Diese Tatsache ermöglicht eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach Innen, ohne dass aufgrund der höheren Nutzungsdichte der dörfliche Charakter verloren geht. Insbesondere die Nähe zum starken Zentrum Kirchberg und die gute Erreichbarkeit können hierbei als Chance gesehen werden. Diese bilden erhebliche Standortvorteile, mit welchen die Gemeinde das Interesse von zukünftigen Zuzüger wecken kann.

Die Gemeinde Ersigen ist unter anderem mit der nahe gelegenen Autobahn A1 sehr gut an das übergeordnete Schweizer Strassennetz angebunden. In Kirchberg-Alchenflüh haben die ÖV-Nutzer zudem Anschluss an das S-Bahnnetz der BLS³², welches grosse Teile um die Stadt Bern erschliesst. Mit Kirchberg-Alchenflüh befindet sich, wie oben erwähnt, ein starkes Zentrum direkt neben der Gemeinde. Diese verkehrlichen und geografischen Voraussetzungen erschweren aus verschiedenen

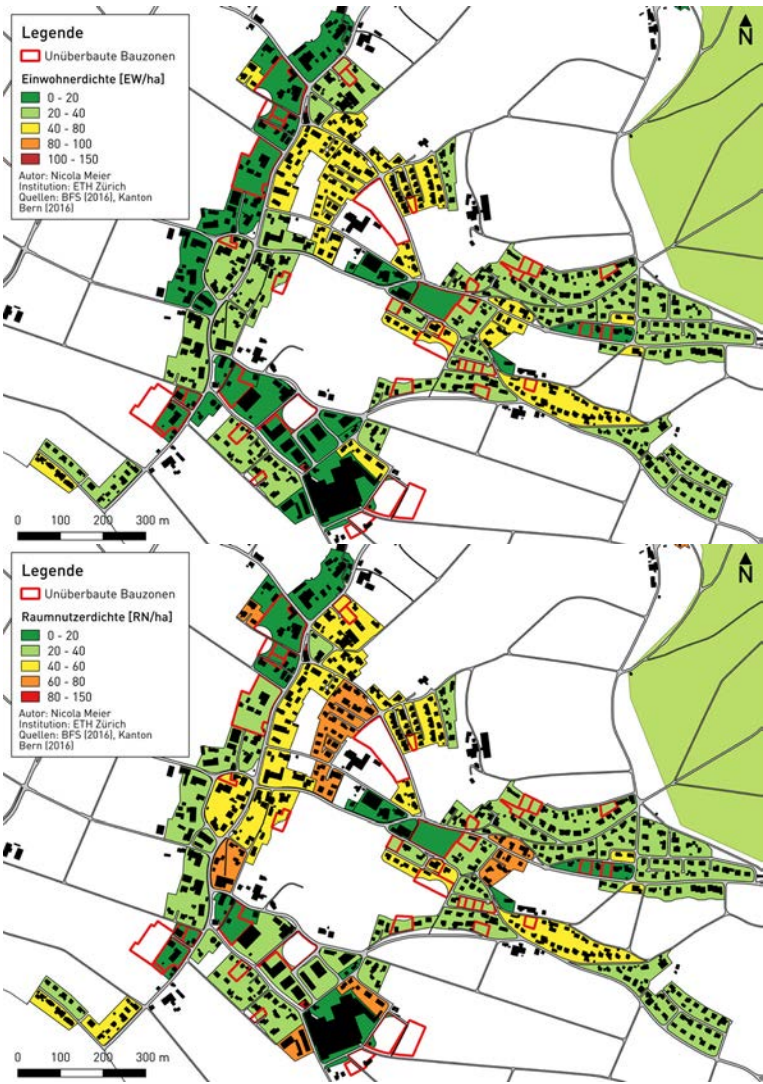


Abbildung 80: Einwohner- (oben) und Raumnutzerdichten (unten) der verschiedenen Quartierteile von Ersigen. Eigene Darstellung. Quellen: swisstopo (2016), Kanton Bern (2016), BFS (2016)

Tabelle 10: Abschätzung des Einwohnerpotentials in den unüberbauten Bauzonen. Eigene Zusammenstellung. Quelle: Kanton Bern (2016)

| | Unüberbaute Bauzone | Einwohnerpotential* | | | Ausnutzungsziffer* | | | Wohnflächenverbrauch pro Kopf* | | | Anteil HNF* an Geschossfläche | | | |
|-----------------------|---------------------|---------------------|--------|--------|--------------------|------|--------|--------------------------------|------|--------|-------------------------------|--------|--------|--------|
| | | Fläche | Tief | Mittel | Hoch | Tief | Mittel | Hoch | Tief | Mittel | Hoch | Tief | Mittel | Hoch |
| | | [ha] | [Anz.] | [Anz.] | [Anz.] | AZ | AZ | AZ | [m²] | [m²] | [m²] | Anteil | Anteil | Anteil |
| Dorfzone | 2.55 | 65 | 215 | 510 | 0.4 | 0.7 | 1 | 35 | 50 | 80 | 0.5 | 0.6 | 0.7 | |
| Fairnesszone (W2) | 1.56 | 50 | 150 | 360 | 0.3 | 0.5 | 0.7 | 35 | 50 | 80 | 0.5 | 0.6 | 0.7 | |
| Total Dorfzone und W2 | 4.11 | 115 | 365 | 870 | | | | | | | | | | |

Quelle: Kanton Bern (2016)

*Annahme: Parzellen sind schon erschlossen. Deshalb gilt: EW-Potential = (AZ * Fläche unüberbaute BZ * Anteil HNF) / Whnfl. pro Kopf
HNF: Hauptnutzfläche, AZ: Ausnutzungsziffer, BZ: Bauzone

31 Dieser Wert ist theoretisch. Für die komplette Ausnutzung dieses Potentials ist teilweise eine Änderung des Baureglements oder der Zonenordnung notwendig.
32 Die Abkürzung BLS steht für den Eisenbahnbetreiber Bern-Lötschberg-Simplon. Die BLS betreibt das zweitgrösste S-Bahnnetz der Schweiz (BLS AG, 2016).

Gründen die Aufrechterhaltung von gemeindeinternen Versorgungseinrichtungen. Wegen der sehr guten Erreichbarkeit der Gemeinde können Versorgungseinrichtungen ausserhalb von Ersigen innert kürzester Zeit erreicht werden. Die Versorgungsanbieter von Ersigen stehen daher nicht nur in Konkurrenz mit denjenigen aus Kirchberg-Alchenflüh. Mit dem Einkaufszentrum Lyssach, welches sich in nur 3.5 km Entfernung befindet, und der Stadt Burgdorf, die in nur 12 Minuten Fahrzeit mit dem Auto erreicht werden kann, besteht ein grosses Konkurrenzangebot in geringer Entfernung.

Die Gemeinde hat mit 550 Beschäftigten auf 1'212 Personen im erwerbstätigen Alter schätzungsweise einen relativ hohen Anteil an Pendlern, welche sich tagsüber nicht in der Gemeinde aufhalten. Die gemeindeinternen Arbeitsplätze befinden sich primär im alten Dorfkern sowie in der Gewerbezone, wie ein Vergleich der Einwohner- und Raumnutzerdichte aufzeigt. Dies ist sicherlich mitunter ein Grund, weshalb sich drei der vier Gastronomiebetriebe in diesem Teil von Ersigen befinden. Die Kundenströme dürften hier am grössten sein.

Grundversorgung

Bei der Versorgung mit Gütern des täglichen und wöchentlichen Bedarfs bestehen in der Gemeinde Ersigen Versorgungslücken, die es zu schliessen gilt. Es sind in der Gemeinde zwar ein kleiner Laden mit 50 m² Verkaufsfläche, eine Metzgerei sowie eine Bäckerei mit kleiner Lebensmittelecke und integrierter Postagentur vorhanden. Die Tatsache, dass in einer Gemeinde mit über 2'000 EW jedoch kein Lebensmittelgeschäft vorhanden ist, schmälert im Vergleich zu anderen Gemeinden vergleichbarer Grösse die Standortattraktivität von Ersigen. Trotz der Tatsache, dass in der Nähe wie erwähnt ein grosses Angebot an Detailhändlern vorhanden ist, wäre ein gemeindeeigener Lebensmittelladen aus diversen Gründen ein Gewinn. Aufgrund des fehlenden Angebots in Ersigen wird die Bevölkerung gezwungen, ihre Bedürfnisse an Gütern und Waren des täglichen Bedarfs ausserhalb der Gemeinde zu befriedigen. Dadurch fehlen auch anderen Dienstleistungsanbietern innerhalb der Gemeinde Kunden. Dies kann mitunter ein Grund sein, weshalb es Dienstleistungsanbieter schwierig haben, in Ersigen Fuss zu fassen. Ein Lebensmittelladen im Dorfzentrum wäre dienlich für das Kundenaufkommen und würde helfen, das Zentrum zu beleben. Davon profitieren alle Ersiger Dienstleistungsbetriebe. Ein weiterer Grund, wieso in Ersigen kein Lebensmittelladen vorhanden ist, kann das disperse Siedlungsgebiet sein. Da das Einfamilienhausquartier in Ersigen abgekoppelt ist vom ursprünglichen Zentrum an der Dorfstrasse, wird es nicht durch die Buslinie erschlossen. Die Distanz und das fehlende ÖV-Angebot kann dazu führen, dass die im Einfamilienhausquartier wohnhaften Personen primär mit dem MIV unterwegs sind und auf den ÖV oder das Velo verzichten. Sobald sich eine Person ins Auto gesetzt hat, spielt es vom Zeitaufwand her kaum mehr eine Rolle, ob sie ihre Einkäufe in Ersigen oder direkt in Kirchberg erledigt. Die Fahrzeiten unterscheiden sich wegen den geringen Distanzunterschieden kaum. Weiter hat dies einen negativen Einfluss auf die Aufenthaltsqualität in den Aussenräumen des Dorfzentrums, da diese einer erhöhten Verkehrsbelastung ausgesetzt sind.

Im Bereich der Bildung hat die Gemeinde mit dem bestehenden Angebot eine gute Versorgungsqualität. Die fehlende Oberstufenschule ist für Ersigen aufgrund der geografischen Nähe zu Kirchberg kein Problem. In Zukunft wird für die Gemeinde aber von Bedeutung sein, den Primarschul- und Kindergarten-Standort in Niederösch beizubehalten, was bei sinkenden Kinderzahlen aber schwierig werden dürfte. Der Standort ist für die Dörfer Oberösch mit 111 EW und Niederösch mit 208 EW sehr wichtig. Ein Primarschulstandort gilt als Argument für Familienzuzüger. Eine mögliche Schliessung des Standorts könnte zur Folge haben, dass keine neuen Familien mehr zuziehen und die Dörfer in Zukunft Probleme mit sinkenden Einwohnerzahlen haben.

Im Bereich der medizinischen Grundversorgung fehlt der Gemeinde seit 2015 eine Arztpraxis. Der ehemalige Hausarzt ist nach 10 Jahren Tätigkeit in der Gemeinde in Pension gegangen. Wegen des Ärztemangels ist es ihm nicht gelungen, eine Nachfolgelösung zu finden. Da in gewissen Gemeindeteilen eine hohe Anzahl an älteren Menschen leben, fällt die Versorgungslücke zusätzlich ins Gewicht. Der damalige Gemeindeschreiber hat in einem Interview mit der Berner Zeitung gesagt, dass die Gemeinde überrascht worden ist vom Schliessungsentscheid, weshalb es ihr nicht möglich gewesen ist, darauf zu reagieren (BZ, 2015). Die entstandene Lücke gilt es in Anbetracht des demografischen Wandels zu schliessen.

9 Herausforderungen und Empfehlungen

In der Vertiefungsphase sind verschiedene Aspekte der Grundversorgung detailliert betrachtet worden. Nachfolgend wird noch einmal auf die wichtigsten Erkenntnisse eingegangen. Die daraus entstehenden zukünftige Herausforderungen werden auf den verschiedenen Flugebenen diskutiert. Schliesslich werden auf allen Flugebenen Empfehlungen abgegeben.

9.1 Regionale und überregionale Ebene

9.1.1 Kanton Bern: Herausforderungen und Empfehlung

Der geografische Raum des Kantons Bern ist sehr heterogen und geprägt von einer hohen Vielfalt. Wegen der grossen Nord-Süd-Ausdehnung befinden sich sowohl Teilräume des Juras, des Mittellandes wie auch der Alpen auf kantonalem Gebiet. Urbane und ländliche Räume befinden sich nahe beieinander und bilden immer öfters funktionale Räume. Dementsprechend schwierig gestaltet es sich für den Kanton Bern, raumplanerische Ziele und Massnahmen über den ganzen Kanton zu erlassen, welche allen Regionen gerecht werden. Im Richtplan 2030 des Kantons Bern wird eine gute Raumordnung definiert als eine, in welcher Wohnen, Arbeiten, Verkehr und andere Nutzungen räumlich gut aufeinander abgestimmt sind (Kanton Bern, 2016a). Dies führt zu geringeren Erschliessungskosten, kürzeren Wegen und stellt eine kostengünstige und energieeffiziente Versorgung sicher. Wie die vorliegende Arbeit aufzeigt, führt der Strukturwandel und die dadurch hervorgerufenen Entwicklungen zu einer immer stärkeren Disparität zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Mit dem einhergehenden Leistungsabbau bei den Versorgungseinrichtungen, von welchem kleine bis mittlere Gemeinden am stärksten betroffen sind, ist die nachhaltige Raumordnung im Kanton Bern besonders gefährdet. In der Umfrage hat ein Teil der Gemeinden die Vorgehensweise des Kantons bei der Verteilung der Versorgungseinrichtungen und neuen Projekten kritisiert. Sie befürchten, dass der Kanton die Zentralisierung von Versorgungseinrichtungen weiter vorantreibt und der ländliche Raum sowie die kleinen Gemeinden auf der Strecke bleiben. Das beibehalten der Balance zwischen urbanen und ländlichen Räumen dürfte somit für den Kanton angesichts der Auswirkungen des Strukturwandels in Zukunft eine grosse Herausforderung werden.

Empfehlung: Planungshilfe für beteiligte Akteure

Die Resultate der Umfrage haben ergeben, dass die Gemeinden neben finanzieller Unterstützung auch solche in Form von Planungshilfen sowie in Form von Planungswissen und Informationen zu den Themen Grundversorgung und Strukturwandel wünschen. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kantons Bern hat in der Vergangenheit zahlreiche Arbeitshilfen veröffentlicht. Eine Arbeitshilfe zu den Themen Grundversorgung und

Strukturwandel fehlt im Moment jedoch noch. Die bestehenden Arbeitshilfen dienen Gemeinden und Planern während der Erarbeitung von Ortsplanungen (AHOP³³) als Hilfestellung bei der Bearbeitung aktueller Themen der Raumplanung. Die Dokumente haben zum Ziel den kommunalen Behörden, Bauherren und Planungsfachleuten aufzuzeigen, wie eine Aufgabenstellung zweckmässig gelöst werden kann (Kanton Bern, 2016b). Die Erstellung einer Arbeitshilfe, welche die Themen Grundversorgung und Strukturwandel abhandelt, könnte den Gemeinden in Zukunft bei Ortsplanungsrevisionen oder bei der Erstellung von kommunalen Richtplänen und Entwicklungsleitbildern als wichtige Hilfestellung dienen. In den Arbeitshilfen sollten Handlungsempfehlungen zu finden sein, die den Gemeinden aufzeigen, wie sie die verschiedenen Grundversorgungselemente in die kommunale Planung integrieren können und was dabei besonders zu beachten ist. Weiter sollte die Arbeitshilfe auch eine Sammlung von Best-Practice-Beispielen für unterschiedliche Gemeindegrossenklassen und Raumtypen enthalten, um den Gemeinden aufzuzeigen, welche Vorgehensweisen in anderen vergleichbaren Gemeinden zu positiven Resultaten geführt haben.

Empfehlung: Unterstützung der Regionalkonferenzen mit Wissen und finanziellen Mitteln

An der Tagung «Künftige Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen» vom 27. Oktober 2016 an der Hochschule Rapperswil hat das Institut für Raumentwicklung (IRAP) eine Studie vorgestellt, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und den Kantonen Basel-Landschaft, Glarus, Graubünden, Solothurn, St. Gallen, sowie Thurgau entstanden ist. Diese hat zum Ziel, den Gemeinden oder Kantonen ein Frühwarn-Indikator zur Verfügung zu stellen, der es ermöglicht, dass dem Leistungsabbau mit guter Planung und genügender Vorlaufzeit begegnet werden kann. Ein wichtiges Werkzeug ist dabei die Visualisierung der Erreichbarkeit der Versorgungsinfrastrukturen für die verschiedenen Siedlungseinheiten. Die gewonnenen Informationen können den Kantonen, Regionen und Gemeinden die Auswirkungen eines Wegfalls von Versorgungsinfrastrukturen aufzeigen. Darauf aufbauend lassen sich die für die Versorgung kritischen Räume und Infrastrukturen identifizieren. Diese Informationen ermöglichen es, frühzeitig wichtige Fragen für raumplanerische und politische Massnahmen zu klären (HSR, 2016). Es handelt sich also um eine Übersicht, dank derer die verschiedenen staatlichen Ebenen einen Überblick über die aktuelle Versorgungssituation in ihrem geografischen Raum verfügen. Mit der Einführung der Regionalkonferenzen im Jahr 2007 hat der Kanton Bern einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Da dem Planen in funktionalen Räumen kommt eine immer wichtigere Rolle zu (siehe nachfolgendes Kapitel 9.1.2). Die vom IRAP in Zusammenarbeit mit dem ARE und diversen Kantonen entwickelte Methode ist eine gute Planungsgrundlage für verschiedene, in der öffentlichen Verwaltung tätigen Entscheidungsträger. Aus diesem Grund sollte das für die Raumplanung zuständige Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kantons Bern in Zukunft in Zusammenarbeit mit den Regionalkonferenzen eine Übersicht erstellen, die periodisch nachgeführt wird. Das AGR unterstützt die RK Emmental während des Projekts am besten im Sinne einer Projektbegleitung mit Planungswissen und finanziellen Mitteln.

Empfehlung: Sensibilisierung kantonaler Entscheidungsträger

In der Umfrage haben sich die Gemeinden der RK Emmental dafür ausgesprochen, dass kantonale Projekte vermehrt wieder dezentraler angesiedelt werden. Auch die Abstimmung über die Spitalstandortinitiative, welche am 26. November 2016 mit 66.1 % abgelehnt worden ist, zeigt auf, dass die Thematik des Leistungsabbaus im ländlichen Raum aktuell ist und diesen bewegt. So haben die ländlichen Regionen wie das Emmental (48.5 % Ja) Frutigen-Niedersimmental (54.1 % Ja) oder Obersimmental-Saanen (79.5 % Ja) die Initiative nur knapp abgelehnt oder aber deutlich angenommen. Da der Leistungsabbau im Grundversorgungsbereich im Zusammenhang mit dem Strukturwandel vermehrt wieder in der politischen Agenda zu finden ist, sollten die politischen Entscheidungsträger über das Zusammenspiel der Themen Grundversorgung, Strukturwandel und Raumplanung informiert werden. Dies könnte zum Beispiel im Rahmen des Raumplanungsberichts geschehen, welcher alle vier Jahre erscheint. In diesem erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat des Kantons Bern Bericht über den Stand der Raumplanung, bezeichnet die aktuellen Herausforderungen und zeigt auf, wie darauf reagiert werden soll. Der letzte Bericht ist dem Grossen Rat im August 2014 vorgelegt worden und hat unter anderem die Themen Siedlungsentwicklung nach innen, Schutz des Kulturlandes oder die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative detailliert betrachtet. Dementsprechend wäre die Information des Grossen Rates über den Einfluss des Strukturwandels im Jahr 2018 möglich. Mit der Sensibilisierung und Information der

33 Die Planungshilfen werden kantonsintern als Arbeitshilfe Ortsplanung (AHOP) bezeichnet.

politischen Entscheidungsträger kann erreicht werden, dass diese bei zukünftigen Entscheiden ein besseres Hintergrundwissen besitzen und die Auswirkungen von raumplanerischen Massnahmen besser abschätzen können. Mit dem Raumplanungsbericht kann dargelegt werden, dass eine dezentrale Grundversorgung aus Gründen der nachhaltigen Entwicklung (kurze Wege, nachhaltige Mobilität, Stärkung der dezentralen Besiedelung) erstrebenswert ist, und dass aus diesem Grund bei Entscheidungen nicht nur die finanziellen Einsparungen, welche durch die Zentralisierung von Versorgungseinrichtungen gemacht werden können, in die Betrachtungen einbezogen werden sollten. Dies betrifft vor allem die Grundversorgungsbereiche Sicherheit, öffentlicher Verkehr, Bildung und Erziehung sowie die medizinische Grundversorgung, da der Kanton hier direkt Einfluss nehmen kann. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber auch, dass reine Strukturermhaltungsmassnahmen, nur um eine dezentrale Versorgung zu erhalten, nicht das Ziel sein sollten.

9.1.2 Regionalkonferenz Emmental: Herausforderungen und Empfehlung

Herausforderungen

Während früher viele Menschen in derselben Gemeinde gewohnt, gearbeitet und ihre Freizeit verbracht haben, pendelt heute ein immer grösserer Teil der Bevölkerung zwischen weit auseinanderliegenden Räumen. Aufgrund des veränderten Lebensstils der Bevölkerung und den durch den Strukturwandel hervorgerufenen räumlichen Entwicklungen sind neue Strategien gefordert. Raumplanung sollte aufgrund der immer komplexer werdenden Aufgaben und Herausforderungen, der steigenden Mobilität und der zunehmenden Vernetzung von verschiedensten raumplanerischen Themen nicht mehr in den traditionellen politischen Räumen, sondern in funktionalen Räumen stattfinden. Das neue Raumkonzept der Schweiz bezeichnet die Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination raumwirksamer Tätigkeiten daher auch als eine der zentralen Herausforderungen in der heutigen Raumplanung. Diese neue Vorgehensweise in der Raumplanung hat 2007 im Kanton Bern dazu geführt, dass rechtlich verbindliche Grundlagen für die interkommunale und regionale Zusammenarbeit festgelegt worden sind. Die Gründung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft Regionalkonferenz Emmental ist, neben der Förderung von Gemeindefusionen, eine Folge davon (VLP, 2012). Die Bedeutung der RK Emmental als Bindeglied zwischen den Gemeinden und dem Kanton Bern dürfte in Zukunft steigen. Die Bereitstellung einer funktionierenden und qualitativ hochwertigen Grundversorgung muss zunehmend durch regionale Planungen sichergestellt werden, denn nicht alle Versorgungseinrichtungen können aus Ressourcengründen flächendeckend unterhalten und zur Verfügung gestellt werden. Darum gilt es, deren ideale Platzierung auf überkommunaler und damit auf regionaler Stufe zu planen. Mit dem fortschreitenden Leistungsabbau im Grundversorgungsbereich, von dem die kleinen und mittleren Gemeinden am stärksten betroffen sind, gewinnt eine gute regionale Planung zusätzlich an Bedeutung.

In der RK Emmental, in welcher 50 % der Gemeinden weniger als 2'000 EW haben und 92.5 % weniger als 5'000 EW aufweisen, äussert sich der Leistungsabbau im Grundversorgungsbereich besonders stark. Ein Indiz dafür sind die Antworten, welche die Gemeinden im Fragebogen gegeben haben. So sind in den letzten fünf Jahren 57 % der Gemeinden, die geantwortet haben, von einer Poststellenschliessung betroffen gewesen. Weiter zeigt sich der Einfluss des Strukturwandels auf die Grundversorgung auch bei den Hausärzten und den Versorgungseinrichtungen mit Gütern und Waren des täglichen Bedarfs (siehe [Tabelle 11](#)). Dementsprechend ist die RK Emmental in Zukunft besonders gefordert. Sie muss den Gemeinden unterstützend zur Seite stehen, damit die negativen Auswirkungen des Strukturwandels so gut wie möglich mit guter regionaler wie auch kommunaler Planung aufgefangen werden können.

Tabelle 11: Anzahl Gemeinden, die gemäss Umfrage in den letzten fünf Jahren von Schliessungen betroffen gewesen sind. Eigene Zusammenstellung.

| | Anzahl von Schliessungen betroffene Gemeinden |
|-------------------|---|
| Lebensmittelläden | 29 % |
| Bäckereien | 24 % |
| Metzgereien | 29 % |
| Molkerei | 33 % |
| Bank | 10 % |
| Bankomat | 10 % |
| Arzt | 33 % |
| Zahnarzt | 0 % |
| Spitex | 5 % |
| Apotheke | 5 % |
| Poststelle | 57 % |
| Postagentur | 0 % |
| KiTa | 0 % |
| Kindergarten | 0 % |
| Primarschule | 14 % |
| Sekundarschule | 0 % |

Empfehlung: Information der Gemeinden

Wie beschrieben sind die Gemeinden der RK Emmental besonders stark vom Strukturwandel betroffen. Von den 37 angeschriebenen Gemeinden haben ohne weitere Erinnerung seitens des Autors 21 Gemeinden geantwortet, was einer Rücklaufquote von 57 % entspricht. Dies zeigt, dass die Themen Grundversorgung und Strukturwandel die Gemeinden bewegen. Angesichts dessen, dass bisher keine der Gemeinden ein detailliertes kommunales Entwicklungsleitbild oder einen Richtplan erstellt hat, in welchem sich die Gemeinde vertieft über die zukünftige Versorgungssituation und weitere Themen Gedanken macht, liegt die Vermutung nahe, dass die wenigsten Gemeinden eine Strategie haben, wie sie den stattfindenden Strukturwandel und den Leistungsabbau handhaben sollen. Weiter stehen die wenigsten Gemeinden regelmässig in Kontakt mit den Grundversorgern, weshalb sie bei Schliessungsentscheiden oft überrascht werden und nicht darauf reagieren können. Eines von mehreren Beispielen hierfür ist die Schliessung der Hausarztpraxis in Ersigen. Es wird daher empfohlen, dass die RK Emmental die Gemeinden an einer Regionalversammlung der RK Emmental, die zweimal jährlich stattfindet, über das Thema Grundversorgung und Strukturwandel informiert und sensibilisiert. Weiter sollen die Gemeinden darauf aufmerksam gemacht werden, dass primär sie aktiv werden müssen. Nur so können die ungeordneten Entwicklungen in geordnete Bahnen gelenkt werden. Dies verlangt jedoch, dass die Gemeinden das Gespräch suchen mit Grundversorgungsanbietern, Investoren, Grundeigentümern und der Bevölkerung. Zudem sollen sie Dritte beiziehen, die über das notwendige Fachwissen besitzen. Ein Beispiel für ein Dienstleistungsangebot, das als fachkundige Erstberatung gedacht ist, wird von der VLP als «DIALOG SIEDLUNG» angeboten. Schliesslich sollen die Gemeinden darauf hingewiesen werden, dass sie vom Förderprogramm 2016-2019 der «Neuen Regionalpolitik» (NRP) Gebrauch machen. Dieses dient dazu, dass die Wettbewerbsfähigkeit und die Wertschöpfung im ländlichen Raum gefördert wird. Die NRP unterstützt innovative Projekte, die zur wirtschaftlichen Stärkung und zum Erhalt sowie zur Förderung von Arbeitsplätzen dienen (RK Emmental, 2016a).

Empfehlung: Erstellen einer regionalen Übersicht über die Versorgungsqualität

Wie im vorangehenden Kapitel angesprochen wird, hat das IRAP in Zusammenarbeit mit dem ARE und diversen Kantonen in einer Studie ein Werkzeug entwickelt, das es ermöglicht, eine Visualisierung der Erreichbarkeit von Versorgungsinfrastrukturen für verschiedene Siedlungseinheiten zu erstellen, damit die für die Region kritischen Infrastrukturen und Räume identifiziert werden können. Aufgrund der in dieser Arbeit beobachteten Auswirkungen des Strukturwandels auf die verschiedenen Grundversorgungselemente in der RK Emmental wäre eine solche Übersicht, die periodisch nachgeführt wird, von herausragender Bedeutung für die zukünftige Planung der Versorgungsinfrastruktur. Die Gemeinden der RK Emmental würden anhand der Übersicht sehen, was es für ihre Einwohner bedeuten würde, wenn zum Beispiel die gemeindeinterne Arztpraxis, der Lebensmittelladen, die Apotheke oder der Zahnarzt schliessen würde. Anhand der Methodik, welche vom IRAP entwickelt worden ist, kann schnell berechnet werden, wie lange die Einwohner bis zur nächsten Versorgungseinrichtung brauchen. Weiter kann die Übersicht auch als Argumentationsgrundlage dienen, falls der Kanton Bern in Zukunft die Schliessung von Versorgungseinrichtungen, seien es zum Beispiel Spitäler oder Bildungsstandorte, plant. Letztendlich kann die Übersicht der RK Emmental und ihren Gemeinden bei der Planung von Projekten helfen, die der Verbesserung der Versorgungssituation dienen.

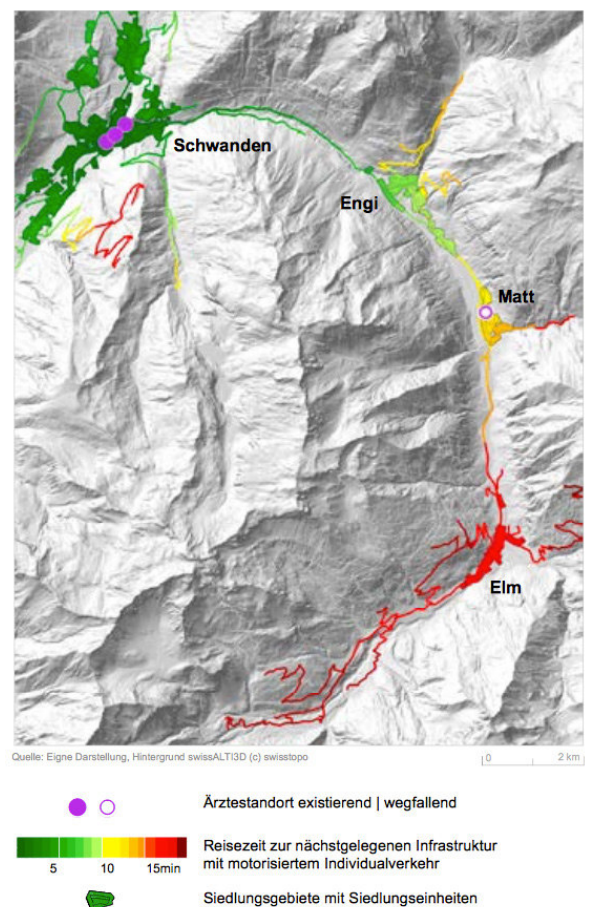


Abbildung 81: Darstellung des vom IRAP entwickelten Werkzeuges zur Versorgungsqualität. Quelle: HSR (2016)

Empfehlung: Förderung der überkommunalen Zusammenarbeit

Wie eingangs der räumlichen Vertiefung erwähnt, zeichnet sich die RK Emmental durch eine grosse Vielfalt an unterschiedlichen Landschaftsräumen aus. Dies hat dazu geführt, dass sich die Gemeinden in der Vergangenheit sehr unterschiedlich entwickelt haben. Aus diesem Grund haben die verschiedenen Gemeinden unterschiedliche Bedürfnisse und Voraussetzungen. Das im Rahmen der Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepten³⁴ (RGSK) erarbeitete Entwicklungsleitbild der Region sieht deshalb vor, dass für gleiche oder ähnliche Probleme nicht in der ganzen Region die gleiche Strategie verfolgt werden soll, was in gewissen Fällen zu Vorteilen für die Einen und Nachteilen für die Anderen führen kann, weshalb die regionale Sichtweise und Zusammenarbeit gefördert werden muss. Daher sollen in Zukunft regionale Modelle für eine Art Lastenausgleich, beziehungsweise für den regionalen Austausch, geprüft werden (RK Emmental, 2016b).

Die überkommunale Zusammenarbeit ist jedoch nicht nur in der Verkehrs- und Siedlungsplanung von Bedeutung. Ein Teil der Gemeinden ist in der Umfrage zum Schluss gekommen, dass die Sicherstellung der Grundversorgung in Zukunft nicht mehr rein eine kommunale, sondern immer mehr eine regionale Aufgabe sein wird. In gewissen Teilregionen der RK Emmental hat diese Erkenntnis dazu geführt, dass Gemeinden sich in sogenannten Gemeindeverbänden zusammengeschlossen haben. Im bereits existierenden, aus sieben Gemeinden bestehenden Gemeindeverband Kirchberg werden schon jetzt gewisse Themen der Grundversorgung überkommunal koordiniert, wie zum Beispiel die Sekundarschule oder das Seniorenzentrum in Kirchberg. Diese Versorgungseinrichtungen werden im Rahmen des Gemeindeverbandes organisiert und dienen allen innerhalb des Verbandes wohnenden Einwohnern. Weiter hat der bestehende Gemeindeverband klar definiert, welche Dienstleistung er verwaltet, was seine Aufgaben sind und welche zukünftige Entwicklung er anstrebt.

Da die Planung in funktionalen Räumen wie beschrieben immer bedeutsamer wird, sollte die RK Emmental ein strategisches Papier entwickeln, das aufzeigt, wie sie die überkommunale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden in der Regionalkonferenz zu fördern gedenkt. Das klassische «Dörflidenken», wie es in vielen Regionen noch vorhanden ist, muss überwunden werden. Dass dieses Denken noch oft in den Köpfen drin ist, haben die Verantwortlichen der Testplanung «Zukunft Frenkental», die an der Tagung «Künftige Versorgungsinfrastrukturen im ländlichen Raum» vorgestellt worden ist, feststellen müssen. Eine Möglichkeit ist es, behördenverbindlich festzulegen, dass jede Gemeinde in Zukunft Teil eines Gemeindeverbandes sein muss. Eine weitere Möglichkeit ist es, finanzielle Anreize zu schaffen, dass solche gegründet werden. Der Gemeindeverband Kirchberg kann dabei als Vorzeigebispiel dienen. Durch den Zusammenschluss zu Gemeindeverbänden können Schwierigkeiten, die auf kommunaler Flugebene nicht geregelt werden können, jedoch nicht von gesamtregionaler Bedeutung sind, diskutiert und angegangen werden. Das Interesse an einer überkommunalen Zusammenarbeit scheint gemäss Fragebogen in vielen Gemeinden vorhanden zu sein. Insbesondere Gemeinden, die aufgrund ihrer Bevölkerungszahl oder der geografischen Lage auf die Versorgungseinrichtungen von umliegenden Gemeinden angewiesen sind, sollten von der Möglichkeit der überkommunalen Zusammenarbeit Gebrauch machen. Längerfristiges Ziel sollte es sein, dass die RK Emmental rund fünf Gemeindeverbände aufweist, welche die regionale Versorgungsinfrastruktur und die raumwirksamen Tätigkeiten auf überkommunaler Stufe regelt.

³⁴ Die RGSK sind ein raumplanerisches Instrument des Kantons Bern mit dem die mittel- bis längerfristige Verkehrs- und Siedlungsentwicklung aufeinander abgestimmt werden soll. Die RGSK der 1. Generation sind vom AGR Ende 2012 als teilregionale Richtpläne genehmigt worden. Die 2. Generation liegt im Moment beim Kanton zur Genehmigung vor (AGR, 2016).

9.2 Kommunale Ebene: Gemeinde Ersigen

9.2.1 Herausforderungen

Bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs bestehen in der Gemeinde Versorgungslücken die es, auch in Anbetracht des demografischen Wandels und der nachhaltigen Raumentwicklung, zu schliessen gilt. Das Bildungsangebot ist abern, auch wenn gewisse Schwierigkeiten vorhanden sind und in Zukunft auf die Gemeinde zukommen werden, von guter Qualität. Die medizinische Grundversorgung ist mangelhaft. In Ersigen fehlt ein Hausarzt, was angesichts der hohen Zahl an älteren Personen zusätzlich ins Gewicht fällt. Die Schliessung dieser Versorgungslücke ist eine weitere Herausforderung. Aufgrund der bestehenden Zahl an unüberbauten Bauzonen und weil die Gemeinde Ersigen keine regionale Zentrumsfunktion besitzt, wird sie zukünftig wenig neues Bauland einzonen können. Falls die Gemeinde in Zukunft also wachsen möchte, muss dies in den bestehenden Bauzonen geschehen. Die Gemeinde weist tiefe Einwohner- und Raumnutzerdichten auf, womit ein grosses Potential für eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen besteht, ohne dass aufgrund höheren Nutzungsdichten der dörfliche Charakter verloren geht. Weiter besteht in den unüberbauten Bauzonen schätzungsweise ein Einwohnerpotential von rund 350 EW. Insbesondere die Nähe zum starken Zentrum Kirchberg und die gute Erreichbarkeit können hierbei als Chance für künftige Wachstumsziele gesehen werden, da diese Faktoren erhebliche Standortvorteile darstellen. Innenentwicklungsprojekte sind jedoch komplexe Aufgaben mit verschiedensten Hindernissen (siehe Kapitel 3.5.2). Aus diesem Grund ist der frühzeitige Beizug von Fachpersonen aber auch der Bevölkerung durch die Behörden von hoher Wichtigkeit. Die gute Erreichbarkeit hat auch seine Schattenseiten. Mit 550 Beschäftigten auf 1'200 Personen im erwerbstätigen Alter weist die Gemeinde schätzungsweise einen hohen Anteil an Pendlern auf, die sich tagsüber nicht in der Gemeinde aufhalten. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Gemeinde zur «Schlafgemeinde» wird. Die gemeindeinternen Arbeitsplätze befinden sich primär im alten Dorfkern sowie in der südlich gelegenen Gewerbezone, weshalb die Kundenströme hier am grössten sein dürften. Dies ist sicherlich mitunter ein Grund, weshalb sich drei der vier Gastronomiebetriebe in diesem Teil von Ersigen befinden. Eine allfällige Ansiedlung von zukünftigen Versorgungseinrichtungen in diesem Bereich der Gemeinde erscheint daher am sinnvollsten.

9.2.2 Empfehlungen

Fokus: Verbessern der Grundversorgungsqualität

Gemäss dem Entwicklungsleitbild aus dem RGSK (siehe Anhang A5) ist Ersigen ein «Zentraler Ort in Entwicklungsräumen», an diesem Standort sollen insbesondere Versorgungseinrichtungen von überörtlicher Bedeutung angesiedelt werden (RK Emmental, 2016b). Diesen Anforderungen kann die Gemeinde momentan nicht gerecht werden. Wie erwähnt bestehen in der Gemeinde Ersigen bei der Versorgung mit Gütern des täglichen und wöchentlichen Bedarfs Versorgungslücken, die es zu schliessen gilt. Es sollte das erklärte Ziel der Gemeinde sein, zukünftig einen Lebensmittelladen im Dorfzentrum von Ersigen zu haben. Die in der vorliegenden Arbeit gemachten Erfahrungen zeigen, dass dies trotz der Auswirkungen des Strukturwandels im Detailhandel in einer Gemeinde mit über 2'000 EW ein realisierbares Ziel ist. Wie in der vorliegenden Arbeit aufgezeigt worden ist, lässt sich die Volg AG in Ortschaften nieder, in denen mindestens 500 Haushalte vorhanden sind. Im Ortsteil Ersigen sind es 2014 deren 692. Weiter benötigt ein Volg eine ebenerdige Verkaufs- und Lagerfläche von mindestens 120 bis maximal 400 m². Der Laden muss zudem von der Strasse her sichtbar sein und es müssen Parkmöglichkeiten angeboten werden können. Seit dem Wegzug der Post Mitte 2014 ist die Gemeinde im kompletten Besitz des Gemeindehauses im Dorfzentrum (Ersigen, 2014). Dies wäre der ideal Ort um einen Dorfladen zu eröffnen. Im nachfolgenden Unterkapitel wird genauer auf diese Möglichkeit eingegangen.

Zudem muss sich die Gemeinde Gedanken machen, wie sie auf eine allfällige Schliessung der Bäckerei zu reagieren gedenk. Mit diesem Vorkommnis würde nicht nur die Bäckerei, sondern auch die integrierte Lebensmittelecke und die Postagentur wegfallen. Schliessungen können, wie Ersigen bei der Hausarztpraxis am eigenen

Leib erfahren hat, unerwartet kommen. Gerade deshalb ist es notwendig, eine langfristige Strategie zu haben, welche der Gemeinde in schwierigen und unerwarteten Situation als Leitfaden für die Entscheidungsfindung und für das Treffen von Massnahmen dient. Mit einer allfälligen Schliessung der Bäckerei würde die einzige Versorgungseinrichtung im Dorfzentrum verschwinden, was die sonst schon mangelhafte Versorgungsqualität noch einmal deutlich verschlechtern würde. Um zu verhindern, dass die Gemeinde zukünftig von solchen Entwicklungen überrascht wird, empfiehlt sich eine periodische Kontaktaufnahme mit den Gewerbetreibenden. Dies könnte zum Beispiel im Rahmen eines alljährlichen Anlasses im Gemeindehaus stattfinden, bei welchem Kontakte gefestigt oder neu geknüpft werden.

Im Bereich der Bildung besitzt die Gemeinde mit dem bestehenden Angebot eine gute Versorgungsqualität. Die fehlende Oberstufe- und Sonderschule ist für Ersigen aufgrund der Nähe zu Kirchberg kein Problem. In Zukunft wird für die Gemeinde aber von Bedeutung sein, den Primarschul- und Kindergartenstandort in Niederösch beizubehalten, was bei sinkenden Kinderzahlen zur Herausforderung werden dürfte. Aus diesem Grund sollte anhand einer Betrachtung der Bevölkerungsstruktur in den Ortsteilen Nieder- und Oberösch überprüft werden, ob sich die Situation in Zukunft verschärfen wird und was für Massnahmen zur Stützung des Standorts getroffen werden können. Seit dem Schuljahr 2015/2016 hat der Gemeinderat aufgrund von sinkenden Kinderzahlen in Niederösch und der Schliessung des zweiten Kindergartens in Ersigen veranlasst, dass einige Ersiger Kinder den Kindergarten in Niederösch besuchen. Der Transport der Kinder mit dem öffentlichen Bus und der freiwilligen Begleitung der Eltern hat zu Beginn gut geklappt. Da die Organisation des Begleitedienstes jedoch zunehmend schwierig geworden ist und der Fussweg von der Busstation Niederösch zum Schulhaus als teilweise problematisch eingestuft wird, hat der Gemeinderat veranlasst, dass zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 der Schülertransport neu mit einem angemieteten Schulbus organisiert wird. Dies verursacht der Gemeinde Kosten von maximal 40'000 CHF pro Schuljahr. Der Betrieb ist bis Mitte 2019 gesichert. Danach muss an der Gemeindeversammlung erneut darüber abgestimmt werden, ob der Schulbusbetrieb weitergeführt wird oder nicht (Ersigen, 2016b). Sollte der Kredit abgelehnt werden, wäre es von Vorteil, wenn die Gemeinde sich schon mit anderen Lösungen auseinander gesetzt hat. Angesichts des Mangels an Kindergartenkindern ist zu erwarten, dass das Problem in nächster Zeit auch bei den Primarschulklassen von Niederösch auftreten wird. Aus diesen Gründen ist zu empfehlen, eine mittel- bis langfristige Strategie zu erarbeiten, die aufzeigt, ob und wie die bestehenden Bildungsstandorte weiterbetrieben werden können. Weiter sollte die Strategie angedachte Lösungen für den Fall beinhalten, dass der Standort Niederösch in Zukunft geschlossen werden muss, weil dieser nicht mehr finanzierbar ist oder die Kinderzahl unter das kantonale Minimum sinkt.

Im Bereich der medizinischen Grundversorgung fehlt der Gemeinde seit 2015 eine Arztpraxis. Diese Lücke gilt es angesichts des hohen Anteils an älteren Menschen sowie wegen des demografischen Wandels zu schliessen. Die Suche nach einem Hausarzt erfordert aktive Gemeindebehörden, wie dies das Beispiel aus dem Safiental gezeigt hat. Es kommen neben der finanziellen Anschubfinanzierungshilfe für einen neuen Hausarzt, welche in verschiedensten Gemeinden wie beispielsweise in Signau gemacht worden sind, auch weitere Lösungen in Frage. Eine ist die Zusammenarbeit mit einer Gemeinschaftspraxis in Kirchberg. Die beteiligten Ärzte könnten tageweise in Ersigen praktizieren, womit in der Gemeinde zumindest zeitweise wieder eine ärztliche Versorgung vorhanden wäre. Ersigen müsste in diesem Fall eine geeignete Lokalität zur Verfügung stellen. Sie könnte prüfen, ob die alte Arztpraxis gemietet oder gekauft werden kann. Weiter hat Ersigen in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ein Altersleitbild erstellt, das eine Übersicht über die Alterstruktur, Leitsätze, Zielsetzungen, Vorgehensweisen und Massnahmen enthält. Das Vorhandensein des Leitbildes ist positiv. Es gilt, die mit dem Altersleitbild gewonnenen Erkenntnissen umzusetzen und sich nicht auf den guten Planungsgrundlagen auszuruhen. Die periodische Nachführung und Überprüfung der Ziele ist empfehlenswert.

Schliesslich gilt es zu prüfen, ob langfristig eine zusätzliche Busstation auf dem Gemeindegebiet eingerichtet werden könnte. Damit wäre es möglich, die Anbindung des Einfamilienhausquartieres an das ÖV-Netz zu verbessern, was aus Sicht der nachhaltigen Mobilität einen positiven Effekt auf den Modalsplit der Gemeinde haben kann. Dies würde den Durchgangsverkehr auf der Dorfstrasse reduzieren, wodurch die Aufenthaltsqualität der Aussenräume verbessert wird.

Fokus: Versorgungszentrum im Ortskern

Im Jahr 1980 ist die Liegenschaft «Gemeindehaus» an der Rumendingenstrasse 1 mitten im Dorfzentrum von Ersigen eingeweiht worden. Ziel der Liegenschaft ist es von Beginn an gewesen, öffentliche Dienstleistungen unter einem Dach zu vereinen. Die Post hat von 1980 bis Mitte 2014 in dieser Liegenschaft eine Poststelle geführt. Nach Aufgabe der Poststelle in Ersigen hat die Post die dazugehörige Wohnung und das bisherige Postlokal der Gemeinde zum Kauf angeboten. Der Auszug der Poststelle und die Möglichkeit zum Erwerb der beiden Liegenschaftsteile ist gemäss der im Informationsblatt getätigten Aussage, für die Gemeinde überraschend und ungeplant gekommen. Sie hat sich aber entschieden, das Kaufangebot anzunehmen. Der Kaufkredit ist von der Bevölkerung genehmigt worden. Mit dem Kauf der alten Poststelle mit dazugehöriger Wohnung ist die Gemeinde Ersigen nun alleiniger Eigentümer der Liegenschaft, was ihr mehr Handlungsspielraum ermöglicht. Da der Erwerb der Liegenschaft jedoch überraschend gekommen ist, hat die Gemeinde keine sofort umsetzbaren Nachnutzungen zur Hand, weshalb für den neu erworbenen Liegenschaftsteil ein privater Mieter gesucht worden ist. Daher hat der Gemeinderat mit dem Eidgenössischen Schwingerverband (ESV) einen Mietvertrag für fünf Jahre, mit Option der jährlichen Verlängerung, abgeschlossen (Ersigen, 2016b und 2014)

Die Unterbringung mehrerer Dienstleistungen an einem zentralen Ort ist für Gemeinden, die zu klein sind um einen Ortskern zu haben, welcher über mehrere Gebäude und Strassen hinwegreicht, eine zweckmässige Lösung. Die Vermietung dieser zentral gelegenen Lokalität an einen privaten Dienstleister, der keinen Mehrwert für den Grossteil der Ersiger Bevölkerung generiert, sollte daher als Übergangslösung gesehen werden. Es ist der Gemeinde zu empfehlen, ein Nutzungskonzept für das Gemeindehaus zu erarbeiten, indem aufgezeigt wird, wie das Gemeindehaus in Zukunft im Sinne der Öffentlichkeit genutzt werden kann. Es ist ideal gelegen für die Unterbringung von öffentlichen Dienstleistungen oder der Allgemeinheit dienenden Versorgungseinrichtungen. Eine Möglichkeit wäre es, die fehlende Arztpraxis oder ein Lebensmittelladen anzusiedeln. Wie erwähnt hat die Gemeinde die kritische Grösse, dass sich Volg in der Ortschaft niederlassen würde. Die ehemalige Postfiliale weist eine Fläche von 72 m² auf. Der dazugehörige Lagerraum besitzt eine Fläche von 15 m². Die Fläche ist ebenerdig, von der Strasse sichtbar und es sind Parkmöglichkeiten vorhanden. Die Gesamtfläche von 87 m² ist jedoch gemäss Angaben von Volg, der eine Mindestfläche von 120 m² verlangt, ein wenig zu klein. Trotzdem gilt es abzuklären, ob Volg Interesse hat, in Ersigen einen Laden zu eröffnen. Der Gemeinde ist zu empfehlen, unverbindliche Vorabklärungsgespräche mit Volg zu führen, damit die Gemeinde eine Auslegeordnung über die Nutzungsmöglichkeiten des Gemeindehauses machen kann. Sollte Volg Interesse anmelden, in Ersigen einen Laden zu eröffnen, dieser aber mehr Verkaufsfläche benötigt, kann die Gemeinde einen Anbau an das bestehende Gebäude prüfen. Dies ist in der Dorfzone gemäss des Baureglements von 2005 erlaubt, wie im letzten Unterkapitel beschrieben wird. Schliesslich sollten auch andere Standorte für einen Dorfladen in Betracht gezogen werden, die als Rückfallebene dienen, falls es mit der Unterbringung des Volgs im Gemeindehaus nicht funktionieren sollte. Neben der Möglichkeit, auf Volg zuzugehen, ist auch die Gründungen einer «Dorfladen-Genossenschaft» durch eine Interessensgruppe mit Unterstützung der Gemeinde zu prüfen. Weiter gilt es abzuklären, ob die Bevölkerung ein solches Angebot überhaupt wünscht und nutzen würde. Schliesslich kann die Gemeinde, wie oben erwähnt, auch überprüfen, ob die Lokalität als Standort für eine Hausarztpraxis geeignet ist. Sollte die Gemeinde zum Schluss kommen, dass eine Ansiedlung der beiden Versorgungseinrichtungen längerfristig erstrebenswert ist, kann für die Hausarztpraxis die momentan vermietete Wohnung im 1. Stock des Gebäudes in Betracht gezogen werden. Die Entwicklung des Versorgungszentrums sollte nicht abgesondert von den übrigen Entwicklungen im Dorfzentrum von statten gehen, sondern in eine im Rahmen der Ortsplanung erarbeiteten Strategie integriert werden. Auf diese Empfehlung wird im letzten Unterkapitel eingegangen.

Fokus: Planung als partizipativer Prozess

Ein Versorgungszentrum aufzubauen ist nur sinnvoll, wenn die Bevölkerung dies auch nutzt. Aus diesem Grund wird der Gemeinde Ersigen empfohlen anhand eines Fragebogens die Meinungen und Bedürfnisse der Bevölkerung zum Thema Grundversorgung zu ergründen. Wenn die Gemeinde zum Schluss kommt, dass die Bevölkerung mit der bestehenden Grundversorgung zufrieden ist, existiert kein dringender Handlungsbedarf. Sollte der Fragebogen aber aufzeigen, dass sich die Bevölkerung einen gemeindeeigenen Lebensmittelladen und einen Hausarzt wünscht und das Angebot auch nutzen würde, ist der Gemeinde zu empfehlen, eine längerfristige

Partizipationsstrategie zu erarbeiten. Diese sollte aufzeigen, wie die Gemeinde gedenkt, die beteiligten Akteure in die Planung einzubeziehen. Die Eröffnung eines Dorfladens auf der gegenüberliegenden Strassenseite der Bäckerei hat durchaus Konfliktpotential. Aus diesem Grund sind die beteiligten Akteure frühzeitig in die Planung einzubeziehen. Den Akteuren müssen die positiven Aspekte für sie, die Gemeinde und das Dorfzentrum aufgezeigt werden. Die Bäckerei betreibt an der gleichen Strassenkreuzung ein Café und hat deshalb ein Interesse daran, dass der Dorfplatz belebt ist. Weiter besteht bei Volg die Möglichkeit, dass private Akteure ihre lokalen Produkte verkaufen können, womit eine Zusammenarbeit der Bäckerei mit Volg zur Diskussion steht. Wenn es gelingt, alle beteiligten Akteure zu überzeugen, sind die geplanten Projekte oft von Erfolg gekrönt.

Fokus: Kommunale Nutzungsplanung

Die Gemeinde beginnt im Januar 2017 mit der Überarbeitung der Ortsplanung. Diese Gelegenheit sollte genutzt werden, um eine längerfristige kommunale Strategie mit Entwicklungsleitbild zu entwickeln, in dem die in den vorangehenden Unterkapiteln genannten Empfehlungen und Ziele integriert werden, sollte die Gemeinde diese als erstrebenswert erachten. Die Erarbeitung der Strategie sollte vor der eigentlichen Ortsplanung stattfinden und sich auf die Themenfelder Innenentwicklung und Grundversorgung fokussieren. Die Gemeinde Ersigen besitzt mit 4.1 ha unüberbauten Bauzonen in der Dorf- und der Fairnesszone ausreichend Nutzungsreserven, um schätzungsweise weiteren 350 EW Raum zu bieten. Darin ist das Potential, welches die Gemeinde durch Nachverdichtungsprojekte in den bereits überbauten Bauzonen besitzt, nicht enthalten.

Die Dorfzone des Ortsteils Ersigen, die im Baureglement³⁵ von 2005 als Strukturerhaltungszone für Wohn-, Gewerbe- und Dienstleistungsnutzungen definiert ist, bezweckt die geordnete, bauliche und nutzungsmässige Entwicklung des alten Dorfteils. Mit der Ortsplanungsrevision von 2005 hat die Gemeinde die Voraussetzungen geschaffen, dass hier eine massvolle Innenentwicklung stattfinden kann. Gemäss Art. 33 des Baureglements stehen neben der Erhaltung der baulichen Dorfstruktur auch die zweckmässige Erneuerung und Nutzung der bestehenden Gebäude im Vordergrund. Bestehende, ehemals der Landwirtschaft dienende Hauptbauten, dürfen umgenutzt werden. Die übrigen Hauptbauten dürfen einmalig um ein Drittel der Bruttogeschossfläche erweitert werden. Nur für die baulichen Schutzobjekte sind andere Bestimmungen geltend. Neubauten sind nur für die Landwirtschaft zugelassen. Auf Parzellen mit Hauptbauten, die der Wohn-, Dienstleistungs- oder Gewerbenutzung dienen, ist das Erstellen von unbewohnten Nebenbauten zulässig. Neubauten im Sinne von Hauptbauten, die dem Zweck Wohnen oder Arbeiten dienen, sind nicht erlaubt (Ersigen, 2005). Mit diesem Baureglementsartikel bestehen in Ersigen die Grundlagen für eine massvolle Innenentwicklung im Ortskern seit 10 Jahren. Die Betrachtung der Gebäudealter (siehe Anhang A6) lässt jedoch den Schluss zu, dass bis auf einige wenige Projekte wie die Erweiterung der Bäckerei kaum Gebrauch gemacht wird von der Möglichkeit. Dies kann verschiedene Gründe haben. Eine Nutzung der bestehenden Entwicklungsräume im überbauten Gebiet erfordert neben einer zielgerichteten Politik und den gesetzlichen Grundlagen auch ein räumliches Entwicklungskonzept. Dies schafft eine klare Leitlinie für zukünftige Nutzungen und Bauprojekte. Ersigen besitzt kein solches Planungsdokument, weshalb der Gemeinde empfohlen wird, ein solches vorangehend zur Ortsplanungsrevision zu erstellen. Die Erstellung des Konzeptes erfordert den Einbezug verschiedenster Akteure. Dazu zählen neben Grundeigentümern, potentiellen Bauherren, kantonalen Behörden auch die Bevölkerung von Ersigen. Die Planung und Umsetzung von Innenentwicklungsprojekten sind komplexe und langandauernde Aufgaben, bei welchen die Resultate nicht immer sofort sichtbar werden. In der Regel benötigt es mehrere abgeschlossene Projekte, wie zum Beispiel hochwertige Ersatzneubauten, die Verbesserung des Strassenraums sowie des Freiraums, bis die Aufwertungen sichtbar und wahrgenommen werden (VLP, 2013). Indem die Gemeinde ihre zukünftigen Entwicklungsziele im Ortskern darlegt, schafft sie auch Planungssicherheit für Investoren und Grundeigentümer. Dies kann ein Katalysator für neue Investitionen sein. Weiter sollte nicht nur mit formellen Instrumenten versucht werden, die Innenentwicklung voranzutreiben. Auch informelle Instrumente können ihren Teil zum Gelingen eines Projektes beitragen. Bei vielen Grundeigentümern hilft es, periodisch Gespräche zu führen, damit die Interessen und Absichten der Eigentümer für die Gemeinde offengelegt werden. Wenn Interessenskonflikte bestehen, helfen regelmässige und transparente Informationen, Verhandlungen, moderierte Verfahren oder Mediationen. Das partizipative Vorgehen, also der stufenweise Einbezug der Bevölkerung, gilt als Daueraufgabe und ist sehr wichtig (AGR, 2016b).

35 Baureglement der Gemeinde Ersigen (Stand 18. Juli 2005)

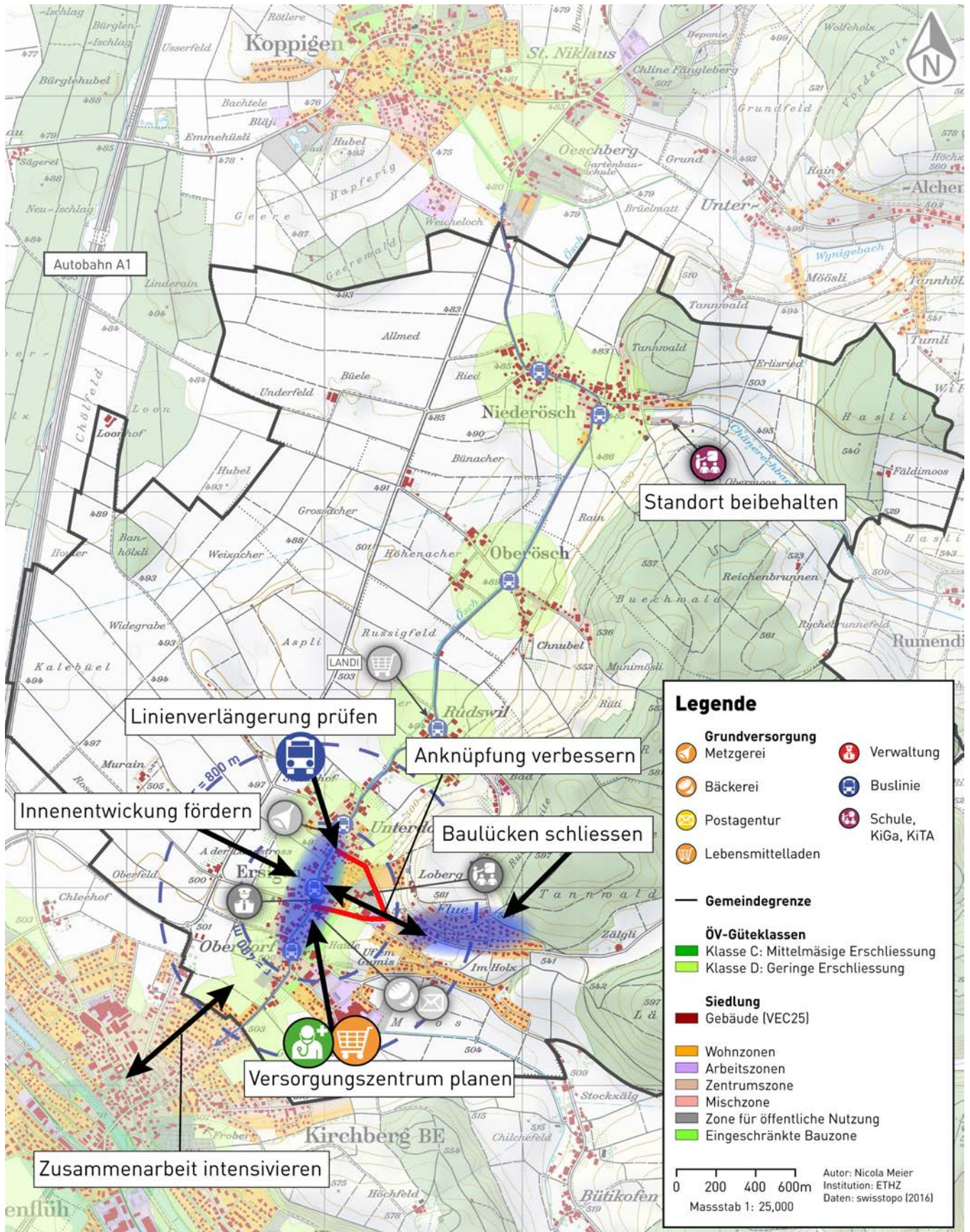


Abbildung 82: Darstellung der Handlungsempfehlungen in der Gemeinde Ersigen. Eigene Darstellung. Quelle: swisstopo (2016)

10 Synthese

In der abschliessenden Synthese werden die über die gesamte Arbeit gemachten Erkenntnisse in konzentrierter Form aufgearbeitet und die zu Beginn der Arbeit aufgestellten Hypothesen diskutiert. Der Abschluss der vorliegenden Arbeit bildet die kritische Reflektion und der Ausblick.

10.1 Zentrale Erkenntnisse

Zu den Begriffen Grundversorgung und Strukturwandel

Die begriffliche Klärung hat ergeben, dass sich der «Service public» im Wesentlichen auf gemeinwirtschaftliche Infrastrukturleistungen beschränkt. Diese Betrachtung ist heute nicht mehr ausreichend, um einen Überblick über die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Lebensqualität der Bevölkerung der verschiedenen Landesteile der Schweiz zu erhalten. In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Grundversorgung vermehrt gleichgesetzt mit der Sicherstellung der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs. Zukünftige Arbeiten, welche die Versorgungsqualität der verschiedenen geografischen Räume analysieren, haben sich deshalb nicht nur mit den gemeinwirtschaftlichen Infrastrukturleistungen, sondern auch mit den gegenüber privaten Haushalten erbrachten Leistungen auseinanderzusetzen. Der Strukturwandel im Dienstleistungssektor ist eine Folge von technologischen, demografischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen und Entwicklungen. Aufgrund der kontinuierlichen Veränderung der Rahmenbedingungen ist der physische Raum permanent dem Strukturwandel ausgesetzt. Das Gesicht der Siedlungen ist daher nicht statisch, sondern dynamisch und widerspiegelt die gerade geltenden Werte und Vorstellungen der Gesellschaft. Die stattfindenden Veränderungen und deren Einfluss auf die Raumplanung und die Grundversorgung sind zahlreich, eine klare Abgrenzung ist daher schwierig bis unmöglich.

Hemmer und Treiber der Grundversorgung

Die Schweizer Gemeindelandschaft ist in Bewegung. Die Zahl der Gemeinden hat in den letzten 20 Jahren um rund 23 % abgenommen. Gründe sind, neben den durch die Kantone gewährten finanziellen Anreizen, die immer komplexer und zahlreicher werdenden Aufgaben, welche die Gemeinden zu absolvieren haben. Wie das Beispiel Safiental zeigt, können Fusionen den Start für detaillierte kommunale Planungen bilden. Letztlich werden mit Fusionen institutionelle Grenzen aufgehoben, was in der heutigen Zeit, wo das Planen in funktionalen Räumen immer wichtiger wird, einer qualitativ hochwertigen Raumplanung dienlich ist. Auch die demografischen und gesellschaftlichen Strukturen sind kontinuierlichen Veränderungen ausgesetzt. Die Schweizer Bevölkerung ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark gewachsen. Im Vergleich zu 1985 ist die Zahl der hier lebenden Personen um 1.8 Mio. (+28%) gestiegen. Es ist damit zu rechnen, dass bis 2045 die 10 Mio. Marke überschritten wird. Parallel dazu verändert sich die Altersstruktur. Bis ins Jahr 2045 soll der Anteil der über 65-Jährigen von 18 % auf über 26 % steigen. Diese demografischen Veränderungen haben mitunter einen Einfluss auf die

Bereitstellung der Grundversorgung. Ältere Menschen sind weniger mobil als jüngere, haben höhere Ansprüche an die Sicherheit sowie die Nahversorgung und bedürfen einer ausgeprägteren medizinischen Grundversorgung. In der Diskussion um die Grundversorgung ist der demographische Wandel deshalb von grosser Bedeutung, da er ein Argument bildet, weshalb eine dezentrale Versorgung aufrecht erhalten werden sollte. Schliesslich haben auch gesellschaftliche Entwicklungen einen Einfluss auf die Ansprüche der Grundversorgung. Die Emanzipation der Frau hat dazu geführt, dass neue Formen der Familien- und Lebensplanung entstanden sind, was die Nachfrage nach Angeboten im Vorschulbereich erhöht hat. Die Szenarien zeigen, dass sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen wird. Weiter spielt auch das «Zuhause alt werden» eine immer wichtigere Rolle. In den vergangenen Jahren hat sich der Grundsatz durchgesetzt, dass die Inanspruchnahme von stationären Leistungen so lange wie möglich durch Prävention und Gesundheitsförderung heraus gezögert wird. Dies bedeutet für die medizinische Grundversorgung, dass in Zukunft Dienstleistungen wie die Hauspflege, die altersgerechte Nahversorgung oder die altersgerechte Mobilität an Bedeutung gewinnen werden.

Unter dem Strukturwandel im Dienstleistungssektor wird die Nutzungsänderung von Gebäuden, Veränderungen in der Distributionskette und das Anpassen der zur Verfügung gestellten Dienstleistungen durch veränderte Einkaufsgewohnheiten, verändertem Mobilitätsverhalten und geänderten Lebensweisen der Bevölkerung verstanden. Prägende Entwicklungen sind der Einkaufstourismus aufgrund des starken Frankens, der Trend des Erlebniseinkaufens und die steigende Nachfrage nach längeren Öffnungszeiten und grösseren Produktsegmenten. Zudem nimmt der tägliche Weg für den Zweck einkaufen stetig zu. Die Digitalisierung gilt heute in vielen Branchen des Dienstleistungssektors als einer der Haupttreiber für den stattfindenden Strukturwandel. Die im Rahmen der vorliegenden Arbeit geführten Gespräche mit den Bankenexperten, die Recherchearbeiten und Datenanalysen stützen diese Einschätzung. In Zukunft ist mit weiteren massiven Veränderungen zu rechnen, denn der Onlinehandel wird deutlich zulegen.

Der Strukturwandel führt zu einem stärkeren Leistungsabbau in kleineren und mittleren Gemeinden

Mit den nach Raumtyp und Gemeindegrossenklassen gemachten Auswertungen der BZ- und STATENT-Daten kann die **erste Hypothese** (siehe Kasten) belegt werden. In fast allen Bereichen der Grundversorgung sind die Gemeinden mit weniger als 5'000 EW und insbesondere diejenigen mit weniger als 2'000 EW stärker vom Leistungsabbau betroffen als die grösseren Gemeinden mit mehr als 5'000 EW. Besonders stark ist die Abnahme der Arbeitsstätten und Beschäftigten pro 1'000 EW in den kleineren und mittleren Gemeinden bei den Versorgungseinrichtungen der Post, der Banken, den Lebensmittelläden und den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien. Von 2011 bis 2013, also in nur zwei Jahren, haben die Arbeitsstätten der Post in Gemeinden mit weniger als 2'000 EW um mehr als ein Fünftel abgenommen. Diese Einschätzung kann auch mit den Resultaten der Umfrage, die mit den Gemeinden der RK Emmental gemacht worden ist, bestätigt werden. Von den teilnehmenden Gemeinden sind in den letzten fünf Jahren 57 % von Poststellenschliessungen betroffen gewesen. Ähnlich sieht die Entwicklung bei den Banken, den Bäckereien, Metzgereien und Molkereien aus. Bei den Lebensmittelläden ist der Abbau zwischen 2001 und 2008 in den kleineren und mittleren Gemeinden mit einem Rückgang von über einem Viertel am stärksten. Zwischen 2011 und 2013 zeigt sich dieser Trend nicht mehr. In dieser Periode sind die Gemeinden mit mehr als 5'000 EW am stärksten betroffen. Es gibt weitere Entwicklungen von denen die Städte am stärksten betroffen sind. Dazu gehören die starke Abnahme der Arztpraxen. Die Tatsache, dass in kleineren und mittleren Gemeinden in der Regel geringere Dichten an Versorgungseinrichtungen bestehen, verschärft sich die Problematik des Leistungsabbaus in diesen geografischen Räumen. Zusätzlich fallen in kleineren Gemeinden die Schliessungen von Versorgungseinrichtungen stärker ins Gewicht, da keine Redundanzen vorhanden sind. Von den drei betrachteten Raumtypen ist der ländliche Raum im Durchschnitt am stärksten vom Leistungsabbau betroffen. Trotzdem ist die Dichte der Arbeitsstätten pro 1'000 EW im ländlichen Raum höher als im Agglomerationsraum und im städtischen Kernraum. Die höhere Dichte ist nicht direkt mit einer besseren Versorgung gleichzusetzen. Im ländlichen Raum werden aufgrund der disperseren Siedlungsgebiete und den

Hypothese 1:

Kleine bis mittlere Gemeinden sowie ländliche Räume sind stärker vom durch den Strukturwandel induzierten Leistungsabbau im Grundversorgungsbereich betroffen als grosse Gemeinden und urbane Räume.

daraus resultierenden Distanzen mehr Versorgungseinheiten pro Person benötigt, um die Bedürfnisse der Bevölkerung in einem angemessenen Rahmen abzudecken. Die Erreichbarkeit der Versorgungseinrichtungen, welche in der vorliegenden Arbeit nur am Rande behandelt worden ist, spielt in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle. Der Leistungsabbau, welcher durch den Strukturwandel hervorgerufen wird, verändert zunehmend die Erreichbarkeit der Versorgungseinrichtungen. Eine Analyse dieser Veränderungen, und ob kleinere und mittlere Gemeinden stärker davon betroffen sind, wäre ein Thema für eine weitere Arbeit.

Die **zweite Hypothese** kann teilweise belegt werden. Die Betrachtung der Entwicklungen bei den Banken, der Post und dem Detailhandel hat aufgezeigt, dass der Abbau in den letzten 10 Jahren sehr stark gewesen ist. Gemäss Post sind die Umsätze am Schalter seit 2000 bei den Briefen um 63 %, bei den Paketen um 42 % und beim Zahlungsverkehr um 37 % zurückgegangen, wobei die Post mit einer Fortsetzung dieses Trends rechnet. Als Folge davon ist die Zahl der Poststellen zwischen 2005 und 2015 um rund 40 % gesunken, während die Postagenturen um +450 % zugenommen haben. Die Umstrukturierung des Poststellennetzes wird auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren weitergehen. Die Zielgrösse der Post für das Jahr 2020 ist eine Reduktion der posteigenen Filialen von heute 1'400 auf 800 bis 900. Im Gegenzug soll die Zahl der Postagenturen von 800 auf 1'200 bis 1'300 weiter steigen. Die Expertengespräche, welche mit Vertretern des Bankensektors geführt worden sind, haben bestätigt, dass sich die Banken, primär aufgrund des wegen der Digitalisierung veränderten Kundenverhaltens, auf einen weiteren Abbau beim Filialnetz einstellen. Die Banken sind der Meinung, dass die Digitalisierung erst am Anfang steht. Schliessungsentscheide von Filialen geschehen aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen. Eine Gemeinde kann keinen Einfluss darauf nehmen. Die Zusammenarbeit mit anderen Dienstleistungsbetrieben oder eine Public-Private-Partnership (PPP) mit einer Gemeinde wird in Zukunft bei Banken kaum von Bedeutung sein. Mit kleinen, regionalen Banken ist eine Zusammenarbeit, wie

Hypothese 2:

Der Strukturwandel mit seinen neuen Ausprägungen führt zu einer zunehmenden Reduktion der Zahl an physischen Versorgungseinrichtungen im Detailhandel des täglichen und wöchentlichen Bedarfes, bei den Banken und bei der Post. Dieser Trend wird sich in Zukunft aufgrund des rapide wachsenden Onlinemarktes und der Digitalisierung fortsetzen und verstärken und kann in kleineren und mittleren Gemeinden zu Versorgungslücken führen.

das Beispiel der PPP zwischen der EK Affoltern und den Gemeinden Dürrenroth und Walterswil zeigt, möglich. Bei Schliessungen werden zukünftig seltener Bankomaten als Ersatz aufgestellt. Diese verlieren deutlich an Bedeutung, da sie je länger je mehr ein defizitäres Geschäft sind und deren Errichtung mit 60'000 bis 80'000 CHF Investitionskosten plus jährlichen Unterhaltskosten relativ teuer sind. Schliesslich wird Bargeld in den nächsten 20 Jahren deutlich an Bedeutung verlieren.

Im Detailhandel besteht schweizweit der Trend zu weniger, aber grösseren Verkaufsflächen mit weniger Angestellten. Der Strukturwandel hat dazu geführt, dass zwischen 2001 und 2008 rund 30 % der Geschäfte unter 100 m² verschwunden sind. Dadurch, dass die Digitalisierung voranschreitet, die Leute mobiler sind und nicht mehr am gleichen Ort wohnen und arbeiten, hat sich ihr Einkaufsverhalten grundlegend geändert. Dies hat zur Folge, dass die Leute die Einkäufe vermehrt in den Zentren wo sie arbeiten oder am Wochenende in den grossen Einkaufszentren am Rande der Siedlungsgebiete tätigen. Die vertiefte Untersuchung der Dorfläden hat aber gezeigt, dass diese einen wichtigen Bestandteil im Dorf darstellen und trotz des Strukturwandels, wenn sie gut und innovativ geführt werden, keinesfalls ein Auslaufmodell sind. Trotzdem ist festzustellen, dass der lokale Einkauf an Bedeutung verloren hat. Ein Indikator dafür ist, dass die Distanz für den Zweck «Einkauf» stetig gestiegen ist. In den letzten fünf Jahren ist der Umsatz des Detailhandels jeweils gesunken. Ein Grund dafür ist der rapide wachsende Onlinemarkt, der mitunter dazu führt, dass die Zahl der Detailhandelsgeschäfte weiterhin abnehmend ist. Gründe für die Abnahme des Umsatzes im stationären Detailhandel sind neben dem Onlinehandel aber auch der starke Franken, auf dessen Basis der Einkaufstourismus entstanden ist und dessen Wertschöpfung bei rund 10 % des schweizerischen Detailhandelsumsatzes liegt. Insbesondere in den grenznahen Gebieten der Schweiz stellt dieser die ansässigen Detailhändler vermehrt vor Probleme. Wie stark die Entwicklungen auf die Digitalisierung und den Onlinehandel zurückzuführen sind, ist im Rahmen dieser Arbeit nicht herausgefunden worden. Die starke Vernetzung der Einflüsse des Strukturwandels verunmöglichen es,

dass der Leistungsabbau bei den Grundversorgungselementen auf eine bestimmte Entwicklung heruntergebrochen werden kann. Wie weit der Leistungsabbau durch den Strukturwandel fortschreitet und inwiefern die entstehenden Lücken mit anderen Angeboten gefüllt werden können, hängt stark davon ab, ob eine Gemeinde aktive Behörden aufweist, aber auch ob eine motivierte, interessierte und teilhabende Bevölkerung vorhanden ist. Fakt ist, wie das Beispiel von Ersigen zeigt, dass der Strukturwandel zu Versorgungslücken führt.

Strategien und Entwicklungsleitbilder: Oft fehlend, aber dringend benötigt

Das Best-Practice-Beispiel der Gemeinde Safiental hat gezeigt, was alles erreicht werden kann, wenn sich eine Gemeinde im Bereich der Raumplanung engagiert und Eigeninitiative zeigt. Die aktive Gemeindebehörde ist mit dem erstellten Richtplan, dem Standortförderungsgesetz und den zahlreich umgesetzten Massnahmen auf dem richtigen Weg. Auch wenn die Erkenntnisse der peripher gelegenen Berggemeinde nicht direkt auf Gemeinden im Emmental oder dem Mittelland übertragbar sind, können wichtige Erkenntnisse generiert und Lehren daraus gezogen werden. Die Umfrage in der RK Emmental hat gezeigt, dass keine Gemeinde über eine detaillierte, längerfristige Strategie mit integriertem Entwicklungsleitbild verfügt. Der Strukturwandel und die Grundversorgung sind jedoch Themen, welche die Gemeinden bewegt. Die Betrachtung der Gemeinde Ersigen hat ergeben, dass nicht nur ländlich periphere Gemeinden, sondern auch solche in der Nähe zu starken Zentren Schwierigkeiten haben, eine qualitativ hochwertige Grundversorgung aufrecht zu erhalten. In diese Richtung geht auch die durch die Datenanalyse gefundene Erkenntnis, dass der Anteil der Gemeinden mit mindestens einem Dienstleistungsbetrieb (z.B. Anteil der Gemeinden mit mind. einer Bank) im Agglomerationsraum tiefer ist als im ländlichen Raum. Die Gemeinde Ersigen ist nach eigener Aussage zweimal «überrascht» worden von Schliessungen von Grundversorgungseinrichtungen. Dies hätte verhindert werden können, wenn die Gemeinde zum einen regelmässig in Kontakt mit den Grundversorgern gestanden wäre und zum anderen vorangehend eine Strategie mit Entwicklungsleitbild erarbeitet hätte. Die Recherchearbeit hat gezeigt, dass Innenentwicklung in kleinen und mittleren Gemeinden noch eine geringe Bedeutung hat, obwohl in solchen Gemeinden die grössten Bauzonenreserven vorhanden sind. Dies hat auch die Betrachtung der Gemeinde Ersigen bestätigt. Innenentwicklungsprojekte besitzen jedoch viele Synergien mit der Grundversorgungs- und Strukturthematik, weshalb eine intensive Förderung von solchen Projekten aus verschiedenen Gründen wichtig wäre. Der Vergleich der beiden Gemeinden Safiental und Ersigen ist ein Beleg dafür, dass die **dritte Hypothese** zutrifft. Es müssen jedoch weitere Beispiele betrachtet werden, um aufzuzeigen, dass Strategien und Entwicklungsleitbilder wirklich ein effektives Mittel sind, um die Auswirkungen des Strukturwandels zu dämpfen.

Hypothese 3:

Mit guter kommunaler Planung lässt sich der Leistungsabbau im Grundversorgungsbereich auffangen. Zurzeit fehlen in vielen Gemeinden jedoch Leitlinien und Strategien, wie dem fortschreitenden Strukturwandel begegnet werden kann und wie dessen negativen Auswirkungen auf die Grundversorgung gedämpft werden können.

Die Emmentaler Gemeinden mit weniger als 1'000 EW sind heute in den wenigsten Fällen noch Standorte von Versorgungseinrichtungen des täglichen Bedarfs. Diese sind vermehrt erst in Gemeinden mit mehr als 1'000 EW zu finden. Ab 2'000 EW weisen die meisten Gemeinden ein umfassenderes Versorgungsangebot auf. Trotzdem

Hypothese 4:

Regionale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden bietet Möglichkeiten, den raumplanerischen Herausforderungen hinsichtlich der Bereitstellung der Grundversorgung zu begegnen.

hat der Fragebogen gezeigt, dass die Gemeinden im Bereich der Grundversorgung momentan noch wenig zusammenarbeiten. Es besteht jedoch ein breites Interesse an zukünftigen überkommunalen Zusammenarbeiten. Der Gemeindeverband Kirchberg ist ein gutes Beispiel, wie gewisse Elemente der Grundversorgung, die aufgrund finanziellen oder anderweitigen Gründen nicht in allen Gemeinden angeboten werden können, überkommunal geregelt werden. Damit kann die **vierte Hypothese** als belegt angesehen werden, obwohl auch hier weitere Beispiele betrachtet werden müssten. Angesichts

der in der vorliegenden Arbeit gemachten Erkenntnissen zum Strukturwandel und der Grundversorgung ist damit zu rechnen, dass solche überkommunale Zusammenarbeiten in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden.

10.2 Kritische Reflektion und Ausblick

Kritische Reflektion

Die in der vorliegenden Arbeit verwendete Methodik mit den Raumtypen und Gemeindegrössenklassen hat es ermöglicht, auf hoher Flugebene eine Aussage zu Trends zu machen. Diese Aussagen sind wichtig für eine erste grobe Abschätzung. Durch sie kann herausgefunden werden, wo die dringendsten Probleme und Handlungsfelder sind, welche die Aufmerksamkeit der «Raumkümmerer» erfordert. Die regionale und kommunale Betrachtung bleibt trotzdem von herausragender Bedeutung. Wenn die Ansicht von der hohen Flugebene auf die regionale und kommunale Ebene gewechselt wird, ergibt sich eine breite Palette von Entwicklungen. Diese sind von ganz vielen lokalen Aspekten abhängig. Dazu gehören die geografische Nähe zu Zentren, die Dichte und Kompaktheit des Siedlungsgebietes, die Geschichte der Gemeinde, die Erreichbarkeit, die topografischen Voraussetzungen und institutionelle Grenzen, um nur einen Teil der Faktoren zu nennen. Daher kann es sein, dass Gemeinden im gleichen Raumtyp und der gleichen Gemeindegrössenklasse ganz andere Grundversorgungsqualität aufweisen. Da die Datenstände der BZ- und STATENT Statistiken nicht vergleichbar sind, ist die Erstellung einer längeren Zeitreihe nicht möglich gewesen. Somit sind nur Ausschnitte der vergangenen Entwicklung sichtbar. Weiter ist die kurze Zeitspanne (2011 - 2013) der STATENT-Daten, welche im Verlaufe der vorliegenden Arbeit verfügbar gewesen sind, nicht ausreichend um längerfristige Trends zu erkennen. Zwischen der aktuellen Situation und der Veröffentlichung der STATENT-Daten liegt zudem immer mehr als ein Jahr. Eine Zeitreihe von mindestens fünf Jahren ohne Methodenbrüche wären bessere Voraussetzungen. Der an die Gemeinden verfasste Fragebogen hat, um eine hohe Rücklaufquote sicherzustellen, nur 11 Fragen enthalten. Die Fragen sind nicht spezifisch nach Grundversorgungsbereich aufgeteilt gewesen, weshalb die Antworten eine Mischrechnung aus allen Grundversorgungselementen darstellen. Im Lichte der sehr diversen Entwicklungen im Bereich der Grundversorgung wäre eine Trennung der Fragen nach Grundversorgungsbereich hilfreich gewesen. Eine Erweiterung des Fragenkatalogs wäre jedoch vermutlich nur auf Kosten der Rücklaufquote möglich gewesen. Schliesslich gibt es weitere wichtige Aspekte der Grundversorgung, die in der vorliegenden Arbeit nicht behandelt worden sind, wie die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr und die Erreichbarkeit der Versorgungseinrichtungen.

Ausblick

Die Bereitstellung der Grundversorgung ist eine komplexe Angelegenheit und ist ein entscheidender Faktor für die Attraktivität von ländlichen Räumen. Die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs werden von der Bevölkerung als unerlässliche Standortvoraussetzungen erwartet, wobei die Ansprüche kontinuierlich steigen. Zudem unterliegt sie den ständig wandelnden Bedürfnissen, weshalb die unter dem Begriff Grundversorgung zu verstehenden Leistungen über die Zeit ändern. Doch die Grundversorgung kann nicht mehr als selbstverständlich erachtet werden. Die Digitalisierung wird weiter fortschreiten und neue technologische Errungenschaften werden den Strukturwandel vorantreiben. Dazu gehören selbstfahrende Autos, Drohnen, «wearables», Lieferungen am gleichen Tag, kontaktloses Bezahlen, Planung eines vollautomatischen Cargo-Systems, oder die Paketzustellung mit selbstfahrenden Robotern.

Die Region Emmental blickt auf eine schwierige Zeit. Der Strukturwandel beeinflusst die Grundversorgung kleinerer und mittlerer Gemeinden insbesondere im ländlichen Raum besonders stark. Der damit einhergehende Leistungsabbau führt bei unzureichender kommunaler Planung zu Versorgungslücken. In der RK Emmental geschieht, was in der ganzen Schweiz zu beobachten ist: Die Disparität zwischen ländlichen und urbanen Räumen nimmt zu. Während die Gemeinden in den Voralpen, im Napfgebiet und teilweise im Hügelland ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben, wächst die Bevölkerung in den Gemeinden des Mittellandes deutlich, mit den entsprechenden Folgen für die Versorgungsinfrastruktur. Der Strukturwandel findet auch in der Landwirtschaft statt, weshalb die Bauern vermehrt auf Nebeneinkommen angewiesen sind. Umso härter trifft es daher die ländlichen Regionen, da Arbeitsplätze im 1. und im 3. Sektor gefährdet sind. An der Tagung des IRAP an der HSR sind die Raumplaner im Plenum zu folgendem Schluss gekommen:

«Ja, wir stehen in einer heiklen Zeit! Es braucht innovative und zukunftsgerichtete Köpfe.»

*«Wir brauchen nicht so fortzuleben, wie wir
gestern gelebt haben. Macht Euch nur von die-
ser Anschauung los, und tausend Möglichkeiten
laden uns zu neuem Leben ein.»*

Christian Morgenstern

11 Quellenverzeichnis

11.1 Literatur

- Aargauer Zeitung (2014): <http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/fricktal/neues-dorfzentrum-in-wittnau-aber-drei-banken-wollen-keinen-bancomaten-128246281>, , letzter Zugriff: 20.01.2017
- Aargauer Zeitung (2011): In Wittnau gibts jetzt im Volg Bargeld. <http://www.aargauerzeitung.ch/aargau/fricktal/in-wittnau-gibts-jetzt-im-volg-bargeld-103474676>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- AGR (2016): RGSK im Kanton Bern. https://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/raumplanung/raumplanung/regionale_raumplanung/regionale_gesamtverkehrs-undsiedlungskonzepte.html, letzter Zugriff: 20.01.2017
- AGR (2016b): Arbeitshilfe SEin. http://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/raumplanung/raumplanung/arbeitshilfen/sein_arbeitshilfueordieortsplanung.html, letzter Zugriff: 20.01.2017
- ARE (2006): Monitoring Ländlicher Raum. Themenkreis U6: Grundversorgung. Bundesamt für Raumentwicklung. https://www.are.admin.ch/dam/are/de/dokumente/laendlicher_raum/publikationen/themenkreis_u6_grundversorgung.pdf.download.pdf/themenkreis_u6_grundversorgung.pdf, letzter Zugriff: 10.01.2017
- ARE (2014): Grundversorgung. ARE Forum. https://www.are.admin.ch/dam/are/de/dokumente/raumplanung/forum_raumentwicklung314grundversorgung-schluesselzueinernachhal.pdf.download.pdf/forum_raumentwicklung314grundversorgung-schluesselzueinernachhal.pdf, letzter Zugriff: 10.01.2017
- Avenir suisse (2015): Die Gemeindelandschaft bewegt sich weiter. <http://www.avenir-suisse.ch/46606/die-gemeindelandschaft-bewegt-sich-weiter/>, letzter Zugriff: 10.01.2017
- BAG (2012): Krankenversicherung in der Schweiz. http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t.lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpn02Yug2Z6gpJCldX9,fWym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A--, letzter Zugriff: 10.01.2017
- BAG (2016a): Thema Krankenversicherung. <http://www.bag.admin.ch/themen/krankenversicherung/>
- BAG (2016b) Medizinische Grundversorgung. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/themen/berufe-im-gesundheitswesen/medizinalberufe/medizinische-grundversorgung.html>
- BAG (2016c): <http://www.bag.admin.ch/themen/berufe/13932/13933/14680/>, letzter Zugriff: 10.01.2017
- BAG (2016d): <http://www.bag.admin.ch/themen/berufe/13932/13933/14196/index.html?lang=de>, letzter Zugriff: 10.01.2017
- BAG (2016e): <http://www.bag.admin.ch/themen/berufe/13932/13933/14201/index.html?lang=de>, letzter Zugriff: 10.01.2017
- BAKOM (2016): Grundversorgung beim Zahlungsverkehr. <https://www.bakom.admin.ch/bakom/de/home/post-presse/grundversorgung-beim-zahlungsverkehr.html>, letzter Zugriff: 23.11.2016

- Berghaus Eggiwil (2016): Foto mit Blick von Eggiwil in Richtung Voralpen. <http://www.berghaus-eggiwil.ch/images/slides-header-home/slide-06.jpg>, letzter Zugriff: 18.01.2017
- BFS (2008): NOGA-Klassur. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/grundlagen/noga/publikationen-noga-2008.assetdetail.344513.html>, letzter Zugriff: 10.01.2017
- BFS (2012): Mobilität in der Schweiz. Ergebnisse des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010. <http://www.portal-stat.admin.ch/mz10/docs/840-1000.pdf>, letzter Zugriff: 14.01.2017
- BFS (2014a): Raum mit städtischem Charakter 2012. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/raeumliche-analysen/raeumliche-gliederungen/analyseregionen.assetdetail.349558.html>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- BFS (2014b): Statistischer Atlas der Schweiz - Bevölkerungsentwicklung 2000 - 2014. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge-datenbanken/karten.assetdetail.481800.html>, letzter Zugriff: 14.01.2017
- BFS (2015): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2015 - 2045. <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/350324/master>, letzter Zugriff: 14.01.2017
- BFS (2016a): Bevölkerungsdaten im europäischen Vergleich. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung.assetdetail.104496.html>, letzter Zugriff: 10.01.2017
- BFS (2016b): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone der Schweiz 2015 - 2045. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/erwerbstaetigkeit-arbeitszeit/erwerbspersonen/szenarien-erwerbsbevoelkerung.assetdetail.40822.html>, letzter Zugriff: 13.01.2017
- BFS (2016c): Teilzeitarbeitsstatistik. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/erwerbstaetigkeit/teilzeitarbeit.html>, letzter Zugriff: 14.01.2017
- BFS (2016d): Mobilitätsleistung im Personenverkehr. https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr/personenverkehr/leistungen.html#publications_content_bfs_de_home_statistiken_mobilitaet-verkehr_personenverkehr_leistungen_jcr_content_par_tabs, letzter Zugriff: 13.01.2017
- BFS (2016e): E-Commerce Ausgaben Haushalte. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/haushalte-bevoelkerung/e-commerce-ausgaben-haushalte.html>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- BFS (2016f): E-Commerce und E-Banking. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/haushalte-bevoelkerung/e-commerce-e-banking.html>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- BFS (2016g): Raum mit städtischem Charakter. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/nomenklaturen/rmstch.html>
- BFS (2016g): Raum mit städtischem Charakter. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/nomenklaturen/rmstch.html>
- BFS (2016h): Gemeindeporträts. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/regionalstatistik/regionale-portraits-kennzahlen/gemeinden/gemeindeportraits.html>, letzter Zugriff: 21.01.2017
- BLS AG (2016): <https://www.bls.ch/de>, letzter Zugriff: 20.01.2017

- BZ (2015): Die Bernerlandbank kappt ihre Wurzeln. <http://www.bernerzeitung.ch/region/emmental/Die-Bernerlandbank-kappt-ihre-Wurzeln/story/23328363>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- BZ (2016): Der einzige Arzt ist weg. <http://www.bernerzeitung.ch/region/emmental/Der-einzige-Arzt-ist-weg/story/19747227>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- BZ BFS (2016): Betriebszählung des Bundesamtes für Statistik. Daten auf Anfrage vom BFS erhalten im September 2016.
- Credit Suisse (2011) Retail Outlook 2011, Fakten und Trends. http://www.darum-raumplanung.ch/lead-min/user_upload/medien/bilder/Retail_Outlook_2011.pdf, Zugriff: 05.06.2016
- Credit Suisse (2016): Wie viel Schweiz steckt im Schweizer Detailhandel? <http://publications.credit-suisse.com/index.cfm/publikationen-shop/schweizer-wirtschaft/retail-outlook-2016-de/>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Credit Suisse (2017): Schweizer Detailhandel im Umbruch. <http://publications.credit-suisse.com/index.cfm/publikationen-shop/schweizer-wirtschaft/retail-outlook-2017-de/>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Dorfladen-Netzwerk (2014): Multifunktionale Dorfläden. http://www.utz-lebensmittel.de/wp-content/uploads/2014/05/Dorfladen_Netzwerk_Pyramide.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Duden (2016): <http://www.duden.de>, letzter Zugriff: 17.01.2017
- Dürrenroth (2016): Gemeinde-Homepage. <http://www.duerrenroth.ch>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- EK Affoltern (2016): Homepage der Bank. <https://www.ekaffoltern.ch/wAssets/docs/Angebot-Homepage.pdf>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Ernst & Young (2012): Retail Banking 2020. http://www.bankenbasel.ch/de/system/files/documents/downloads/20121210_studie_retail20banking202001.pdf
- Ersigen (2014): Ersiger-Information. Ausgabe November 2014. <https://www.ersigen.ch/politik/ersiger-informationen>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Ersigen (2016a): Gemeindehomepage. <https://www.ersigen.ch/politik/behoerden/bauwesen-1/bauwesen>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Ersigen (2016b): Ersiger-Information. Ausgabe November 2016. <https://www.ersigen.ch/politik/ersiger-informationen>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- ESPOP BFS (2016): Interaktive Datenbank des BFS. https://www.pxweb.bfs.admin.ch/default.aspx?px_language=de, letzter Zugriff: 20.01.2017
- ETHZ (2016a): Abschlussbericht Raum+ Obwalden. Professur für Raumentwicklung, ETH Zürich. <https://www.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/baug/irl/chair-of-spatial-development-dam/documents/projekte/raumplus/abschlussbericht-raumplus-obwalden.pdf>, letzter Zugriff: 21.01.2017
- ETHZ (2016b): Innenentwicklung Schweiz. Tagung 2017. <http://www.innenentwicklung.ethz.ch>, letzter Zugriff: 21.01.2017
- FHNW (2016): E-Commerce Report Schweiz. <https://www.e-commerce-report.ch>, letzter Zugriff: 20.12.2016

- FMH (2015): Ärzttestatistik 2015. http://fmh.ch/files/pdf17/FMH-Aerzttestatistik_2015_Poster_D.pdfindex.html?lang=de&download=NHzLp-Zeg7t,lnp6lONTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpn02Yuq2Z6gpJC-Le4N_gWym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A--, letzter Zugriff: 16.12.2016
- Google Maps: Fahrzeitberechnung verschiedener Routen. <https://www.google.ch/maps>, letzter Zugriff: 18.01.2017
- Gramsci A (1999): Gefängnishefte, Band 6, § (53), Punkte zum Nachdenken über die Ökonomie, Argument-Verlag.
- GWS BFS (2016): Interaktive Datenbank des BFS. https://www.pxweb.bfs.admin.ch/default.aspx?px_language=de, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Höpflinger & Wezemaël (2014): Wohnen im höheren Lebensalter: Grundlagen und Trends. Zürich
- Horvath & Partners (2015): Multikanalvertrieb in Zeiten der Digitalisierung. https://www.horvath-partners.com/fileadmin/user_upload/Multikanalvertrieb_2015_Studienbericht_web-g.pdf, letzter Zugriff: 16.12.2016
- HSR Magazin (2016): magazin der HSR. Ausgabe 2 / 2016. https://www.hsr.ch/fileadmin/user_upload/hsr.ch/kommunikation/HSR_Magazin_2_2016_web.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Kanton Bern (2014): Raumplanungsbericht an den Grossen Rat. 2014. https://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/raumplanung/raumplanung/kantonale_raumplanung.assetref/dam/documents/JGK/AGR/de/Raumplanung/agr_raumplanung_rpb_14_de.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Kanton Bern (2016a): Richtplan 2030 des Kantons Bern. Genehmigt vom Bundesrat am 4. Mai 2016. http://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/raumplanung/raumplanung/kantonaler_richtplan.html#originRequestUrl=www.be.ch/richtplan, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Kanton Bern (2016b): Arbeitshilfen. <http://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/raumplanung/raumplanung/arbeits-hilfen.html>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Kirchberg+ (2014): Leitbild Gemeindeverband. http://www.gv-kirchberg.ch/fileadmin/dateien/04_Verwaltung/Schalter/Leitbild_2014.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Liewo (2016): Tief greifender Strukturwandel im Detailhandel dauert weiter an. <http://www.liewo.li/liewo-aktuell/thema/Tief-greifender-Strukturwandel-im-Detailhandel-dauert-weiter-an;art670,191831>, letzter Zugriff: 10.11.2016
- NZZ (2016a): Herausforderung für Banken und Staat: Blockchain, der nächste Wohlstandsschock. <http://www.nzz.ch/finanzen/private-finanzen/herausforderung-fuer-banken-und-den-staat-blockchain-der-naechste-wohlstandsschock-ld.17609>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- NZZ (2016b): Self-scanning und self-checkout. <http://www.nzz.ch/wirtschaft/unternehmen/self-scanning-und-self-checkout-kunden-als-kassierer-ld.104790> <http://www.nzz.ch/wirtschaft/unternehmen/self-scanning-und-self-checkout-kunden-als-kassierer-ld.104790>, letzter Zugriff: 16.12.2016
- Patenschaft Berggemeinden (2016): Patenschaft-Post. Ausgabe: Nr. 1. Februar 2016. http://www.patenschaftberggemeinden.ch/uploads/media/PaPo_1_2016.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Post (2016a): Geschäftsbericht 2015. Kennzahlen. http://geschaeftsbericht.post.ch/15/ar/downloads/geschaeftsbericht_konzern/de/DE_Post_GB15_Kennzahlen_zum_Geschaeftsbericht.xlsx, letzter Zugriff: 21.01.2017

- Post (2016b): Positionspapier Grundversorgung. <https://www.post.ch/de/ueber-uns/themen/positionspapier/grundversorgung>, letzter Zugriff: 06.12.2016
- Post (2016b): Positionspapier Grundversorgung. <https://www.post.ch/de/ueber-uns/themen/positionspapier/grundversorgung>, letzter Zugriff: 06.12.2016
- Post (2016c): Grundversorgung im Zahlungsverkehr. <https://www.post.ch/de/ueber-uns/themen/organisation-und-auftrag/grundversorgung-im-zahlungsverkehr>, letzter Zugriff: 06.12.2016
- Post (2016d): Zugangsmöglichkeiten der Post und PostFinance. Zur richtigen Zeit am richtigen Ort. <https://www.post.ch/de/ueber-uns/themen/leistung-und-angebot/zugangspunkte-post-und-postfinance?shortcut=zugangspunkte>, letzter Zugriff: 21.10.2016
- pwc (2015): Wearables: Die tragbare Zukunft kommt näher. Media Trend Outlook. <https://www.pwc.at/images/tmt-studie-3.pdf>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- RaumPlanung (2014): Einzelhandel und Stadt. Fachzeitschrift für räumliche Planung und Forschung. Ausgabe November/Dezember 2014. 176 / 6-2014
- RaumPlanung (2014): Einzelhandel und Stadt. Fachzeitschrift für räumliche Planung und Forschung. Ausgabe November/Dezember 2014. 176 / 6-2014
- RK Emmental (2015): Teilrichtplan Landschaft Emmental. <https://www.region-emmental.ch/de/raumplanung/teilrichtplan-landschaft/>, letzter Zugriff: 18.01.2017
- RK Emmental (2016a): Übersicht über Regionalpolitik. <https://www.region-emmental.ch/de/regionalpolitik/uebersicht/>, letzter Zugriff: 17.01.2017
- RK Emmental (2016b): Regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept RGSK der RK Emmental. <https://www.region-emmental.ch/de/raumplanung/regionales-gesamtverkehrs-und-siedlungskonzept-rgsk/>, letzter Zugriff: 12.01.2017
- RZU (2015): RZU-Erfahrungsaustauschprozess zur Zentrumsentwicklung. (2) Von Beispielen lernen. Regionalplanung Zürich und Umgebung.
- Safiental (2013): Standortförderungsgesetz. http://www.safiental.ch/fileadmin/user_upload/customers/safiental/safien_gemeinde/Dokumente/Gesetze/Standortfoerderung.pdf, letzter Zugriff: 10.01.2017
- Safiental (2014): Der Bote Nr. 8. http://www.safiental.ch/fileadmin/user_upload/customers/safiental/safien_gemeinde/Dokumente/Bote/8.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Safiental (2015a): Richtplan Gemeinde Safiental. http://www.safiental.ch/fileadmin/user_upload/customers/safiental/safien_gemeinde/Dokumente/Gesetze/20150812_Richtplantext_Dossier.pdf, letzter Zugriff: 10.01.2017
- Safiental (2015b): Der Bote Nr. 12. http://www.safiental.ch/fileadmin/user_upload/customers/safiental/safien_gemeinde/Dokumente/Bote/12.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Safiental (2016): Gemeindehomepage. <http://www.safiental.ch/Gemeinde/>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Scholl (2007): Innenentwicklung vor Aussenentwicklung! Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung (IRL). Prof. Dr. Bernd. Scholl. ETH Zürich.
- Schweizerische bankenvereinigung (2016): Bankenbarometer 2016. <http://www.swissbanking.org/de/medien/statements-und-medienmitteilungen/bankenbaromet>

er-2016-stabile-schweizer-banken-stehen-vor-grossen-herausforderungen, letzter Zugriff: 20.01.2017

Schweizerische Bundesrat (2004): Bericht des Bundesrates «Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)», <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2004/4569.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2017

Schweizerischer Bundesrat et. al (2012): Raumkonzept Schweiz. https://www.are.admin.ch/dam/are/de/dokumente/raumplanung/publikationen/raumkonzept_schweiz.pdf.download.pdf/raumkonzept_schweiz.pdf, letzter Zugriff: 05.01.2017

Sieblingen (2012): Medienmitteilung Dorfladen Genossenschaft Sieblingen. <https://www.dorfladen-siblingen.ch/download/medien/M120822Gruendung.pdf>, letzter Zugriff: 10.01.2017

Sieblingen (2016): Genossenschafts-Website. <https://www.dorfladen-siblingen.ch>, letzter Zugriff: 20.01.2017

SonntagsZeitung (2016): Städte kämpfen gegen die Verädung. http://www.sonntagszeitung.ch/read/sz_07_08_2016/nachrichten/Wenn-die-Baekerei-nach-120-Jahren-schliessen-muss-70309, letzter Zugriff: 14.10.2016

SRF (2016): Online handel sei dank: Milliardstes Paket in Härkingen sortiert. <http://www.srf.ch/news/regional/aargau-solothurn/online-handel-sei-dank-milliardstes-paket-in-haerkingen-sortiert>, letzter Zugriff: 15.12.2016

STATENT BFS (2016): Statistik der Unternehmensentwicklung des Bundesamtes für Statistik. Daten auf Anfrage vom BFS erhalten im September 2016.

Steiner (2009): Input im Workshop vom 14. Januar 2009. «Nutzen von Gemeindefusionen für den Kanton Bern». Ergebnissicherungsdokument. Prof. Steiner. http://www.jgk.be.ch/jgk/de/index/gemeinden/gemeinden/gemeindereformen/fusion/fusionen_in_anderenkantonen.assetref/dam/documents/JGK/AGR/de/Gemeinden/Reformen/Fusion/fusionen_in_anderenkantonen/agr_gemeinden_geref_fusion_allgemeines_workshop_14_01_09_nutzen_von_fusionen_fuer_den_kanton_de.pdf, letzter Zugriff: 10.01.2017

VLP (2008): Strukturwandel in kleineren und mittleren Städthen der Schweiz. Bedrohung und Chancen. http://www.netzwerk-altstadt.ch/Netzwerk_Altstadt/Publikationen_files/Strukturwandel%20dk.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017

VLP (2012): Die Planung in funktionalen Räumen. Raum&Umwelt. Schweizerische Vereinigung für Landesplanung. November Nr. 6/12. VLP-ASPAN. <https://libra.unine.ch/export/DL/16132.pdf>, letzter Zugriff: 20.01.2017

VLP (2013): Innenentwicklung in kleineren und mittleren Gemeinden der Schweiz. <http://www.innenentwicklung.ethz.ch/download/2013/referate/Buehlmann.pdf>, letzter Zugriff: 21.01.2017

VLP (2013): Innenentwicklung in kleineren und mittleren Gemeinden. <http://www.innenentwicklung.ethz.ch/download/2013/referate/Buehlmann.pdf>, letzter Zugriff: 19.01.2017

VLP (2015): Stadtanalyse Spiez. Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN. November 2015. http://www.spiez.ch/wAssets/docs/Newsmeldungen/Stadtanalyse-Spiez_151130.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017

VLP (2016): Raumplanung ins Dorf bringen. Tagung VLP vom 2. September 2016. <http://www.vlp-aspan.ch/de/aktuell/auch-das-dorf-muss-verdichten>, letzter Zugriff: 20.01.2017

- VLP (2016a): Ortskerne beleben. Erfahrungen des Netzwerks Altstadt. Raum&Umwelt. November 5/2016. Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN. http://www.vlp-aspan.ch/sites/default/files/ru_16_05-spezial-web.pdf, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Volg (2014): Geschäftsbericht 2013. http://www.volg.ch/get/data/cache/live/download/upload/value_12475.pdf?fname=Vm9sZyBHZXNjaM0kZnRzYmVyaWNodCAyMDEz&1395651456, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Volg (2015): Geschäftsbericht 2014. http://www.volg.ch/get/data/cache/live/download/upload/value_15290.pdf?fname=Vm9sZyBHZXNjaM0kZnRzYmVyaWNodCAyMDE0LnBkZg==&1427105584, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Volg (2016a): Geschäftsbericht 2015. http://www.volg.ch/get/data/cache/live/download/upload/value_17737.pdf?fname=Vm9sZyBHZXNjaM0kZnRzYmVyaWNodCAyMDE1LnBkZg==&1459835637, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Volg (2016b): Leitbild. <http://www.volg.ch/ueber-volg/unser-leitbild/>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- VSV (2016): Online-Versandhandelsmarkt Schweiz 2015. <https://www.vsv-versandhandel.ch/media/filemanager/facts/2016/2016-03-04-online-und-versandhandelsmarkt-schweiz-2015-abgabeverion.pdf>, letzter Zugriff: 20.01.2017
- Wikipedia (2016): [https://de.wikipedia.org/wiki/Filialisierung_\(Geographie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Filialisierung_(Geographie)), letzter Zugriff: 20.01.2017

*10-fusszeile Apedi omnim quaspic iandunt, et et acient hici que voluptatiam de non re por as et volupta nem re

11.2 Gesetzestexte und Verordnungen

Baureglement Gemeinde Ersigen vom 18. Juli 2005 (Stand am 18.07.2005).

Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1995 (Stand am 1. Januar 2017); SR 832.10.

Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) vom 22.06.1979 (Stand am 01.01.2016); SR 700.

Bundesverfassung (BV) vom 18. Dezember 1998 (Stand am 1. Januar 2016); SR 101.

Postgesetz (PG) vom 17.12.2010 (Stand am 01.01.2012); SR 783.0

Postverordnung (VPG) vom 29. August 2012 (Stand am 28.07.2015); SR 783.01.

Raumplanungsverordnung (RPV) vom 28.06.2000 (Stand am 01.01.2016).

Schulgesetz des Kantons Aargau vom 17.03.1981 (Stand 01.01.2017); SR 401.100.

Standortförderungsgesetz der Gemeinde Safiental vom 1. Januar 2014 (Stand am 01.01.2014).

11.3 Geo- und Statistikdaten

Kanton Bern (2016)

Generalisierte AV-Daten

Übersichtszonenplan im Massstab 1:25'000

SEIN-Daten

Zu finden im Geodatenkatalog auf:

<http://www.geo.apps.be.ch/de/geodaten/suche-nach-geodaten.html?view=catalog>, letzter Zugriff: 20.01.2017

Swisstopo (2016)

VEC500-Daten

Gemeindegrenzen und Bezirksgrenzen

Zu finden im swisstopo Onlineshop:

<https://shop.swisstopo.admin.ch/de>, letzter Zugriff: 20.01.2017

BFS (2016)

BZ (Betriebszählungsdaten): Datenstände 2001 und 2008. Räumliche Aggregation: Gemeindestufe

STATENT (Statistik der Unternehmensstruktur): Datenstände 2011 und 2013. Räumliche Aggregation: Gemeindestufe

Beide Datensätze kostenlos auf Anfrage vom BFS erhalten (September 2016).

Anhang

A.1 Fragebogen



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Der Einfluss des Strukturwandels auf die Grundversorgung
ETH Zürich, November 16

Masterarbeit ETH Zürich: Fragen zur Grundversorgung in Ihrer Gemeinde

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen meiner Masterarbeit untersuche ich den „Einfluss des Strukturwandels im Dienstleistungssektor auf die Grundversorgung von Schweizer Gemeinden“. Hinter diesem Titel versteckt sich der Trend, dass verschiedenste Grundversorgungsanbieter von Gütern und Dienstleistungen des täglichen und wöchentlichen Bedarfs aufgrund von Veränderungen des Kundenverhaltens ihre Betriebe schliessen müssen oder ihr Filialnetz reduzieren. Ausgelöst wird das veränderte Kundenverhalten unter anderem durch die gesteigerte Mobilität, die Digitalisierung und weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Trends. Diese Schliessungen haben einen Einfluss auf die Qualität und Verfügbarkeit der Grundversorgung. Vom Abbau betroffen sind, wenn auch unterschiedlich stark, praktisch alle Schweizer Gemeinden. Es stellt sich daher die Frage, wie die Schweizer Gemeinden den momentanen und zukünftigen Zustand der Grundversorgung in ihrer Gemeinde sehen, sowie ob und wie die Gemeinden auf zukünftige Veränderungen zu reagieren gedenken. Dem möchte ich im Rahmen dieser Befragung als Teil meiner Masterarbeit nachgehen. Der Fragebogen ist an alle Gemeinden der Regionalkonferenz Emmental per E-Mail verschickt worden.

Die **11 Fragen** in diesem Fragebogen beziehen sich auf die eigene Gemeinde und die unten genannten Elemente der Grundversorgung. **Die Beantwortung der Fragen dauert rund 15 – 20 Minuten.** Der Fragebogen kann im Word beantwortet werden. Die Felder können per Mausclick angewählt werden, um sie je nachdem anzuwählen oder um darin zu schreiben.

Elemente der Grundversorgung: Folgende Elemente gehören gemäss der in dieser Masterarbeit gemachten Definition zur Grundversorgung einer Gemeinde:

- | | | |
|------------------------|---------------------|------------|
| • Lebensmittelgeschäft | • Bank & Bankomat | • Arzt |
| • Bäckerei, Metzgerei, | • Kindertagesstätte | • Zahnarzt |
| Molkerei | • Kindergarten | • Spitex |
| • Post | • Primarschule | • Apotheke |

Ihre Teilnahme ist wichtig. Ihre Antworten dienen der Professur für Raumentwicklung, ETH Zürich im Rahmen der Masterarbeit zu Forschungszwecken. Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen im Voraus!

Freundliche Grüsse,

Nicola Meier

Masterstudent ETH Zürich - Professur für Raumentwicklung
Studiengang Raumentwicklung und Infrastruktursysteme
Tel: 076 480 57 26
E-Mail: meierni@student.ethz.ch

Name der Gemeinde:

Funktion der Person (in der Gemeinde) welche den Fragebogen ausgefüllt hat:

1.) Wie beurteilen Sie die Qualität der Grundversorgung in Ihrer Gemeinde? (beachten Sie bei der Beurteilung die auf der ersten Seite erwähnten Elemente und nur solche auf gemeindeeigenem Boden)

| | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Sehr gut | Gut | Mittel | Schlecht | Sehr schlecht | Keine Antwort |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Bemerkungen:

2.) Betreffend Bereitstellung der Grundversorgung für die Bevölkerung: Wie schätzen Sie die Abhängigkeit Ihrer Gemeinde von den umliegenden Gemeinden ein?

| | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Grosse Abhängigkeit | Mittlere Abhängigkeit | Leichte Abhängigkeit | Keine Abhängigkeit | Keine Antwort |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Bemerkungen:

3.) Wie beurteilen Sie die Qualität der Grundversorgung Ihrer Gemeinde, wenn auch die Versorgungseinrichtungen der umliegenden Gemeinden in Ihre Einschätzung mit einbezogen werden?

| | | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Sehr gut | Gut | Mittel | Schlecht | Sehr schlecht | Keine Antwort |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Bemerkungen:

4.) In welcher gesamten Anzahl befinden sich die folgenden Elemente der Grundversorgung in Ihrer Gemeinde? (Zutreffendes per Mausclick (Dropdown) anwählen, bei grösserer/unbekannter Anzahl reichen Schätzungen)

| | | | | | |
|----------------------|---|--------------------|---|----------------|---|
| Lebensmittelgeschäft | 0 | Poststelle | 0 | Sekundarschule | 0 |
| Bäckerei | 0 | Postagentur | 0 | Arzt | 0 |
| Metzgerei | 0 | Andere Postdienste | 0 | Zahnarzt | 0 |
| Molkerei | 0 | Kindertagesstätte | 0 | Spitex | 0 |
| Bank | 0 | Kindergarten | 0 | Apotheke | 0 |
| Bankomat | 0 | Primarschule | 0 | | |

* Bei Postagenturen ist die Poststelle in reduzierter Funktion in andere Dienstleistungsanbieter (Dorfläden etc.) integriert.

Bemerkungen:

5.) Ist nach Ihrem persönlichen Empfinden die Qualität der Grundversorgung in Ihrer Gemeinde in Zukunft (in den nächsten 5 – 10 Jahren) gefährdet?

| | | | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Ja | Eher Ja | Eher Nein | Nein | Keine Antwort |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Wenn ja, aus welchen Gründen kommen Sie zu dieser Einschätzung?

6.) Hat Ihre Gemeinde ein Entwicklungsleitbild, in dem (unter anderem) die gewünschte zukünftige Entwicklung der Grundversorgung mit Entwicklungszielen festgelegt ist und in welchem konkrete Massnahmen zu deren Umsetzung formuliert sind?

| | |
|--------------------------|--------------------------|
| Nein: | Geplant: |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Ja, nämlich:

7.) Beteiligt sich Ihre Gemeinde an einer überkommunalen Zusammenarbeit, im Rahmen derer eine Strategie erarbeitet worden ist, welche (unter anderem) die gewünschte zukünftige überkommunale Entwicklung der Grundversorgung mit Entwicklungszielen festlegt und konkrete Massnahmen zu deren Umsetzung vorsieht?

| | |
|--------------------------|--------------------------|
| Nein: | Geplant: |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Ja, Zusammenarbeit mit folgenden Gemeinden:

Wenn nein, besteht in der Gemeinde Interesse an einer zukünftigen überkommunalen Zusammenarbeit?

| | |
|--------------------------|---------------------------------|
| Ja, Interesse vorhanden: | Nein, kein Interesse vorhanden: |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

8.) Finden Sie, dass die Region oder der Kanton die Gemeinden hinsichtlich den Themen Grundversorgung und Strukturwandel mehr unterstützen sollte?

| | |
|--------------------------|--------------------------|
| Nein: | Ja: |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Wenn ja, in welcher Form sollte diese Unterstützung sein? (Planerisches Know-How, Finanziell, Unterstützung in Kommunikation etc.)

9.) Steht die Gemeinde in regelmässigem Kontakt mit Grundversorgungsanbietern, um auf allfällige Schliessungspläne von diesen reagieren zu können?Nein: ☐

Ja, nämlich mit folgenden Dienstleistungsanbietern:

10.) In manchen Schweizer Gemeinden werden Grundversorgungsanbieter durch die Gemeinde unterstützt (Finanziell, Know-How etc.). Existieren solche Unterstützungsformen und Zusammenarbeiten (Public-Private-Partnership) auch in Ihrer Gemeinde? (Bitte beachten Sie bei dieser Frage nur die „freiwillige“ und nicht die gesetzlich festgelegte (bspw. Finanzierung der Schulen) Unterstützung)Nein: ☐

Ja, nämlich folgende Unterstützungsformen und Zusammenarbeit:

11.) Wie viele der nachfolgenden Elemente der Grundversorgung waren in Ihrer Gemeinde in den letzten fünf Jahren von Schliessungen betroffen? (Zutreffendes per Mausclick (Dropdown) anwählen, bei nicht bekannter Anzahl an Schliessungen die Option „betroffen“ anwählen, bei nicht bekannter Entwicklung die Option „unbekannt“ anwählen)

| | | | |
|----------------------|-----------------|--------------------|-----------------|
| Lebensmittelgeschäft | nicht betroffen | Poststelle | nicht betroffen |
| Bäckerei | nicht betroffen | Postagentur | nicht betroffen |
| Metzgerei | nicht betroffen | Post Hausservice | nicht betroffen |
| Molkerei | nicht betroffen | Andere Postdienste | nicht betroffen |
| Bank | nicht betroffen | Kindertagesstätte | nicht betroffen |
| Bankomat | nicht betroffen | Kindergarten | nicht betroffen |
| Arzt | nicht betroffen | Primarschule | nicht betroffen |
| Zahnarzt | nicht betroffen | Sekundarschule | nicht betroffen |
| Spitex | nicht betroffen | | |
| Apotheke | nicht betroffen | | |

Bemerkungen:**Falls Sie weitere Anmerkungen haben, bitte ich Sie diese hier anzufügen:****Vielen Dank für Ihre Teilnahme!**

A.2 Expertengespräch

**Transkription Gespräch Michael Meissner, Leiter
Abteilung Strategie & Prozesse RB**

Datum: 02.12.16

Zeit: Ca. 14 00 – 15 00

Ort: Hauptsitz Raiffeisenbank Schweiz, St. Gallen

Wie äussert sich der Strukturwandel spezifisch bei der Raiffeisenbank?

Insbesondere die kleinen Banken, (Anmerkung: Die Raiffeisenbank-Genossenschaft besteht im Jahr 2016 aus 270 Banken. Jede dieser Banken ist eine selbstständige Genossenschaft mit selbstgewählten Bankbehörden) die heute mit den ganzen Regulatorien der FINMA an ihre Grenzen stossen, sind mit dem Thema Fusion konfrontiert. Wenn eine Bank zum Beispiel 10 Angestellte hat, ist eine Auflage der FINMA, welche eine klare Trennung von „Front“ und „Back-Office“ verlangt, für eine kleinere Bank ein Problem. Der Angestellte im „Back-Office“ darf aufgrund der Auflagen keine vertrieblichen Tätigkeiten mehr ausüben. Gleichzeitig will man in der heutigen Zeit eine Strategie des professionellen Aufbaus und Erschliessens des Marktes im Sinne einer Diversifizierung, mit welcher man bestimmte Kundensegmente speziell ansprechen möchte. Für eine Diversifizierung wird aber Manpower benötigt, was zusammen mit den Regulatorien dazu führt, dass sich kleine Banken über einen Zusammenschluss mit anderen Banken Gedanken machen. Dieser Vorgang führt schlussendlich zu den momentan stattfindenden Fusionen. Die Strukturstrategie von Raiffeisen Schweiz sieht vor, dass bis 2020 die Zahl der Genossenschaftsbanken bei schätzungsweise 200 liegt. Diese sollen dadurch dann alle in der Lage sein, regelkonform zu agieren. Zudem ist es das Ziel, dass die Banken hinsichtlich der vorherrschenden Marktstruktur optimal aufgestellt sein.

Kann durch diese Fusionen das „Back-Office“ zentralisiert werden?

Dies ist einer der Synergieeffekte, die durch eine Fusion erzielt werden kann. Man kann sich dank einer Fusion überlegen, welche Funktionen nicht doppelt benötigt werden und auf welche verzichtet werden können. Im Gegenzug dazu kann dafür aufgrund freierwerdender Ressourcen zum Beispiel der Vertrieb stärker ausgebaut werden. Fusionen funktionieren bei der Raiffeisenbank so, dass diese personalneutral sind. Es werden keine Angestellten entlassen, sondern es finden idealerweise Umschichtungen statt, die auf Basis der Synergien dazu führen, dass die Vertriebspower gestärkt wird.

Die Zahl der Beschäftigten hat bei den Raiffeisenbanken in den letzten Jahren zugenommen (Nachträgliche Anmerkung: 2011 lag die Zahl der Vollzeitstellen bei 8'176, 2016 waren es 9'315; Quelle: 5-Jahresbericht von Raiffeisen Schweiz), wie kam dies zustande?

Das Wachstum ist unter anderem damit begründet, dass die Raiffeisenbanken beim Hypothekenvolumen zugelegt haben und mittlerweile in diesem Bereich die UBS überholt haben. Dies muss akquiriert und abgearbeitet sowie bearbeitet werden, wofür zusätzliche Angestellte notwendig sind. Raiffeisen Schweiz ist jedoch im Vergleich zu anderen Banken am Markt nicht überproportional gewachsen. Ein weiteres Thema ist die Einführung des neuen Kernbanken-Systems (Buchungssystem das IT-Rückenmark der Banken), für dessen Projektlaufzeit weitere Leute (vor allen Dingen bei Arizon und bei Raiffeisen Schweiz) benötigt werden, um das Projekt zu stemmen.

Wie sieht sich die Raiffeisenbank in Zukunft? Was wird auch in Zukunft der Kerngeschäftsbereich der Raiffeisenbank bilden?

Das klassische Kerngeschäft, also das Hypotheken- und Zinsgeschäft, ist eine Stärke der Raiffeisenbanken. Hier gehören sie zu den Marktführern. Gleichzeitig hat Raiffeisen Schweiz für die Zukunft eine klare

Diversifikationsstrategie. Raiffeisen Schweiz möchte in Zukunft das Anlagenthema und das Firmenkundengeschäft forciert angehen (Basis: Diversifikationsstrategie). Die strategische Neuausrichtung hat mitunter Auswirkungen auf den physischen Vertriebskanal.

Gehören die Liegenschaften, in welchen sich die Raiffeisenbanken befinden, den Banken selber oder sind dies Mietobjekte? Falls ja, werden Teile dieser Häuser oder sogar die gesamte Liegenschaft vermietet?

Die Liegenschaften, in welchem sich eine Bank befindet, sind zum grössten Teil im Besitz der Banken. Dass im Sinne einer Diversifikation eine Raiffeisenbank ein Immobiliengeschäft aufbaut, ist nicht im Sinne der Raiffeisen Schweiz, weil damit werden Risiken in die Bücher geholt, die gemanagt werden müssen. Dies ist statutarisch auch so festgehalten. Wenn sich jedoch eine Bank in einem Gebäude befindet, in dem zum Beispiel auch Wohnungen oder Geschäftsräume vorhanden sind, dann werden diese logischerweise vermietet.

Was sind Gründe für eine Schliessung einer Geschäftsstelle?

Schlussendlich sind es primär betriebswirtschaftliche Gründe, die eine Schliessung einer Geschäftsstelle zur Folge haben. Wenn eine Geschäftsstelle betriebswirtschaftlich rentiert, dann ist eine Schliessung nie ein Thema. Wenn man aber sieht, dass zwischen 60 – 70 % der Kunden nicht mehr an den Schalter gehen, dann kann eine Schliessung zum Thema werden. Wenn gegebenenfalls solche Geschäftsstellen zusätzlich noch über einen geschlossenen Schalter hinter Panzerglas verfügen und somit keine adäquate Beratung im Sinne einer Diversifikation in Richtung Anleihekunden zulassen, dann muss schon überlegt werden, ob eine solche Geschäftsstelle noch zweckmässig ist. Es gilt jedoch in diesem Zusammenhang zu betonen, dass es bei Raiffeisen auch so etwas wie ein „Raiffeisen-Gedankengut“ gibt, welches besagt, dass auch wenn eine Geschäftsstelle aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll ist, ein Standort aus anderen Gründen weiter betrieben werden kann. Wichtig ist in diesem Fall, dass ein solcher Standort intelligent in die verfolgte Strategie eingebaut wird und dadurch trotz den betriebswirtschaftlich unrentablen Bedingungen eine wichtige Präsenz erhält.

Gibt es neben betriebswirtschaftlichen Gründen auch gewisse „Soft-Faktoren“, welche für oder gegen die Schliessung einer Geschäftsstelle sprechen?

Ein Auslöser für einen Prozess in welchem hinterfragt wird, was mit einer Geschäftsstelle in Zukunft geschieht, ist, wenn eine Renovation ansteht. In dieser Hinsicht muss man sich als Raiffeisenbank sehr wohl die Frage stellen, ob sich eine Investition noch lohnt oder nicht. Dieser Entscheidung kann zum einen zu einer Schliessung, zum anderen aber auch zu einem Ausbau einer Geschäftsstelle führen. Ein weiterer Auslöser für einen solchen Prozess ist die absehbare Pensionierung eines Geschäftsstellenleiters. In solchen Fällen wird bei Eintreten der Pensionierung in manchen Fällen von den Raiffeisenbanken eine Standortbestimmung gemacht, welche je nach Resultat zu einer Schliessung, Weiterführung oder zu einem Ausbau der Geschäftsstelle führen kann.

Im Gespräch mit der BEKB ist bekannt worden, dass die Bank ihr Filialkonzept kürzlich grundsätzlich überarbeitet hat und vermehrt offene, helle Geschäftsstellen mit Beratungsräumen möchte um den Kundenkontakt zu verbessern und zu verändern. Ist dies bei der Raiffeisenbank auch ein Thema?

Da die Raiffeisenbank in Zukunft vermehrt auch ins Anlagen- und Firmenkundengeschäft einsteigen möchte, ist der Umbau der Geschäftsstellen ein aktuelles Thema. Ein Beratungsgespräch, bei welchem eine Panzerglasscheibe dazwischen ist, kann logischerweise

nicht gut abgehalten werden. In dieser Hinsicht ist die Entwicklung des Filialnetzes nicht nur ein Schliessungsthema, sondern auch ein Umbau- oder sogar Neubauthema. Das Geschäftsstellennetz muss immer zur verfolgten Strategie dazu passen. Wenn eine Bank also auf das Anlagegeschäft setzt, dann muss man sich in diesem Zusammenhang auch immer die Frage stellen, ob (neben anderen Aspekten) das vorhandene Geschäftsstellennetz fit ist für eine solche Strategie oder ob es angepasst und reorganisiert werden muss. Dies ist die strategische Herangehensweise an das Geschäftsstellennetz.

Opportunistisch ist es immer dann, wenn es ins Thema Renovation oder Pensionierung geht. Dann wird der Umbau des Geschäftsstellennetzes nicht nur wegen strategischen Gründen vorangetrieben, sondern eben auch aufgrund weiterer Faktoren.

Was sind die kritischen Grössen, wann entschieden wird, ob eine neue Geschäftsstelle (von einer eigenständigen Raiffeisenbank) eröffnet wird? Welche Faktoren werden dabei betrachtet?

Diese Frage ist gerade aktuell. Im Moment ist ein Projekt am Laufen, welches zum Ziel hat, dass Raiffeisen Schweiz eine Haltung entwickelt, wo auf der Schweizer Landkarte noch Lücken bestehen und an welchen Orten welche Arten von Geschäftsstellen (Anmerkung: Raiffeisen-intern werden von „Archetypen“ gesprochen) Sinn machen. Die Analyse geschieht unter Einbezug von Marktpotentialen, Dichten und weiteren Faktoren. Es geht also nicht nur darum, wo Raiffeisen Schweiz in Zukunft eine Geschäftsstelle haben möchte, sondern auch darum in welcher Ausprägung die Geschäftsstelle an den jeweiligen Standorten vorhanden sein soll. Diese Strategie kann dann zu zukünftigen Schliessungen, Umbauten oder Neubauten führen.

Was kann man sich unter den verschiedenen Ausprägungen der Geschäftsstellen vorstellen?

Ausprägungen („Archetypen“) können sein:

- 1.) Ein reiner Selbstbedienungsstandort, also eine 24h-Zone, an welchem keine Angestellten vor Ort sind.
- 2.) Ein Beratungsansatz, bei welchem in den Geschäftsstellen vor Ort zwar die Räumlichkeiten vorhanden sind, aber nicht alle Beratungsdienstleistungen direkt angeboten werden. Es gibt an solchen Standorten ein Kundenbetreuer, welcher die Kunden begrüsst und mit ihnen einen Termin abmacht oder bei Bedarf direkt einen Berater aufbietet. In diesem Fall kommt der aufgerufene Berater innerhalb von einer bestimmten Zeit (bei einer der Raiffeisenbanken sind es 7 min.) in die Geschäftsstelle. Das Beraterteam ist also zentral vorhanden und wird dann je nach Bedarf dezentral disponiert.
- 3.) Fully-fledged-bank (vollwertige Bank), welche alle Dienstleistungen anbieten.

Die Archetypen leiten sich in der Regel aus dem jeweiligen Dienstleistungsangebot und dem Automatisierungsgrad ab.

Ist die Zusammenarbeit mit anderen Dienstleistungsbetrieben, auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der verschiedenen Archetypen, ein Thema?

Eine Zusammenarbeit ist immer ein Thema. Es gibt dazu auch konkrete Anfragen. Es gibt den Volg, der für Raiffeisenbanken Schaltertransaktionen im Sinne von Ein- und Auszahlungen machen kann. Dies ist ein Kompromiss, aber kein strategisches Ziel. Die Zusammenarbeit wird (Stand Geschäftsleitung vor 3 – 4 Monaten) auf strategischer Ebene nicht aktiv gesucht. Einzelne Banken sind eine Zusammenarbeit eingegangen, doch bestehen momentan auf der Stufe Raiffeisen Schweiz keine Kenntnisse darüber, wie erfolgreich dieses Modell ist.

Wie viele Geschäftsstellen wird die Raiffeisenbank in Zukunft noch haben?

Das Kundenverhalten ändert sich fortlaufend. Es kommen immer mehr neue digitale Kanäle dazu. Die Kundenrate in den Geschäftsstellen nimmt sukzessive ab. Dies führt zwangsläufig zu einer klaren Reduktion der Geschäftsstellen. Welche Anzahl von Geschäftsstellen die Raiffeisenbank in Zukunft haben wird, ist nicht klar. Die Raiffeisenbank wird

jedoch immer ein flächendeckendes Filialnetz haben, wobei die Dichte in Zukunft sicher abnehmen wird.

Wird in Zukunft vermehrt auf digitale Vertriebskanäle gesetzt?

Die digitalen Kanäle werden in Zukunft ausgebaut. Zum Beispiel gibt es seit neuerem Onlinehypotheken. Eine App ist bereits vorhanden und in der Weiterentwicklung. Das Ziel von Raiffeisen Schweiz ist in Zukunft ein Omnikanal-Management. Das heisst, der Kunde hat, egal welchen Kanal er verwendet, immer ein konsistentes Bild von seinem Portfolio. Die bestmögliche Abstimmung unter den Kanälen ist dabei in Zukunft das erklärte Ziel.

Wie können Gemeinden auf Schliessungspläne der Raiffeisenbank reagieren? Wie werden solche von der Raiffeisenbank kommuniziert? Wie geht die Raiffeisenbank dabei vor?

Der mögliche Konflikt mit einer Gemeinde ist immer eine Schliessung. Dabei kommen immer ähnliche Erscheinungsbilder: Zuerst ist die Post weggegangen, dann der Volg und jetzt auch noch die Bank! Dies sind die Klassiker, welche in vielen Gemeinden auftauchen.

Nr. 1) Jedes Schliessungsprojekt ist Banken-individuell. Raiffeisen Schweiz gibt bei solchen Entscheiden nur Empfehlungen ab oder bietet Hilfestellungen an.

Nr. 2) Es ist wichtig, dass gerade bei solchen Themen Kommunikation stattfindet. Das heisst, man muss auch dem betroffenen Kundenkreis und der Gemeinde aufzeigen, was für Alternativen vorhanden sind.

Nr. 3) Eine Geschäftsstellenschliessung ist in der Kompetenz der Raiffeisenbanken. Eine Gemeinde hat eigentlich keinen Einfluss bei diesem Thema.

Es gibt heute Banken, die defizitäre Geschäftsstellen betreiben, aber aus Marketinggründen an einem Standort festhalten. Am Ende des Tages ist jede Raiffeisenbank neben allen genossenschaftlichen Gedanken eine gewinnorientierte Organisation, weshalb die Handlungen eine marktwirtschaftliche Sinnhaftigkeit haben müssen. Wenn die Handlungen kombiniert werden können mit einer Zusammenarbeit mit einer Gemeinde, dann ist dies durchaus eine Lösung. Die Chancen so etwas zu tun, ist mit Raiffeisenbanken grösser als mit z.B. einer Grossbank wie die Credit Suisse, denn die Raiffeisenbanken „ticken“ anders als eine Grossbank und dies ist auch gut so. Raiffeisenbanken können aber keine Dienstleistungen im Sinne eines „Service public“ anbieten. Sie sind keine sozialen Einrichtung, sondern im harten Wind vom Markt und in diesem müssen sie sich behaupten. Dies zwingt sie natürlich auch zu zum Teil aus Sicht der Gemeinden unpopulären Massnahmen. Auf der anderen Seite erkennt und anerkennt die Raiffeisenbank sehr wohl auch die andere Seite.

Wie wird Kundennähe durch die Raiffeisenbank definiert?

Kundennähe wird heute oft immer noch assoziiert mit dem physischen Vertriebskanal. Kundennähe findet jedoch heute in verschiedener Art und Weise statt. Es können auch digitale Lösungen zu mehr Kundennähe führen. Wenn zum Beispiel eine Geschäftsstelle geschlossen wird, dafür neu aber eine Beratung (unabhängig von der Öffnungszeiten) nach Vereinbarung angeboten wird, dann ist dies auch kundennähe. Dies ist ein Beispiel, wie es einige Raiffeisenbanken anbieten. Letztendlich geht es um das Bedürfnis des Kunden. Dieser bestimmt mit seinem Verhalten, ob eine Geschäftsstelle offenbleibt oder geschlossen wird. Dabei sind die Ansprüche der Kunden in den letzten Jahren stetig gestiegen. In diesem Zusammenhang spielt heute auch das Thema „Erlebnis-Banking“ eine Rolle. Eine reine Geschäftsstelle wie sie früher existiert hat, ist heute nicht mehr zweckmässig. Wieso soll ein Kunde noch in eine Geschäftsstelle gehen? Die jungen Leute werden mit dem Thema Bank nicht mehr vom Sitz gerissen. Raiffeisen Schweiz ist im Moment daran, hinsichtlich „Erlebnisbanking“ und bezüglich wichtigen Punkten für eine attraktive Geschäftsstelle eine Haltung zu entwickeln. Es kann in die Richtung gehen, dass Banken zukünftig auch Räume für Kunden-Events anbieten und Geschäftsstellen zukünftig einen Erlebnis-Bereich haben, doch diese Haltung ist nicht abschliessend. Weiter kann es auch

sein, dass die einzelnen Raiffeisenbanken individuell für sich Konzepte entwickeln, wobei die gemachten Erfahrungen zu gegebenen Zeitpunkten an andere Banken der Raiffeisen-Gruppe weitergegeben werden.

Wie wird die digitale Entwicklung bei den Banken weiter fortschreiten?

Das Thema des digitalen Empfangs, wo nur noch über Skype mit dem Berater gesprochen wird, ist aktuell. Im Moment befinden sich die Banken in einem Prozess und die letzte Stufe ist dabei noch nicht erreicht worden. Es geht darum auszuprobieren, wie es in Zukunft funktionieren könnte. Dabei gibt es noch nicht schwarz oder weiss, sondern einfach viele Ideen und Ausprägungen die getestet werden müssen. Raiffeisen Schweiz setzt fest darauf, dass die Digitalisierung noch weitergeht. Auf der anderen Seite setzt sie jedoch auch darauf, dass es den physischen Vertriebskanal immer geben wird. Die rein digitale Bank ist für die Raiffeisenbank heute kein Thema. Es gibt auch Banken, welche in dieser Hinsicht eine andere Meinung haben.

Was geschieht mit dem Gewinn, welchen die Raiffeisenbank als Genossenschaft erarbeitet?

Der Gewinn wird nicht ausgeschüttet, sondern thesauriert. Darum ist die Raiffeisenbank bei der Eigenkapitalausstattung über die ganze Gruppe hinweg sehr gut unterwegs. Der Mitgliederschein bekommt eine jährliche Verzinsung, welcher lange Zeit bei 6 % gewesen ist und im Moment sukzessive am Sinken ist. Trotzdem liegt die jährliche Verzinsung immer noch deutlich über dem normalen Marktzins für Spareinlagen.

Diskussion über die Unterschiede zwischen der BEKB und der Raiffeisenbank:

Der Unterschied zwischen der Raiffeisenbank und der BEKB ist zum einen die Governance Struktur. Die BEKB-Leitung kann bezüglich einer Geschäftsstelle sagen: Diese wird geschlossen. Raiffeisen Schweiz hat diese Möglichkeit nicht, weil sie aus eigenständigen Banken besteht. Raiffeisen Schweiz kann Empfehlungen abgeben und mit guten Beratungsdienstleistungen die Banken in ihren Entscheidungen unterstützen. Die Banken sind jedoch alle selber intelligent und haben ein gutes unternehmerisches Denken, das ihnen sagt, was Sinn macht und was nicht. Raiffeisen Schweiz begleitet sie auf diesem Weg, hat dabei natürlich auch eine ganz klare Haltung zu den verschiedensten Themen im Finanzmarkt. Ein weiterer Unterschied ist, dass bei einer Kantonalbank der Kanton ein Interesse daran hat, dass die Bank möglichst viel Gewinn schreibt. Es gibt also noch Shareholder dahinter, welche eigene Interessen verfolgen. Den gibt es bei der Raiffeisenbank nicht, was aus der Sicht von Raiffeisen Schweiz ein sehr grosser Vorteil ist.

Wie sieht es mit der durchschnittlichen Anzahl an Geschäftsstellen pro Bank aus bei Raiffeisen Schweiz?

Diese hängt von der Regionalität ab. Es gibt Banken, die haben schon immer nur eine Geschäftsstelle gehabt. Dann gibt es Banken, die im Engadin sind, wo es verschiedenste Täler hat. Diese haben dann oft mehrere Geschäftsstellen. Dann gibt es die städtischen Banken, wie zum Beispiel diejenige in Frauenfeld, welche nur noch eine Geschäftsstelle für die ganze Stadt haben. Diese Frage kann daher nur schlecht mit einer Durchschnittszahl beantwortet werden, da die Anzahl Geschäftsstellen stark von den regionalen Ausprägungen und der Topographie abhängt.

Wenn eine Bank Geschäftsstelle schliesst, wird dann automatisch ein Bankomat aufgestellt? Werden die Funktionen der Bankomaten in Zukunft erweitert?

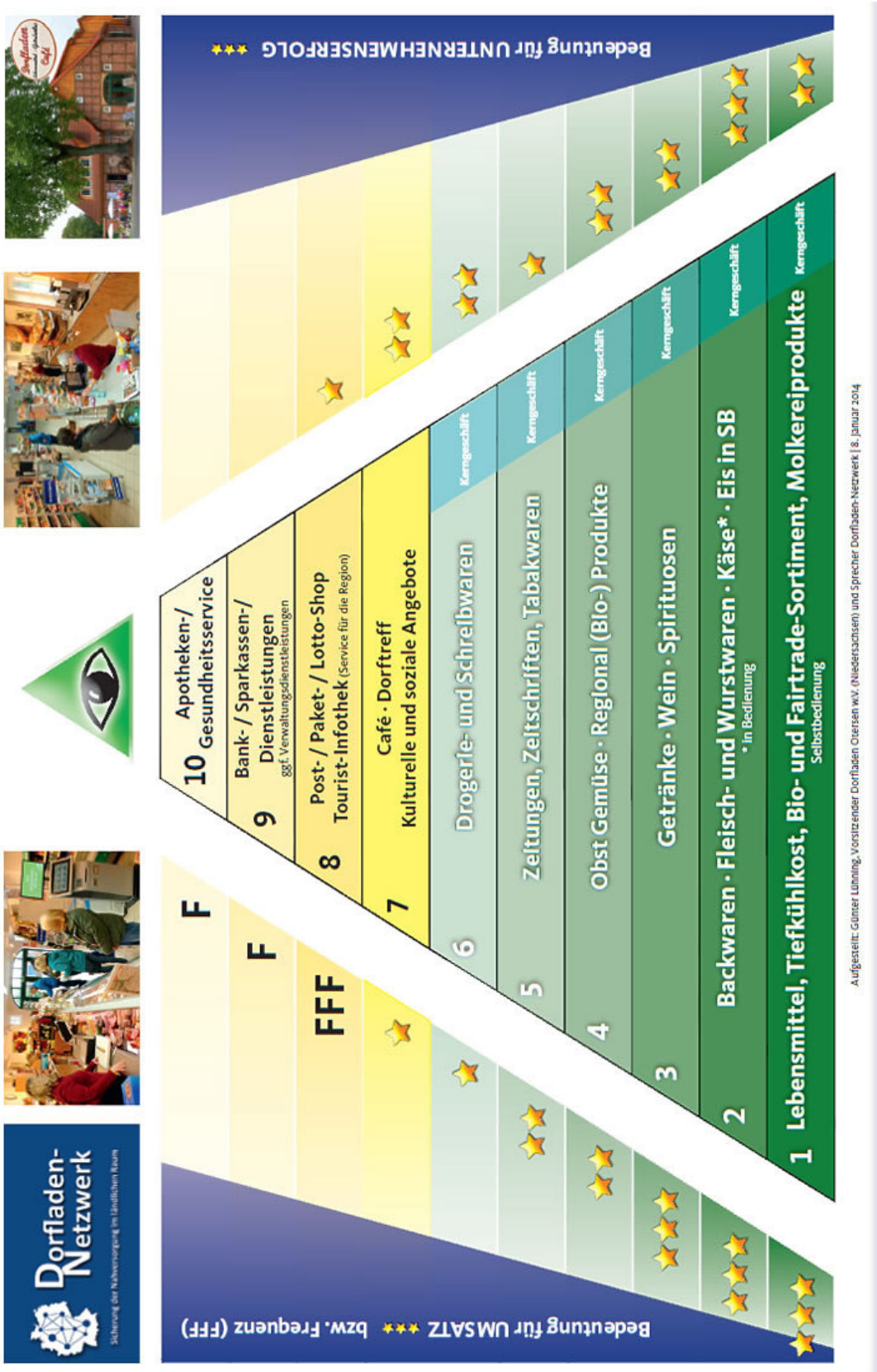
Der Bankomat zählt zum physischen Vertriebskanal. Es gibt heute neben den normalen Bankomaten schon die „Recycler“, welche es ermöglichen Ein- und Auszahlungen zu machen. Es wird in Zukunft vermehrt Bankomaten geben, die wegfallen. Der Bankomat ist je länger je mehr ein defizitäres Geschäft. Es gibt ein paar Bankomaten die laufen gut. Diese stehen in der Regel jedoch an Knotenpunkten, also zum Beispiel an Bahnhöfen. Der Rest ist im Prinzip ein defizitäres Geschäft. Zu Teil werden heute in gewissen Orten bei einer Schliessung

der Geschäftsstelle als Kompromiss Bankomaten aufgestellt. Dies ist jedoch nicht zwangsläufig der Fall und abhängig von der Bank selber. Das zweite Thema bezüglich Bankomaten: Wenn sie heute eine Geschäftsstelle umbauen und den Schalter zutun, dann müssen sie zwangsläufig einen oder mehrere Bankomaten hinstellen, damit sie Auszahlungen automatisieren können. Dies wird zu einem Zuwachs führen in den Geschäftsstellen aber gleichzeitig werden die frei stehenden Bankomaten sukzessive reduziert werden. Wenn man bezüglich diesem Thema die nordischen Länder betrachtet, dann sieht man, dass in diesen Ländern Bargeld zum Teil schon fast verpönt ist. Dort geht alles über Handy oder Kreditkarte. Aus diesem Grund benötigen viele Leute den Bankomaten gar nicht mehr. Die Schweiz ist diesbezüglich in einem Wandel drin.

Die Schweiz ist im Moment im Vergleich zu den nordischen Ländern noch stark bargeldorientiert. Wie sieht die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich aus? Wird in Zukunft Bargeld irgendeinmal keine Rolle mehr spielen?

In Zukunft wird vermehrt mit dem Smartphone oder mit der Karte bezahlt. Dabei spielen die neuen Technologien (Kontaktlose bezahlen, Apple pay, Paymint, Apps etc.) eine prägende Rolle. Bargeld wird in Zukunft stark an Bedeutung verlieren. Wobei dieser Wandel in den nächsten 20 Jahren oder sogar noch weniger geschehen wird. Dieses Thema hat auch mit dem Generationenwechsel zu tun. Die ältere Generation hat dies natürlich noch nicht oder weniger. Früher hatte die ältere Generation kaum ein Handy, heute hat sich dies schon stark geändert. Irgendwann kommt dann auch der Zeitpunkt, in welchem die Geschäfte das Bargeld nicht mehr annehmen, weil die Logistik nicht mehr vorhanden ist (keine Kassen mehr). Das Thema Digitalisierung ist extrem dynamisch. Es passiert sehr viel in einer sehr kurzen Zeit. Diese Meinung ist persönlich und natürlich auch ein Blick in die Kristallkugel.

A.3 Dorfladen: Nutzungspyramide



A.4 ETH: Innenentwicklung



A.5 RGSK Emmental

RGSK EM 2. Generation – Erläuterungsbericht | 48

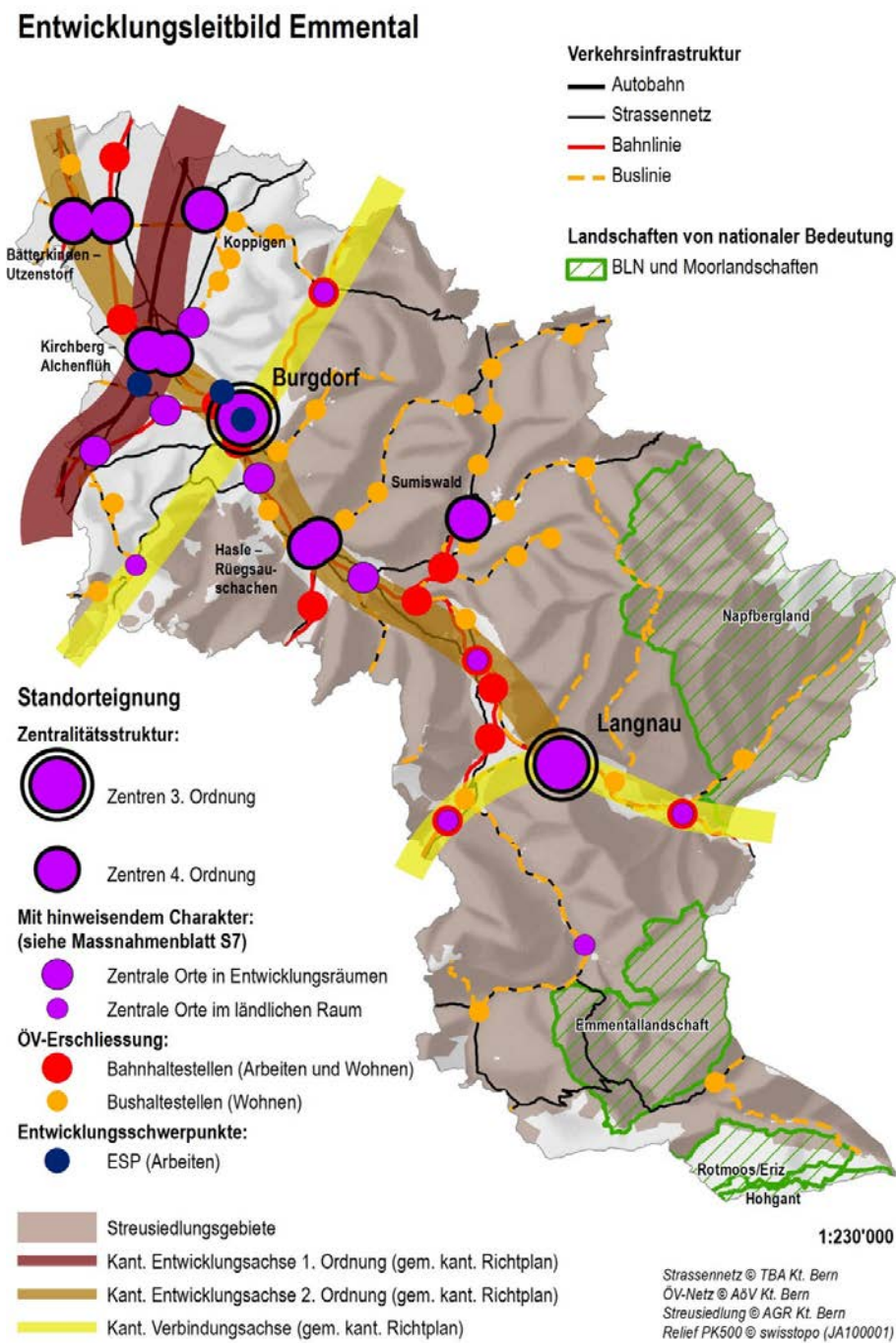
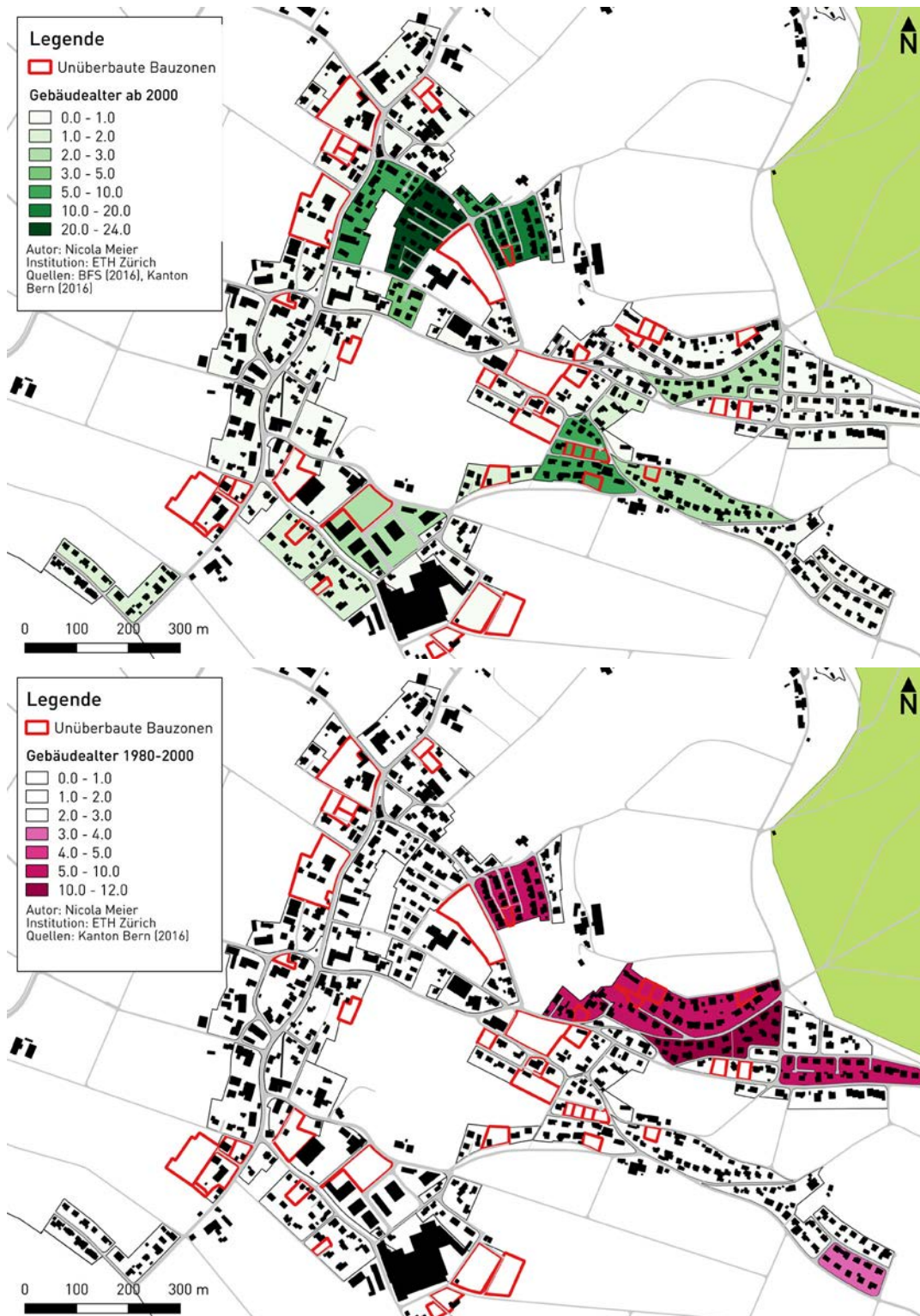
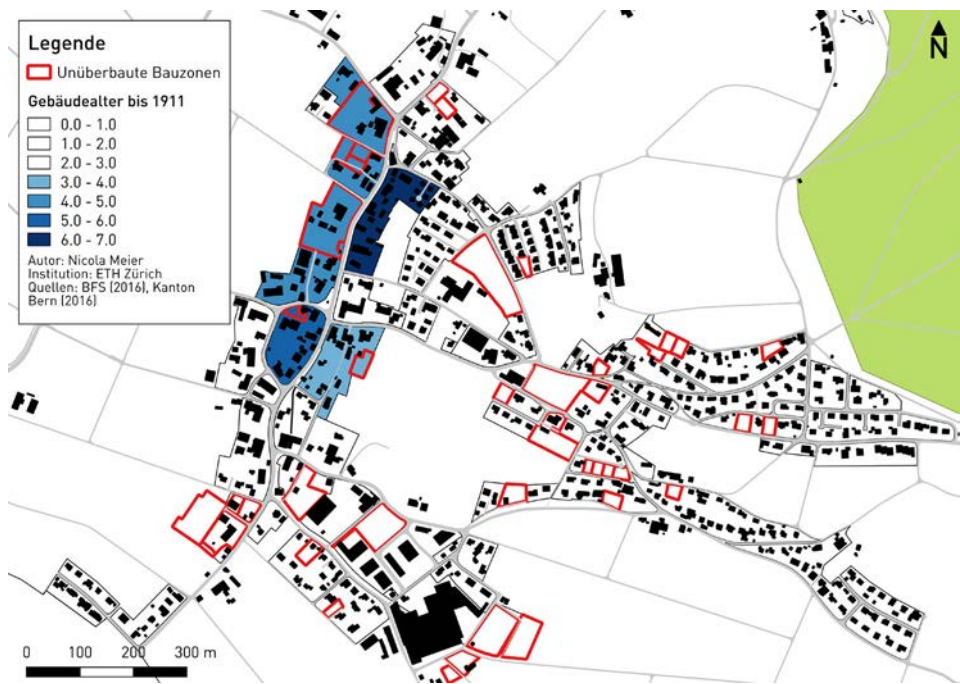
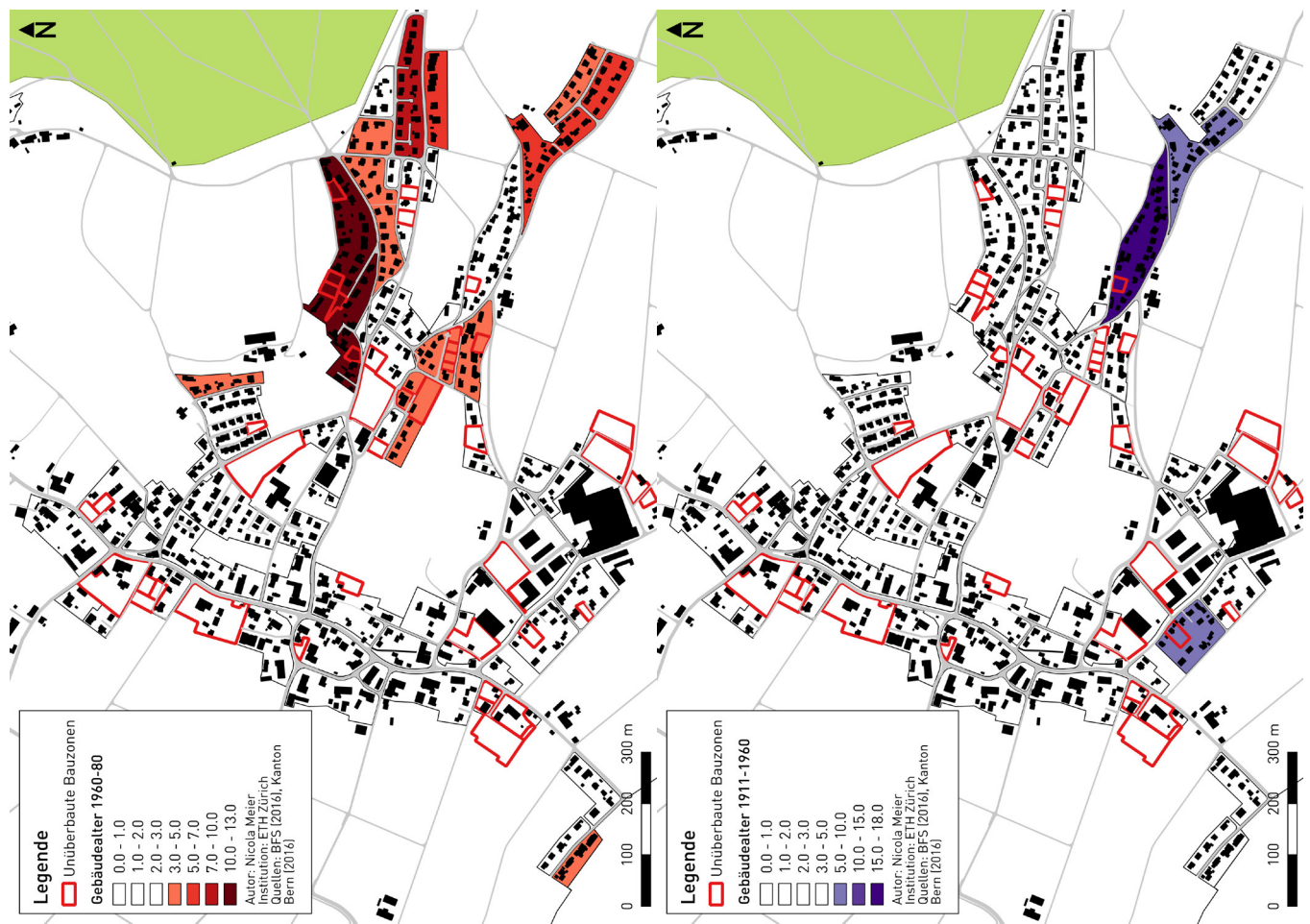


Abbildung 13: Entwicklungsleitbild der Region Emmental (unverändert gemäss RGSK 1. Generation)

A.6 Gebäudealter Ersigen







Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Eigenständigkeitserklärung

Die unterzeichnete Eigenständigkeitserklärung ist Bestandteil jeder während des Studiums verfassten Semester-, Bachelor- und Master-Arbeit oder anderen Abschlussarbeit (auch der jeweils elektronischen Version).

Die Dozentinnen und Dozenten können auch für andere bei ihnen verfasste schriftliche Arbeiten eine Eigenständigkeitserklärung verlangen.

Ich bestätige, die vorliegende Arbeit selbständig und in eigenen Worten verfasst zu haben. Davon ausgenommen sind sprachliche und inhaltliche Korrekturvorschläge durch die Betreuer und Betreuerinnen der Arbeit.

Titel der Arbeit (in Druckschrift):

Der Einfluss des Strukturwandels im Dienstleistungssektor auf die Grundversorgung kleinerer und mittlerer Gemeinden der Schweiz

Verfasst von (in Druckschrift):

Bei Gruppenarbeiten sind die Namen aller Verfasserinnen und Verfasser erforderlich.

Name(n):

Meier

Vorname(n):

Nicola Luca

Ich bestätige mit meiner Unterschrift:

- Ich habe keine im Merkblatt „Zitier-Knigge“ beschriebene Form des Plagiats begangen.
- Ich habe alle Methoden, Daten und Arbeitsabläufe wahrheitsgetreu dokumentiert.
- Ich habe keine Daten manipuliert.
- Ich habe alle Personen erwähnt, welche die Arbeit wesentlich unterstützt haben.

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Arbeit mit elektronischen Hilfsmitteln auf Plagiate überprüft werden kann.

Ort, Datum

Zürich, den 22.01.2017

Unterschrift(en)

Bei Gruppenarbeiten sind die Namen aller Verfasserinnen und Verfasser erforderlich. Durch die Unterschriften bürgen sie gemeinsam für den gesamten Inhalt dieser schriftlichen Arbeit.